

Wegweiser zur Geschichte



Kosovo

3. Auflage

MGFA

Schöningh

Autorinnen und Autoren

- Dr. Rafael Biermann*, Naval Postgraduate School – National Security Affairs Department, Monterey / CA, USA (rbierman@nps.edu)
- Max Bornefeld-Ettmann (be)*, Berlin (mbe@keine-pause.de)
- Dr. Nuray Bozbora*, Marmara University, Faculty of Economics and Administrative Sciences, Department of International Relations, Istanbul (nbozbora@marmara.edu.tr)
- Leitender Regierungsdirektor Thomas Breitwieser*, Bundeswehrdisziplinaranwalt beim Bundesverwaltungsgericht, Leipzig (thomasbreitwieser@bundeswehr.org)
- Dr. Bernhard Chiari (bc)*, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam (bernhardchiari@bundeswehr.org)
- Dr. Konrad Clewing*, Südost-Institut, Regensburg (clewing@suedost-institut.de)
- Dr. Andreas Ernst*, Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung mit Sitz in Belgrad (ernsta@eunet.yu)
- Richard Göbelt (rg)*, Friedrich-Meinecke-Institut an der Freien Universität Berlin (richardgoebelt@aol.com)
- Dr. Mehmet Hacısalihoğlu*, Yıldız Teknik Üniversitesi, Istanbul / Institut für Geschichte und Kultur des Nahen Orients sowie Turkologie, Ludwig-Maximilians-Universität München (hacisalihoglu.mehmet@gmx.de)
- Dr. Zoran Janjetović*, Institut für Neuere Geschichte Serbiens, Universität Belgrad (vanilica@ptt.yu)
- Dr. Agilolf Kesselring (ak)*, Helsinki (agilolf@hotmail.de)
- Dr. Georgia Kretsi*, Osteuropa-Institut, Freie Universität Berlin (kretsi@gmx.de)
- Dr. Kai Lehmann*, Direktor Museum Schloss Wilhelmsburg Schmalkalden (museum.sm@t-online.de)
- Oberleutnant Martin Leithner*, Zentrum Einsatzvorbereitung (ZEV) des österreichischen Bundesheeres (martin.leithner@gmx.at)
- Michael Martens*, Balkankorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit Sitz in Belgrad (m.martens@faz.de)
- Prof. Dr. Rolf-Dieter Müller*, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam (rolfdietermueller@bundeswehr.org)
- Dr. Robert Pichler*, Abteilung für Südosteuropäische Geschichte / Center for the Study of Balkan Societies and Cultures (CSBSC), Karl-Franzens-Universität Graz (robert.pichler@uni-graz.at)
- Dr. Dina Rossbacher*, Human Rights Council Complaint Procedure, United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights, Genf (drossbacher@ohchr.org)
- Univ. Prof. Dr. Oliver Jens Schmitt*, Institut für Osteuropäische Geschichte, Universität Wien (oliver.schmitt@univie.ac.at)
- Prof. Dr. Holm Sundhaussen*, Osteuropa-Institut, Freie Universität Berlin (sundhaus@gmx.net)

Kosovo

Wegweiser zur Geschichte

Herausgegeben vom
Militärgeschichtlichen Forschungsamt

Wegweiser zur Geschichte
Kosovo

Im Auftrag des
Militärgeschichtlichen Forschungsamtes
herausgegeben von
Bernhard Chiari
und
Agilolf Keßelring

Dritte, durchgesehene und erweiterte Auflage

FERDINAND SCHÖNINGH 2008
Paderborn • München • Wien • Zürich

Umschlagabbildung: Stadtansicht von Prishtina
(picture-alliance/dpa)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem
und alterungsbeständigem Papier ISO \otimes 9706

© 2008 Ferdinand Schöningh, Paderborn
(Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG,
Jühenplatz 1, D-33098 Paderborn)

Internet: www.schoeningh.de

Satz: Carola Klinke (MGFA)
Kartenbearbeitung: Bernd Nogli (MGFA)
Layout: Maurice Woyonoski (MGFA)
Lektorat: Knud Neuhoff (Berlin)
Druck: SKN Druck und Verlag GmbH & Co., Norden

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile sind urheber-
rechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich
zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des
Verlages nicht zulässig.

Printed in Germany

ISBN 13: 978-3-506-75665-7

Inhalt

Vorwort	7
Einführung	9
I. Historische Entwicklungen	
Bevölkerungsentwicklung und Siedlungspolitik: Die ethnische Zusammensetzung des Kosovo <i>Konrad Clewing</i>	15
Das Kosovo im Mittelalter <i>Oliver Jens Schmitt</i>	27
Die Zeit der Osmanenherrschaft <i>Mehmet Hacısalihoglu</i>	35
Die Anfänge der albanischen Nationalbewegung <i>Agilolf Kesselring</i>	43
Das Kosovo als deutsches Operationsgebiet im Ersten und Zweiten Weltkrieg <i>Rolf-Dieter Müller</i>	51
Serben und Albaner im 20. Jahrhundert <i>Robert Pichler</i>	61
Der Weg in Krise und Krieg (1989–1998) <i>Rafael Biermann</i>	73
Der Luftkrieg der NATO und die deutsche Beteiligung am Einmarsch in das Kosovo 1999 <i>Kai Lehmann</i>	85
Die Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) und die Rechtsstaatsmission EULEX der Europäischen Union <i>Dina Rossbacher</i>	95
Zurück in den Krieg? Die Unruhen vom März 2004 <i>Bernhard Chiari</i>	103
Zur Kontinuität des Kosovo-Konfliktes 1878 bis 2008 <i>Konrad Clewing</i>	113

II. Strukturen und Lebenswelten

Perspektiven für das unabhängige Kosovo <i>Michael Martens</i>	125
Internationales Engagement im Spiegel des Völkerrechts <i>Thomas Breitwieser</i>	137
Kosovos Unabhängigkeit aus der Perspektive seiner Nachbarn <i>Andreas Ernst</i>	153
Der serbische Kosovo-Mythos <i>Holm Sundhausen</i>	165
Kosovo – Das »heilige Land« der Serben <i>Zoran Janjetović</i>	175
Parallelgesellschaftliche Strukturen im Kosovo (1989–1999) <i>Robert Pichler</i>	181
Die Rolle der Diaspora in den 1990er-Jahren <i>Georgia Kretsi</i>	191
Die Rolle der Religionsgemeinschaften unter besonderer Berücksichtigung des Islams <i>Nuray Bozbora</i>	201
Kriegsverbrechen im Kosovo-Krieg 1998/99 <i>Agilolf Kesselring</i>	215
Sicherheit und Stabilität? Aktuelle Überlegungen zur Lage <i>Martin Leithner</i>	219
Anhang (<i>Richard Göbelt</i>)	
Geschichte im Überblick	233
Chronik von 1998 bis 2008 (<i>be</i>)	246
Erinnerungsorte	255
Kalender	260
Weiterführende Literatur, Filme, Musik und Internettipps	262
Register der Personen, Orte und Fachbegriffe	268

Vorwort

Die dritte, durchgesehene und erweiterte Auflage des »Wegweisers zur Geschichte« behandelt Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Kosovo. Das Buch erschien erstmals im Sommer 2006 und ist Teil einer Erfolgsgeschichte: Die Reihe »Wegweiser zur Geschichte« deckt mittlerweile alle großen Einsatzgebiete der Bundeswehr ab und findet sowohl bei Soldaten als auch bei allen anderen interessierten Lesern überaus positive Resonanz. Unsere Produkte schreiben wir lageabhängig weiter fort, und dies bringt angesichts der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo vom 17. Februar 2008 für die vorliegende Schrift erheblichen Aktualisierungsbedarf mit sich. Den »Wegweiser zur Geschichte: Kosovo« präsentieren wir weniger als drei Monate nach Abspaltung der früheren serbischen Provinz in veränderter Zusammenstellung und teilweise mit neuen Inhalten, die den Veränderungen in der Region Rechnung tragen.

Die Anerkennung der kosovarischen Unabhängigkeit durch mittlerweile 40 Staaten steht am Ende eines langen Konfliktes. Die seit Jahren laufenden Statusverhandlungen erhielten eine neue Dramatik durch die dritten Parlamentswahlen im Kosovo vom 18. November 2007. Hier errang die aus der albanischen »Befreiungsarmee Kosovo« (UÇK) hervorgegangene Demokratische Partei (PDK) um Hashim Thaçi einen deutlichen Sieg über die Demokratische Liga (LDK). Nach seinem Wahlerfolg verlautbarte Thaçi, Kosovo nunmehr in die vollständige Unabhängigkeit führen zu wollen. Dass dieses Vorhaben nur wenige Wochen später in die Tat umgesetzt werden konnte, war auch einer Veränderung der diesbezüglichen Positionen im Westen geschuldet: Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in den Ländern der Europäischen Union hatte sich im Verlauf von Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, dass nun endlich sowohl Albanern als auch Serben die Chance auf eine positive Entwicklung mit einer europäischen Perspektive eröffnet werden müsse. Die KFOR hat – unter substanzieller Beteiligung der Bundeswehr – die politischen Voraussetzungen für die Unabhängigkeit geschaffen und wird Kosovo auf absehbare Zeit weiter auf seinem Weg in eine hoffentlich gedeihliche Zukunft begleiten.

Gleichwohl bedeutet die Unabhängigkeitserklärung vom 17. Februar nicht das Ende der Konflikte, sondern hebt diese lediglich auf

eine andere Ebene. Bis heute haben Serbien, Russland und andere Staaten die Selbstständigkeit Kosovos nicht anerkannt. Die damit verbundenen völkerrechtlichen Probleme stehen einer politischen und wirtschaftlichen Normalisierung ebenso im Wege wie der nach wie vor vorhandene Hass zwischen Kosovo-Albanern und Serben, der nach der Unabhängigkeitserklärung an mehreren Stellen im Kosovo aufloderte. Zwar dominiert die kosovo-albanische Seite nach der Eskalation der Krise von 1998/99, den Luftschlägen der NATO und schließlich der Einsetzung einer Interimsverwaltung der Vereinten Nationen (UNMIK) die allgemeine und politische Entwicklung. Trotzdem leben im Kosovo bis heute neben muslimischen und katholischen Kosovo-Albanern christlich-orthodoxe Serben sowie Angehörige weiterer Minderheiten, Religionen bzw. Konfessionen. Sie alle in einen multiethnischen kosovarischen Gesamtstaat zu integrieren, der Nationalismus und Rachegedanken gegen frühere »Unterdrücker« und »Feinde« erfolgreich überwindet, bleibt eine ganz erhebliche Herausforderung. Die diesbezüglichen Probleme bringt der Umstand auf den Punkt, dass die Regierung in Belgrad davon ausgeht, dass die Kosovo-Serben sich außer an den serbischen Parlamentswahlen auch an durch Serbien ausgerichteten örtlichen Wahlen in den serbischen Enklaven des Kosovo beteiligen dürfen, während die kosovarische Führung in Prishtina dies als Eingriff in die inneren Angelegenheiten des Landes ablehnt. Auch solche Problemkreise behandelt dieser Band in nüchterner Weise.

Für sein Zustandekommen danke ich den beiden Herausgebern Dr. Bernhard Chiari (MGFA) und Dr. Agilolf Keßelring (Helsinki). Knud Neuhoff betreute das Manuskript als verantwortlicher Lektor, die Schriftleitung des MGFA unter Dr. Arnim Lang sorgte für die Drucklegung. Carola Klinke erstellte die Satzfassung, Maurice Woynoski kümmerte sich um das Layout und Bernd Nogli aktualisierte die Karten. Dr. Konrad Clewing (Südost-Institut, Regensburg) unterzog das Manuskript einer zusätzlichen fachwissenschaftlichen Überprüfung. Vor allem aber gilt mein Dank den Autorinnen und Autoren, die entweder neue Beiträge verfasst oder ihre Aufsätze für die 3. Auflage durchgesehen und fortgeschrieben haben. Dem Kosovo-Wegweiser wünsche ich weiterhin Erfolg bei seinen Lesern und insbesondere als Ausbildungshilfe für die KFOR-Kontingente.

Dr. Hans Ehlert

Oberst und Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes

Einführung

Ist man im Kosovo unterwegs, so nimmt den Betrachter das Wechselspiel zwischen romantischen Bergkulissen und weitläufigen, fruchtbaren Ebenen gefangen. Diese landschaftliche Schönheit und eine romantisierende Vorstellung von Freiheit, Ursprünglichkeit und Abenteuererturn hielt schon Karl May – der freilich nie vor Ort gewesen ist – in seinem Roman »In den Schluchten des Balkan« (1892) für ein Massenpublikum fest. Die Städte des Kosovo strahlen auch heute südliches Flair und Lebensart aus. An touristischen Aussichtspunkten, die zum Verweilen einladen, offenbart der Blick in die Wälder und auf die beherrschenden Höhen allerdings militärische Stellungssysteme und andere Zeichen des Krieges. Seit den brutalen Auseinandersetzungen der späten 1990er-Jahre sind hier Zonen des Todes geblieben: Rotes oder gelbes Plastikband – vom Wind zerfetzt – verweist den Besucher auf die immer noch lebensbedrohliche Gefahr durch Minen. Friedhöfe im ganzen Land und Grabsteine aus schwarzem Basalt erinnern an die Kriegstoten.

Als Kosovo am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit erklärte, schwelgten die Menschen in Prishtina in vorbereiteten und spontanen Freudenkundgebungen und fröhlichen Festen. Die Sezession, anerkannt in rascher Folge von 40 Staaten, darunter die USA und die größten EU-Staaten, setzte den Schlusspunkt unter eine lange Kette dramatischer Ereignisse, die das Gesicht Kosovos und das Selbstbewusstsein seiner Einwohner veränderten. Sie reicht von den massenhaften Übergriffen serbischer Sicherheitskräfte gegen die kosovo-albanische Bevölkerung 1998 und der Radikalisierung der »Befreiungsarmee Kosovo« (UÇK) über die Luftschläge der NATO bis hin zu den langjährigen, zunächst ergebnislosen Versuchen der Internationalen Gemeinschaft, Kosovo eine stabile Ordnung und den dort lebenden Menschen gedeihliche Zukunftsperspektiven zu geben. Seit 1999 versuchten die NATO-geführte Kosovo Force (KFOR), die United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) sowie zukünftig die europäische Rechtsstaatsmission EULEX, den Aufbau einer funktionierenden multiethnischen Verwaltung und Exekutive sicherzustellen.

Die vorerst letzte, für das Kosovo überaus wichtige politische Weichenstellung vollzog sich am 11. Mai 2008 in Belgrad: Dort blieb der für die erste serbische Parlamentswahl nach der Unabhängigkeit der Provinz erwartete nationalistische Ruck aus. Bei einer Wahlbeteiligung von 61 Prozent siegte das pro-westliche Lager von Boris Tadić, bestehend aus DS, G-17+ und SPO, mit fast 39 Prozent deutlich über die nationalistische SRS (29,2 Prozent). Tadić kündigte in der Wahlnacht an, Serbien nach der nun anstehenden, schwierigen Regierungsbildung zügig an die EU heranführen zu wollen.

Nicht alle Menschen im Kosovo feierten am 17. Februar. Im Norden des Landes, aber auch in Belgrad und in der Republika Srpska (Bosnien-Herzegowina) brachen schwere Unruhen aus. In der serbischen Minderheit im Kosovo machten sich teils Wut und Trauer breit. Von einer Identifikation mit einem multiethnischen Kosovo ist die Mehrzahl der Kosovo-Serben heute weiter entfernt denn je, nach wie vor bestimmen Gegensätze das nun unabhängige Land. Diese beschreibt der vorliegende Band, und zwar vorwiegend unter dem Gesichtspunkt des konfliktreichen Zusammenlebens von Serben und Albanern sowie der historischen Ausbildung von Herrschaftsräumen vom mittelalterlichen Serbien über das Osmanische Reich und das serbisch dominierte Jugoslawien bis hin zum auflodernden Streben um einen eigenen Staat der Kosovo-Albaner. Der »Wegweiser zur Geschichte« soll allen interessierten Lesern die rasche Orientierung in einem höchst komplexen Umfeld erleichtern und auch über solche ungelösten Fragen informieren, die bislang die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des unabhängigen Kosovos schwer belasten.

Die beiden Hauptabschnitte, überschrieben mit »Historische Entwicklungen« sowie »Strukturen und Lebenswelten«, umfassen insgesamt 21 Beiträge. Diese sollen erstens die Entstehung der aktuellen politischen, ethnischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in die Geschichte zurückverfolgen und überblickshaft veranschaulichen. Zweitens werden hieraus einzelne Aspekte vertiefend diskutiert, um dem Leser mit Blick auf die zukünftige Entwicklung zentrale gesellschaftliche und kulturelle Strukturen aufzuzeigen.

Konrad Clewing zeichnet eingangs die Siedlungsgeschichte des Kosovo nach und führt den Leser in die heutigen ethnischen Gegebenheiten der Region ein. Oliver Jens Schmitt und Mehmet Hacısalihoglu beschreiben deren Ursprünge und Entwicklung im Mittelalter und in den Jahrhunderten des Osmanischen Reiches. Die Anfänge einer albanischen Nationalbewegung im ausgehenden 19. Jahrhundert thematisiert Agilolf Keßelring. Rolf-Dieter Müller geht den Spuren deutscher Truppen während der beiden Weltkriege nach, die zumindest zeitweise auch im Kosovo standen, und die Serben und Albaner in unterschiedlicher Weise als Besatzer wahrnahmen. Robert Pichler und Rafael Biermann verfolgen die vielschichtigen Ereignisse, die das Kosovo von einer Phase weitgehender Autonomie im jugoslawischen Staat über die repressive serbische Politik der späten 1980er-Jahre bis hin zum gewaltsamen Ausufern serbisch-albanischer Auseinandersetzungen führte. Den NATO-Militäreinsatz 1999 bis zum Einmarsch von Bodentruppen schildert Kai Lehmann, und zwar vor allem aus der Sicht des deutschen Einsatzkontingents.

Dina Rossbacher skizziert das Wirken der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) und wagt einen ersten Blick auf die in der Aufstellung begriffene neue EU-Mission EULEX, die das unabhängige Land ab dem Sommer 2008 beim Aufbau rechtstaatlicher Verfassungs- und Verwaltungsstrukturen unterstützen soll. Bernhard Chiari analysiert die Märzunruhen 2004, die nicht nur zu einem schockierenden Zeugnis für die Gewaltbereitschaft und den zwischenethnischen Hass im Kosovo wurden, sondern auch Überlegungen zur Entwicklung nationaler und internationaler Verfahren zur Früherkennung und Eingrenzung regionaler Krisen nach sich zogen. Ganz bewusst schließt Konrad Clewing den ersten Abschnitt mit einer resümierenden Rückschau auf den serbisch-albanischen Konflikt, den die Unabhängigkeitserklärung nicht beendet hat, wohl aber auf eine neue Stufe stellte.

Der zweite Abschnitt widmet sich der Unabhängigkeit Kosovos und vertieft einzelne Bereiche der Konfliktgeschichte. Michael Martens bewertet die Zukunftsaussichten des jüngsten Staates in Europa und erinnert daran, dass die Ablösung von Serbien zwar endlich einem langjährigen und nachvollziehbaren

Wunsch der Kosovo-Albaner Rechnung trug, für die Kosovo-Serben ebenso wie für die Internationale Gemeinschaft aber auch neue Probleme geschaffen hat. Bis heute lehnen Serbien, Russland und weitere Staaten die Unabhängigkeit kategorisch ab, was die Verankerung Kosovos in internationale Strukturen schwierig macht. Thomas Breitwieser setzt sich kritisch mit den völkerrechtlichen Interpretationen und Auswirkungen der Unabhängigkeit auseinander. Andreas Ernst beschreibt die teils erheblichen innen- und außenpolitischen Folgen, die die Unabhängigkeit Kosovos für Nachbarländer wie Serbien, Montenegro, Albanien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina hat.

Dass die Unabhängigkeit auch in Zukunft die Gefühle in Serbien wie im Kosovo polarisieren dürfte, zeigen die beiden folgenden Autoren. Zoran Janjetović führt in die herausragende Bedeutung des Kosovo als »heiliges Land der Serben« und in serbische Interpretationen von Geschichte insgesamt ein. Holm Sundhaussen reflektiert die Bedeutung des Amselfeld-Mythos. Er hält dem mitteleuropäischen Leser ein Geschichtsbild vor Augen, das sowohl im serbischen als auch im albanischen Bewusstsein emotional sehr stark aufgeladen ist, und dessen Verfechter häufig die Suche nach »historischer Gerechtigkeit« in den Mittelpunkt historischer Betrachtung stellen.

Weiteren Einblick in die gesellschaftlichen, kulturellen und mentalen Strukturen der Region gewähren die vier folgenden Aufsätze. Robert Pichler betrachtet den Aufbau parallelgesellschaftlicher Strukturen, mit denen sich die albanische Bevölkerung des Kosovo gegen den serbischen Druck zu schützen suchte. Georgia Kretsi umreißt die Bedeutung der internationalen albanischen Diaspora für das albanische Unabhängigkeitsstreben. Mit dem Islam hebt Nuray Bozbora eine gesellschaftliche und religiöse Kraft hervor, die im – überwiegend muslimischen – Kosovo aufgrund der besonderen Umstände im Osmanischen Reich und später im jugoslawischen Verbund immer auch ein Merkmal der Abgrenzung gegenüber den anderen Ethnien war. Agilolf Keßelring thematisiert Umfang und Dimension der 1998/99 im Kosovo verübten Kriegsverbrechen. Am Ende des zweiten Abschnittes steht eine Bewertung aktueller Sicherheitsfragen. Martin Leithner bündelt historisch gewachsene Konflikte und fokussiert sie auf das heutige politische und gesellschaftli-

che Umfeld, in dem sich die zivilen und militärischen Vertreter der Internationalen Gemeinschaft bewegen.

Ein dritter Abschnitt soll die angebotenen Informationen in übersichtlicher Form zugänglich machen und weiterführende Hinweise liefern. Diesem Zweck dienen eine Kurzchronik des Konfliktes im Kosovo seit 1999, ein Zeitstrahl zur allgemeinen Geschichte, ein Kalender mit Feier- und Gedenktagen sowie ein Verzeichnis mit Literatur-, Film- und Musiktipps. Die Karte »Erinnerungsorte« am Schluss des Buches verschafft dem Leser einen Überblick über die historische Geographie. Die in der Karte vermerkten Nummern verweisen auf historisch bedeutungsvolle Stätten und auf entsprechende lexikalische Einträge im Anhang. Bitte nutzen Sie zur schnellen Orientierung auch das Sach- und Namensregister. Ständig aktualisierte Internettipps sowie alle Textbeiträge der Reihe »Wegweiser zur Geschichte« im PDF-Format finden Sie auf der Seite <http://www.mgfa.de/html/einsatzunterstuetzung/>.

Ein Hinweis zur Schreibung: Ortsnamen im Kosovo werden bei Erstnennung in ihrer albanischen Bezeichnung genannt, einheitlich ist die serbische Umschrift in Klammern nachgestellt (Gjakovë/Djakovica). Dies gilt auch für das Register und die Erinnerungsorte. Stehen Ortsnamen im Zusammenhang mit serbischen religiösen oder politischen Strukturen, weichen wir von dieser Systematik ab: So befand sich das mittelalterliche Zentrum der serbisch-orthodoxen Kirche sinngemäß natürlich in Peć und nicht in Pejë (alb.). Auch diese Regel lässt sich nicht immer konsequent anwenden. Keinesfalls sind mit der Entscheidung für oder gegen bestimmte Schreibweisen aber politische Wertungen verbunden.

Bei der Umschrift aus dem Serbischen folgen wir den Regeln der wissenschaftlichen Transliteration. Lediglich der kyrillische Buchstabe »Ѣ« (gesprochen etwa wie ein weiches »Dsch« im Wort »Dschunke«) wird statt mit »Ђ« durch ein »Dj« wiedergegeben. Dies entspricht der Praxis militärischer Kartenwerke.

Bernhard Chiari, Agilolf Kefselring



Die heutige Bevölkerungsstruktur des Kosovo – das Foto vom März 2007 zeigt einen Müller albanischer Nationalität – ist Ergebnis einer jahrhundertelangen, kompliziert darzustellenden und wechselvollen Siedlungsgeschichte. Diese nachzuvollziehen, ist für manche Phasen aufgrund unklarer ethnischer Zuordnungen sowie durch das Fehlen von Quellen schwierig. Darüber hinaus werden die Siedlungsgeschichte und die Geschichte des Kosovo ganz allgemein als Teil des aktuellen Konfliktes vereinnahmt und in den Dienst des albanischen bzw. serbischen Nationalismus gestellt. Beide versuchen, »historische Gerechtigkeit« für die serbischen bzw. albanischen Ansprüche auf das Kosovo und für die dortige Bevölkerungspolitik der jeweils eigenen Seite einzufordern. Heute sind etwa 90 Prozent der Einwohner des Kosovo albanischer Abstammung. Dies macht in Verbindung mit der langjährigen serbischen Dominanz im Rahmen des früheren Jugoslawien die Frage der ethnographischen Entwicklung immer wieder zu einem zentralen Thema, das auch die aktuellen Diskussionen um die Zukunft des unabhängigen Kosovo mitbestimmt.

■ Bevölkerungsentwicklung und Siedlungspolitik: Die ethnische Zusammensetzung des Kosovo

Wer sich mit der Bevölkerungsgeschichte des Kosovo auseinandersetzt, gelangt zu einer der bedeutendsten Wurzeln der Konflikte in dieser seit 1945 in den heutigen Grenzen definierten Provinz. Zum einen werden um die Deutung dieser Geschichte die hitzigsten Auseinandersetzungen zwischen Albanern und Serben ausgetragen. Während sich aus der Sicht von außen gerade das Zusammenleben von Albanern und Serben als das historisch Charakteristische für das Kosovo darstellt, erscheint aus der serbischen bzw. albanischen Perspektive der jeweils Andere als Eindringling. Zum anderen geht es um mehr als nur um die jeweils subjektive Auslegung der Geschichte. Wer in den eigenen Augen im heutigen Kosovo »schon immer« oder zumindest »so gut wie immer« die Mehrheitsbevölkerung gestellt hat, reklamiert daraufhin in der Regel, dass die Ansprüche und Forderungen der anderen Seite irrelevant sind. Dieser Gedankengang, dem beide Streitparteien folgen, hat bis in die Gegenwart durchschlagende Konsequenzen für die möglichst weitgehende Verdrängung der anderen Seite aus der Region.

Einige Beispiele zeigen dies deutlich: In der Endphase des sozialistischen Jugoslawiens erfolgte eine tief greifende nationalistische Umgestaltung des serbischen Selbstverständnisses und der serbischen Politik. In diesem Prozess haben serbische Wissenschaftler und Publizisten eine erhebliche Rolle gespielt, die in den späten 1980er-Jahren verbreiteten, im Kosovo seien nicht weniger als 300 000, vielleicht auch 400 000 der dort ansässigen Albaner erst seit Beginn des Zweiten Weltkriegs aus Albanien eingewandert oder Nachfahren solcher Einwanderer. Diese Zahlen waren frei erfunden. Sie erlauben jedoch eine Interpretation, welche die breite serbische Öffentlichkeit gerne geglaubt hat: Unzählige Albaner seien erstens gar nicht einheimisch im Kosovo und zweitens zu Unrecht im Besitz der jugoslawischen Staatsbürgerschaft. Nach dieser Lesart hätte man sie auf die eine oder andere Art ausbürgern können. Von da aus war es nur noch ein kleiner Schritt, die Verdrängung der Albaner aus politischen

und gesellschaftlichen Ämtern und Positionen und schließlich ihre Vertreibung aus dem Kosovo als ein Ziel der serbischen Politik zu definieren. Tatsächlich gipfelte dieses Unterfangen ein Jahrzehnt später, 1999, im groß angelegten Versuch, die Kosovo-Albaner durch Gewalt außer Landes zu schaffen. Aus solcher serbischer Sicht ging es letztlich nur darum, eine »falsche« Entwicklung und »Fehler der Geschichte« zu korrigieren.

Die gleiche Rechtfertigungsstrategie für eine nationale Diskriminierungspolitik stand hinter einer Darstellung, mit der die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) bei den Vereinten Nationen in New York die Staaten der Welt Ende 1995 für eine »richtige« Sicht der Dinge im Kosovo gewinnen wollte. Hier wurde unter anderem wahrheitswidrig behauptet, noch 1929 habe es im Kosovo eine Mehrheit von 61 Prozent Serben und Montenegrinern gegeben. Der aktuelle Zustand, in welchem die Albaner dort die überwältigende Mehrheit stellten, war damit als »neu« und somit zugleich unverbindlich und umkehrbar charakterisiert. Auf ähnliche Weise wurde auch bereits wenige Wochen nach dem von der NATO erzwungenen serbischen Rückzug aus dem Kosovo im Sommer 1999 von Belgrad unterstellt, rund 200 000 Albaner aus Albanien hätten sich seit dem Abzug ungehindert im Kosovo niedergelassen und würden so die Bevölkerungsstruktur verfälschen. Auf kosovo-albanischer Seite herrschte dagegen die schon länger verbreitete Ansicht, »früher« – nämlich bis 1912 – habe es viel weniger Serben in der Region gegeben als später unter serbisch-jugoslawischer Herrschaft. Dies stellte nun für die Albaner eine bequeme Rechtfertigung dar, ab 1999 die serbische Bevölkerung außer Landes zu drängen.

Streit um die frühe Siedlungsgeschichte

Die beiden nationalen Bilder von der Geschichte des Kosovo sind völlig unvereinbar (vgl. die Beiträge von Oliver J. Schmitt, Zoran Janjetović und Holm Sundhaussen). Was ist diesen gegensätzlichen Vorstellungen zu erwidern? Eine historisch korrekte Antwort ist auf so einfache Art, wie es die beiden nationalen Positionen glauben machen wollen, nicht zu finden. Trotz spär-

licher Quellen lässt sich aber schon für den Übergang von der Antike zum Mittelalter und für das Mittelalter selbst Einiges festhalten. So ist zwar die Abstammung der Albaner von den Illyrern bzw. die Herkunft der albanischen Sprache aus dem antiken Illyrischen mangels Überlieferung illyrischer Texte bis heute nicht wirklich nachzuweisen. Sie ist aber die bei weitem plausibelste Theorie. Dafür und zugleich für eine langfristige Präsenz von Sprechern des frühen Albanischen in oder nahe dem heutigen Kosovo lässt sich die ungebrochene Umwandlung von antiken Ortsnamen in albanische Formen bzw. in Formen anführen, die durch die Lautgesetze des Albanischen erklärbar sind (zum Beispiel lateinisch Scupi, albanisch Shkup, heute mazedonisch Skopje). Damit ist ein wichtiges Indiz gegeben, dass in der Region eine früh-albanische Bevölkerung den Umbruch von der Antike zum Mittelalter überdauert haben muss.

Trotzdem ist keineswegs die albanische Auffassung bewiesen, die Albaner seien im Kosovo seit der Antike durchgängig in der Mehrheit gewesen. Dies ist insgesamt betrachtet sogar mit Sicherheit falsch. Denn die im Mittelalter (und noch heute) im Kosovo weit überwiegende Zahl von Ortsnamen slawischer Herkunft ist nur erklärbar, wenn man zumindest für eine gewisse Periode eine vornehmlich slawische Bevölkerung annimmt. Allerdings lässt sich diese zeitliche Phase mangels sonstiger Quellen nicht befristen und auch in ihrer Dauer nicht näher abschätzen. »Slawisch« bedeutet allerdings nicht automatisch »serbisch«: Von Serben im Kosovo zu sprechen, ergibt überhaupt erst ab der Übernahme der Region durch das mittelalterliche Serbien Sinn, also ungefähr ab dem Jahr 1200. Neben solchen Serben gab es im Weiteren zumindest »auch« Albaner. Die serbischen Dokumente aus dieser Zeit, die uns Namen von Steuerpflichtigen überliefern, zeigen dabei, dass damals die Mehrheit der ansässigen Albaner serbische Namen getragen hat und daher an anderer Stelle oftmals für den Historiker nicht identifizierbar ist.

Für die Annahme einer erheblichen Zahl an Albanern im Mittelalter spricht ein weiteres Indiz. Gemeint ist die starke Verbreitung von albanischen Namensendungen in den ersten umfangreichen Namensdokumenten, welche die osmanische Verwaltung zu Zwecken der Besteuerung im 15. Jahrhundert angelegt hat. Da es keinerlei Quellen gibt, die für die Zwischen-

zeit eine größere Zuwanderung vermuten lassen, ist dieses Indiz auch für die vorangegangene Zeit der serbischen Herrschaft von Belang. Zahlreiche schriftliche Dokumente belegen überdies eindeutig, dass die serbische Annahme nicht zutrifft, ab 1690 habe eine rein oder praktisch rein serbisch besiedelte Landschaft durch serbische Massenflucht und massive Einwanderung aus den nordalbanischen Bergen ihren Bevölkerungscharakter grundlegend gewandelt. Diverse Berichte katholischer Geistlicher – diese Art von Quellen liegt für den untersuchten Raum leider erst ab den 1620er-Jahren vor – bezeugen eine ganz massive Präsenz der albanischen Sprache im Kosovo vor dieser Zeit. So gibt eine Aufstellung von 1623 darüber Auskunft, dass sich in Prizren die Bevölkerung von ungefähr 13 000 Personen fast ausschließlich aus Albanern (12 000 Muslime und nur ca. 200 Katholiken) und lediglich aus 600 Serben zusammensetzte. Dieselbe Quelle spricht für das benachbarte Skopje von einer starken, großteils albanisch-muslimischen Mehrheit. Für Prishtina hingegen führt sie an, dass dort neben nicht näher bestimmten Muslimen auch eine große Anzahl Serben lebe. Jahrzehnte vor dem vermeintlichen Wendepunkt 1690 siedelten also ausgesprochen viele Albaner im Kosovo – und nur für den Osten der Region ist zugleich auch eine starke serbische Siedlungspräsenz belegt. Diese Erkenntnisse der Bevölkerungsgeschichte im Kosovo untermauern auch die Forschungsergebnisse des britischen Historikers Noel Malcolm an zentraler Stelle.

Für das gesamte 18. Jahrhundert liegen danach nur ziemlich dürftige Informationen vor. Im Umfeld des zweiten gescheiterten Vorstoßes der habsburgischen Armee auf den Zentralbalkan (1737) waren der äußerste Norden des Kosovo und seine nordwestliche Nachbarschaft von serbischer und teilweise auch von albanischer Abwanderung auf habsburgisch-ungarisches Gebiet betroffen. Ansonsten weiß man dank Untersuchungen vor Ort, die serbische Wissenschaftler unter Führung des seinerzeit weltberühmten Geografen Jovan Cvijić um 1900 anstellten, dass das 18. Jahrhundert und längere Perioden des 19. Jahrhunderts zumindest in der serbischen Bevölkerungsgruppe von starken, vor allem wohl wirtschaftlich begründeten Bevölkerungsverschiebungen geprägt gewesen sein müssen. Ein »dunkles Zeitalter« voller Unterdrückung kann diese Epoche für die örtlichen Ser-

ben nicht gewesen sein, denn außer Binnenwanderungen innerhalb der Region selbst gab es ebenso starke Zuwanderung von Serben aus den Nachbarregionen. Auch hat es zwar eine Islamisierung von Angehörigen der serbischen und anderer slawischer Bevölkerungsgruppen und zum Teil auch eine nachfolgende Albanisierung gegeben. Doch geschah dies keineswegs in jenem erheblichen Ausmaß, wie es die serbische nationale Propaganda der Jahrzehnte um 1900 und dann wieder der 1980er- und 1990er-Jahre die eigene und die internationale Öffentlichkeit hat glauben machen wollen.

Die Entstehung eines souveränen serbischen Staates 1878

Für das 19. Jahrhundert steht vor allem ab der zweiten Jahrhunderthälfte eine Vielzahl von Quellen zur Verfügung. Diese belegen für die Zeit vor 1878 eine albanische Bevölkerungsmehrheit. Einen wichtigen Wendepunkt für die Ethnostruktur im Kosovo bedeuten die Jahre 1877 und 1878 trotzdem. Denn die Frage, welcher ethnischen Gruppe man angehört, hat zu dieser Zeit zum ersten Mal in der Geschichte der Region eine klare politische Bedeutung erlangt. Der Anfang ist in einer Aktion zu suchen, die der serbische Staat zur Jahreswende 1877/78 im Zuge der Eroberung und Annexion von bis dahin osmanischem Gebiet nordöstlich des heutigen Kosovo im sancak (osman. Provinz) Niš ins Werk setzte. Dabei wurden die dort ansässigen Albaner, etwa 80 000 Personen, gezielt als feindlich eingeschätzte Muslime vertrieben. An die 50 000 von ihnen haben sich in den Bereich des von Serbien damals ebenfalls beanspruchten, aber nicht dauerhaft eroberten Kosovo gerettet.

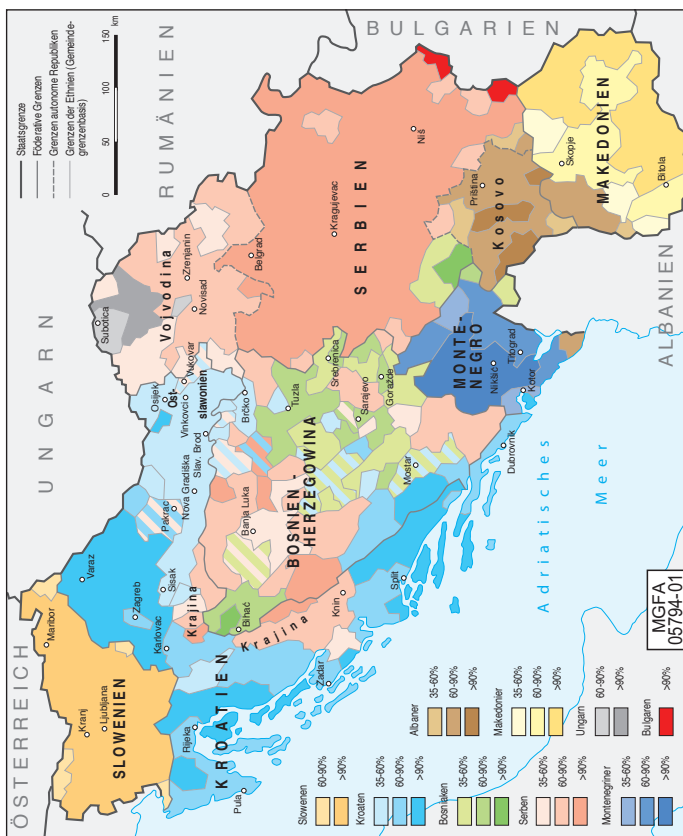
Diese gewaltsam hervorgerufene Wanderungsbewegung bildete einerseits eine wichtige Ursache für das Aufkommen der albanischen Nationalbewegung im Jahr 1878 (vgl. den entsprechenden Beitrag von Agilolf Keßelring). Die Aktion führte andererseits dazu, dass nunmehr einige Zehntausend mittellos gewordene Flüchtlinge um ihre künftige Existenz zu fürchten hatten. Sie hatten Hof und Heimat verloren, waren aber zugleich

als Muslime im Osmanischen Reich noch in verschiedener Hinsicht privilegiert, vor allem – im vorliegenden Zusammenhang besonders wichtig – in dem Recht, Waffen zu tragen. Dies war im Osmanischen Reich den allermeisten Christen nicht erlaubt. Die geschilderten Vorgänge ließen Rachegefühle dem Staat Serbien gegenüber aufkommen und zogen ihrerseits unrechtmäßige Handlungen gegen die serbische Minderheit im Kosovo nach sich. Dieser von den osmanischen Behörden kaum eingedämmte Druck gegen die serbischen Bewohner des Kosovo war neben der wirtschaftlichen und politisch-kulturellen Anziehungskraft des 1878 auf dem Berliner Kongress völkerrechtlich souverän gewordenen neuen Nachbarstaats Serbien verantwortlich dafür, dass im weiteren Verlauf bis 1912 wohl einige Zehntausend Serben (realistische Schätzungen reichen bis ca. 60 000 Personen) aus dem Kosovo abgewandert sind. Die schon vorher bestehende albanische Mehrheit hat sich dadurch verstärkt: Für 1912 kann man mit etwa 75 Prozent Albanern und daneben deutlich weniger als 20 Prozent Serben im Gebiet des heutigen Kosovo rechnen – hinzu kamen Minderheiten wie Türken, slawische Muslime und Roma.

Während des Ersten Balkankrieges besetzten im Oktober 1912 serbische und gebietsweise auch montenegrinische Truppen das Kosovo, Mazedonien und den sancak von Novi Pazar und annektierten diesen Raum. Dieser Prozess führte in den darauf folgenden Jahren zu einer teilweisen Wiederholung der Ereignisse von 1877/78. Bis Jahresende 1912 wurden ungefähr 20 000 Albaner getötet, einige Zehntausend flohen. Die Masse aber, und das unterscheidet die Situation im Kosovo 1912 grundlegend von jener im Bereich des sancak Niš im Jahre 1878, blieb und konnte bleiben. Die Hoffnung des serbischen Staates, mit der Zeit die albanische Bevölkerung (von der man inzwischen glaubte, sie sei gutteils serbischer Abstammung) in erheblichem Umfang assimilieren zu können, war wohl ein Grund dafür, dass Übergriffe nicht in noch größerem Ausmaß erfolgten.

Seitdem war die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung wiederholt Gegenstand politisch motivierter Verschiebungen. Sie werden in diesem Buch im Abschnitt über die Konfliktgeschichte näher dargestellt. Ein Überblick ist aber bereits an dieser Stelle nötig, um das Ausmaß der politischen Eingriffe

Die ethnische Zusammensetzung des Kosovo



Ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung Jugoslawiens 1981

in die Lebensperspektive für große Teile der Bevölkerung sichtbar zu machen und um das tiefe Misstrauen zwischen Kosovo-Albanern und Kosovo-Serben verstehen zu können. Während von 1912 bis 1999 im Prinzip eine serbisch dominierte Regierung für die Entwicklung des Kosovo verantwortlich war, gilt eine albanische Dominanz nur im Zweiten Weltkrieg von 1941 bis 1944, unter Einschränkungen für das Ende der 1960er-Jahre bis 1981 und dann wieder unter den ganz neuen Umständen seit 1999

außerhalb der verbliebenen serbischen Enklaven. Entsprechend ungleich verteilen sich die negativen Erfahrungen mit den staatlichen Strukturen.

So gab es in den Jahren nach 1918, dann wieder 1945, 1998 und 1999 massive militärische Gewalt gegen die albanische Bevölkerungsmehrheit. Starker staatlicher Auswanderungsdruck auf die Albaner veranlasste in den Jahren von 1918 bis 1940 und dann wieder von 1948 bis 1966 ca. 80 000 bzw. 100 000 Kosovo-Albaner, das Land in Richtung der an Einwanderern interessierten Türkei zu verlassen. Unter der Herrschaft von Slobodan Milošević waren es 1990 bis 1999 dann nochmals bis zu 400 000 Kosovo-Albaner, die aus ethnopolitischen und aus ökonomischen Motiven heraus abwanderten.

Aber auch Serben zählten wiederholt zu den Opfern von Vertreibungen. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hatte es zusätzlich zum Auswanderungsdruck auf die Albaner staatliche Kolonisations-Programme (so lautete die amtliche Bezeichnung) zur Ansiedlung serbischer Neubauern aus anderen Teilen Jugoslawiens gegeben. Vor allem diese Gruppe, die Ende der 1930er Jahre etwa 80 000 Personen umfasste, wurde 1941 bis 1944 zur Zeit der italienischen und deutschen Besatzung von ihren albanischen Nachbarn und von Organen des von Italien abhängigen albanischen Staates vertrieben. 1999 schließlich wurden dann im größten Landesteil, südlich des Ibër, alle Serben, Altansässige ebenso wie in jüngerer Zeit Zugzogene, Opfer von Vertreibungsdruck, soweit sie sich nicht vorab dem Abzug der serbisch-jugoslawischen Truppen angeschlossen hatten. Von zuvor ca. 220 000 Serben und Montengriner verließen auf diese Weise rund 100 000 das Kosovo; die Städte der Provinz sind, bis auf die nördlichen Teile von Mitrovicë (serb. Mitrovica), danach praktisch ohne serbische Bevölkerung. Der Druck hat sich in den Jahren danach in vielen Landesteilen stark verringert. Doch trotz einer massiven politisch begründeten Unterstützung durch den serbischen Staat erweist es sich für die verbliebenen Serben zumindest südlich von Mitrovicë wegen der allgemeinen schwierigen Wirtschaftslage und wegen der neuen Herrschaftsverhältnisse oft verlockend, die hohen Immobilienpreise für einen Verkauf zu nützen und nach Serbien abzuwandern.

Die Zusammensetzung der Bevölkerung des Kosovo nach Volksgruppen, 1921–1991								
Jahr	Gesamtbevölker.	Albaner	Serben	Montenegriner	slawische Muslime	Roma	Türken	andere
1921	439 010	288 900 65,8 %	92 490 21,1 %	keine Angabe	13 630 3,1 %	11 000 2,5 %	27 920 6,3 %	5 060 1,1 %
1931	552 064	331 569 60,1 %	149 305 27,0 %	keine Angabe	24 760 4,5 %	14 014 2,5 %	23 698 4,3 %	8 738 1,6 %
1948	733 820	498 242 68,5 %	171 914 23,6 %	28 050 3,9 %	6 679 1,3 %	11 230 1,5 %	1 315 0,2 %	7 746 1,0 %
1953	808 141	524 559 64,9 %	189 869 23,5 %	31 343 3,9 %	6 241 0,8 %	11 904 1,5 %	34 583 4,3 %	8 845 1,0 %
1961	963 988	646 605 67,2 %	227 016 23,6 %	37 588 3,9 %	8 026 0,8 %	3 202 0,3 %	25 764 2,7 %	15 761 1,6 %
1971	1 234 693	916 167 73,7 %	228 261 18,4 %	31 555 2,5 %	26 351 2,1 %	14 593 1,2 %	12 244 1,0 %	14 516 1,1 %
1981	1 584 440	1 226 736 77,4 %	209 497 13,2 %	27 028 1,7 %	58 562 3,6 %	34 126 2,1 %	12 513 0,7 %	15 978 1,0 %
1991	1 956 196	1 596 072 81,6 %	194 190 9,9 %	20 365 1,0 %	66 189 3,4 %	45 745 2,3 %	10 445 0,5 %	23 190 1,2 %

Quellen: Berechnung Konrad Clewing

Demographische Entwicklung

Bei all diesen ethnopolitisch motivierten Veränderungen der Bevölkerungsverhältnisse im 20. Jahrhundert überrascht es, dass in der Langzeitbilanz die gewaltsam veranlassten Änderungen im Umfang weniger gravierend sind als eigentlich zu vermuten wäre. So ging der albanische Bevölkerungsanteil zwar in den Anfangsjahren bis nach dem Ersten Weltkrieg (1921) von 75 Prozent auf laut offizieller Statistiken nur noch knapp 66 Prozent zurück, blieb dann aber mehrere Jahrzehnte bis um 1970 weitgehend konstant. Ein Minimum erreichte er mit 60 Prozent 1931, und 1971 als Maximum 73,7 Prozent. Der serbische Anteil erfuhr gleichfalls trotz aller staatlicher Förderung nur einen vergleichsweise schwachen Ausschlag nach oben in der Zwischenkriegszeit (27 Prozent bei der Volkszählung 1931 gegenüber 21 Prozent 1921) und lag 1971 inklusive der dann gesondert gelisteten Montenegriner immer noch bei 20,9 Prozent. Ein wichtiger Grund für die schwache Wirkung der staatlichen Ansiedlungspolitik war,



Ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung im Kosovo 2008

dass viele neu hinzugezogene oder auch altansässige Serben trotz politischer Dominanz das Gebiet mangels ökonomischer Perspektiven bald wieder verließen.

Anders als die relativen Anteile an der Bevölkerung veränderte sich die Gesamtzahl der Einwohner in diesem Zeitraum dramatisch. Sie wuchs von rund 440 000 auf 1 230 000 an und stieg bis 1991 weiter auf amtlich geschätzte 1 960 000. Der wichtigste Faktor für die Gesamtzahl wie auch für das Zahlenverhältnis der beiden Bevölkerungsgruppen lag in der so genannten »natürlichen Bevölkerungsbewegung« (die Differenz von Geburten- und

Todeszahlen). Durch sie wuchs die serbische Bevölkerungsgruppe bis in die 1950er-Jahre ebenso rasch, ja phasenweise sogar rascher als die albanische. Das verweist indirekt auf die soziale und wirtschaftliche Rückständigkeit der Provinz: Sobald die einst bei allen Bevölkerungsgruppen sehr hohe Kinder- und allgemeine Sterblichkeit zurückgegangen war, bedeutete das bei rückläufigen, aber immer noch sehr hohen Geburtenziffern ein drastisches Wachstum vor allem der ländlichen Bevölkerung. Seit den 1960er- und verstärkt seit den 1970er-Jahren galt dies in erster Linie nur noch für den albanischen Bevölkerungsanteil. Allerdings waren auch die Geburtenzahlen der Serben im Kosovo, und das ist wiederum ein Hinweis auf die sozio-ökonomischen Defizite der Provinz, bis in die 1990er-Jahre immer noch weit höher als die in Serbien.

In seiner ungleichmäßigen Verteilung ließ dieser natürliche Bevölkerungseffekt den albanischen Anteil schon vor 1999 auf ca. 85 Prozent der Gesamtbevölkerung steigen. Nach dem Krieg jenes Jahres stellt sich das Kosovo heute mit einer Gesamtbevölkerung von rund 2,4 Mio. und einem Anteil der albanischen Mehrheitsbevölkerung von über 90 Prozent ethnisch gesehen ungefähr so homogen oder inhomogen dar wie die Bundesrepublik Deutschland. So sehr die kosovarische Geschichte von Multiethnizität und kultureller Verflechtung geprägt ist, so wenig können diese Begriffe die Probleme der Gegenwart erklären. Viel treffender ist das heutige Kosovo als ein weitgehend albanisch geprägter Staat zu charakterisieren, in dem die vorhandenen Minderheiten besonderen Schutz durch Politik und Gesellschaft benötigen. Trotz manchem praktischen Einsatz dafür durch die kosovarische Regierung wurde daher mit gutem Grund die Durchsetzung der weitreichenden formalen Schutzrechte nun auch im neuen unabhängigen Kosovo zum Gegenstand intensiver internationaler Auf-
lagen und Kontrollen gemacht.

Konrad Clewing



Das Kosovo lag vom 13. Jahrhundert bis zur militärischen Eroberung durch die Osmanen im politischen Zentrum eines serbischen, christlich-orthodoxen Reiches, das unter Stefan IV. Dušan (1331–1355) seine größte Ausdehnung erreichte, dann aber wieder zerfiel. Die albanische Bevölkerung siedelte im Kosovo ebenfalls bereits im Mittelalter, stellte in der Region jedoch keine herrschenden Eliten.

Der serbische Fürst Lazar Hrebeljanović schlug am 28. Juni 1389 auf dem Amselfeld nahe Prishtina eine entscheidende Schlacht gegen die Osmanen unter Sultan Murad I., in der sowohl der Sultan als auch Lazar selbst fielen. Die Schlacht auf dem Amselfeld – die Abbildung zeigt eine populäre Darstellung aus dem 20. Jahrhundert – bildete gemeinsam mit einem zweiten Waffengang auf dem Amselfeld im Jahre 1448 den Auftakt für die Jahrhunderte andauernde Herrschaft des Osmanischen Reiches auf dem Balkan.

Das Kosovo im Mittelalter

In den rund tausend Jahren zwischen der slawischen Landnahme im 6. Jahrhundert und der endgültigen osmanischen Eroberung in der Mitte des 15. Jahrhunderts unterstand das Kosovo nur zweieinhalb Jahrhunderte, vom Ende des 12. Jahrhunderts bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts, der politischen Kontrolle des mittelalterlichen serbischen Staates. Dessen ursprüngliches Zentrum lag außerhalb der Region in der Landschaft Raška (um Novi Pazar). Ein zweites politisches und kulturelles Zentrum der Serben befand sich in Dioclea (dem heutigen Montenegro). Wie heute bestanden also zwei Pole in der serbischsprachigen Welt Südosteuropas. Der kontinentale Pol in der Raška gewann zu Beginn des 11. Jahrhunderts die Oberhand und begann Ende des 12. Jahrhunderts, sich nach Süden und damit in das Gebiet des Kosovo auszudehnen.

Zuvor hatte das Kosovo von den 50er-Jahren des 9. Jahrhunderts bis 1018 dem Bulgarischen Reich unterstanden, das vom Ende des 9. bis in das zweite Drittel des 10. Jahrhunderts die Vormachtstellung auf dem Balkan einnahm und sich von der Adria bis zum Schwarzen Meer erstreckte. Im späten 9. Jahrhundert bildete sich in Ohrid (heute Mazedonien) ein bedeutendes Zentrum des südslawischen orthodoxen Christentums bulgarischer Prägung, das wahrscheinlich auch das Kosovo beeinflusste. Um 1000 gehörte das Kosovo zum kurzlebigen balkanischen Großreich des Zaren Samuel (976–1014). Nach dessen Untergang wurde es dem Byzantinischen Reich eingegliedert, das das Kosovo bis zum Ende des 12. Jahrhunderts beherrschte.

Ohrid und die Bistümer im Gebiet des gegenwärtigen Kosovo (Lypjan, Prizren) wurden stark vom griechisch-byzantinischen Kultureinfluss erfasst. In der weitgespannten byzantinischen Welt jedoch bildete das Kosovo eine Randregion, die gegen die serbische Raška im Norden mit Burgen, so im heutigen Lypjan und Zvečan (bei Mitrovica, alb. Mitrovicë), stark befestigt wurde. Vom späten 11. bis zum ausgehenden 12. Jahrhundert war das Kosovo Schauplatz wiederholter byzantinisch-serbischer Grenzkriege. Unklar ist, wie stark die an der Adriaküste und im heutigen Nordalbanien bestehende rö-

mische (katholische) Kirche im Hochmittelalter auch auf den Binnenbalkan einwirkte. Im Spätmittelalter bestanden im Kosovo jedenfalls katholische Kirchen für die Kaufleute aus Ragusa (Dubrovnik) und deutsche Bergleute (vgl. Kasten auf S. 30).

Das Kosovo im serbischen Nemanjidenreich

Ende des 12. Jahrhunderts entstand in der Raška die Dynastie der Nemanjiden, welche die innenpolitische Schwäche von Byzanz ausnützte und langsam, aber stetig nach Süden vordrang. Um 1190 erreichte Stefan Nemanja das Schar-Gebirge (alb. Maletë Sharrit), welches das Kosovo vom Vardarbecken um Skopje trennt. Als Byzanz 1204 unter dem Angriff des Vierten Kreuzzuges zusammenbrach, konnte sich die Raška endgültig politisch und kirchlich zu einem eigenständigen Reich auf dem Balkan entwickeln.

Die Königskrone empfangen die Nemanjiden freilich aus der Hand des Papstes (1217), während sie die kirchliche Unabhängigkeit (Autokephalie) von Konstantinopel zwei Jahre später erlangten (1219). Bezeichnend für die politische Organisation unter diesem Herrschergeschlecht war die enge Verbindung von Königtum und Kirchenspitze, deren Vertreter die Nemanjiden stellten. Das neue Königreich zog zahlreiche nach 1204 heimatlos gewordene byzantinische Künstler an und entfaltete eine lebhaft Bautätigkeit, deren Zentrum aber in der Raška, und nicht im Kosovo lag. Die Errichtung der wichtigsten serbischen Kirchen und Klöster wie Gračanica (alb. Gračanicë), Dečani (alb. Dečan) und das Erzengelkloster in Prizren erfolgte im Wesentlichen erst im 14. Jahrhundert im Zuge der Verlagerung des kirchlichen Zentrums, des Sitzes des unabhängigen (autokephalen) Erzbischofs, von Žiča in der Raška nach Peć (alb. Pejë) im Kosovo.

Im 13. Jahrhundert schob das serbische Königtum sein Machtgebiet immer weiter nach Süden vor. 1282 fiel Skopje dauerhaft an die serbische Krone. Die Südausdehnung hatte auch eine Verlagerung des Machtschwerpunkts zur Folge: Die serbischen Könige bezogen mehrere Pfalzen – wie im Deutschen Reich gab es

keine Hauptstadt – auf dem Gebiet des heutigen Kosovo (Prishtina, Novo Brdo – alb. Novobërdë – bei Ferizaj, Prizren u.a.) und Mazedoniens. Vom Ende des 13. bis zu Beginn des 15. Jahrhunderts, also für knapp eineinhalb Jahrhunderte, bildete damit das Kosovo ein politisches Zentrum des serbischen Reiches, das unter Stefan IV. Dušan (1331–1355) seine Blütezeit erlebte, als in rascher Folge das ganze heutige Albanien sowie Nord- und Mittelgriechenland in Besitz genommen werden konnten. Dies gelang aufgrund innerer Wirren im Byzantinischen Reich fast ohne Schwertstreich und wurde begünstigt durch den gemeinsamen orthodoxen Glauben der Serben, Albaner, Griechen und romani-schen Vlachen.

1346 ließ sich Dušan in Skopje zum Zaren krönen und gleichzeitig den serbischen Erzbischof zum Patriarchen erheben. Damit bekräftigte er seinen Anspruch auf das Erbe von Byzanz. Das schnell zusammengeraffte Reich zerfiel aber nach Dušans Tod sogleich wieder. In seiner weitesten Ausdehnung hatte es keine zehn Jahre Bestand gehabt; im Geschichtsbild der Serben jedoch wird gerade auf diese Maximalexpansion zurückgegriffen, ohne auf ihren kurzlebigen Charakter einzugehen.

Die Eroberung weiterer nichtslawischer Gebiete beschleunigte die Byzantinisierung der serbischen Oberschicht, die sich in Lebensart, Kunst, Literatur und politischer Gedankenwelt dem kulturell überlegenen griechisch-byzantinischen Vorbild ganz wesentlich anpasste. Serbische Urkunden belegen für das Spätmittelalter im Kosovo die Anwesenheit von Albanern und Vlachen, die besonders als Hirten erscheinen. Soweit sich aus der spärlichen Quellenlage schließen lässt, konzentrierten sich die Albaner im heutigen Westkosovo und wurden vor der osmanischen Eroberung stark durch die serbische Kultur bestimmt, was sich vor allem an Personennamen zeigt. Einen ethnischen oder konfessionellen Gegensatz zwischen Serben und Albanern kann man im Mittelalter nicht beobachten. Es ist davon auszugehen, dass die meisten Albaner der orthodoxen Kirche angehörten. Aufgrund der vorhandenen Quellen ist auch anzunehmen, dass die Serben im ausgehenden Mittelalter in weiten Teilen des Kosovo die Bevölkerungsmehrheit stellten (vgl. den Beitrag von Konrad Clewing, S. 17).

Bergbau als Grundlage für die spätmittelalterliche serbische Reichsbildung und Kultur

Im 14. Jahrhundert bildete das Kosovo auch kirchlich und wirtschaftlich den Mittelpunkt des spätmittelalterlichen serbischen Reiches. Die dortigen Bergwerke machten die Kriege und Bauten serbischer Könige möglich. Die Erschließung der reichen Silberminen, vor allem in Novo Brdo (im spätmittelalterlichen Deutsch wörtlich übersetzt als »Nyenberge«, alb. Novobërdë), finanzierten Kaufleute aus Dubrovnik, während deutsche Bergleute aus der Zips (heutige Nordslowakei) sie betrieben; deutsches Wortgut hat sich im Kosovo im Bergmannsjargon noch lange erhalten. Doch auch der Handel und andere Bereiche wurden von Nichtserben beherrscht. Diese erhielten von den Königen entsprechende Privilegien. Ihre kirchlichen Stiftungen statteten die serbischen Herrscher in byzantinischer Tradition mit reichem Landbesitz aus. Besonders im westlichen Kosovo gehörten viele Ländereien und die Abgaben der Hirten den großen Klös-

»Sachsen« im Kosovo

Im 14. Jahrhundert können in Trepča bei Kosovska Mitrovica (alb. Mitrovicë) so genannte »sasi«, also »Sachsen« nachgewiesen werden. Es handelte sich hierbei um deutsche Bergleute. Diese spezialisierten Fachkräfte kamen als »Fremdarbeiter« vermutlich in wirtschaftlich schlechten Zeiten aus der Zips ins serbische Königreich unter Uroš I. Sie bildeten eigene kleine Bergbaukolonien und bauten eigene Kirchen. Hiervon zeugt die Ruine der katholischen »sächsischen Kirche« bei Stari Trg (alb. Stantërg) in der Nähe von Trepča. Auch bei den ehemaligen Gold- und Silberminen im Ost-Kosovo hat der mittelalterliche Goldrausch seine Spuren hinterlassen. Nördlich von Gnjilane (alb. Gjilan) findet man die Reste der bis ins 15. Jahrhundert berühmten Bergwerksiedlung Novo Brdo. Hier lebten neben Bergleuten auch deutsche Handwerker, die in den zeitgenössischen Quellen als »snajdar« (Schneider) und »suster« (Schuster) beschrieben werden.

(ak)

tern (byzantinisch: Metochion; Mehrzahl: Metochia), weswegen dieses Gebiet serbisch »Metohija«, also »Klosterland«, genannt wurde.

Serbische Regionalfürstentümer und die erste Schlacht auf dem Amselfeld 1389

Es war eben dieser Reichtum, der das Kosovo zu einem wichtigen Ziel osmanischer Eroberungen machte. Die Osmanen, ursprünglich mit Sitz in einem kleinen Emirats im Hinterland von Konstantinopel (Istanbul), konnten 1354 auf der europäischen Seite der Dardanellen Fuß fassen und dann in einer Mischung aus Glaubenskrieg und Beutefeldzug Thrakien und Nordgriechenland erobern, wo sie 1371 an der Marica die serbischen Fürsten der Region vernichtend schlugen.

Die Krise der christlichen Balkanwelt ist auch im Rahmen einer gesamteuropäischen Krisenperiode (Seuchen, Klimaabkühlung, Missernten mit Krankheiten und Hunger als Folge) zu betrachten, von der die bis dahin nichtstädtischen Osmanen weniger betroffen waren. Der osmanische Erfolg ist aber wesentlich auf die durch die große Pest bedingten Verluste der christlichen Bevölkerung des Balkans und die innere Zerstrittenheit der christlichen Fürsten zurückzuführen.

Nach Stefan IV. Dušans Tod wurde das Kosovo zwischen verschiedenen orthodoxen Adligen aufgeteilt: Die Balšići (alb. Balsha), deren ethnische Zugehörigkeit (Albaner, Serben oder Vlach) unklar ist, kontrollierten kurzzeitig das Gebiet von der Adria bis nach Prizren, Lazar Hrebeljanović gehörten Prishtina und die Minenstadt Novo Brdo, Vuk Branković beherrschte das Gebiet zwischen dem heutigen Prishtina und Pejë. Als im Jahre 1389 Sultan Murad I. eine Niederlage gegen den bosnischen König Tvrtko I. rächen wollte, mussten seine Truppen das Vardartal entlangziehen. Dies zwang Lazar in ein Bündnis mit dem bosnischen König. Der Zusammenprall beider Heere erfolgte am 28. Juni 1389 auf dem Amselfeld (alb. Fushë Kosovë) nahe Prishtina und endete mit dem Tod des Sultans und Lazars. Erst die Unfähigkeit des serbischen Adels, die materiellen

und personellen Verluste auszugleichen, machte die Schlacht zu einem Wendepunkt in der serbischen Geschichte. Denn bis 1459 bestand weiterhin ein serbischer Staat (im 15. Jahrhundert nach dem vom byzantinischen Kaiser verliehenen Hofitel »Despot« – dies belegt die ideelle Verbundenheit des serbischen Adels mit dem byzantinischen Kaiser – »Despotat« genannt). Freilich hatte Vuk Branković sich 1392 als Vasall dem Sultan zu unterwerfen, eine Abhängigkeit, in die bald alle serbischen Adligen gerieten. Zudem begannen die Osmanen, die Heerstraße am Vardar durch die Eroberung wichtiger Burgen (1396: Zvečan [alb. Zvečan] und Trepča [alb. Trepçë]; 1412: Novo Brdo, wenn auch nicht dauerhaft) abzusichern, durch die sie das Kosovo beherrschten, ohne allerdings das gesamte Gebiet in ihr Reich einzugliedern.

Die zweite Schlacht auf dem Amselfeld 1448 und die endgültige osmanische Eroberung

Nach 1400 war das Kosovo Schauplatz heftiger innerserbischer Kämpfe, die sich gleichsam unter den Augen der Osmanen abspielten und diese 1409 zur Brandschatzung Prishtinas einluden. 1439 zerschlugen die Osmanen das Despotat und gliederten es unmittelbar in ihr Reich ein. Die Silberförderung der Bergwerke wurde nun in das Osmanische Reich umgelenkt, das Edelmetall also nicht mehr nach Italien ausgeführt. Ein groß angelegter, von Ungarn und Polen getragener Kreuzzug führte jedoch 1443 zum vorübergehenden Zusammenbruch der osmanischen Herrschaft auf dem Balkan.

Als Gegenleistung für politische Neutralität setzte Sultan Murad II. den serbischen Despoten Georg Branković wieder in seine Herrschaft ein. Branković unterstützte daher den nächsten ungarischen Angriff auf die Osmanen nicht: Der ungarische Reichsverweser János Hunyadi hatte zusammen mit dem Befehlshaber eines mittel- und nordalbanischen Adelsbündnisses, Gjergj Kastrioti Skënderbeu oder Georg Kastriota, genannt Skanderbeg, einen weiträumigen Zangenangriff auf das Osmanische Reich geplant. Die Entscheidungsschlacht fand im November 1448 wieder auf dem Amselfeld statt, doch Skanderbeg erschien



picture-alliance/akg-images

Denkmal des ungarischen Feldherrn und Reichsverwesers János Hunyadi in Budapest, kolorierte Postkarte von 1905

nicht auf dem Schlachtfeld – Hunyadi wurde entscheidend geschlagen. Die zweite Schlacht auf dem Amselfeld hat das Schicksal des Balkans weit mehr entschieden als die Schlacht von 1389, denn von nun an bis zum Ende des 17. Jahrhunderts standen die christlichen Regionen dem Osmanischen Reich gegenüber im ständigen Abwehrkampf. Das Despotat überlebte trotz seines Wohlverhaltens gegen den Sultan nur noch bis 1459. Dann gliederte Sultan Mehmed II. das gesamte Kosovo mit seinen so wichtigen Minen (Novo Brdo war schon 1455 gefallen) dem Osmanischen Reich ein. Für das Kosovo begann damit die lange Epoche der osmanischen Herrschaft, die bis 1912 dauern sollte.

Oliver Jens Schmit



Das Osmanische Reich stieg seit dem 14. Jahrhundert zur entscheidenden Macht in Kleinasien, in Nordafrika sowie auf der Krim auf und beherrschte seit dem 15. Jahrhundert fast ganz Südosteuropa. Stammvater der Dynastie war Osman I. (1281–1326), Herrscher über einen Nomadenstamm im nordwestlichen Anatolien. Er begann 1299 eine Eroberungspolitik, die türkische Heere im 16. Jahrhundert bis vor die Tore Wiens führte. Die zeitgenössische Abbildung zeigt die Seeschlacht bei Lepanto, wo am 7. Oktober 1571 die christlichen Mittelmeermächte mit Spanien den ersten Sieg gegen das Osmanische Reich errangen.

Als türkische Untertanen waren Serben und Albaner im Kosovo in ein kompliziertes Verwaltungssystem eingebunden. Der osmanische Staat etablierte in seinen Provinzen örtlich eine straffe Bürokratie, ließ allerdings den nichtmuslimischen Einwohnern durchaus auch Freiräume. Der beginnende Niedergang des Osmanischen Reichs im 18. Jahrhundert erweiterte diese Ungezwungenheit. Er ermöglichte freilich auch das Aufflammen von Konflikten. Aufstände von Albanern oder Serben gegen die türkische Herrschaft dienten zunächst persönlichen Zielen, bevor im 19. Jahrhundert Anfänge serbischer und albanischer Nationalbewegungen entstanden.

■ Die Zeit der Osmanenherrschaft

Die Osmanenzeit im Kosovo kann in drei Perioden untergliedert werden: 1. die Eroberungsperiode (1388–1455), 2. die Periode der osmanischen Zentralverwaltung (1455–1878) und 3. die Periode der Mazedonischen Frage (1878–1912). Bei der Eroberung des Kosovo durch die Osmanen stellte die Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo polje, alb. Fushë Kosovë) 1389 einen wichtigen Einschnitt dar. Nach dieser Schlacht, in der Sultan Murad I. und König Lazar umkamen, wurde Serbien dem Osmanischen Reich tributpflichtig, Teile des Kosovo gerieten unter direkten osmanischen Einfluss. Der serbische Despot Vuk Branković, der einen großen Teil des Kosovo unter seiner Herrschaft hielt, überwarf sich mit der osmanischen Regierung, woraufhin Sultan Bayezid I. (1389–1402) das Territorium Brankovićs dem serbischen König Stephan übertrug (1393 und 1396). Die Söhne Brankovićs konnten jedoch das Vertrauen des Sultans wiedergewinnen und erhielten das Gebiet ihres Vaters zurück.

Eine schwere Niederlage des Sultans in Anatolien (Ankara-Schlacht 1402) half den lokalen Herrschern im Kosovo zwischenzeitlich, sich wieder aus der osmanischen Abhängigkeit zu lösen. Der osmanische Staat durchlebte aufgrund von Thronstreitigkeiten eine Phase der Stagnation, konnte diese Krise allerdings bald überwinden. Nach der Eroberung von Smederevo (türk. Semendire) im Jahre 1439 geriet das Kosovo erneut unter osmanische Kontrolle. Es wurde im Jahre 1448 abermals zum Schauplatz einer wichtigen Schlacht zwischen dem Osmanischen Reich und Ungarn, ausgetragen auf dem Amselfeld. Der ungarische König an der Spitze einer Kreuzzugsarmee, darunter auch deutsche Hilfstruppen, wurde von der osmanischen Armee vernichtend geschlagen. Die Serben ergriffen in diesem Konflikt für keine Seite Partei. Die nördlichen Teile des Kosovo mit dem Zentrum Vučitrn (alb. Vuçitërn/Vushtrri) verblieben daher unter serbischem Einfluss. Mehmed II. (der Eroberer), der 1453 Konstantinopel (Istanbul) einnahm, dehnte jedoch die osmanische Herrschaft auf dem Balkan systematisch aus. 1455 eroberte er Novo Brdo (alb. Novobërdë) und weitere Orte im Kosovo. In den 50er-

Jahren des 15. Jahrhunderts wehten dort überall die Feldzeichen des Osmanischen Reiches.

Das Kosovo als osmanische Provinz

Mit der osmanischen Eroberung hielt auch die osmanisch-türkische Kultur in der Region Einzug. Bereits nach der Kosovo-Schlacht 1389 begann die osmanische Regierung damit, im südlichen Teil des Balkans Türken und Tataren aus Anatolien anzusiedeln. Die Städte, in denen Muslime und orthodoxe Christen meist in getrennten Stadtvierteln wohnten, gewannen allmählich einen muslimisch-osmanischen Charakter. Zahlreiche fromme Stiftungen wurden gegründet. Moscheen, Basare, Bäder, Karawansereien und weitere typisch muslimische Einrichtungen gehörten fortan zum Stadtbild. Die osmanische Eroberung bedeutete allerdings keinen vollständigen Bruch mit der Vergangenheit. Christliche Würdenträger wurden als militärische Lehnmänner (Timarioten) in die osmanische Armee integriert, nicht wenige traten später zum Islam über. Auch im Kosovo wurde die Knabenlese (türk. *Devşirme*) durchgeführt. Hierbei handelte es sich um eine Zwangsrekrutierung christlicher Buben, die islamisch erzogen und für die osmanische Zentralarmee (die Janitscharen) ausgebildet wurden. Nach dem Fall von Peć (alb. *Pejë*; türk. *İpek*) 1462 beispielsweise verschleppten die Sieger zwei Söhne des dortigen Herrschers nach Istanbul. Einer von ihnen stieg später zum Großwesir (Dukaginzade Ahmed Pascha, 1514–1515) auf.

Das Kosovo stand unter osmanischer Zentralverwaltung. Die Territorien des Reiches waren in Großprovinzen (Beylerbeylik, Vilayet) eingeteilt, deren Gouverneure in der Regel den Rang eines Paschas hatten und direkt von Istanbul ernannt wurden. Das Kosovo gehörte gegen Ende des 15. Jahrhunderts zur Großprovinz Rumeli (wörtlich: römisches Land), die aus mehreren sancaks (osman. Provinzen) bestand. Das Territorium des heutigen Kosovo erstreckte sich über die sancaks Üsküp (Skopje, heute in Mazedonien) und Vuçitrn, wobei der größere Teil zu Vuçitrn zählte. Sie bestanden aus mehreren Bezirken (Kaza bzw. Nahiye), in denen osmanische Kadis (Religionsrichter) ihre Sitze hatten. Die unmittelbar ernannten Kadis waren für alle denkba-

ren rechtlichen Angelegenheiten ihrer Bezirke zuständig. Die kleinste Verwaltungseinheit bildeten das Dorf bzw. Stadtviertel (Mahalle). Deren Vorsteher wählte die lokale Bevölkerung. Obwohl Gouverneure und Richter Muslime sein mussten, waren die Dorf- bzw. Stadtviertel-Vorsteher in den christlichen Orten Christen. Sie hatten eine wichtige Stellung im osmanischen Verwaltungssystem inne, weil sie vor allem bei der Feststellung der Steuern und bei der Aushebung von Soldaten eng mit den osmanischen Behörden zusammenarbeiteten.

Das Verhältnis von Islam und Christentum

Der Islam nahm eine dominierende Stellung im Osmanischen Reich ein. Die größten Kirchen in den eroberten Gebieten wurden in Moscheen umgewandelt, während die Christen kleinere Gotteshäuser meist weiterhin nutzen konnten. Da der Islam die jüdische und die christliche Religion als Vorstufen des eigenen Glaubens anerkennt und für die Angehörigen dieser Religionen eine Sonderstellung vorsieht (das Millet-System), durften Juden und Christen im Osmanischen Reich ihren Glauben ausüben. Die Nichtmuslime galten als Schutzbefohlene und mussten dafür eine Kopfsteuer zahlen.

Für die Organisationsstrukturen der orthodoxen Kirche im Kosovo hatte die osmanische Eroberung zunächst gravierende Auswirkungen. Das wichtigste Zentrum der orthodoxen Christen war das serbische Patriarchat in Peć. Dieses wurde nach dem Fall der Stadt abgeschafft, die orthodoxe Bevölkerung des Balkans der kirchlichen Oberhoheit der griechisch-orthodoxen Kirche von Konstantinopel unterstellt. Der Patriarch von Konstantinopel ernannte die Bischöfe in den einzelnen Eparchien (Bistümern). Der Kirche verblieb in ihren Gemeinden die Zuständigkeit für religiöse Angelegenheiten. Sie hatte auch das Recht, familienrechtliche Streitfälle zu regeln, während strafrechtliche Angelegenheiten vor dem muslimischen Kadi verhandelt werden mussten. Erst als ein zum Islam konvertierter Bosnier, Sokollu Mehmed Pascha, Großwesir wurde, ließ er im Jahre 1557 das serbische Patriarchat von Peć neu gründen und machte einen Verwandten zu dessen erstem Vorsteher. Mehr

als zweihundert Jahre lang blieb Peć selbstständiger orthodoxer Kirchenbereich.

Während der osmanischen Herrschaft kam es zu Bevölkerungsverschiebungen und Umsiedlungen. Als deren Folge stieg die Zahl der Muslime im Kosovo stetig. Insbesondere in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts nahm die muslimisch-albanische Bevölkerung zu. Die Städte Prishtina, Prizren und Vučitrn wuchsen zu muslimischen Zentren heran. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts bestand die Bevölkerung von Pejë zu 90 Prozent, von Vučitrn zu 80 Prozent, von Prishtina zu 60 Prozent, von Prizren zu 56 Prozent und von Novo Brdo zu 37 Prozent aus Anhängern des Islam.

Der beginnende Niedergang des Osmanischen Reiches

Die osmanische Herrschaft im Kosovo blieb bis zur erfolglosen Belagerung Wiens 1683 stabil. Nach dem militärischen Scheitern der Türken vor den Toren der österreichischen Hauptstadt ergriff jedoch die »Heilige Liga« (Österreich, Polen, Venedig, Russland) die militärische Initiative gegen das Osmanische Reich. Während des »langen Türkenkrieges« (1683–1699) drang die habsburgische Armee bis in das Kosovo vor. Unterstützt von der serbischen Bevölkerung, versuchte Habsburg ein serbisches Königreich mit Sitz in Kumanovo (heute Mazedonien) zu gründen. Als das Kosovo im Laufe des Krieges von osmanischen Truppen zurückerobert wurde, zog im Jahre 1690 der serbische Patriarch Arsenije III. Crnojević – so die traditionelle serbische Sicht – mit ungefähr 37 000 serbischen Familien vom Amselfeld nach Ungarn und machte dort Karlovci zu seiner Residenz.

Der Auszug des Patriarchen und weitere Auseinandersetzungen zwischen dem Osmanischen und dem Habsburger Reich führten dazu, dass immer mehr Serben nach Norden wanderten. Die Kriege zwischen Österreich und der Hohen Pforte bewirkten, dass sich die Bevölkerungsverhältnisse zwischen Serben und Albanern noch mehr zu Gunsten der Albaner verschoben. Die osmanischen Bevölkerungsregister, die zur Feststellung der



Großwesir Kara Mustafa führte das türkische Heer nach Wien und unterlag dort am 12. September 1683 in der Schlacht am Kahlenberg.

Steuern erstellt wurden, geben detaillierte Informationen über Verschiebungen in der konfessionellen Zusammensetzung. Nach der osmanischen Volkszählung von 1831 war beispielsweise die Bevölkerung im Bezirk Prizren zu gut drei Viertel muslimischen und zu etwas mehr als einem Fünftel christlichen Glaubens.

Im 18. Jahrhundert wurde das Osmanische Reich in eine Reihe von verlustreichen Kriegen gegen Russland im Norden und Österreich im Westen verwickelt. Die Furcht, dass die Türken unbesiegbar seien, schwand in Europa zusehends dahin. Die militärische Schwäche des Reiches war auch von einer tiefen Erschütterung des Verwaltungssystems begleitet. Die Regierung hatte zunehmend Schwierigkeiten, in den Provinzen Steuern einzutreiben und Soldaten zu rekrutieren. Mit diesen Aufgaben wurden darum angesehene Persönlichkeiten auf lokaler Ebene betraut, die im Laufe des 18. Jahrhunderts durch ihre Vermittlerfunktion zwischen der Regierung und der Bevölkerung an Einfluss und Reichtum gewannen.

Im Kosovo entstand eine Schicht von örtlichen Würdenträgern, die sowohl wirtschaftlichen Einfluss als auch militärische Macht besaß. Wie überall im Osmanischen Reich versuchten auch sie, ihren jeweiligen Machtbereich gegenüber der Regierung und den eigenen Rivalen auszudehnen. Die albanische Bushatlliu-Familie war dabei – nicht nur im Kosovo – besonders erfolgreich. Kara Mahmud Pascha, ein Angehöriger dieser Familie und osmanischer Gouverneur in İškodra (alb. Shkodër), der sich in die Verwaltungsangelegenheiten im Kosovo einmischte, wurde vom Sultan zum Tode verurteilt. Daraufhin löste er gegen Ende des 18. Jahrhunderts einen folgenschweren Aufstand aus und be-

I. Historische Entwicklungen

siegte die gegen ihn entsandten Regierungstruppen. Schließlich musste der Sultan einlenken und ernannte Mahmud Pascha zum Gouverneur von Yeni Pazar (serb. Novi Pazar). Auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kämpfte ein Angehöriger der Bushatliu-Familie – gleichfalls osmanischer Gouverneur – erfolgreich



Europäisches Staatsgebiet des Osmanischen Reiches zu Beginn des 19. Jahrhunderts

gegen die türkische Militärmacht. Alle diese Aufstände verfolgten freilich keine »nationalen« Ziele, sondern sind vielmehr Ausdruck der Machtansprüche lokaler Magnaten. Zeitgleich gab es auch in anderen Provinzen zahlreiche von osmanischen Reformen oder Zentralisierungsmaßnahmen provozierte Unruhen, deren Anführer zum größten Teil Türken waren.

Im 19. Jahrhundert begannen auf dem Balkan die christlichen Bevölkerungsgruppen (Serben ab 1804, Griechen ab 1821) gegen die osmanische Herrschaft aufzubegehren. Das Reich verfiel sowohl militärisch als auch wirtschaftlich. Die Regierung versuchte dem entgegenzuwirken, indem sie einen Verwestlichungs- bzw. Modernisierungsprozess (z.B. Neuorganisierung des Militärs nach französischem Muster) einleitete und die Verwaltung der Provinzen reorganisierte. Deren Grenzen und Zentren wurden mehrfach verändert, sodass das Kosovo bis 1868 Teil des Vilayet Üsküp, 1869 des Vilayet İşkodra, 1871 des Vilayet Prizren und 1875 des Vilayet Monastir (heute Bitola) wurde. Erst kurz vor dem Russisch-Türkischen Krieg von 1877/78 richtete das Reich zum ersten Mal ein Vilayet unter dem Namen Kosovo (türk. Kosova) ein. Es umfasste unter anderen die sancaks Prishtina, Prizren, Skopje, Novi Pazar und Niš. Sein Zentrum wurde später von Prishtina nach Üsküp verlagert. Das Vilayet Kosovo erlebte im Laufe der folgenden Jahre Grenzänderungen, blieb jedoch bis zum Ende der Osmanenzeit bestehen.

Der Ausgang des Russisch-Türkischen Krieges verschaffte Serbien, Montenegro und Rumänien die Unabhängigkeit, außerdem entstand ein bulgarisches Fürstentum. Die von den Albanern bewohnten Gebiete fielen zum Teil an Serbien und Montenegro. Das Kosovo als historische serbische Provinz rückte nun in den begehrtlichen Blick Serbiens, mit einer entsprechenden Gegenreaktion der Albaner in der Region. Eine Gruppe albanischer Intellektueller, hauptsächlich aus dem Kosovo, versammelte sich am 10. Juni 1878 in der Stadt Prizren und gründete die Liga von Prizren (alb. Lidhja e Prizrenit). Dies markierte den Beginn einer albanischen Nationalbewegung im Kosovo, die sich an erster Stelle gegen die serbischen und montenegrinischen Herrschaftsansprüche stellte, das spätere Ziel einer Unabhängigkeit des Kosovo aber erst mit der Erklärung vom Februar 2008 erreichte.

Mehmet Hacısalihoglu



picture-alliance/akg-images

Der populäre Holzstich von 1881 zeigt die Burg »Skanderi Dagh« im albanischen Drin-Gebiet. Dort verteidigten sich die militärisch hoffnungslos unterlegenen Albaner im 15. Jahrhundert unter Führung des legendären Skanderbeg (vgl. Kasten auf S. 44) über Jahre hinweg gegen das osmanische Militär.

Die albanische Bevölkerung des Kosovo entwickelte erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts Anfänge von modernem Nationalbewusstsein. Ein albanischer Staat entstand im Gefolge des Ersten Balkankrieges 1912 und schloss das mehrheitlich albanisch besiedelte Kosovo nicht mit ein, das an Serbien und Montenegro fiel.

■ Die Anfänge der albanischen Nationalbewegung

Einen selbstständigen Staat Albanien gab es erstmals seit 1912. Das Vorhandensein einer albanischen Volksgruppe hingegen ist bereits für das Mittelalter belegt. Lange bestimmten Dynastien und persönliche Treueschwüre die politische Zugehörigkeit der Völker. So stand im 13. Jahrhundert das »Königreich der Albaner« unter der Herrschaft des Königs von Neapel-Sizilien, Karl von Anjou. Im 14. Jahrhundert hingegen hatten die meisten Albaner serbischen Landesherrn zu dienen. Ein albanischer Adel bildete sich heraus. Nach der Besetzung Skopjes (heute Mazedonien) durch die Osmanen im Jahr 1391 gingen die ersten albanischen Adeligen ein Vasallenverhältnis mit dem Sultan ein.

Immerhin einte Georg Kastriot, genannt Skanderbeg, im 15. Jahrhundert zumindest zeitweilig den albanischen Adel und schlug ein starkes osmanisches Heer. Durch ein Bündnis mit dem König von Neapel konnte er den islamischen Vorstoß in die christlichen albanischen Gebiete verhindern. Nach seinem Tod aber eroberten die Osmanen die von Albanern bewohnten Gebiete.

Der albanische Adel floh entweder nach Italien oder passte sich der neuen Herrschaft an: Bis ins 18. Jahrhundert wechselten einerseits mehr und mehr Albaner zum islamischen Glauben über. Viele von ihnen brachten es zu Amt und Würden im Osmanischen Reich. Andererseits gab es immer wieder regionale Aufstände gegen die Osmanenherrschaft. Die Beweggründe für diese Aufstände waren zunächst kaum in einem albanischen Nationalbewusstsein begründet. Vielmehr handelte es sich um religiöse, wirtschaftliche oder in der Tradition begründete Revolten lokaler Herrscher gegen die Zentralgewalt des Sultans. Bekannt ist der Rebell Ali Pascha von Janina, der sich ab 1788 im südlichen Albanien Nordwestgriechenland ein eigenes Machtzentrum aufbaute. Fast eineinhalb Jahre dauerte die türkische Belagerung der Stadt Janina. Erst 13 Jahre später konnte dort die Macht des Sultans Mahmud II. vollständig wiederhergestellt werden.

Der albanische Fürst Skanderbeg,

eigentlich Georg Kastrioti (alb. Gjergj Kastrioti Skënderbeu, 1405–1468), kämpfte im 15. Jahrhundert gegen die Türken und ist heute einer der wichtigsten albanischen Nationalhelden. Nachdem sein Vater den osmanischen Truppen unterlegen war, ging Georg als Geisel an den Hof des Sultans nach Adrianopel. Nicht ungewöhnlich für christliche Fürstenkinder am osmanischen Hof, wurde er aufwändig erzogen. Zum Übertritt zum Islam gezwungen, erhielt er den türkischen Namen Iskender. Sultan Murad II. entsandte ihn 1438 als Beg (später »Bey«, eigentlich »Herr«, Titel für Offiziere und zivile staatliche Bedienstete etwa im Rang eines Oberst; »Skanderbeg« ist ursprünglich »Iskender-Beg«) in seine Heimat. 1443 fiel Skanderbeg vom Sultan ab, nahm die Festung Kruja in Besitz und gründete 1444 mit der »Liga von Lezha« in Nordalbanien ein militärisches Bündnis gegen die Türken. Bis zu seinem Lebensende kämpfte Skanderbeg, unterstützt durch seinen Lehnsherren, König Alfons I. von Neapel, von Kruja aus gegen die osmanischen Truppen. Diesen gelang es bis zum Tod Skanderbegs 1468 nicht, dessen Widerstand zu brechen. Skanderbeg wurde in Lezha beigesetzt. Nachdem osmanische Truppen die Grabkirche nach der Besetzung der Stadt zerstört hatten, gibt es seit den 1970er-Jahren dort wieder eine Gedenkstätte. Der zentrale Platz in der albanischen Hauptstadt Tirana trägt den Namen Skanderbegs, der schon zu Lebzeiten in ganz Europa als christlicher Held im Kampf gegen die »Heiden« Bekanntheit erlangte. (bc)



picture-alliance/akg-images/Heilmut Kalle

Verspätete Nation

Nationale Bewegungen benötigen Gemeinsamkeiten. Aus diesen wird eine »Idee der Nation« konstruiert. Solch eine Gemeinsamkeit können Geschichte, Religion und Sprache, aber auch eine gemeinsame Kultur oder Abstammung bilden. In Südosteuropa breitete sich die nationale Idee im 19. Jahrhundert von Westen nach Osten aus. Die Errichtung eines Nationalstaates wurde meist durch die romantisch verklärte Idee von der »Wiedergeburt« (alb. Rilindja) eines mittelalterlichen Staates historisch be-

gründet. Einen eigenen albanischen Staat hatte es indes im Mittelalter nicht gegeben.

Die nationale Identität entstand im Südosten Europas auch in Abgrenzung gegen die islamische Zentralmacht des langsam verfallenden Osmanischen Reiches. Religion und Ritus spielten eine wesentliche Rolle. Beispiele sind Serben, Griechen und Bulgaren mit ihren orthodoxen Nationalkirchen. Hier liegt ein weiteres Problem der albanischen Nationalbewegung: Sie konnte sich nicht auf die Religion berufen – schließlich waren im 19. Jahrhundert etwa 80 Prozent der Albaner Muslime. Für sie bot das multiethnische, religiös tolerante, aber muslimisch dominierte Osmanische Reich keine schlechten Chancen.

Zwischen großen und kleinen Mächten

Der Aufwind der südosteuropäischen Nationalbewegungen ging mit der zunehmenden politischen Schwäche des übernationalen osmanischen Staates einher. Insbesondere dessen Nachbarstaaten Österreich und Russland unterstützten separatistische Tendenzen im Osmanischen Reich. Die Albaner wurden jedoch aufgrund ihres mehrheitlich islamischen Glaubens von den Großmächten weitestgehend als Türken angesehen. Auf dem internationalen Berliner Kongress von 1878, der eine Neuordnung des Balkans nach dem Russisch-Türkischen Krieg von 1877/78 zum Ziel hatte, trat denn auch keine Großmacht für albanische Belange ein, während Russland die Bulgaren sowie Großbritannien und Österreich-Ungarn die Serben protegierten.

Die Großmächte konnten sich nicht einigen, wie mit dem Osmanischen Reich, dem »kranken Mann am Bosphorus«, verfahren werden solle. Weder konnte man sich in Berlin zu einer Aufteilung des Balkans unter den »jungen Nationalstaaten« Serbien, Griechenland und Bulgarien noch zu einer Stabilisierung des Osmanischen Reiches durchringen. Die Klärung der Probleme wurde auf die lange Bank geschoben. Statt deren Status dauerhaft festzulegen, ermächtigte der Berliner Kongress Österreich-Ungarn dazu, die osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina zu besetzen. Auch die so genannte Mazedonische Frage, also die Frage, was aus dem osmanischen Kernland Mazedonien

werden sollte, blieb offen. Russland hatte diese Region im Vorfrieden von San Stefano 1878 Bulgarien zugesprochen. Serbien und Griechenland erhoben gleichfalls Anspruch auf Mazedonien. Letztlich blieb das Territorium zunächst beim Osmanischen Reich. Der albanische Siedlungsraum wurde in Randgebieten unter Serbien (Niš, Kuršumlje, Vranje), Montenegro (Plav, Gusinje) und Griechenland (Arta) aufgeteilt.

Kampf gegen Fremde: Die Liga von Prizren

Angesichts dieser Aufteilung entflammte der Widerstand der Albaner. Das Ereignis gilt als Beginn des nationalen (Wieder-)Erwachens, der »Rijlinda«. Bereits im Mai 1878 hatte sich in Gjakovë ein regionales albanisches Komitee gebildet. Auf einer Versammlung in Prizren wurde am 10. Juni 1878 die »Liga von Prizren« gegründet. Sie war allerdings keineswegs eine albanische Unabhängigkeitsbewegung, sondern diente dem Erhalt der vormaligen Verhältnisse. Auch sonst kann die Liga von Prizren durchaus als konservativ bezeichnet werden: Ihre Statuten erkannten die Rechte des Sultans ausdrücklich an und forderten die Rückgabe der von Serbien und Montenegro besetzten Gebiete an das Osmanische Reich. Aber auch ein gemeinsames albanisches Nationalverständnis findet dort seinen Niederschlag: So wollte die Liga auf dem Berliner Kongress vertreten sein und forderte innerhalb des Osmanischen Reiches Autonomie für die albanischen Gebiete. Angehörige der Liga leisteten in Plav und Gusinje derartig heftigen Widerstand gegen den Vollzug der Gebietsabtretung an Montenegro, dass die Großmächte in Berlin beschlossen, stattdessen am Ende Ulqin (serb. Ulcinj) an Montenegro anzugliedern. Den Friedensschluss mussten 1880 osmanische Truppen durchsetzen. Dass die osmanischen Abtretungen an Serbien nicht auf den Widerstand der Liga stießen, lag daran, dass die zugesprochenen Gebiete längst von serbischen Soldaten besetzt worden waren. Die dort lebenden Albaner waren dabei vertrieben worden. Sie siedelten sich teilweise im stark von Albanern bewohnten Kosovo an.

Aufstände im Kosovo

1880	Prizren
1881	Prishtina, Pejë (türk. İpek)
1885	Prizren, Ferizaj
1903	Vuçitërn
1905	Pejë
1912	gesamtes Kosovo

Innerhalb der Liga wuchsen die Spannungen zwischen dem pro-türkischen und dem radikal-albanischen Flügel. Wesentliche Forderungen der Liga waren die Bildung einer eigenen albanischen Großprovinz (türk. Vilayet) aus den Vilayets Kosovo, Monastir und Janina, deren Verwaltung durch Albaner, Gründung albanischsprachiger Schulen, Ableistung des Militärdienstes innerhalb der Provinz, Steuerhoheit sowie die Anerkennung der albanischen Nationalität in den Pässen. Diese Forderungen wurden auch im Kosovo laut. Im Frühjahr 1880 übernahm dort die Liga sogar die Verwaltung. Nach erbittertem Widerstand besetzten osmanische Truppen am 23. März 1881 Prizren und lösten die Liga auf. Das rebellische Gjakovë fiel am 8. Mai.

Das Ende der Liga von Prizren 1881 bildete dennoch den Auftakt für das Erstarren des albanischen Nationalismus. Ein selbstständiges Albanien entstand allerdings erst während der Balkankriege von 1912/13. Der politische Wille Österreich-Ungarns und Italiens, Serbien den Zugang zur Adria zu verwehren, stand bei seiner Geburt Pate. Die Grenzen Albaniens wurden auf der Londoner Botschafterkonferenz so gezogen, dass mit dem Kosovo und Westmazedonien stark albanisch besiedelte Gebiete außerhalb des neuen Staates lagen und bis heute liegen.

Nation durch Kampf und Sprache

Die albanische Nationalbewegung hatte ihre Wurzeln – anders als beispielsweise bei den Bosniern, Serben oder Kroaten – nicht in der Religion. Ein »Wir-Gefühl« stiftete erst der Kampf – vor allem gegen die Montenegriner. Als »Kitt« zwischen den unterschiedlichen Religionen und sozialen Gruppierungen dienten

Albanische Literatur

Albanisch zählt zu den indogermanischen Sprachen und hat grammatikalische Gemeinsamkeiten mit dem Griechischen, Rumänischen und Bulgarischen. Die Gruppe der Albanischsprachigen umfasst etwa sechs Millionen Menschen. Ihre Dialekte weisen teils erhebliche Unterschiede auf.

Trotz einer älteren mündlichen Volksdichtung stammt das erste vollständige Schriftstück in albanischer Sprache – eine Übersetzung biblischer und liturgischer Texte – aus dem Jahr 1555. Erst im 19. Jahrhundert entstand – gemeinsam und in Wechselwirkung mit den Anfängen der albanischen Nationalbewegung – eine verschriftlichte Dichtung mit nicht-religiösen Inhalten. Albanische Schriften erschienen zunächst im Ausland – die erste Enzyklopädie wurde 1895 noch illegal nach Albanien gebracht. Erst am Anfang des 20. Jahrhunderts wurde das albanische Alphabet vereinheitlicht, und noch 1972 stritten Philologen in Tirana – unter kosovo-albanischer Beteiligung – über eine einheitliche Schriftsprache.

Bezogen die albanischen Literaten ihre Anregungen bis zum Ersten Weltkrieg überwiegend von den Universitäten Frankreichs, Italiens und aus dem deutschen Sprachraum, bildete sich in der Zwischenkriegszeit in Albanien ein eigenständiger Literaturbetrieb heraus, der nach 1945 dann auch im Kosovo in unterschiedlichem Ausmaß durch die inhaltlichen und formalen Vorgaben des Sozialistischen Realismus geprägt wurde. Richtungsweisend für die albanische Literatur in dieser Provinz waren die 1971 gegründete Universität in Prishtina sowie seit 1977 die Akademie der Wissenschaften, deren Angehörige bis zur schrittweisen Aufhebung der Kulturautonomie überwiegend albanischer Nationalität waren.

Zahlreiche Motive der albanischsprachigen Literatur entstammen der Volksdichtung oder transportieren Stoffe einer oft verklärten Nationalgeschichte. Sowohl die katholische als auch die orthodoxe Kirche übten erheblichen Einfluss auf die Entstehung einer Schriftsprache aus. Diese nahm eine große Zahl von Lehnwörtern aus unterschiedlichen Sprachen auf. Auch in der weltweiten Diaspora hat sich die albanische Literatur zu einer eigenständigen Ausdrucksform entwickelt, deren Zeugnisse allerdings in westlichen Ländern mit Ausnahme des wiederholten Nobelpreis-Kandidaten Ismail Kadaré (vgl. Literaturverzeichnis im Anhang) bislang wenig beachtet werden. (bc)

die gemeinsame albanische Sprache und Kultur. 1871 hatte Zef Jubani seine albanischen Volkslieder und Erzählungen in italienischer Sprache herausgebracht. 1879 wurde mit der »Gesellschaft von Istanbul« ein nationalalbanischer Intellektuellenzirkel gegründet. Hier sammelten sich einige Angehörige der Liga. Pashko Vasa verherrlichte in seiner Broschüre »Die Wahrheit über Albanien und die Albaner« die heroische Geschichte seines Volkes. Sami Frashëri publizierte 1899 »Albanien, was es war, was es ist und was es sein wird« und erklärte unter anderem Alexander den Großen und Aristoteles zu Albanern. Als größter Albaner wurde Skanderbeg verehrt. Als albanische Tugenden galten Frashëri Tapferkeit, Treue und Todesverachtung. Besonderen Wert legte er auf die einigende Bedeutung der albanischen Sprache.

Tatsächlich wurden in den 1880er Jahren im Osmanischen Reich einzelne albanischsprachige Schulen für christliche Albaner erlaubt. Im Jahre 1891 öffnete die erste albanische Bildungseinrichtung für Mädchen. Bald erkannten die türkischen Behörden allerdings, dass diese liberale Politik den albanischen Nationalismus förderte: 1903 schlossen sie alle albanischsprachigen Schulen und verboten albanische Bücher. Es sollte der erste Versuch sein, die nationale Identität der Albaner durch die Beeinträchtigung von Bildung in albanischer Sprache zu bekämpfen. Dieses Muster fand man noch fast hundert Jahre später erneut im Kosovo und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

Agilolf Kefselring



picture-alliance/akg-images

Die populäre zeitgenössische Darstellung aus Frankreich zeigt den »schlechten, verräterischen Bruder« Zar Ferdinand von Bulgarien («Le mauvais frère», Le Petit Journal, Paris 10. Oktober 1915), der Serbien hinterrücks erdolcht, während dieses tapfer gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich kämpft. Die beiden Großmächte werden symbolisiert durch Wilhelm II. und Kaiser Franz Joseph (von links).

Die Mittelmächte Deutschland und Österreich sowie ihre Verbündeten besetzten im Ersten Weltkrieg große Teile des Balkans. Das Kosovo war wirtschaftlich und verkehrstechnisch wichtiges Besatzungsgebiet im Hinterland, bevor es 1918 Schauplatz von Rückzugsoperationen und Kampfhandlungen wurde. Dieses Schicksal wiederholte sich im April 1941, als die Wehrmacht Jugoslawien überfiel. Zunächst Teil des italienisch kontrollierten Albaniens, standen nach dem Ausscheiden Italiens als deutscher Bündnispartner ab Herbst 1943 wieder deutsche Truppen im Großteil des Kosovo.

Das Kosovo als deutsches Operationsgebiet im Ersten und Zweiten Weltkrieg

Bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs lag das Kosovo außerhalb des deutschen Interessengebiets. Als der 1882 zum Königreich ausgerufene junge Staat der Serben eine nationalistische Expansionspolitik entwickelte, sah sich dadurch eher die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie herausgefordert. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges geriet die deutsche Militärstrategie dann allerdings in eine schwierige Lage, die eng mit dem südosteuropäischen Kriegsschauplatz verbunden war. Österreich zog von der Ostfront stärkere Kräfte ab, um Serbien niederzuwerfen. Damit erhielt die russische Armee die Chance, die Mittelmächte derartig unter Druck zu setzen, dass deutsche Divisionen von der Westfront herangeholt werden mussten. Der Erste Weltkrieg lief sich somit auch an der Ostfront in einem mörderischen Stellungskrieg fest.

Kriegsschauplatz Balkan

Es war den Truppen der Donaumonarchie 1914/15 nicht gelungen, die tapfer kämpfenden Serben zu besiegen. Das erst 1912/13 geschaffene albanische Fürstentum wahrte zunächst seine Neutralität, geriet dann aber zunehmend unter italienischen Einfluss: Die Regierung in Rom löste 1915 ihre vertraglichen Bindungen mit den Mittelmächten Deutschland und Österreich und trat auf der Seite der britisch-französischen Entente in den Krieg ein. Damit bildete sich auf dem Balkan eine weitere Front, die die strategische Brücke der Mittelmächte zum osmanischen Verbündeten bedrohte.

Berlin entschloss sich zum Eingreifen. Am 6. Oktober 1915 eröffneten deutsche und österreichische Verbände im Norden eine Offensive, unterstützt durch den Einmarsch bulgarischer Armeen im Osten Serbiens. Die Reste der serbischen Armee (ca. 150 000 Mann sowie 20 000 mitgeführte österreichisch-ungarische Kriegsgefangene und zahllose Zivilisten) zogen sich



picture-alliance/akg-images

Österreich-ungarischer 30,5 cm-Motormörser an der serbischen Front, undatiert

entlang der Morava in die albanischen und montenegrinischen Berge zurück. Auf dem historischen Amsfeld bei Prishtina konnten die völlig erschöpften und hungernden Soldaten Ende November noch einmal heftigen Widerstand leisten. Trotz der Landung eines britisch-französischen Expeditionskorps in Saloniki im Oktober 1915 unterlag Serbien. Montenegro kapitulierte, italienische Truppen räumten den Großteil von Albanien. An der griechischen Nordgrenze und in Südalbanien entstand eine Front, an der bis zum Sommer 1918 im Wesentlichen Stellungskrieg geführt wurde. Die Hauptkräfte an der Front stellten die verbündeten Bulgaren und in Albanien Österreich-Ungarn, während die Deutschen nur mit zwei Divisionen präsent waren. Das Kosovo wurde damit zu einer wirtschaftlich wertvollen und verkehrsstrategisch wichtigen Region im Hinterland der Mittelmächte. Hier bemühten sich insbesondere die Österreicher um ein gutes Verhältnis zu den Albanern.

Am 14. September 1918 durchbrachen starke serbisch-französische Kräfte die Mazedonien-Front. Nach zunächst gemein-

samem Rückzug der 11. Armee auf Skopje (türk. Üsküp) zogen die Bulgaren starke Kräfte zum Schutz ihrer alten Grenze ab und ersuchten, durch Meutereien und innere Unruhen erschüttert, um Waffenstillstand. Die bei den bulgarischen Armeen eingesetzten deutschen Verbände wurden herausgezogen und neu formiert. Unter Führung des Generalkommandos 62 versuchten sie, sich über das Gebirge nach Prishtina und Niš durchzuschlagen, wo eine neue Abwehrfront errichtet werden sollte. Gepäck, Fahrzeuge und Geschütze mussten auf den aufgeweichten Straßen bei wolkenbruchartigem Regen zerstört bzw. zurückgelassen werden, um die Marschkolonnen durchbringen zu können. Diese Bilder sollten sich 1944 wiederholen.

Als sich Anfang Oktober 1918 die übermüdeten und geschwächten Formationen in Prishtina sammelten, war an eine geordnete Verteidigung auf den ausgedehnten Flächen der Hochebene nicht mehr zu denken. Die Eisenbahnverbindung erlaubte immerhin die Zuführung von Verpflegung sowie den Abtransport der Schwerkranken und Verwundeten. Aufgeteilt in mehrere Marschkolonnen zog man daher weiter. Durch Nachhuten und streifende Kavallerie gesichert, erreichten schließlich rund 4500 Mann unter Generalmajor Achim Wehl bei Kuršumlje die Sicherungen des von der Westfront herangeführten deutschen Alpenkorps.

Die österreich-ungarische Armeegruppe Albanien hingegen strebte der Küste zu. Zu ihr stieß bei Prizren eine zunächst verloren gegangene deutsche Marschgruppe von 1500 Mann. Die Stadt wurde von der 220. Landsturm-Brigade gegen italienische Truppen gesichert, die Unterstützung von bewaffneten serbischen Gruppen erhielten. Nach Durchführung einiger deutscher Strafunternehmungen zogen sich die Truppen gemeinsam nach Gjakovë zurück. Mit einem abenteuerlichen Marsch durch die Berge und in ständigen Kämpfen gegen Aufständische erreichten die hungernden und kranken Soldaten Podgorica. Dort bereitete sich die Armeegruppe Albanien darauf vor, auch Montenegro zu räumen. Ihr Kommandeur, Generaloberst Karl von Pflanzer-Baltin, schickte das Detachement nach dem Hafenort Tivat in der damals noch österreichischen Bucht von Kotor (serb. Boka kotorska), wo sich eine deutsche U-Boot-Station befand. So konnten diese Kräfte über See gerettet werden.

Das Kosovo im Zweiten Weltkrieg

Nach der Niederlage der Mittelmächte und der Neuordnung der europäischen Verhältnisse durch den Versailler Vertrag richtete sich das Interesse der deutschen Heeresleitung auf die geheime Zusammenarbeit mit der Roten Armee Sowjetrusslands. Das Kosovo als Teil des neu formierten Vereinigten Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen verschwand zunächst aus dem Blickwinkel Berlins. Das Deutsche Reich entwickelte – auch unter den Nationalsozialisten – gute Beziehungen und enge Kontakte zu dem 1929 in Jugoslawien umbenannten Staat. Noch am Vorabend des Zweiten Weltkriegs wurden umfangreiche Waffenlieferungen mit Belgrad vereinbart.

Gleichzeitig hatte der Diktator Adolf Hitler ein Bündnis mit dem faschistischen Italien abgeschlossen, dessen »Duce«, Benito Mussolini, im Frühjahr 1939 die Besetzung und faktische Annexion Albaniens durchsetzte. Hitler duldete zwar die italienischen Ambitionen auf eine Vorherrschaft in Südosteuropa, bemühte sich aber ebenso um die Neutralität Jugoslawiens, während er ab September 1939 seine Feldzüge gegen Polen sowie in Nord- und Westeuropa führte. Die politischen, religiösen und kulturellen Konflikte in Südosteuropa waren aus Sicht der deutschen Führung belanglos, solange das Reich seine Wirtschaftsinteressen in diesem Raum verfolgen konnte und »Ruhe« herrschte, die Hitler für den geheimen Aufmarsch gegen die UdSSR an seiner südlichen Flanke brauchte.

Doch da überfiel Mussolini ohne Absprache mit dem Deutschen Reich von Albanien aus am 28. Oktober 1940 das neutrale Griechenland, das sich mit britischer Hilfe erfolgreich verteidigte. Als dann am 27. März 1941 ein Militärputsch in Belgrad die deutschfreundliche Regierung beseitigte, reagierte Hitler hart und entschlossen. Am 6. April 1941 griff die Wehrmacht mit überlegenen Kräften Jugoslawien an, und wieder wurde das Kosovo zum Durchmarschgebiet deutscher Truppen in Richtung Griechenland.

Bei der Aufteilung Jugoslawiens zwischen Ungarn, Bulgarien, Kroatien und Italien sicherte sich Hitler lediglich die Verwaltung großer Teile von Slowenien sowie eine deutsche Zivilverwaltung im Banat. Serbien wurde deutsch besetzt, im Raum um

Das Kosovo als Operationsgebiet in den Weltkriegen



Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg

Mitrovicë darüber hinaus ein autonomer Bezirk gebildet. Italien annektierte zwei Drittel des Kosovo und machte es zu einem Teil Albanien. Während sich im zerrissenen nordwestlichen Jugoslawien bald ein blutiger Bürgerkrieg unterschiedlicher Gruppen und Parteien entwickelte, blieb es in Serbien aus deutscher Sicht relativ ruhig. Einen kommunistischen Aufstand im Sommer 1941 schlugen schwache deutsche Besatzungskräfte schnell und grausam nieder. Die neu formierte kommunistische Partisanen-

Die deutsche Besatzungszeit

Die Konflikte und Kämpfe im Zweiten Weltkrieg waren weit komplizierter, als dies das offiziöse jugoslawische Bild vom »Volkswiderstand« gegen den Hitlerfaschismus nahelegt. Parallel zum Kampf unterschiedlicher Widerstandsgruppen gegen die deutsche und italienische Okkupation vollzog sich ein existenzieller Kampf zwischen kommunistischen Tito-Partisanen und monarchistischen Mihailović-Četniks. Innerhalb aller jugoslawischen Nationalitäten gab es daneben unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten. Diese reichte von erzwungenen Unterstützungsleistungen über die freiwillige Zusammenarbeit und die Verfolgung nationalistischer Ziele unter dem Schutzmantel der militärischen Besatzung bis hin zur verbrecherischen Kollaboration. Der deutsche und italienische »Partisanenkampf« brachte in Jugoslawien durch seine Brutalität eine Spirale der Gewalt in Gang. Zu »Befriedungsaktionen« wurden immer mehr auch einheimische Sicherheitskräfte im Dienste der Besatzer herangezogen. Opfer der Kämpfe war auch die jugoslawische Zivilbevölkerung – ungeachtet nationaler und ethnischer Zugehörigkeit. (bc)

bewegung des Josip Broz Tito stützte sich zunächst vor allem auf das von Italien besetzte Montenegro und das von Kroatien beherrschte Bosnien. Anfang 1942 übernahm Bulgarien – wie bereits im Ersten Weltkrieg – neben dem okkupierten Mazedonien auch die Besatzungsgewalt in Südserbien.

Das Kosovo erlebte bis 1943 eine vergleichsweise ruhige Zeit unter italienisch-albanischer Herrschaft. Die Tito-Partisanen verfügten in diesem Raum lediglich über ein Bataillon. Der Zerfall des deutsch-italienischen Bündnisses im Herbst 1943 sorgte jedoch für einen dramatischen Wandel. Die den albanischen Raum und das Kosovo sichernde italienische 9. Armee war vorwiegend auf die Überwachung der adriatischen Küste gegen eine mögliche anglo-amerikanische Landung ausgerichtet gewesen. Der Kampf gegen die schwache kommunistisch-albanische Widerstandsbewegung des Enver Hoxha spielte keine große Rolle. Nun aber rückten Teile der 2. deutschen Panzerarmee in diesen Raum ein, um die italienischen Verbände zu entwaffnen. Ver-

einzelnt leisteten diese Widerstand oder liefen zu den Partisanen über.

Die Deutschen verfolgten keine territorialen oder starken politischen Interessen im neuen Besatzungsgebiet. Sie waren daran interessiert, mit dem Versprechen künftiger Unabhängigkeit einheimische Unterstützung zu gewinnen und hofften darauf, mit geringen militärischen Kräften den Raum sichern und die eigenen wirtschaftlichen Interessen verfolgen zu können. In Prishtina wurde die 100. Jägerdivision stationiert, den Raum um Prizren kontrollierten bulgarische Kräfte. Sofia witterte eine Chance, eigene Ansprüche zu Lasten des bisherigen italienischen Einflusses durchsetzen zu können.

Das Kosovo wurde, als Teil des neu proklamierten unabhängigen Staates Albanien zum Operationsgebiet des deutschen XXI. Gebirgskorps. Der albanischen Regierung blieb kaum eine Chance, einen neutralen Kurs zwischen dem Druck deutscher



picture-alliance/alg-images

Muslimische Freiwillige der Waffen-SS 1944

Behörden und den Forderungen der Alliierten einzuschlagen. So erhielten sowohl die nationale königstreue Opposition als auch der kommunistische Widerstand starken Zulauf, wobei Letzterer dann auch weite Teile des Landes, vor allem die albanische Bergregion, unter seine Kontrolle bringen konnte. Eine nach dem albanischen Nationalhelden benannte 21. Gebirgsdivision der Waffen-SS »Skanderbeg« (Albanische Nr. 1; vgl. Kasten S. 44) fand nur geringen Zulauf und zerfiel durch Desertionen in dem Maße, wie die Deutschen an Ansehen verloren. Gelegentlicher massiver Einsatz deutscher Truppen und »scharfe« Repressalien konnten die Entwicklung im Laufe des Jahres 1944 nicht aufhalten. In Tirana wechselten laufend die Regierungen, die mit schwachen Milizen weder die Sicherheitsprobleme noch die gravierende Versorgungskrise im Land zu bewältigen vermochten.

Bedingt durch den Vormarsch der Roten Armee in Rumänien und den Kriegseintritt Bulgariens an der Seite der Alliierten wurde die strategische Situation der Wehrmacht in Südosteuropa unhaltbar. Zunächst räumten deutsche Truppen die griechischen Inseln, dann zog sich die Heeresgruppe E ganz aus Griechenland nach Norden zurück. Anfang Oktober 1944 erreichte der deutsche Rückzug Albanien. Das Land wurde zur Kampfzone erklärt. Am 29. November zog eine von Enver Hoxha gebildete kommunistische Regierung in die Hauptstadt ein, während die SS-Division »Skanderbeg« sowie die 11. Luftwaffen-Felddivision im Kosovo die wichtigen Durchgangsstraßen und Bahnlinien sicherten.

Albanische Partisanenbrigaden verfolgten die über Skopje und Prishtina nach Nordwesten abfließenden Teile der Heeresgruppe E und attackierten zusammen mit der Kosovo-Brigade Titos deutsche Stützpunkte in Prizren, Gjakovë und Pejë. Gleichzeitig drängten bulgarische Kräfte nach dem bulgarischen Frontwechsel von Osten in Richtung Kosovo, um den deutschen Rückzug abzuschneiden und Prishtina einzunehmen. Nördlich von Niš operierten starke sowjetische Kräfte, um die deutschen Truppen auch südlich von Belgrad zu bedrohen. Ende Oktober tobte eine heftige Schlacht um Kraljevo, den deutschen Eckpfeiler der Südostfront, der allerdings gegen sowjetische Angriffe gehalten werden konnte. Bei den Kämpfen in Südserbien im November 1944 gelang es der deutschen Seite, mit schwachen Kräften die

bulgarisch-jugoslawischen Vorstöße so lange zu verzögern, bis der Abzug der Heeresgruppe abgeschlossen war.

Bei Prishtina entstand zwischenzeitlich eine Krisensituation, als die angeschlagene 11. Luftwaffen-Felddivision den massiven bulgarischen Angriffen nicht mehr standhielt. Die Heeresgruppe organisierte eine neue Riegelstellung und konnte die Abwehrfront noch einmal stabilisieren, bevor Prishtina am 19. November in die Hände der »Volksbefreiungsarmee« Titos fiel. In der zweiten Novemberhälfte erreichten die deutschen Streitkräfte unter schwierigsten Bedingungen den Auffangraum Višegrad und konnten damit den Zusammenhang mit den im nördlichen Jugoslawien operierenden Kräften bewahren. Zu ihnen waren gerade noch rechtzeitig die zwei Besatzungsdivisionen aus Albanien gestoßen, die sich in der ersten Dezemberhälfte unter ständigen heftigen Kämpfen aus der Umklammerung der Partisanenverbände befreien mussten.

Alles in allem hinterließen die Deutschen im Zeitalter der Weltkriege nur geringe Spuren im Kosovo. Die Region spielte lediglich als Durchmarschgebiet zur griechischen Front eine Rolle. Bei der Klärung der politischen und historischen Ansprüche von Serbien, Albanien, Italien und Bulgarien hielt man sich in Berlin weithin zurück. Vorrang hatten die Sicherung der Verkehrsverbindungen und die Verhinderung von Aufständen im Land. Das ist weitgehend gelungen, da sich die Masse der Bevölkerung diesem Interesse anschloss. Serbisch-nationalistische bzw. kommunistische Widerstandsgruppen traten erst dann stärker in Erscheinung, als sich die deutschen Heereskräfte auf dem Rückmarsch durch das Kosovo bewegten.

Rolf-Dieter Müller



Frauen auf dem Weg zu einer traditionellen Hochzeitsfeier in Lubinjë e Poshtme (serb. Donje Ljubinje), Kosovo (Aufnahme vom August 2007). Der Ort Lubinjë e Poshtme, bewohnt von der kleinen Volksgruppe der kosovarischen Bosniaken, liegt im Schar-Gebirge (alb. Malet të Sharrit) an der Grenze zwischen Kosovo und Mazedonien. Seine uralten Vermählungszeremonien und die in Lubinjë e Poshtme gesprochene Sprache, eine Mischung aus Serbisch und Mazedonisch versetzt mit türkischen Lehnwörtern, spiegeln die Vielfalt regionaler und lokaler Identitäten im Land wider.

Die Entwicklung des Kosovo und das Schicksal der dort ansässigen Bevölkerungsgruppen vollzogen sich im 20. Jahrhundert überwiegend unter den Bedingungen serbischer Dominanz in einem jugoslawischen Gesamtstaat. Konnten sich die Kosovo-Albaner phasenweise auch immer wieder Freiräume auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet schaffen, waren sie insgesamt doch einer Politik ausgesetzt, die serbische nationale Interessen verfolgte. In der Zwischenkriegszeit und nach dem Zweiten Weltkrieg unterlag das Kosovo fallweise sogar einer systematischen, zentral gesteuerten Politik der »Serbisierung«.

Serben und Albaner im 20. Jahrhundert

Die Aufteilung des Osmanischen Reiches unter den entstehenden christlichen Nationalstaaten markierte auch einen Übergang zu neuen politischen und gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien. Das für die osmanische Verwaltung maßgebliche politische Kriterium der konfessionellen Zugehörigkeit wurde von ethnisch-kulturellen Grundsätzen abgelöst. Die von den westlich orientierten, neuen politischen Eliten als modern erachteten nationalistischen Programme zielten darauf ab, Menschen gleicher Sprache, Herkunft und Kultur in Nationalstaaten zu vereinigen. Die dafür beanspruchten Territorien orientierten sich an geschichtlichen Vorbildern, die durch Mythen verklärt und pseudoreligiös überhöht wurden. Das Bestreben, möglichst große, kulturell homogene Räume zu schaffen, erwies sich vor dem Hintergrund des osmanischen Erbes als besonders problematisch, da die vormals osmanisch beherrschten Territorien von einer großen ethnischen, konfessionellen und kulturellen Vielfalt geprägt waren. Um aus dieser Heterogenität eine einheitliche nationale Identität zu formen, wurden repressive Maßnahmen ergriffen, die von Zwangsbekehrungen über Umsiedlungen bis zu Vertreibungen und Ermordungen reichen konnten. Diese betrafen besonders solche Gruppen, denen kulturelle Merkmale zugesprochen wurden, die mit dem vorherrschenden Konzept der jeweiligen Kulturnation nicht vereinbar waren. Ein solcher Zusammenhang ergab sich im Kosovo nach dessen Eroberung durch Serbien im Zuge des Ersten Balkankrieges 1912.

Die Balkankriege und der Erste Weltkrieg

Die albanischen Muslime, die 1912 gemeinsam mit der katholisch-albanischen Minderheit etwa 75 Prozent der Bevölkerung des Kosovo ausmachten (vgl. den Beitrag von Konrad Clewing S. 23), hatten ihre nationale Identität aufgrund ihrer länger andauernden und engeren Verbundenheit mit dem Osmanischen Reich erst spät entwickelt. Die Eigenständigkeit einer über die konfessionellen Grenzen hinausreichenden albanischen natio-

nenalen Identität begann sich erst zu festigen, als die benachbarten Staaten ihre Expansionsbestrebungen auf die mehrheitlich albanisch besiedelten Territorien ausdehnten. Auch die europäischen Großmächte haben die muslimisch-albanische Bevölkerung vielfach bis ins 20. Jahrhundert als »Türken« und folglich als integralen Bestandteil des Osmanischen Reiches betrachtet. Der politische und militärische Widerstand der Albaner gegen die geplante Einverleibung albanischen Siedlungsgebietes durch Serbien, Montenegro und Griechenland fand aus diesen Gründen auch kaum Gehör bei den maßgeblichen Regierungen in Europa (vgl. den Beitrag von Agilolf Keßelring zu den Anfängen der albanischen Nationalbewegung). Dennoch einigten sich die Großmächte bei der Botschafterkonferenz in London im März 1913 auf die Anerkennung eines unabhängigen albanischen Staates. Die dabei erzielte Kompromisslösung hatte aber zur Folge, dass große Teile des albanischen Siedlungsgebietes und faktisch etwa die Hälfte der albanischen Bevölkerung den Nachbarstaaten Serbien, Montenegro und Griechenland zugeschrieben wurden. Die große Mehrheit davon lebte in den Serbien zugeschlagenen Gebieten des Kosovo und Westmazedoniens.

Aus serbischer Sicht hat man den Albanern eine gewichtige Mitschuld am »türkischen Joch« angelastet, waren sie doch in ihrer Mehrheit zum Islam konvertiert, um mit den Osmanen jene Gebiete zu besiedeln, die als »serbisches Kernland« hochstilisiert wurden. Aus dieser Perspektive erschien die Eroberung des Kosovo als eine Wiedergutmachung historischen Unrechts. Hinzu kam, dass maßgebliche serbische Intellektuelle bereits im Vorfeld der Eroberung pseudowissenschaftliche Propagandaschriften verfasst hatten, die u.a. darauf abzielten, den Albanern Zivilisiertheit und folglich auch die Befähigung zu politischer Eigenständigkeit abzuspochen. All diese Faktoren haben dazu beigetragen, dass die in das Kosovo vordringenden serbischen und montenegrinischen Truppen mit großer Brutalität gegen die albanische Bevölkerung vorgingen. Das erlittene Unrecht hat das interethnische Klima nachhaltig vergiftet. Bewaffneter Widerstand albanischer Guerillas ließ die Region bis zum Abzug der serbischen und montenegrinischen Einheiten Ende 1915 nicht zur Ruhe kommen. Infolge des Kriegseintritts Bulgariens auf der Seite der Mittelmächte und des Vordringens deutscher und öster-

reich-ungarischer Truppen über den sancak (osman. Provinz) von Novi Pazar in Richtung Kosovo blieb der serbischen Regierung zusammen mit ihren geschlagenen Truppen nur noch die Wahl zwischen Kapitulation oder Evakuierung durch das schneebedeckte und extrem verkehrsfeindliche nordalbanische Bergland in Richtung Adria. Die Entscheidung für die Überquerung des albanischen Berglandes kostete Tausenden einfacher Soldaten aufgrund mangelhafter Ausrüstung, Hunger und Erschöpfung das Leben. Die Umkehrung der Machtverhältnisse im Kosovo sollte aber nur von kurzer Dauer sein, denn im Herbst 1918 kam es mit der Niederlage der Mittelmächte zum Einmarsch der Ententemächte. In deren Gefolge rückten die serbischen Truppen Ende 1918 nach und gingen abermals mit äußerster Rücksichtslosigkeit gegen die albanische Zivilbevölkerung vor. An die 12 000 Menschen kamen auf albanischer Seite ums Leben.

Die serbische Politik im »ersten Jugoslawien« der Zwischenkriegszeit

Albanische Guerillaverbände, nun organisiert in der so genannten Kaçak-Bewegung, führten bis Mitte der 1920er-Jahre einen zermürbenden Kleinkrieg gegen die serbischen Machthaber, um einen Anschluss des Kosovo an Albanien zu erwirken. Die Belgrader Regierung leitete im Gegenzug Maßnahmen zur »Serbisierung« der Region ein. Darunter fiel – trotz gegenteiliger Zusicherung gegenüber dem Völkerbund – die konsequente Verweigerung kultureller Minderheitenrechte. Gleichzeitig ging man daran, durch gezielte Kolonisierung die Mehrheitsverhältnisse im Kosovo zu Gunsten des slawischen Bevölkerungsanteils umzukehren. Im Zuge einer Landreform kam es zur Aufteilung von ca. 100 000 Hektar Land aus dem Besitz ehemals muslimischer Großgrundbesitzer an 13 000 Kolonistenfamilien. Der Anteil der serbischen Bevölkerung stieg dadurch zwischen 1919 und 1928 im engeren Amselfeld von 24 auf 38 Prozent an, im ganzen Kosovo von 21 (1921) auf 27 Prozent (1931). Weder die Assimilierungsbestrebungen noch die Kolonisierung zeitigten jedoch die von Belgrad beabsichtigten Ergebnisse. Im Gegenteil: Als Reak-

Genozid – Völkermord

Die Bezeichnung Genozid, gebildet aus Griechisch *génos* (Herkunft, Abstammung, Volk) und Lateinisch *caedere* (hinmetzeln, morden), wurde erstmals 1943 vom polnischen Anwalt Raphael Lemkin für einen Gesetzesentwurf zur Bestrafung von nationalsozialistischen Verbrechen an den europäischen Juden verwendet. Lemkin bezog sich dabei auch auf den Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkriegs. Heute ist Völkermord ein im Völkerstrafrecht sowie in nationalen Rechtsordnungen verankerter Tatbestand. Eine am 12. Januar 1951 in Kraft getretene Konvention der UNO (beschlossen am 9. Dezember 1948) behandelt die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes. Sie beschreibt als Genozid solche Handlungen, die nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen ganz oder teilweise zerstören sollen. Dazu zählen die direkte Gewaltanwendung, aber ausdrücklich auch die Auferlegung existenzbedrohlicher Lebensbedingungen, die Verhinderung von Geburten oder die Verschleppung von Kindern. Um den Tatbestand des Völkermordes zu erfüllen, ist bereits die nachgewiesene Absicht ausreichend. (bc)

tion auf die Missachtung ihrer nationalen Identität und als Folge eines ausgeprägten Misstrauens gegenüber den neuen staatlichen Institutionen zogen sich die Albaner in ihre auf Verwandtschaft und Familie basierenden sozialen Netzwerke zurück. Insbesondere im dörflichen Milieu organisierten sie sich auf der Grundlage patriarchaler gewohnheitsrechtlicher Normen und Bestimmungen. Elemente dieser sozialen Selbstorganisation, wie etwa die Institution der Blutrache oder der großfamiliäre, patriarchal organisierte Haushalt, sind noch heute im Kosovo und in Westmazedonien anzutreffen. Begünstigt wurde diese weitgehende Abschottung gegenüber den Institutionen des Staates durch die ausgeprägte ökonomische Rückständigkeit der Region. Die mangelhafte Infrastruktur, die fehlenden Bildungseinrichtungen, die primitiven Anbaumethoden, die katastrophale medizinische Versorgung sowie die verbreitete Unsicherheit infolge fortgesetzter albanischer Angriffe auf die neuen Siedler bewogen schließlich viele serbische und montenegrinische Kolonisten dazu, die Region wieder zu verlassen.

Angesichts des Scheiterns der Serbisierungspolitik begann man in Belgrad in den 1930er-Jahren über radikalere Methoden zur Lösung des »Albanerproblems« nachzudenken. In einem für die Regierung verfassten Programm schlug der serbische Wissenschaftler Vaso Čubrilović vor, den Druck auf die albanische Bevölkerung so weit zu erhöhen, dass diese sich gezwungen sehe, »freiwillig« abzuwandern. Weiterhin fasste Čubrilović eine groß angelegte Umsiedlung in die Türkei und nach Albanien ins Auge – eine Methode, die anderenorts bereits im griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch von 1922/23 Anwendung gefunden hatte. Politisch schlugen sich diese Überlegungen in einer neuerlichen Landreform nieder, die darauf ausgerichtet war, die bäuerliche Bevölkerung unter das Existenzminimum zu drängen und zur Auswanderung zu bewegen.

Der Zweite Weltkrieg

Mit der Zerschlagung Jugoslawiens durch die Achsenmächte im April 1941 kam es zu einer abrupten Umkehr der Machtverhältnisse im Kosovo. Die Besatzer nutzten zahlreiche Spannungsherde in und um Jugoslawien, um die Bedürfnisse jener Völker zufrieden zu stellen, die sich im serbisch dominierten Jugoslawien der Zwischenkriegszeit benachteiligt gefühlt hatten. Für das Kosovo bedeutete dies, dass es großteils zusammen mit Westmazedonien und Teilen Montenegros an Albanien angeschlossen wurde, das bereits 1939 von Italien de facto annektiert worden war (vgl. den Beitrag von Rolf-Dieter Müller). Obgleich dieses neu geschaffene Großalbanien Bestandteil des italienischen Imperiums blieb und nur über eine eingeschränkte Eigenstaatlichkeit verfügte, begrüßte die albanische Bevölkerung im Kosovo sowie in den anderen vormals jugoslawischen Gebieten mehrheitlich den Machtwechsel. Die Italiener, seit ihrem gescheiterten Griechenlandfeldzug im Oktober 1940 empfindlich geschwächt, überließen den Albanern weitreichende Selbstverwaltungsrechte, um deren Loyalität sicherzustellen. In den »befreiten Gebieten« entstanden eine albanische Verwaltung und eine albanische Gendarmerie sowie albanischsprachige Schulen.

Josip Broz »Tito«, 1892–1980

Geboren am 7. Mai 1892, war der Kroatie Josip Broz zunächst Untertan des Habsburgerreiches. Als österreichischer Unteroffizier geriet er im Ersten Weltkrieg in russische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung im Zuge der Russischen Revolution trat er in Petrograd (St. Petersburg) in die »Rote Garde« der Bolschewiki ein. Nach seiner Rückkehr nach Zagreb wurde Broz 1920 Mitglied in der später verbotenen Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) und acht Jahre später als Sekretär von deren Provinzialkomitee Kroatien verhaftet und zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt. Nach seiner Entlassung ging Josip Broz nach Wien, um von dort aus im Untergrund für die KPJ zu arbeiten. In dieser Zeit nahm er den Decknamen »Tito« an. Als Organisationssekretär der KPJ war Tito ab 1936 für Rekrutierung und Schleusung jugoslawischer kommunistischer Freiwilliger für den Spanischen Bürgerkrieg zuständig. 1938 machte Stalin den begnadeten Organisator zum Generalsekretär der Partei. Nach dem deutschen Einmarsch in Jugoslawien 1941 führte er den »Hauptstab der Volksbefreiungs- und Partisaneneinheiten« und erhielt 1943 vom Antifaschistischen Rat der Volksbefreiung (Antifašističko vijeće narodnog oslobođenja, AVNOJ) den Titel eines Marschalls von Jugoslawien verliehen. Nach dem Krieg kam es 1948 zum Bruch mit Stalin. Tito gelang es, Jugoslawien zwischen den beiden politischen Blöcken zu etablieren und dem



Land die Unabhängigkeit von der UdSSR zu bewahren. 1953 wählte das jugoslawische Parlament Tito zum Präsidenten, 1963 zum Präsidenten auf Lebenszeit. Der kommunistische Diktator regierte mit harter Hand und unter brutaler Ausschaltung der Opposition. Er fand dabei die Unterstützung des Westens, der Jugoslawien während des Kalten Krieges vor allem als Gegenkraft gegen die sowjetische Bedrohung betrachtete. (ak)

Die Machtumkehr löste aber auch umgehend Rachehandlungen gegen die serbische Minderheit im Kosovo aus. Innerhalb kurzer Zeit wurden etwa 20 000 Serben – die meisten von ihnen ehemalige Kolonisten – gewaltsam aus ihren Dörfern vertrieben. Viele von ihnen fanden dabei den Tod. Infolge der Kapitulation Italiens im September 1943 und der Besetzung der gesamten Region durch die deutsche Wehrmacht kam es abermals zu groß angelegten Vertreibungen serbischer und montenegrinischer Neusiedler durch bewaffnete albanische Verbände, die eng mit der Wehrmacht kollaborierten. Um sich eine aufwändige Besatzungspolitik zu ersparen, gewährten die Deutschen den Albanern weitreichende politische Zugeständnisse. Unmittelbar nach der italienischen Kapitulation erkannte Deutschland Albanien in den von Mussolini festgelegten Grenzen als unabhängigen Staat an. Unter diesen Bedingungen blieb der albanische Widerstand gegen die Besatzungstruppen insbesondere in den vormals jugoslawischen Gebieten ausgesprochen schwach.

Die Lage der Serben stellte sich gegenteilig dar. Sowohl im neu geschaffenen »Unabhängigen Staat Kroatien« als auch in anderer Weise in dem unter deutschem Militärkommando stehenden »Rumpfserbien« war die serbische Bevölkerung einem brutalen Terrorregime ausgesetzt. Im stark ideologisch geprägten Nachkriegsjugoslawien sollte der unterschiedliche Verlauf der faschistischen Besatzung für Albaner und Serben die inter-ethnischen Beziehungen nachhaltig belasten.

Tatsächlich blieben die Albaner den kommunistisch dominierten Partisanenverbänden unter der Führung von Josip Broz Tito gegenüber in der Mehrheit skeptisch eingestellt. Lokale Bestrebungen, die Albaner durch Anerkennung ihrer nationalpolitischen Forderungen nach einem Anschluss an Albanien für den Widerstand zu gewinnen, scheiterten am Einspruch der kommunistischen Parteiführung. Nach dem Abzug der deutschen Truppen im Oktober 1944 brachen heftige Kämpfe zwischen den vorrückenden Truppen der kommunistischen »Nationalen Befreiungsarmee« und den Soldaten der albanischen »Nationalen Front« aus. In einigen Regionen reagierte die Bevölkerung mit gewaltsamen Revolten, die bis Mai 1945 andauerten, auf das Vordringen kommunistischer Verbände.

Memorandum der Serbischen Akademie der Künste und Wissenschaften von 1986

In diesem Dokument veröffentlichte die intellektuelle Elite Serbiens Kernthesen des serbischen Nationalismus. Dem Memorandum kommt zentrale Bedeutung für die Frage zu, wie weit Intellektuelle die nationalistische Politik bis hin zu den Massakern etwa in Srebrenica und im Kosovo mittragen. Entsprechend hart werden die Auseinandersetzungen um dieses Dokument geführt. Ein wesentlicher Aspekt der hitzig geführten Diskussion betrifft die Frage, ob sich eine direkte Linie vom Memorandum zu serbischen Kriegsverbrechen ziehen lässt. Unbestritten ist, dass die Thesen des Memorandums von den radikalen serbischen Nationalisten sowie Slobodan Milošević als ideologische Basis und Legitimation für eine menschenverachtende Politik genutzt wurden. Im Dokument werden eine »wirtschaftliche Diskriminierung Serbiens«, »die Unterdrückung der Serben in Kroatien« und der »Genozid der Serben im Kosovo« unterstellt. Eine der zentralen Forderungen lautet, dass endlich Schluss mit der »Diskriminierung des serbischen Volkes« sein müsse. Hier tritt analog zum »Kosovo-Mythos« die Opferrolle Serbiens hervor. (ak)

Im »zweiten Jugoslawien«

Im neu geschaffenen volksdemokratischen jugoslawischen Bundesstaat wurde das Kosovo wieder der Republik Serbien zugeschlagen, erhielt diesmal aber den Status einer autonomen Region. Die kommunistische Führung hatte den multinationalen Charakter Jugoslawiens ausdrücklich bekräftigt. Durch die Anerkennung politischer und kultureller Rechte wurde den Albanern erstmals ihre Existenzberechtigung innerhalb Jugoslawiens ausdrücklich zugesichert. Maßgeblich zur Entspannung der Lage hatte auch die Entscheidung des jugoslawischen Innenministeriums beigetragen, den vertriebenen serbischen und montenegrinischen Kolonisten eine Rückkehr ins Kosovo teilweise zu untersagen. Gleichzeitig zog die Öffnung der Grenzen zum benachbarten und nun befreundeten kommunistischen Albanien einen allerdings begrenzten Zuzug albanischer Familien nach sich.



picture-alliance/akg-images/Erich Lessing

Der erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Nikita S. Chruschtschow (Bildmitte), schreitet am 27. Mai 1955 eine Ehrenformation in Belgrad ab. Während seines Staatsbesuches gab Chruschtschow die »Belgrader Deklaration« über freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion ab. Jugoslawien gehörte jedoch nie dem Warschauer Vertrag an. Josip Broz Tito war einer der Mitbegründer der Bewegung der Blockfreien Staaten.

Die Phase der zwischenstaatlichen Entspannung war nur von kurzer Dauer. Der Bruch zwischen Stalin und Tito 1948 führte auch zu einem abrupten Ende der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Belgrad und Tirana. Für die Kosovo-Albaner bedeutete dieser Schritt einen Rückfall in das politische Klima der Zwischenkriegszeit. Das Vorgehen der jugoslawischen Geheimpolizei war vielfach von Willkür gekennzeichnet und richtete sich gegen breite Teile der Zivilbevölkerung. Zwischen 1953 und 1966 verließen an die 100 000 Albaner das Kosovo in Richtung Türkei ohne die Möglichkeit einer Rückkehr. Die Absetzung des jugoslawischen Vizepräsidenten und Chefs der Geheimpolizei, Aleksandar Ranković, leitete 1966 einen innenpolitischen Kurswechsel ein. Dieser drückte sich in einer schrittweisen Anhebung des verfassungsrechtlichen Status des Kosovo aus. 1974 wurden die beiden autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina den sechs Republiken in ihren Kompetenzen weitgehend gleichge-

stellt. Das Kosovo verfügte von nun an über eine eigene Verfassungs-, Gesetzgebungs- und Budgethoheit. Der einzige Unterschied zu den Republiken bestand darin, dass die Provinzen über kein Sezessionsrecht verfügten, das ihnen zumindest theoretisch die Möglichkeit gegeben hätte, sich staatlich zu verselbstständigen. Im Unterschied zu den sechs ausgewiesenen Nationen (serb. narod) der Slowenen, Kroaten, Bosniaken, Serben, Montenegriner und Mazedonier wurden die Kosovo-Albaner als eine Nationalität (serb. narodnost) eingestuft, weil sie, ebenso wie Italiener und Ungarn, bereits über einen Nationalstaat außerhalb Jugoslawiens »verfügten«. Dieser Tatbestand sollte für die weitere Entwicklung noch enorme politische Brisanz erhalten.

Die Albaner nutzten die verfassungsmäßige Aufwertung ihrer Provinz, um sich auf den verschiedenen Ebenen des politischen, ökonomischen und kulturellen Lebens zu etablieren. Die Gründung der zweisprachigen Universität in Prishtina 1969, zahlreiche albanischsprachige Publikationen und rege Aktivitäten in der Kultur- und Medienlandschaft zeugten vom Aufschwung, den die albanische Gesellschaft in dieser Zeit erlebte. Den Albanern wurde ein vergleichsweise großer Freiraum zur Manifestation ihrer nationalen Kultur eingeräumt. Der damit einhergehende Verdrängungsprozess der vormals dominierenden serbischen Eliten barg jedoch ebenso neuen Konfliktstoff wie die in dieser Zeit einsetzende Abwanderung serbischer Bewohner aus der Provinz, die sich vielfach diskriminierenden Praktiken ausgesetzt sahen.

1981 brachen in Prishtina massive Studentenproteste aus. Diese waren zwar von der misslichen ökonomischen und sozialen Situation in der Provinz motiviert – die Arbeitslosigkeit lag bei 40 Prozent und das Pro-Kopf-Einkommen betrug gerade einmal 27 Prozent des jugoslawischen Durchschnitts –, verbanden damit aber weitreichende politische Forderungen wie die Aufwertung des Kosovo zu einer Republik bis hin zum Anschluss an Albanien. Belgrad sah in diesem Aufbegehren die Gefahr einer »konterrevolutionären Agitation« und reagierte mit unachgiebiger Härte. Über die Provinz wurde der Ausnahmezustand verhängt, die Aufstände wurden blutig niedergeschlagen. Nun gewannen in Belgrad jene Stimmen an Gewicht, die eine verfehlte Nationalitätenpolitik für diese Entwicklung verant-

wortlich machten und eine Kurskorrektur in Richtung Rezentralisierung forderten. Die Tatsache, dass sich der Konflikt im Kosovo im »eigenen« Land zutrug und scheinbar spiegelbildlich die politischen und ökonomischen Probleme des jugoslawischen Bundesstaates vor Augen führte, ließen auf serbischer Seite tief sitzende nationale und kulturelle Animositäten zum Vorschein kommen. Der Memorandumsentwurf der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste, der 1986 an die Öffentlichkeit drang, lieferte ein beredtes Zeugnis dieses in den höchsten intellektuellen Zirkeln des Landes verbreiteten Gedankenguts. Das Kosovoproblem wurde darin in völlig überzogener und unsachlicher Weise in stark emotionsgeladener Sprache dargelegt. Auch zahlreiche serbische Medien griffen das Kosovotheema auf und trugen in ihrer von nationalen Stereotypen und Vorurteilen durchzogenen Berichterstattung wesentlich dazu bei, das interethnische Klima zu vergiften. In diese aufgeheizte chauvinistische Atmosphäre fiel der Machtaufstieg Slobodan Miloševićs. Er nutzte die geschürte Empörung und Kränkung des nationalen Selbstbewusstseins in populistischer Manier, um politisches Kapital daraus zu schlagen.

Robert Pichler



picture-alliance/dpa/Antonov

Albanische Frauen demonstrierten am 8. März 1998 in Prishtina friedlich gegen die »serbische Besatzung« und Polizeibrutalität. Etwa 5000 Frauen vor dem U.S.-Informationszentrum trugen weiße Papierblätter, um zu zeigen, dass die Albaner in der südserbischen Provinz keine Rechte hätten. Die Protestaktion verlief in völliger Stille. Nur einmal war im Sprechchor »Drenica, wir sind mit dir« zu hören. Drenica ist das umkämpfte Gebiet westlich von Prishtina, wo serbische Polizisten in den Tagen vor der Demonstration mehr als 50 Albaner getötet hatten.

Die brutalen serbischen Polizeiaktionen im Kosovo, Demonstrationen in der gesamten Provinz, aber auch das Erstarken der militanten Kosovo-Befreiungsarmee (UÇK) waren Zeichen für das Eskalieren des serbisch-albanischen Konfliktes im Kosovo. Die Internationale Gemeinschaft erwies sich als unfähig, frühzeitig und wirkungsvoll in die Auseinandersetzungen einzugreifen.

■ Der Weg in Krise und Krieg (1989–1998)

Fast zehn Jahre nach der einseitigen serbischen Aufhebung der Autonomie, den darauf folgenden Straßenkämpfen und der Ausrufung des Ausnahmezustandes 1989/90 herrschte Ruhe im Kosovo – zumindest auf den ersten Blick. Doch vor allem seit dem Abkommen von Dayton 1995 nahmen viele Beobachter mit zunehmender Sorge wahr, dass Serben und Albaner auf eine gewaltsame Konfrontation zutrieben.

Die beunruhigende Entwicklung in der serbischen Provinz hatte bereits 1992 die scheidende Bush-Administration zu einer persönlichen Botschaft an Slobodan Milošević veranlasst. Im so genannten Christmas warning hieß es: »Im Fall eines Konfliktes im Kosovo, durch serbische Aktionen ausgelöst, sind die USA bereit, militärische Gewalt gegen die Serben im Kosovo und in Serbien selbst einzusetzen.« Viele Jahre schwebte diese Warnung im Raum, aber ob die in ihr ausgesprochene Drohung jemals in die Tat umgesetzt würde, schien mehr als fraglich. Im Februar und März 1998 jedoch begann sich im Gefolge einer serbischen Militäraktion im Drenica-Gebiet eine Gewaltspirale zu drehen, die über das Holbrooke-Milošević-Abkommen, die gescheiterten Verhandlungen von Rambouillet und Paris sowie das Massaker von Reçak bis hin zu den NATO-Luftoperationen von März bis Juni 1999 führte. Der Versuch Belgrads, am 6. März 1998 mit der Tötung von Adem Jashari und 56 Familienmitgliedern und Freunden in dessen Wohnhaus im Dorf Prekaz die führenden Köpfe des albanischen Widerstands im Kosovo auszulöschen, bewirkte das Gegenteil. Die von serbischen Einheiten liquidierten Angehörigen des Jashari-Clans wurden zu Märtyrern der sich im Untergrund formierenden Kosovo-Befreiungsarmee (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, UÇK).

Wie konnte es – nach den Erfahrungen in Bosnien – auf dem Balkan noch einmal zu solch ethnisch motivierten Verbrechen kommen? Waren die Signale wachsender Gewaltbereitschaft auf beiden Seiten nicht ausreichend wahrgenommen worden? Hatte die internationale Krisenprävention versagt? Das kurze Gedächtnis von Medien und Politik verführte viele Zeitgenossen dazu, die Ursachenanalyse auf den Zeitraum 1998/99 zu be-

schränken: Zu dieser Zeit jedoch war die Gewalt bereits offen und massenweise ausgebrochen. Damit wurden die Tiefendimension des Konfliktes und auch das lange Gedächtnis beider Konfliktparteien nachhaltig unterschätzt (vgl. den Beitrag von Konrad Clewing zur Konfliktgeschichte).

Alarmsignale

Die Aufhebung der Autonomie des Kosovo 1989/90 war der Auslöser des letzten Gewaltausbruchs vor dem Krieg und stellte eine entscheidende Zäsur dar. Slobodan Milošević beseitigte handstreichartig jene Eigenständigkeit, die das Kosovo seit den 1960er-Jahren im Tito-Staat errungen hatte. Der Schritt bedeutete für die Albaner einen Akt tiefer Demütigung. Damit waren die Weichen auf Konfrontation gestellt, denn von nun an geriet die Revision des Status quo zu einem wesentlichen Ziel der Kosovo-Albaner. Lediglich die erdrückende militärische Überlegenheit des serbischen Militär- und Sicherheitsapparates sowie der daraus resultierende Strategiewechsel der neuen kosovo-albanischen Elite unter Ibrahim Rugova hin zur erklärten Gewaltfreiheit verzögerten den Gewaltausbruch und schufen Raum für internationale Vermittlung. Wie lang diese Atempause sein würde, war unklar; dass sie acht Jahre dauern würde, war zunächst nicht zu erwarten. Spätestens seit 1994 mehrten sich die Signale einer erneuten Eskalation. Die Entstehung der UÇK, ihr wachsender Zuspruch unter den Kosovo-Albanern und die zunehmende Diskreditierung der Gewaltfreiheit bereiteten den Nährboden für die Rechtsverletzungen, die sich dann ab 1998 entfalteten.

Konzentriert man sich auf den kritischen Zeitraum von 1989 bis 1998, so ist die Wechselwirkung der inneren Konfliktentwicklung zwischen Serben und Albanern auf der einen und der Einflussnahme durch die Internationale Gemeinschaft auf der anderen Seite auffällig. Im Jahr 1989, im ausklingenden Kalten Krieg, beachtete die Internationale Staatengemeinschaft das Prinzip der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten von Drittstaaten noch weitgehend uneingeschränkt. Wie eine Staatsmacht mit ihren eigenen Bürgern umging, entzog sich, so die herrschende Meinung, der Verfügungsgewalt anderer Staaten. Daher hielt

sich, als Milošević die Autonomie des Kosovo aufhob, die westliche Diplomatie mit Kritik sehr zurück. Ohnehin wollte man die zentrifugalen Kräfte in Jugoslawien nicht zusätzlich stärken. Der Westen hatte vielmehr ein Interesse daran, die Einheit und Integrität Jugoslawiens zu erhalten – ein über Jahrzehnte geschätztes Gegengewicht zu Moskau in der sozialistischen Welt. Lediglich im Rahmen mehrerer KSZE-Zusammenkünfte (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) kritisierte die amerikanische Seite vorsichtig das serbische Verhalten gegenüber den Kosovo-Albanern. Das Parlament der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der U.S.-Kongress verabschiedeten abmahnende Resolutionen.

Internationale Krisendiplomatie

Erst als die Bundesrepublik Jugoslawien 1991 kurz vor dem Zerfall stand, begann eine hektische Krisendiplomatie. Diese führte von einer Jugoslawien-Konferenz der EG in Den Haag schließlich zur völkerrechtlichen Anerkennung zunächst Sloweniens und Kroatiens, später auch der anderen Nachfolgestaaten. Angesichts der Kriege in Slowenien und Kroatien fand das inzwischen »ruhige« Kosovo nur wenig Aufmerksamkeit; alles konzentrierte sich darauf, die serbische Kriegführung zu stoppen. Ob die diplomatische Anerkennung Sloweniens und Kroatiens hierzu beitragen konnte, war strittig. Immerhin forderte die EG in ihrem zentralen Vermittlungsplan vom Oktober 1991, dem Carrington-Plan, auch die Wiederherstellung weitgehender Autonomie im Kosovo. Milošević lehnte entschieden ab.

Die kosovarischen Albaner, nicht an den Verhandlungen in Den Haag beteiligt, votierten unter dem Eindruck der Ereignisse nunmehr geschlossen für die volle staatliche Unabhängigkeit. Sie zogen sich in ihre Nischengesellschaft zurück, bauten Untergrundparlament und -regierung, ein eigenes Steuersystem sowie albanische Schulen, Krankenhäuser und Medien auf. Mit den Serben, den »Herren« im Kosovo, mieden sie jeglichen Kontakt. Milošević ließ sie gewähren. Als dann Jugoslawien zusehends zerfiel und sich Slowenien und Kroatien für unabhängig erklärten, wollten auch die Kosovo-Albaner nicht zurückstehen. Hat-

ten sie bis dahin noch die Aufwertung des Kosovo zu einer eigenen Republik innerhalb Jugoslawiens gefordert, so vollzogen sie in der Unabhängigkeitserklärung des kosovo-albanischen Untergrundparlamentes vom September 1991 die endgültige Loslösung von Jugoslawien. Dieser Schritt wurde zum zentralen Referenzpunkt kosovo-albanischer Identität. Bei den internationalen Akteuren wuchsen, nicht zuletzt wegen großalbanischer Parolen, die in diesen frühen Jahren in manchen Erklärungen der Kosovo-Albaner durchschienen, trotz aller Sympathie Skepsis und Distanz. Damit waren die Positionen der drei Akteure – Serben, Albaner und die in sich uneinige Internationale Gemeinschaft – in der Statusfrage bis 1998 prinzipiell festgelegt.

In den darauf folgenden drei Jahren verlagerte sich die internationale Aufmerksamkeit auf den Krieg in Bosnien-Herzegowina. Dennoch blieb auch das Kosovo Gegenstand der internationalen Diplomatie. Im Rahmen der Internationalen Konferenz über das ehemalige Jugoslawien (ICFY), gemeinsam geleitet von den Vereinten Nationen (United Nations, UN) und der EG, bemühte sich der deutsche Diplomat Geert Hinrich Ahrens in der »Sondergruppe Kosovo« um eine Konfliktlösung. Doch schon die erste Stufe eines zögerlichen Verhandlungsprozesses – erstmals sprachen Serben und Albaner unter internationaler Vermittlung direkt miteinander – scheiterte nach verheißungsvollem Start. Der Ansatz, zunächst die Lösung praktischer Menschenrechtsfragen anzugehen (Rückkehr der Albaner in die Schulen und an die Universität Prishtina), um dann später grundlegendere Probleme zu erörtern, erwies sich als nicht zielführend. Zu verhärtet waren inzwischen die Verhandlungspositionen, zu sehr hatte der bisherige Konfliktverlauf Wunden geschlagen und ethnische Vorurteile wachsen lassen. Sowohl die Albaner als auch die Serben, die jeweils zunächst nicht geschlossen auftraten, hatten sich nun zu festen Blöcken verbunden. 1993/94 liefen sich die Verhandlungen langsam tot. Als dann die Mitgliedschaft Rumpf-Jugoslawiens (Serbiens und Montenegros) in UN und der KSZE ausgesetzt wurde, wies Milošević eine Langzeitmission der KSZE aus dem Kosovo aus, welche die Situation vor Ort beobachtete. Internationale Einwirkungsmöglichkeiten auf das Kosovo gab es danach kaum mehr, der Zugang zu diesem Territorium

und damit das Gewinnen verlässlicher Informationen über die Konfliktentwicklung wurden zunehmend schwierig.

Seit Ende 1992 formierte sich die UÇK, und zwar in engem Zusammenwirken zwischen Albanern im Kosovo und in Mazedonien. Die Organisation agierte zunächst noch – wie viele ihrer Vorgänger – ohne Breitenwirkung im Untergrund. Noch vertrauten die Albaner Ibrahim Rugova und seinem Kurs der Gewaltfreiheit. Doch die Zahl der Unzufriedenen wuchs. Unter den Kosovo-Albanern brachen erste Konflikte aus. Rugova wurden Passivität und ein autokratischer Führungsstil vorgeworfen. Regierungschef Bujar Bukoshi setzte sich von Rugova ab und begann diskret mit dem Aufbau bewaffneter Kräfte im albanischen Bergland. Viele Widerstandskämpfer aus Tito-Zeiten, die sich zunächst in Rugovas Demokratischer Liga des Kosovo (Lidhja Demokratike e Kosovës, LDK) eingegliedert hatten, gingen nun auf Distanz zu dieser Organisation.

1991 hatten sich die USA weitgehend vom Balkan zurückgezogen. Der Konflikt um die Anerkennung der jugoslawischen Nachfolgestaaten offenbarte, dass sich die allzu passiv agierenden Vereinigten Staaten in eine Zuschauerrolle manövriert hatten und nun die europäische Anerkennungspolitik widerwillig nachvollziehen mussten. Als dann jedoch das Unvermögen zunächst der EG (seit 1992 EU), dann der UN deutlich wurde, die Konflikte in Kroatien und Bosnien zu beenden, geschweige denn dauerhaft zu lösen, kehrten die USA unter Präsident Bill Clinton auf den Schauplatz Balkan zurück. Sie taten dies widerstrebend, schrittweise und unter Rückgriff auf die NATO sowie unter massivem Druck eines zusehends ungeduldigen U.S.-Kongresses. Auslöser für dieses Umdenken waren die Vertreibungen und Kriegsverbrechen in Bosnien. Bosnien blieb bis 1998 im Zentrum aller Aufmerksamkeit. Bis zum Abkommen von Dayton ging es um Waffenstillstand und Friedensvertrag, danach um die mühevollen, von Rückschlägen gezeichnete Umsetzung der von Washington vorgegebenen Friedensbedingungen.

Das Abkommen von Dayton fiel in eine Zeit wachsender Ungeduld der Kosovo-Albaner. Die jahrelange Unterdrückung durch die serbischen Sicherheitskräfte, niedriger Lebensstandard, hohe Arbeitslosigkeit und die höchste Geburtenrate Europas ließen insbesondere unter der Jugend Perspektivlosigkeit

und damit Gewaltbereitschaft wachsen. Das Vertrauen in die internationale Vermittlung war angesichts des Scheiterns aller bisherigen Bemühungen erschüttert. Rugova hatte in fünf Jahren mittels Gewaltfreiheit nichts Vorzeigbares erreicht, und nun hatten die Kroaten auch noch gezeigt, wie man durch jahrelange militärische Aufrüstung und einen »Blitzkrieg« auf eigene Faust die scheinbar unbesiegbaren Serben aus dem eigenen Land vertreiben konnte. Gänzlich unverständlich erschien es den Kosovo-Albanern, dass Milošević und die Vertrauten des bosnischen Serbenführers Radovan Karadžić in dieser Lage an den Verhandlungstisch nach Dayton geladen wurden, sie selbst hingegen nicht. Unbegreiflich blieb auch, dass die bosnischen Serben in der bosnischen »Republika Srpska« behalten konnten, was sie durch Waffengewalt erobert hatten, und darüber hinaus sogar Sonderbeziehungen zu Belgrad unterhalten durften. Schließlich fielen nach Dayton auch noch die Sanktionen gegen Serbien schrittweise weg und die Europäer erkannten die Bundesrepublik Jugoslawien einseitig diplomatisch an. Diese Vorgänge lösten unter den Albanern tiefe Ernüchterung und Enttäuschung aus. Hatten sie bisher auf die amerikanische Karte gesetzt, so mussten sie nun erkennen, dass selbst in Washington andere Prioritäten zählten. Dies war bitter, war den Albanern doch bewusst, dass das serbische Übergewicht im Kosovo nur mit Hilfe auswärtiger Mächte ausgeglichen werden konnte. Dazu jedoch fehlten nun – anders als 1915, als Österreicher und Bulgaren die Serben aus dem Kosovo vertrieben hatten, und 1941, als sich dieser Vorgang unter den Italienern und Deutschen wiederholte – die starken Partner.

Der Weg in den Krieg

Im Jahr 1996 begann die UÇK mit ihren ersten Anschlägen. Die Organisation verfügte mittlerweile über eine breite Rekrutierungsbasis und fand weite Zustimmung unter den Kosovo-Albanern. In gleichem Maße verlor Rugovas Kurs der Gewaltfreiheit an Rückhalt, auch in der eigenen Partei. In Westeuropa wie in den USA wurden die Signale der erneuten Eskalation kaum wahrgenommen, gingen sie doch anders als erwartet von den Albanern

Das Abkommen von Dayton

Am 14. Dezember 1995 wurde in Paris das Abkommen von Dayton im Beisein von Viktor Černomyrdin (Russland), Jacques Chirac (Frankreich), Bill Clinton (USA), Felipe González (Spanien), Helmut Kohl (Deutschland) und John Major (Großbritannien) formell in Kraft gesetzt. Der Vertrag beinhaltete neben Waffenstillstandsvereinbarungen auch die Schaffung einer neuen Staatsordnung in Bosnien-Herzegowina. In elf Artikeln verpflichteten sich die drei Konfliktparteien der bosnischen Serben, bosnischen Kroaten und Bosniaken zur friedlichen Zusammenarbeit. Die Anerkennung der Charta der Vereinten Nationen und insbesondere die Achtung der Menschenrechte bildeten neben militärischen und territorialen Aspekten den Kern des komplizierten Vertragswerkes. Bosnien-Herzegowina besteht aus zwei Gebietseinheiten (engl. entities), der bosniakisch-kroatischen »Föderation von Bosnien und Herzegowina« mit 51 Prozent des Territoriums sowie der »Republika Srpska«, die 49 Prozent des Territoriums umfasst. Trotz einer gemeinsamen Regierung und gesamtstaatlicher Strukturen verfügen beide Gebietseinheiten bis heute über verfassungsmäßige Rechte, welche weit über diejenigen etwa deutscher Bundesländer hinausgehen. Die neue Friedensordnung überwachen seit 1995 der Hohe Repräsentant der Vereinten Nationen sowie eine internationale Schutztruppe (zunächst die Implementation Force IFOR, seit Dezember 1996 die Stabilization Force SFOR, seit Dezember 2004 die von der EU geführte EUFOR). (bc)

und nicht von Milošević aus. Die Internationale Konferenz über das ehemalige Jugoslawien wurde nach dem Abkommen von Dayton aufgelöst. Damit fiel das einzige Forum weg, in dem das Kosovo-Problem Beachtung gefunden hatte. Die Kosovo-Frage wurde dem Hohen Repräsentanten der Vereinten Nationen in Sarajevo übertragen, obwohl dieser schon mit seiner ersten Aufgabe, nämlich in Bosnien-Herzegowina die Staatsbildung im Sinne des Dayton-Abkommens voranzubringen, ausgelastet war.

Zahlreiche Vermittlungsbemühungen, auch von Nicht-Regierungsorganisationen, führten zwar 1996 zu einem Erziehungsabkommen zwischen Milošević und Rugova, doch scheiterte die Umsetzung an der Vieldeutigkeit des Textes wie am mangelnden Kooperationswillen beider Seiten. Rugova wurde für sein

Slobodan Milošević

Untrennbar verbunden mit dem Schicksal des Kosovo ist die Biographie des serbischen Politikers Slobodan Milošević. Geboren wurde er am 29. August 1941 in Požarevac, Serbien, als Sohn montenegrinischer Eltern. Zwischen 1989 und 1997 war er serbischer Präsident und Vorsitzender der Kommunistischen Partei Serbiens, bis zum 5. Oktober 2000 Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien. Milošević wurde als erster Staatspräsident noch während seiner Amtszeit 1999 vom Haager Internationalen Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) wegen Völkermordes angeklagt. Die Anklageschrift vom 31. Mai 2002 beschuldigte ihn, beteiligt gewesen zu sein an Planung, Anordnung, Durchführung und Unterstützung von Verbrechen an ethnischen, religiösen oder nationalen Gruppen. Vor der Verkündung eines Urteils erlag Milošević, der sich während des Verfahrens selbst verteidigte, am 11. März 2006 in der niederländischen Haft einem Herzversagen.

Milošević machte als Jurist zunächst Karriere in der Wirtschaft. Seit 1959 Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, trat er in den 1980er-Jahren zunehmend als nationalistischer Politiker in Erscheinung, der den serbischen Einfluss in Jugoslawien auszubauen suchte und das Fernziel eines großserbischen Staates verfolgte. 1965 heiratete er Mirjana Marković. Die jetzige Führerin der jugoslawischen Linken (JUL) galt stets als Ideologin im Hintergrund. Oft zitiert werden zwei wegweisende und kriegstreibende Reden Miloševićs, beide gehalten im Kosovo. 1986 versprach Milošević auf dem historischen Amselfeld bei Prishtina den Kosovo-Serben: »Niemand wird euch mehr schlagen.« Drei Jahre später (1989) erklärte er einer Million dort versammelter Serben: »Kriege stehen uns bevor.« Als Präsident beendete Milošević die Sonderstellung des autonomen Gebiets Kosovo. Seit 1990 unterstützte er radikale serbische Parteien und Gruppierungen, die in Kroatien und Bosnien-Herzegowina bewaffnete Milizen aufstellten. Im Jugoslawischen Bürgerkrieg handelten die Truppenkommandeure Ratko Mladić und Radovan Karadžić, in Den Haag gleichfalls als Kriegsverbrecher angeklagt, in seinem Auftrag. Seine Politik im Jugoslawienkrieg schwankte zwischen der Verfolgung großserbischer Ziele und dem ausgeprägten Streben nach Erhalt der persönlichen Macht, was ihn

zu einer vorsichtigen Haltung gegenüber dem Westen veranlasste. Milošević unterzeichnete am 21. November 1995 gemeinsam mit den Präsidenten Kroatiens und Bosniens, Franjo Tudjman und Alija Izetbegović, das Abkommen von Dayton (vgl. Info-Kasten auf S. 79).

Nach dem Vorwurf von Wahlfälschungen trat Milošević 1997 als serbischer Präsident zurück, die sozialistische Mehrheit im Bundesparlament wählte ihn jedoch am 15. Juli 1997 zum Staatspräsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien. In diese Amtszeit fielen der Kosovo-Krieg 1999 und die Intervention der NATO. Der Rückzug der serbischen Truppen aus der Provinz am 10. Juni erfolgte auf Befehl Miloševićs, der während der vorangegangenen Monate in Verkennung der internationalen Reaktionen die systematische Vertreibung der albanischen Bevölkerung geplant, angeordnet und betrieben hatte. Ein Volksaufstand stürzte Milošević am 5. Oktober 2000. Sein Nachfolger Vojislav Koštunica ließ ihn am 1. April 2001 verhaften und am 28. Juni nach Den Haag ausliefern.

Eine Woche nach seinem Tod wurde Milošević am 18. März 2006 im Beisein von Zehntausenden Menschen in seinem Heimatort Požarevac beigesetzt. Auf der Trauerfeier hielt auch der österreichische Schriftsteller Peter Handke eine Rede. Er hatte Milošević in Den Haag im Gefängnis besucht und in Europa durch mehrere Beiträge für Aufsehen gesorgt, mit denen er in den Augen der Öffentlichkeit die großserbische Politik Miloševićs guthieß. (bc)



Am 18. März 2006 versammelten sich Zehntausende Menschen in Belgrad, um Slobodan Milošević die letzte Ehre zu erweisen.

Entgegenkommen im eigenen Lager unverhohlen und heftig kritisiert. Der so genannte Pyramidenskandal in Albanien 1997, als dubiose Anlagegesellschaften in großem Stil privates Kapital vernichteten und ein allgemeiner Staatszerfall drohte, erlaubte der UÇK den Erwerb billiger Waffen und Munition. Sie begann in Albanien Ausbildungslager aufzubauen. Finanzielle Unterstützung kam zunehmend aus der albanischen Diaspora in den USA und Westeuropa.



picture-alliance/dpa

Flüchtlinge aus dem Kosovo strömen im März 1999 über die Grenzen nach Albanien und Mazedonien.

Rugovas Stern begann zu sinken. Sein Fall beschleunigte sich, als er sich im Herbst 1997 anlässlich schwerer Studentenproteste in Prishtina, dem ersten massenhaften Aufbegehren seit 1990, nicht an die Spitze des Demonstrationzugs stellte. Acht Jahre serbischer Politik der Unnachgiebigkeit und Unversöhnlichkeit, vergeblicher internationaler Vermittlung und wirkungsloser Gewaltlosigkeit hatten die Kosovo-Albaner dazu gebracht, ihr Schicksal in die Hand einer desorganisierten, aber hoch motivierten Guerillabewegung zu legen. Dabei spielte es keine Rolle

mehr, dass der Gegner übermächtig und die Loslösung von Belgrad Lichtjahre entfernt schien.

In dieser Phase begann das amerikanische Außenministerium eine hektische Pendeldiplomatie zwischen Belgrad und Prishtina, auch unter Rückgriff auf die Bosnien-Kontaktgruppe, ohne jedoch die Christmas warning von 1992 zu wiederholen. Die Amerikaner brauchten Slobodan Milošević weiterhin zur Durchsetzung des Abkommens von Dayton, und zwar insbesondere gegenüber den widerspenstigen bosnischen Serben. Die »Destabilisierung« im Kosovo kam zur Unzeit. Die UÇK wurde als Terrororganisation gebrandmarkt – für die Albaner hingegen war sie eine Befreiungsarmee. Es gelang nicht, die eskalierende Gewalt unter Kontrolle zu bekommen. Im Gegenteil, Milošević entschied sich mit der Militäraction im Drenica-Gebiet im Februar 1998 für eine gewaltsame Lösung.

In den nächsten Monaten breiteten sich die Kämpfe im Kosovo flächenbrandartig aus. Bilder von zerstörten Dörfern und Flüchtlingsstrecks gingen um die Welt, begleitet von den Vermittlungsbemühungen des amerikanischen Diplomaten Richard Holbrooke. Die Furcht vor einem »zweiten Bosnien« und – schlimmer noch – vor einer Einbeziehung aller albanisch besiedelten Gebiete des südlichen Balkan (Albanien, westliches Mazedonien, Südserbien, Montenegro) in die Kämpfe ging um. Die internationale Krisenprävention war gescheitert, der Weg führte in den Krieg. Nur die Luftoperationen der NATO konnten ihn schließlich im folgenden Jahr stoppen.

Rafael Biermann



Am 24. März 1999 begann die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in der Bundesrepublik Jugoslawien, nachdem Versuche zur diplomatischen Lösung der Krise im Kosovo gescheitert waren. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bereits Hunderttausende Kosovo-Albaner auf der Flucht. Die in der europäischen Öffentlichkeit umstrittenen Luftangriffe brachten die Führung in Belgrad an den Verhandlungstisch zurück und erzwangen die Zustimmung zum Einsatz einer internationalen Schutztruppe auf ihrem Territorium. Diese sollte im Kosovo die Demilitarisierung und Entflechtung der Konfliktparteien sichern.

Am 12. Juni 1999 überschritten u.a. deutsche Heereskräfte die Grenze der serbischen Provinz. Die »Kosovo Force« (KFOR) bestand ursprünglich aus Kontingenten von mehr als 40 Nationen. Ihre Personalstärke lag bei über 50 000 Soldaten, die Truppensteller gehörten mehrheitlich der NATO an. Die KFOR – im Foto deutsche Gefechtsfahrzeuge nahe der mazedonisch-jugoslawischen Grenze – schuf die Voraussetzungen für eine Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, UNMIK).

Der Luftkrieg der NATO und die deutsche Beteiligung am Einmarsch in das Kosovo 1999

Seit 1998 gingen serbische Sicherheitskräfte mit zunehmender Brutalität gegen die Kosovo-Befreiungsarmee (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, UÇK) und die albanische Zivilbevölkerung vor. In den umkämpften Gebieten wurden Dörfer und Siedlungen zum Teil völlig zerstört, Zigtausende von Menschen in die umliegenden Wälder vertrieben. 300 000 Flüchtlinge und Zehntausende unter freiem Himmel kampierende Menschen veranlassten die Internationale Gemeinschaft schließlich zum Handeln. Die Resolution 1199 des UN-Sicherheitsrates vom 23. September 1998 forderte die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zwischen serbischen und albanischen Gruppierungen im Kosovo, den Abzug der Volksarmee Jugoslawiens (VJ) und der serbischen Sonderpolizei, den Beginn von konstruktiven Verhandlungen sowie die Rückkehr aller Flüchtlinge.

Erst am 13. Oktober 1998 lenkte der jugoslawische Präsident Slobodan Milošević ein, nachdem der NATO-Rat am 8. Oktober Operationspläne für begrenzte Luftoperationen gebilligt hatte. Der Deutsche Bundestag stimmte am 16. Oktober dem Einsatz der Bundeswehr bei der NATO-geführten Operation ALLIED FORCE zur Abwehr einer »humanitären Katastrophe« (so die Formulierung im entsprechenden Regierungsantrag) im Kosovo zu.

Die Androhung von Luftschlägen bewirkte zunächst, dass die Führung in Belgrad die Zahl ihrer Truppen im Kosovo begrenzte und deren Verhalten an den Forderungen der UN-Resolution 1199 ausrichtete. Zudem konnten rund 80 000 Flüchtlinge in ihre Häuser zurückkehren. Außerdem wurde die Entsendung einer OSZE-Verifikationsmission mit 2000 zivilen Beobachtern und die unbewaffnete Luftüberwachung durch die NATO vereinbart. Am 19. November entschied der Deutsche Bundestag die Beteiligung an möglichen NATO-Operationen zum Schutz und zur möglichen Evakuierung von OSZE-Beobachtern aus dem Kosovo, nachdem sechs Tage zuvor der Beschluss zur Beteiligung an der NATO-Luftüberwachung gefallen war.

Die deutsche Beteiligung an einer Extraction Force

Auch aus dem eigenen Erleben muss die Eskalation der Krise im Kosovo trotz der laufenden internationalen Bemühungen als höchst dramatisch bezeichnet werden. Das Panzeraufklärungsbataillon 12 aus dem nordfränkischen Ebern befand sich im kalten und schneereichen Vorwinter 1998 bei einem turnusgemäßen Truppenübungsplatzaufenthalt in Grafenwöhr. Nach wenigen Tagen endeten die Schießübungen jedoch abrupt. Teile des Bataillons waren für die Extraction Force (EXFOR) vorgesehen, die in Notfallsituationen die Evakuierung der OSZE-Beobachter aus dem Kosovo sicherstellen sollte. Zwischen Weihnachten und Neujahr verlegten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften nach Mazedonien, wo sie in einer Kaserne der mazedonischen Armee in Tetovo stationiert wurden.

Wenige Tage nach der Entdeckung von 45 ermordeten kosovo-albanischen Zivilisten in Reçak (vgl. den Beitrag von Agilolf Keßelring zu den Kriegsverbrechen) und noch während der ergebnislos verlaufenden Gespräche des NATO-Generalsekretärs in Belgrad flog Ende Januar ein Erkundungskommando für EXFOR II nach Mazedonien. Wenig später begann die den Einsatz vorbereitende Ausbildung vor allem auf den Truppenübungsplätzen in Hammelburg und Wildflecken.

Etwa zeitgleich begannen im Februar 1999 Verhandlungen für eine friedliche Beilegung der Krise im Kosovo unter Federführung der USA, Frankreichs und Großbritanniens in Rambouillet, die nach drei Wochen vertagt wurden. Die Parteien hatten sich zwar grundsätzlich über den politischen Teil des Abkommens einschließlich einer Autonomie für das Kosovo geeinigt, die militärische Absicherung des Rambouillet-Abkommens und seine konkrete Umsetzung sollte aber auf einer Implementierungskonferenz beschlossen werden. Der Deutsche Bundestag gab am 25. Februar grünes Licht für eine deutsche Beteiligung mit 6000 Soldaten an der militärischen Unterstützung der Rambouillet-Vereinbarungen. Erste deutsche Truppenverlegungen von EXFOR II nach Mazedonien fanden noch Ende Februar statt, das Gros folgte bis Ende März. Die Verhandlungen von

Rambouillet wurden am 15. März in Paris fortgesetzt. Lediglich die kosovo-albanische Delegation unterschrieb drei Tage später ein entsprechendes Abkommen. Die Abordnung der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) stellte die bis dahin erzielten Übereinkünfte erneut in Frage und lehnte den militärischen Teil ab, wodurch die Vereinbarung nicht zu Stande kam (vgl. den Beitrag von Rafael Biermann).



picture-alliance/dpa

Die Luftschläge der NATO, die die jugoslawische Regierung zum Rückzug aus der Provinz Kosovo bewegen sollten, trafen auch die Zivilbevölkerung. Einwohner von Belgrad versuchten, als lebender Schutzwall die zentrale Brücke über die Save vor der Zerstörung zu bewahren.

Eskalation im Kosovo und der Luftkrieg gegen Jugoslawien

Noch vor der neuerlichen Aufnahme der Verhandlungen in Frankreich begann die jugoslawische Armee, unterstützt von Truppen der Spezialpolizei, mit umfangreichen Truppenverlegungen in das Kosovo und an dessen Grenze. Parallel kam es zu

Übergriffen auf die Zivilbevölkerung und »ethnischen Säuberungen« durch serbische Sicherheitskräfte, was zu einer erheblichen Zunahme der Flüchtlingsbewegungen führte. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sprach von rund 460 000 Menschen.

Belgrad intensivierte seinen Truppenaufmarsch und erklärte ausgedehnte Landstriche zu Manövergebieten, die damit der Beobachtung durch die OSZE entzogen waren. Schließlich kam es zu Übergriffen auf OSZE-Mitarbeiter, sodass deren Sicherheit nicht mehr gewährleistet war. Ihr Abzug musste deshalb sehr kurzfristig vollzogen werden. Unmittelbar darauf rückten erneut starke Kontingente der jugoslawischen Streitkräfte als Verstärkung in das Kosovo ein.

Am 22. März scheiterte ein letzter diplomatischer Anlauf in Belgrad. Zwei Tage später, am Abend des 24. März, begann die NATO mit den angedrohten Luftangriffen gegen militärische Ziele im gesamten Gebiet der Bundesrepublik Jugoslawien. Von Anfang an beteiligte sich die deutsche Luftwaffe an den Operationen, die den Streit- und Sicherheitskräften sowie der militärisch wichtigen Infrastruktur galten. Ziel der ersten Angriffsphase war die Bekämpfung der jugoslawischen Luftabwehr sowie von Flughäfen, Radaranlagen, Befehlszentren, Fernmeldeeinrichtungen, Kasernen, Waffen- und Munitionslagern. An den ersten beiden Angriffstagen wurden über 400 Einsätze geflogen und 50 Militärziele getroffen. In den folgenden rund zwei Wochen lag die Zahl der Einsätze täglich bei 250 bis 300. Bereits am 27. März beschloss die NATO u.a. auch wegen der schlechten Wetterbedingungen, die eine gezielte Bekämpfung der Flugabwehrsysteme einschränkten, Phase 2 der Luftangriffe einzuleiten. Diese sah Truppenansammlungen und Versorgungseinrichtungen, Materiallager und Kasernen mit Schwerpunkt südlich von Belgrad als Ziele vor, um die Kampfkraft und mittelbar die Durchhaltefähigkeit der jugoslawischen Streitkräfte zu verringern. Hierin eingeschlossen waren auch einzelne strategische und politisch bedeutsame Ziele aus Phase 3 des NATO-Operationsplanes (diese Phase wurde jedoch bis zum Aussetzen der Luftangriffe am 10. Juni nicht ausgelöst).

In der Nacht zum 2. April war erstmals die Innenstadt von Belgrad Ziel der Bombardierungen. Die Einsätze gingen in den

folgenden drei Tagen weiter. Gleichzeitig zerstörten NATO-Flugzeuge Infanterielager im Kosovo, Radareinrichtungen, weitere Donaubrücken und die einzige Eisenbahnverbindung zwischen den jugoslawischen Teilrepubliken Serbien und Montenegro. Sie unterbrachen damit wichtige Nachschubwege der jugoslawischen Truppen. Hauptziel der NATO-Luftschläge war es, die serbisch-jugoslawischen Kräfte im Kosovo an der Vertreibung der albanischen Bevölkerung zu hindern, diese zu beenden sowie Slobodan Milošević an den Verhandlungstisch über eine friedliche Lösung für das Kosovo zu zwingen.

Belgrad intensivierte demgegenüber die Vertreibung der Kosovo-Albaner. Mehr als die Hälfte der ursprünglichen Gesamtbevölkerung von etwa zwei Millionen Menschen befand sich auf der Flucht. Die gewaltsamen Übergriffe waren allerdings keineswegs eine Reaktion auf die Luftangriffe der NATO, sondern vielmehr Teil einer gezielten Operation, die bereits Ende 1998 geplant und seit Jahresbeginn 1999 umgesetzt wurde. Aus dem Verlauf der »ethnischen Säuberungen« im Kosovo kann eine Systematik der Vertreibungen herausgelesen werden, auch wenn der so genannte Hufeisen-Plan als schriftliches Dokument noch nicht nachgewiesen ist.

Die in Mazedonien und Albanien stationierten Truppen der NATO taten ihr Möglichstes, um die humanitäre Lage der aus dem Kosovo vertriebenen Menschen zu verbessern. So errichtete beispielsweise die Bundeswehr im mazedonischen Čegrane ab dem 24. April ein Lager für 40 000 Flüchtlinge. Anfangs waren dort täglich bis zu 690 Soldaten rund um die Uhr in drei Schichten eingesetzt. Im albanischen Qatrom waren vom 13. April bis 1. Mai täglich durchschnittlich 150 deutsche Soldaten mit dem Aufbau einer Zeltstadt für die Aufnahme von 5000 Vertriebenen beschäftigt. Zur Verbesserung der humanitären Lage der Flüchtlinge leistete die NATO zudem Unterstützung beim Aufbau und Betrieb von medizinischen Versorgungspunkten. Sie verstärkte die Hilfsorganisationen z.B. bei der Ausgabe von Verpflegung, durch die Überlassung von Material (Betten, Wolldecken, Matratzen etc.) oder durch Lufttransportleistungen. Allein die deutsche Luftwaffe führte vom 30. März bis zum 27. Mai insgesamt 293 Hilfsflüge durch und transportierte dabei 2818 Tonnen Material.

Das Einlenken der serbischen Führung

Ende April, nach mehr als 30 Tagen Luftkrieg, waren erste Anzeichen für Änderungen in der Haltung der jugoslawischen Führung erkennbar. Die NATO hatte ab dem 10. April die Zahl der Einsätze deutlich und kontinuierlich gesteigert. Am 14. April zerstörte die NATO wichtige Industrieanlagen und Ölraffinerien, am 23. April verhängte die EU ein Ölembargo gegen Jugoslawien und setzte damit ein wichtiges Signal zur Unterstützung der NATO-Operation. Am gleichen Tag wurden wichtige Kommandozentralen der Regierung in Belgrad und die Residenz von Milošević im Nobelviertel Dedinje zerstört. Damit waren erstmals wichtige Führungs- und Infrastruktureinrichtungen im unmittelbaren Umfeld des Präsidenten betroffen. Am 3. Mai waren weite Teile Serbiens von der Stromversorgung abgeschnitten, was Probleme mit der Wasserversorgung nach sich zog. Bei einem Angriff am 7. Mai auf Belgrad wurde versehentlich die chinesische Botschaft getroffen, wobei drei Menschen starben. Mitte Mai gelang es der NATO trotz wetterbedingter Einschränkungen, ihren Druck auf Jugoslawien weiter aufrechtzuerhalten. Der Schwerpunkt der Angriffe richtete sich vermehrt gegen Bodentruppen im Kosovo, ohne dass die gleichzeitige Bekämpfung von Versorgungseinrichtungen und -wegen nachgelassen hätte.

Die Strategie der NATO – phasenweise Erhöhung des militärischen Drucks auf Präsident Milošević bei gleichzeitigen politischen Verhandlungen – war erfolgreich. Am 3. Juni billigte das serbische Parlament den Friedensplan der G8-Staaten und die Kernforderungen der NATO. Militärische Details, die vor der Vertragsunterzeichnung geklärt werden mussten, nahmen mehrere Verhandlungstage in Anspruch. Die Beratungen fanden in einem Militärlager im mazedonischen Kumanovo statt. Die wichtigsten Punkte des am 9. Juni unterzeichneten militärtechnischen Abkommens waren der etappenweise Rückzug der jugoslawischen Streit- und Sicherheitskräfte aus dem Kosovo bei gleichzeitigem Einmarsch der internationalen Sicherheitstruppe Kosovo Force (KFOR), die Räumung sämtlicher blockierter Verkehrswege von Minen und anderen Hindernissen durch die jugoslawischen Streitkräfte sowie die Suspendierung der NATO-

Luftschläge. Nach Verabschiedung der Resolution 1244 durch den UN-Sicherheitsrat beschloss der Nordatlantikrat noch am Abend des 10. Juni, KFOR den Einsatzbefehl zu erteilen. Einen Tag später mandatierte der Deutsche Bundestag die Beteiligung der Bundeswehr am internationalen Einsatz zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung einer Friedensregelung für das Kosovo.

Der Einmarsch internationaler Bodentruppen in das Kosovo

Ab Samstag, dem 12. Juni, um 5 Uhr 30 drangen die Vorhutten der britischen, französischen und deutschen Kontingente in das Kosovo ein, gefolgt von amerikanischen und italienischen Truppen. Dieser Einmarsch soll im Folgenden aus einer persönlichen Perspektive geschildert werden. Wir hatten die NATO-Luftschläge im mazedonischen Ohrid erlebt, wo die 4. Kompanie des verstärkten Jägerbataillons der deutschen KFOR-Brigade das dortige Flugfeld sicherte. Fluggeräusche von NATO-Maschinen waren praktisch ununterbrochen zu hören. Der tragische Unfalltod eines in Ohrid stationierten deutschen Sanitätsoffiziers am 30. Mai wirkte auf viele wie ein Fanal dafür, dass der bevorstehende Einsatz etwas anderes als jene Operationen sein würde, an denen die Bundeswehr sich bis zu diesem Zeitpunkt beteiligt hatte.

Am 9. Juni erging der Marschbefehl. Die zermürbende und nervenaufreibende Zeit des Wartens war vorbei. Bei Struga und am mazedonisch-albanischen Grenzübergang Debar/Dibët sammelte die Marschkolonne. Vor dem Einsatzverband lag ein dreitägiger Marsch durch die Berge des landschaftlich wunderschönen aber bitterarmen Albaniens. Die meisten Straßen, die passiert werden mussten, lassen sich leicht mit dem Attribut »Eseltreiberpfade« umschreiben.

Östlich von Kukës überschritt die Marschformation am 12. Juni die albanisch-kosovarische Grenze. Völlig zerstörte und verlassene Dörfer säumten den Wegesrand auf dem Marsch nach Prizren. Es war ein unglaublich beklemmendes Gefühl, durch

Ermordung und Verfolgung der Kosovo-Serben nach dem Ende des Krieges

Die radikalen Albaner, vor allem diejenigen aus den Kreisen der Kosovo-Befreiungsarmee (UÇK), fühlten sich um den Preis ihres Kampfes gegen die serbische »Fremdherrschaft« betrogen; ethnische Minderheiten, vor allem die Kosovo-Serben, dienten als Sündenböcke. Die Zahlenangaben hinsichtlich der Vertreibung und der sowohl ethnisch als auch politisch motivierten Ermordung von Nicht-Albanern schwanken. Laut UNHCR-Bericht wurden zwischen Juni 1999 und Januar 2000 etwa 237 000 Menschen aus dem Kosovo vertrieben, darunter 198 000 Serben, des weiteren slawische Muslime und Zigeuner (ethnisch verwandte Gruppen der Roma, Ashkali und »Ägypter«). Human Rights Watch (HRW) zählte allein in den ersten sechs Wochen (ab 10. Juni) circa 164 000 serbische Flüchtlinge und circa 25 000 Flüchtlinge aus der Ethnie der Roma. Neuere Erhebungen zeigen indessen, dass eine Zahl von etwa 120 000 geflohenen Serben und Montenegriern realistisch ist. Serbische Zahlen sprechen von 1022 toten Serben in der Zeit vom 12. Juni 1999 bis 18. November 2000. HRW geht von circa 1000 toten und vermissten Serben im gleichen Zeitraum bis zum Juli 2001 aus. Für größere Massaker an Serben stehen die Orte Grackë e Vjetër (serb. Staro Gracko) und Pograxhë (serb. Podgradje). In Prizren wurden bis Oktober 1999 etwa 300 serbische Häuser angezündet sowie mehrere ältere Menschen ethnisch motiviert ermordet. (rg)



picture-alliance/dpa/Ksiazek

Mit und nach dem Rückzug der jugoslawischen Armee verließen Zehntausende Serben aus Angst vor Racheakten mit voll beladenen Autos ihre Heimat. Wie hier in Mitrovicë (serb. Mitrovica) wurde ihr Auszug von der kosovo-albanischen Bevölkerung hämisch bejubelt.

Orte zu fahren, in denen einstmals Hunderte von Menschen gelebt hatten. Eine gespenstige Ruhe und Stille lag über diesem unwirtlichen Szenarium.

Ganz anders war die Lage in Prizren. Die Einfallstraßen zur Stadt säumten Kolonnen der jugoslawischen Armee. Deren Soldaten beobachteten die vorrückenden Truppen teils mit leeren, teils mit wütenden, hasserfüllten Augen. Aber sie blieben ruhig. Was das deutsche Kontingent hingegen in Prizren erwartete, damit hatte wohl niemand gerechnet: Grenzenloser Jubel der Kosovo-Albaner, während die ortsansässigen Serben kaum in Erscheinung traten. Die deutschen Fahrzeuge und Panzer wurden mit Blumen überhäuft – Freudengesänge, Dankesbekundungen überall. Die albanischen Einwohner feierten die KFOR-Truppen als Befreier.

Ein provisorisches deutsches Hauptquartier wurde am ehemaligen Busbahnhof bezogen, später auf dem Flugfeld außerhalb der Stadt. Nach einer Woche verlegte das verstärkte Jägerbataillon in eine ehemalige Fabrikanlage südlich von Suharekë, 18 Kilometer nordöstlich von Prizren gelegen. Dem Einmarsch folgten nervenaufreibende, lange Tage. Der Auftrag von KFOR lautete, die Stadt und ihr Umfeld zu sichern sowie Übergriffe auf die serbische Zivilbevölkerung zu verhindern. Hinzu kam die Kontaktaufnahme mit den Kräften der UÇK und später deren Entwaffnung, die allerdings nur sporadisch gelang. Patrouillenfahrten und der Schutz von Konvois bestimmten den Tagesablauf, ebenso wie die Sicherung des Lagers.

Was schon nach ein bis zwei Wochen ins Auge fiel, waren die zurückkehrenden Flüchtlinge. Hunderte und Tausende strömten in ihre zerstörten Dörfer. Die meisten hatten nur diejenige Habe bei sich, die sie bei der Vertreibung hatten retten können, oder waren notdürftig in einem der Flüchtlingslager ausgestattet worden. Die Rückkehrer standen vor dem Nichts und im wahrsten Sinne des Wortes vor den Trümmern ihres bisherigen Lebens. Aber sie hatten überlebt und konnten in ihrer Heimat mit dem durch KFOR geschützten und unterstützten Wiederaufbau beginnen. Es liegt eine große Tragik darin, dass die KFOR diesen Schutz nicht auch für die serbischen Bewohner der Provinz gewährleisten konnte.

Kai Lehmann



Die Polizeiarbeit im Kosovo vollzieht sich bislang unter internationaler Aufsicht. Die in Aufstellung begriffene EU-Mission EULEX (EU Rule of Law Mission) soll die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit sowie den weiteren Aufbau einer professionellen und überparteilichen Polizei (Kosovo Police Service, KPS) im Land gewährleisten. Der Auftrag ist dann beendet, wenn der KPS in der Lage ist, aus eigener Kraft die schwierigen Aufgaben wahrzunehmen, die bis zur Unabhängigkeit im Februar 2008 mehrheitlich die UNMIK sicherstellte.

Den Aufbau einer funktionierenden Polizei behindern bislang Verstrickungen einzelner KPS-Beamter in kriminelle Aktivitäten und die allgemeine Korruption. Auch die Schwierigkeit, Führungspositionen mit qualifiziertem Personal zu besetzen, die mangelnde Akzeptanz von serbischen oder albanischen KPS-Angehörigen durch die jeweils andere Ethnie sowie die weitgehende Kontrolle der serbischen Polizeieinheiten im nördlichen Kosovo durch die Regierung in Belgrad lassen bislang Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit dieser Behörde aufkommen. Den Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen insgesamt erschwert einerseits die unklare zukünftige Aufgabensteilung zwischen EULEX und der weiter bestehenden UNMIK, andererseits die serbische Ablehnung der europäischen Mission im Kosovo.

Die Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) und die Rechtsstaatsmission EULEX der Europäischen Union

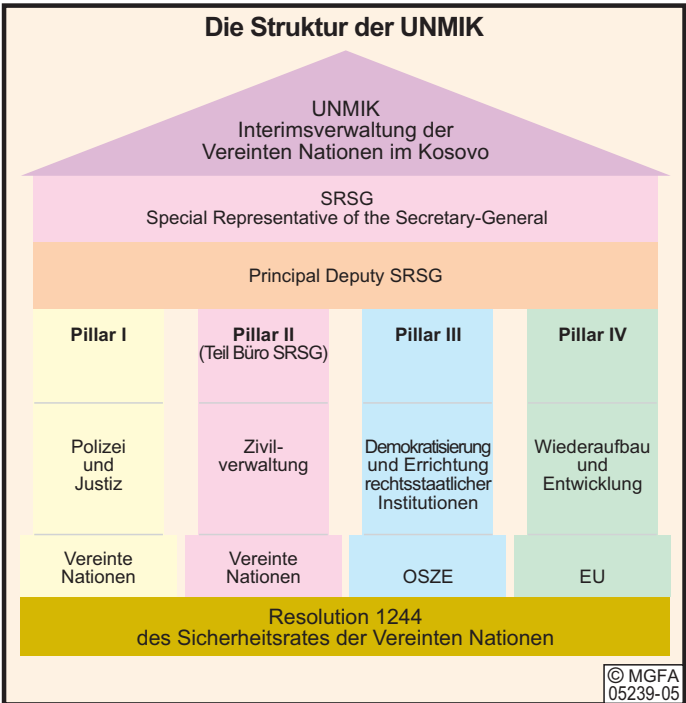
Der Entschluss zum Aufbau einer internationalen Verwaltung im Kosovo reifte im Verlauf der dortigen Krise bis zum Militäreinsatz von 1999. Die Forderungen der Internationalen Gemeinschaft an die Regierung in Belgrad sahen neben den im Beitrag von Kai Lehmann bereits angesprochenen militärischen Aspekten vor allem vor, das Kosovo vorübergehend einer von den Vereinten Nationen (UN) geleiteten Verwaltung zu unterstellen. Mit dem Ende der NATO-Luftangriffe verabschiedete der Sicherheitsrat der UN am 10. Juni 1999 die Resolution 1244 und schrieb darin die Errichtung einer internationalen zivilen Präsenz vor.

Kosovo Force (KFOR) und UNMIK verfolgen das gleiche Ziel, die Friedenssicherung. Dafür gibt es allerdings unterschiedliche Mittel, Zuständigkeiten und Aufgabenbereiche. Während die KFOR für die Sicherheit im weiteren Sinne zuständig ist, hat UNMIK drei konkrete und in der Resolution festgeschriebene Zielsetzungen: Erstens ist die Mission vorübergehend für die Verwaltung des Kosovo zuständig – daher auch die Bezeichnung als Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo. Parallel dazu soll sie zweitens eine kosovarische Verwaltung aufbauen, um eine zunehmende und schließlich vollständige Selbstverwaltung zu ermöglichen. Das dritte Ziel ist es, die Erarbeitung einer endgültigen Lösung der Statusfrage der Provinz zu unterstützen.

An der Spitze der UNMIK steht ein Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (Special Representative of the Secretary-General, SRSG). Dieses Amt hatte von Juli 1999 bis Januar 2001 der Franzose Bernard Kouchner inne und legte in dieser Zeit gewissermaßen den Grundstein für die Arbeit der UNMIK. Kouchner folgten der Däne Hans Hækkerup (2001), der Deutsche Michael Steiner (Februar 2002–Juli 2003) und Harri Holkeri aus Finnland. Seit Juni 2004 übte der Däne Søren Jesen-Petersen die Funktion aus, legte sie allerdings im Sommer

2006 nieder. Die UNMIK führt momentan der Deutsche Joachim Rucker, bisher bei UNMIK verantwortlich für Privatisierung und wirtschaftlichen Wiederaufbau, der das Amt im September 2006 übernommen hat.

Der Sonderbeauftragte leitet die gesamte zivile Operation. Diese ruht auf vier Säulen, im internationalen Sprachgebrauch als »four pillars« bezeichnet. Die erste Säule, ursprünglich im Verantwortungsbereich des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen und verantwortlich für die Koordinierung humanitärer Hilfe, ist nunmehr für Polizei und Justiz zuständig. Pillar II, heute Bestandteil des Büros des Sondergesandten, wird als Zivilverwaltung (civil administration) bezeichnet. Die dritte Säule unter Leitung der Organisation für Sicherheit und Zusammen-



arbeit in Europa (OSZE) hat die Unterstützung der Demokratisierung und den Aufbau von rechtsstaatlichen Institutionen zum Ziel. In den Aufgabenbereich der Europäischen Union fällt Pillar IV, vor allem der wirtschaftliche Wiederaufbau.

UNMIK und der Aufbau einer kosovarischen Selbstverwaltung

Als die UNMIK im Juni 1999 im Kosovo eintraf, sah sie sich vor die gewaltige Aufgabe gestellt, ein Territorium zu verwalten, in dem es keine funktionierende Polizei, kein Justizwesen und keine funktionsfähigen staatlichen Einrichtungen gab. Die Infrastruktur war veraltet und teilweise zerstört. Rund 900 000 Flüchtlinge waren, gewissermaßen über Nacht, in die Provinz zurückgekehrt.

Die UNMIK nahm Einfluss auf sämtliche Lebensbereiche der Einwohner des Kosovo, indem sie die Befugnisse der Exekutive, der Legislative und der Judikative vereinte. Sie legte nicht nur fest, welches Recht im Kosovo zu gelten hatte, sondern bildete dieses durch eigene Rechtsetzungsakte (UNMIK Regulations) fort. Die Aufgaben der Mission waren umfassend. Sie musste das Gerichtswesen wieder aufbauen und setzte dafür wo nötig internationale Richter ein. Darüber hinaus schuf sie ein neues Polizeiwesen, das aus der internationalen UNMIK-Police und den in neuen Polizeiakademien ausgebildeten lokalen Polizeikräften (Kosovo Police Service, KPS) besteht. Die internationale Verwaltung organisierte auch alltägliche Dienstleistungen wie die Müllentsorgung. Sie zeigte sich zuständig für die Ausstellung von Geburts- und Heiratsurkunden ebenso wie für die Privatisierung von Unternehmen. Zur Klärung der konfliktbedingten Eigentumsstreitigkeiten wurden eigenständige, unabhängige Institutionen geschaffen. UNMIK unterstützte den Wiederaufbau von Häusern und Unterkünften und regelte die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen.

Unmittelbar nach Beginn ihrer Arbeit leitete die UNMIK den Aufbau einer lokalen Selbstverwaltung ein. Die Grundlage hierfür bildete eine vorläufige Struktur (Joint Interim Administrati-

ve Structure, JIAS), die sich gleichermaßen auf internationales Personal wie auf lokale politische Vertreter stützte. Wesentliche Leistung dieser gemischten Verwaltung war es, Entscheidungen gemeinsam zu erarbeiten und die komplizierte Zusammenarbeit zu institutionalisieren. Die Behörde umfasste erstens eine Vertretung der kosovarischen Bevölkerung, den so genannten Übergangsrat (Kosovo Transitional Council). Zweitens bereitete ein Übergangsverwaltungsrat (Interim Administrative Council), bestehend aus vier Kosovaren und vier UNMIK-Vertretern, Entscheidungen vor. Drittens agierten Verwaltungsabteilungen unter der gemeinsamen Leitung eines kosovarischen und eines internationalen Sachwalters. Die genannten Institutionen sollten nach der Durchführung von Wahlen in eine provisorische Selbstverwaltung aus gewählten und nicht mehr ernannten Vertretern überführt werden. Gleichzeitig sollte sich die UNMIK schrittweise aus der Verwaltung zurückziehen und mehr und mehr eine Aufsichtsrolle übernehmen.

Die Errichtung der kosovarischen Selbstverwaltung begann im Oktober 2000 mit den Wahlen auf Gemeindeebene. Nach einem langwierigen Prozess der Wählerregistrierung konnten nach dem Urnengang die übergangsweise geschaffenen Gemeindestrukturen durch demokratisch legitimierte Vertretungen abgelöst werden. Der internationale Gemeindeverwalter (Municipal Administrator, MA) übertrug nun Schritt für Schritt seine Kompetenzen an diese kommunalen Behörden.

Auf eine ähnliche Weise wurde kurze Zeit darauf für die gesamtkosovarischen Institutionen verfahren. In einem ersten Schritt schuf man die rechtliche Grundlage für die künftige Neuordnung. Ein verfassungsrechtlicher Rahmen (Constitutional Framework) legte die Struktur der provisorischen Selbstverwaltung (Provisional Institutions of Self-Government, PISG) und ihre Zuständigkeiten fest. Ganz bewusst war vorerst nur von einem »framework« die Rede, da es sich auch hier lediglich um eine vorübergehende Regelung ohne verfassungsgebenden Charakter handelte. Die provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen bestehen aus der Versammlung, der kosovarischen Regierung und den dazugehörigen Ministerien sowie dem Präsidenten.

Nach den Wahlen vom 17. November 2002 übergab die UNMIK einen großen Teil ihrer Kompetenzen an die genannten

Institutionen. Davon ausgenommen blieben beispielsweise das Polizei- und das Justizwesen. Darüber hinaus behielt der Leiter der Mission in Form eines Vetorechts die Kontrolle über die Gesetzgebung. Die UNMIK spielt weiterhin als wichtiges Korrektiv eine Rolle, da sie über die Gesetzmäßigkeit der Entscheidungen und des Vorgehens der provisorischen Selbstverwaltung wacht und sicherstellt, dass die Bestimmungen der Sicherheitsratsresolution 1244 eingehalten werden. Eine zentrale Frage in diesem Zusammenhang bleibt beispielsweise der Schutz der ethnischen Gemeinschaften, allen voran der Kosovo-Serben und der Roma, sowie ihre ausreichende Beteiligung an den provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen.

All diese Einrichtungen waren als ein Provisorium auf dem Weg zur abschließenden politischen Klärung des künftigen Status des Kosovo gedacht. Nach dem Ende der politischen Verhandlungen, die im Februar 2006 unter der Schirmherrschaft des Sondergesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Martti Ahtisaari, begannen und danach von der Kosovo-Troika (EU, Russland und USA) fortgesetzt wurden, sollte die UNMIK dazu übergehen, die verbliebenen Befugnisse der provisorischen Selbstverwaltung an endgültige, auf dem Wege der politischen Einigung geschaffene Verwaltungsinstitutionen zu übertragen. Das Ende 2007 von der Troika festgestellte Scheitern der politischen Statusverhandlungen wurde mit der unilateralen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008 besiegelt. Die UNMIK besteht weiter fort, ihre Zukunft ist allerdings ungewiss. Ginge es nach der Europäischen Union, soll die UNMIK bis Juni 2008 von EULEX (EU Rule of Law Mission) abgelöst werden.

Die Rechtsstaatsmission EULEX der Europäischen Union im Kosovo

Einen Tag vor der Unabhängigkeitserklärung, am 16. Februar 2008, beschloss der Rat der Europäischen Union die Rechtsstaatsmission EULEX zur Unterstützung des Kosovo beim nachhaltigen Aufbau rechtstaatlicher Strukturen. EULEX soll nach

einer 120-tägigen Aufbauphase die UNMIK weitgehend ersetzen. Deren militärische Komponente KFOR hingegen wird wohl weiterhin im Auftrag des Sicherheitsrates der UN für die Sicherheit im Kosovo sorgen. Zudem will die EU einen Internationalen Zivilen Repräsentanten stellen. Für das Amt ist der Niederländer Pieter Feith vorgesehen, der derzeitige Sonderbeauftragte der EU für das Kosovo. Damit wird EULEX als erste zivile Mission der EU im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) auch hoheitliche Befugnisse wahrnehmen. Das Engagement der Union umfasst außerdem das Büro der EU-Kommission, das langfristige Reformprozesse einleiten und begleiten, die wirtschaftliche Entwicklung sowie regionale Integration fördern und letztlich dabei helfen soll, die zukünftige Annäherung des Kosovo an die EU zu begleiten.

EULEX und den Internationalen Repräsentanten sahen die westlichen Staaten als Vorbedingungen für die politische Zustimmung zur Unabhängigkeit. Während jedem Mitgliedstaat die Entscheidung über die Anerkennung des Kosovo überlassen bleibt, beschlossen die EU-Länder die neue Polizei- und Rechtsstaatsmission gemeinsam. Bis auf Malta, das nicht über die nötige personelle Ausstattung verfügt, haben alle Mitgliedstaaten ihre Beteiligung an EULEX zugesagt (zu rechtlichen Aspekten vgl. den Beitrag von Thomas Breitwieser).

Deren drei Komponenten, nämlich die Polizei-, Justiz- und Zollmission, sollen sicherstellen, dass die kosovarischen Institutionen frei von politischer Einflussnahme sind und sich an international anerkannten Standards orientieren. Die Mission unterstützt den Aufbau rechtsstaatlicher, multiethnischer und stabiler Strukturen, unter anderem, indem sie die Rechtsinstitutionen überwacht, berät und anweist. In ihre Zuständigkeit fallen auch die rechtliche Verfolgung und Ahndung von Kriegsverbrechen, Terrorismus, organisierter Kriminalität, Korruption, zwischenethnischen Übergriffen und von Wirtschaftskriminalität. Der EULEX sind weitreichende Eingriffs- und Kontrollrechte zugeordnet, um die kosovarische Politik und Verwaltung zu überwachen. Sie erhält unter anderem die Vollmacht, Gesetze kosovarischer Institutionen aufzuheben. Die Mission wird mindestens 1800 Polizisten, Zöllner, Richter, Staatsanwälte, Justizvollzugsbeamte, Verwaltungsexperten und anderes Fachpersonal umfas-

Yves de Kermabon während
einer Pressekonferenz am
13. März 2008 in Prishtina.



sen, unterstützt von ungefähr 1200 örtlichen Kräften. Nach den gegenwärtigen Planungen stellt Deutschland das größte personelle Kontingent, gefolgt von Italien, Schweden und Frankreich. Dazu kommen einige Hundertschaften Bereitschaftspolizei aus Frankreich, Italien, Rumänien und Polen. Auch Drittstaaten wie die USA, die Schweiz und die Türkei beteiligen sich an EULEX, deren Leitung dem ehemaligen französischen General Yves de Kermabon übertragen wurde. Das Mandat ist vorerst auf zwei Jahre beschränkt. In dieser Zeit wird sich zeigen müssen, wie weit der Aufbau unabhängiger und funktionsfähiger staatlicher Strukturen im Kosovo vorankommt.

Dina Rossbacher

(Die von der Autorin hier in persönlicher Eigenschaft getroffenen Aussagen decken sich nicht notwendigerweise mit dem Standpunkt der Vereinten Nationen.)



picture-alliance/dpa/Vladimir Xhemaj

Albanische Frauen beweinen am 21. März 2004 im Dorf Çabër (serb. Cabar) zwei ertrunkene Kinder. Das Gerücht, Kosovo-Serben aus der nahe gelegenen, zwischen Albanern und Serben geteilten Stadt Mitrovicë (serb. Mitrovica) hätten die wehrlosen Opfer in den Fluss Ibër geworfen, löste eine Welle der Gewalt aus, die seit dem 16. März das Kosovo überzog und in erster Linie serbische Wohngebiete, Kirchen und andere Einrichtungen traf. Kosovo Force (KFOR) und United Nations Interim Administration Mission (UNMIK) waren vom Ausmaß der Ausschreitungen vollkommen überrascht. Erst am 20. März ebten die Auseinandersetzungen ab. Neben dem Hass zwischen den Ethnien offenbarten die Ereignisse auch erhebliche Probleme bei der Früherkennung von Krisen und bei der Reaktion auf gewalttätige Demonstrationen durch KFOR und die Polizei der UNMIK. In den Medien wurde bei der Auswertung der Märzunruhen die Frage gestellt, ob die im Kosovo beschrittenen Wege der Konfliktlösung insgesamt zielführend seien.

Zurück in den Krieg? Die Unruhen vom März 2004

Im Frühjahr 2004 ereigneten sich im Kosovo flächendeckende antiserbische Ausschreitungen, in deren Verlauf auf Seiten der Zivilbevölkerung 19 Tote und mehr als 1100 Verletzte, 17 zerstörte Klöster und Kirchen, beinahe 120 demolierte Häuser und annähernd 4000 Vertriebene zu beklagen waren. KFOR und UNMIK, die an vielen Orten in die Auseinandersetzung einbezogen wurden, verzeichneten 58 Verletzte, davon mehrere schwer. An Demonstrationen und Unruhen, die sich im Wesentlichen zwischen dem 16. März und dem 20. März abspielten, beteiligten sich etwa 50 000 Menschen. Am 17. März mündeten die Ausschreitungen schließlich vor allem in Prishtina, Graçanicë (serb. Gračania) und Prizren in eine Welle der Gewalt, die nahezu alle kosovo-serbischen Einrichtungen traf. Einen weltweit beachteten Höhepunkt fanden die Auseinandersetzungen mit der Zerstörung des serbisch-orthodoxen Erzengelklosters im Bistrica-Tal bei Prizren. Die dort unter Führung eines Hauptfeldwebels eingesetzten deutschen KFOR-Kräfte konnten das Leben der bedrohten serbischen Mönche retten, die Vernichtung der auch historisch bedeutsamen Klosteranlage durch einen Mob von mehr als 500 Personen jedoch nicht verhindern.

Das internationale Entsetzen über die Ausschreitungen hatte vor allem zwei Ursachen. Erstens offenbarte der Ausbruch von Gewalt auf brutale Weise den zwischen Kosovo-Albanern und Kosovo-Serben bestehenden Hass. Dieser schwelte unter der Oberfläche der durch die Internationale Gemeinschaft vermittelten und überwachten Übergangsordnung und loderte nun scheinbar aus heiterem Himmel wieder auf. Zu einem weltweiten Schock führte zweitens die Tatsache, dass sowohl militärische wie zivile Akteure vor Ort vom Ausmaß der Gewalt vollständig überrascht wurden. Weder KFOR noch die UNMIK-Polizei – durch die massenhaften Demonstrationen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und nur unzureichend für die Reaktion auf gewalttätige Demonstrationen ausgebildet und ausgerüstet – waren zunächst in der Lage, den sich rasch ausbreitenden Flächenbrand einzudämmen.

Das Erzengelkloster (serb. Monastir Sveti Arhandjeli) liegt am Ufer des Flusses Bistrica unweit der Stadt Prizren. Die südlich des Bistrica-Tals verlaufenden Berge des Schar-Gebirges bilden mit einer Höhe von mehr als 2000 m eine natürliche Grenze zu Mazedonien. Aus der Zeit des ausgehenden Großserbischen Reiches (Schlacht auf dem Amsfeld, 1389) stammt die Kalaja-Festung oberhalb des Klosters. Das Erzengelkloster selbst entstand zwischen 1348 und 1352, gestiftet vom vielleicht bedeutendsten serbischen Herrscher Dušan (Zar Uroš IV.). Die Anlage umfasste die Nikolaus- und die Erzengelkirche sowie mehrere Unterkunfts- und Wirtschaftsgebäude. Sie war zu ihrer Blütezeit Heimat für bis zu 250 Mönche. Das Kloster diente im Mittelalter – vergleichbar deutschen Kaiserpfalzen – den serbischen Zaren als Aufenthaltsort bei ihren Reisen durch das Reich. 1455 zerstörten die Türken unter Sultan Mehmed II. im Zuge ihrer Eroberungen den Gebäudekomplex.

Erst 1998 wandelte sich das Erzengelkloster von einer unbewohnten Ruine erneut zum orthodoxen Kloster, als sich sieben vom Belgrader Patriarchen entsandte Mönche dort ansiedelten. Überwiegend moslemische Kosovo-Albaner aus Prizren zerstörten die Anlage während der Unruhen vom 17./18. März 2004 und vertrieben deren Bewohner. Nach der Rückkehr mehrerer Mönche unterstützte die Internationale Gemeinschaft den Wiederaufbau der Unterkunftsgebäude. Die ruinierte Klosteranlage wird nun dauerhaft durch die KFOR gesichert.

Die Erzengelkirche beherbergte, Jahrhunderte lang unentdeckt, bis 1941 die Grabstätte des Stifters Dušan (heute Markuskirche, Belgrad). Das gesamte Kloster hat deshalb eine besondere symbolische Bedeutung, die aus serbischer Sicht weit über die anderer historischer Glaubensstätten des orthodoxen Christentums hinausgeht. Entsprechend ablehnend stehen radikale Kosovo-Albaner dem Kloster gegenüber, das für sie die serbische »Fremdherrschaft« in der Provinz symbolisiert.

Die Auswertung der Märzereignisse in Deutschland konzentrierte sich besonders auf die Suche nach Fehlern bei der Reaktion auf den Aufstand. Dabei gerieten neben den politischen Entscheidungsträgern auch KFOR und die Bundeswehr in die Kritik, da sie ihren Schutzauftrag gegenüber der Bevölkerung des Kosovo nicht erfüllt hätten. Im Rahmen der Frage nach »lessons learned«



Sicherung des Erzengelklosters durch KFOR, Aufnahme von 2005

ging es darum, Lehren für das operative wie strategische Krisenmanagement und vor allem für die Früherkennung ähnlicher Entwicklungen zu ziehen. Hinzu traten andererseits jedoch auch weit grundsätzlichere Überlegungen. In der deutschen Öffentlichkeit wurde die Frage laut, ob angesichts der März-Ereignisse nicht die Strategien für die Konfliktbewältigung auf dem Balkan und das deutsche Engagement insgesamt in Frage gestellt werden müssten. Die Verknüpfung lokaler Zwischenfälle mit grundlegenden Fragen der internationalen Krisenbewältigung verleiht den Märzunruhen bis heute eine erhebliche Bedeutung. Einige Aspekte der Vorkommnisse sollen darum im Folgenden analysiert werden.

Vorgeschichte und Rahmenbedingungen

Im Rückblick bilden die Märzunruhen den Höhepunkt einer Reihe krisenhafter Ereignisse im Kosovo, die ein Spiegelbild der komplizierten Lage in der Provinz sind. Am 16. Februar verhaftete die UN-Polizei mehrere albanischstämmige Offiziere des Kosovo-Schutzkorps (Kosovo Protection Corps, KPC/Trupat Mbrojtëse

të Kosovës, TMK). Ranghöchster verhafteter Offizier war Brigadegeneral Selim Krasniqi, Kommandeur des Schutzkorps in Prizren. Krasniqi und die übrigen Männer waren angeklagt, sich während der antiserbischen Aufstände 1998 und 1999 als Kämpfer der Kosovo-Befreiungsarmee (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, UÇK) Verbrechen an anderen Kosovo-Albanern schuldig gemacht zu haben, darunter Mord und schwerer Raub. Schon einen Tag nach der Verhaftung gingen in Prishtina die Anhänger Krasniqis auf die Straße. Am 19. Februar organisierte die Veteranenorganisation »Freunde des Kosovo Protection Corps« eine Kundgebung in Prizren.

Maßnahmen der Internationalen Gemeinschaft im Zusammenhang mit der UÇK heizten die Stimmung weiter an. So begann am 27. Februar in Den Haag der Prozess des Internationalen Strafgerichtshofes (ICTY) gegen die ehemaligen UÇK-Mitglieder Fatmir Limaj, Haradin Balaj und Isak Musliu, denen gleichfalls Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen wurden. Der Prozess löste in der kosovarischen Öffentlichkeit ein erhebliches Echo aus. Die UÇK hatte stets für sich in Anspruch genommen, während des Krieges gegen das Regime von Slobodan Milošević alle internationalen Konventionen eingehalten zu haben. Nun standen ranghohe Vertreter der UÇK als Kriegsverbrecher vor Gericht, unter ihnen mit Fatmir Limaj sogar ein bekannter Nachkriegs-politiker und Vertrauter des Vorsitzenden der Demokratischen Partei des Kosovo (Partia Demokratike e Kosovës, PDK), Hashim Thaçi. Verhandelt wurde die Ermordung von mindestens 22 Gefangenen in einem Lager der UÇK. Neben Serben zählten zu den Opfern auch Albaner, die sich geweigert hatten, mit der UÇK zusammenzuarbeiten und dafür im Sommer 1998 erschossen wurden.

Durch Wahlen in Serbien veränderte sich das politische Umfeld des Kosovo. Vojislav Koštunica, am 7. März 2004 zum Premierminister Serbiens gewählt, veröffentlichte neue Vorschläge zur Aufteilung der Provinz in Kantone. Er lehnte die Entlassung des Kosovo in die Unabhängigkeit ab und präsentierte sich dem Westen gleichzeitig als ernst zu nehmender Verhandlungspartner, der sich an getroffene Vereinbarungen halten würde. Radikale kosovo-albanische Gruppen verweigerten die für März

geplante Wiederaufnahme offizieller Gespräche mit Serbien im Rahmen des »Belgrad-Prishtina-Dialogs« ebenso wie die in Prishtina vorgesehenen Verhandlungen einer Arbeitsgruppe für Energiefragen.

Auch die Bemühungen der Internationalen Gemeinschaft zur direkten Regelung der Statusfrage des Kosovo sorgten für Erbitterung. Am 22. Januar hatte der provisorische Präsident des Kosovo, Ibrahim Rugova, vor dem Parlament in Prishtina zu den Standards vorgetragen, die von den Behörden der Provinz als Voraussetzung für die Statusfestlegung zu erfüllen seien. Diese interpretierten albanische Kritiker als den Versuch der Internationalen Gemeinschaft, die endgültige Anerkennung der im Aufbau begriffenen Behörden zu verschleppen und brachten sie mit »feindlichen« Akten der UNMIK wie der Schließung illegaler Geschäfte oder der Privatisierung kosovarischer Firmen in Zusammenhang. Die hohe Arbeitslosigkeit und das von vielen beklagte Fehlen von Zukunftsperspektiven verstärkten in der Bevölkerung die Akzeptanz dafür, mit Blick auf die für Oktober 2004 angesetzten Wahlen im Kosovo »klare Verhältnisse« gegenüber den Kosovo-Serben zu schaffen. Albanische Hardliner mögen auch die im Frühjahr in den Medien ausgetragenen Diskussionen über eine Reduzierung von KFOR als Ermunterung verstanden haben, zu zeigen, wer Herr im kosovo-albanischen Haus sein solle.

Das Auftreten einer neuen serbischen Regierung, international moderierte Versuche, in der Statusfrage des Kosovo weiterzukommen, sowie subjektiv empfundenes oder tatsächlich erlittenes Unrecht von Bevölkerungsgruppen des Kosovo bildeten die Rahmenbedingungen für die nun eskalierenden Unruhen. Trotz internationaler Aktionen zur Demilitarisierung des Kosovo waren Waffen dort massenweise vorhanden. Die Drahtzieher der Ausschreitungen konnten auf die starke Präsenz der ursprünglich 25 000 Kämpfer starken UÇK in den Veteranenverbänden, in mehreren radikalen Parteien sowie in der Organisierten Kriminalität rechnen. Insgesamt bestanden gute Voraussetzungen, um an seit langem als »hot spots« eingestuften Orten wie Mitrovicë oder Prishtina die oberflächlich ruhige aber nie stabile Lage innerhalb kürzester Zeit eskalieren zu lassen.

Eskalation der Gewalt

Am 15. März fügten Unbekannte in Çagllavicë (serb. Caglavica) bei Prishtina einem 18-jährigen Kosovo-Serben lebensgefährliche Schussverletzungen zu. Dieser keineswegs außergewöhnliche Vorfall – am 12. März war das Haus des Präsidenten Ibrahim Rugova selbst Ziel eines Handgranatenanschlags gewesen – führte unmittelbar nach der Tat und am Folgetag zu heftigen Protestkundgebungen, in deren Verlauf 150 Kosovo-Serben die Nationalstraße nach Skopje südlich von Prishtina blockierten.

Zeitgleich fanden am 16. März an 27 Orten Demonstrationen statt, bei denen bis zu 18 000 Menschen gegen die Verhaftung von UÇK-Kämpfern protestierten. In den Augen der Demonstranten waren die Festnahmen gegen die albanische Bevölkerung des Kosovo gerichtet. Insgesamt, so die Meinung der Kosovo-Albaner, zog das Vorgehen gegen die Inhaftierten fundamentale, während des antiserbischen Aufstandes mit Blut verteidigte (kosovo-albanische) Werte in den Schmutz.

Noch während die Demonstrationen in Gang waren, meldete die UNMIK-Polizei, in Mitrovicë seien kosovo-albanische Kinder in den Fluss Ibër (serb. Ibar) gefallen, und forderte für die Suche einen KFOR-Hubschrauber an. Unmittelbar nach dieser Meldung verbreiteten sich bis heute nicht bestätigte Gerüchte, Kosovo-Serben hätten die wehrlosen Kinder in den Fluss geworfen. Dieses Ereignis, das rasch die Wirkung mittelalterlicher Ritualmord-Gerüchte entfaltete, wurde zusammen mit dem bereits erwähnten Überfall auf einen Kosovo-Serben am 15. März zum sprichwörtlichen Funken im Pulverfass. Vom 17. März an schlugen die bis dahin überwiegend friedlichen Demonstrationen in gewalttätige Ausschreitungen um, an denen sich wahrscheinlich mehr als 50 000 Personen aktiv beteiligten. Eine Welle der Gewalt nahm in Prishtina, Graçanicë und Prizren ihren Ausgang, breitete sich explosionsartig aus und erfasste fast alle serbischen Siedlungsorte im Innern der Provinz. Am 18. März erreichten die Auseinandersetzungen in 18 Orten des Kosovo einen weiteren Höhepunkt. Lediglich in Prishtina, Çagllavicë, Rahovec (serb. Orahovac) und Suharekë (serb. Suva Reka) blieb es an diesem Tag bei weitgehend gewaltfreien Kundgebungen, während in der



picture-alliance/dpa/Valdrin Xhemaj

In die Ausschreitungen wurden auch UNMIK und KFOR einbezogen:
brennendes UN-Fahrzeug in Prishtina.

übrigen Provinz in den serbischen Enklaven orthodoxe Kirchen und Wohngebiete brannten sowie Kosovo-Serben in Panik aus ihren Häusern flüchteten. Die Unruhen ebten bis zum 20. März langsam ab, zu schweren Ausschreitungen kam es beispielsweise noch in Mitrovicë.

Die antiserbischen Pogrome waren ein Ausdruck des zwischen den Volksgruppen angestauten Hasses. Ausmaß und Ablauf der Ereignisse legten allerdings auch die zentrale Steuerung von Seiten kosovo-albanischer Extremisten nahe. Rückblickend sind ein hoher Organisationsgrad und fünf Operationsräume erkennbar, in denen zum Teil sogar ein koordinierter Transfer von Demonstranten mit Bussen stattfand, um an Brennpunkten eine ausreichende Präsenz gewaltbereiter Aktivisten sicherzustellen. Die Aufrufe zu den Demonstrationen seit dem 16. Februar stammten von einem als »Organisationskomitee« bezeichneten Gremium, das nach eigener Aussage von verschiedenen

Veteranenverbänden und deren Jugendorganisationen, aber auch von Parteien und einer Studentenorganisation beschickt wurde. Nach den Gerüchten um den angeblichen Kindermord bei Mitrović scheint vom Organisationskomitee aus der weitere Verlauf der Demonstrationen zentral gesteuert worden zu sein. Auch wenn nicht von einer aktiven Beteiligung des KPC an den Märzunruhen die Rede sein kann, muss zudem doch zumindest von guten Verbindungen zwischen den Veteranenverbänden und dem KPC ausgegangen werden.

Früherkennung von Krisen?

Ziel der antiserbischen Übergriffe war das Schaffen von Fakten durch Zerstörung und Vertreibung als Voraussetzung für ein ethnisch »reines« Kosovo. Der Volksaufstand richtete sich mit dem Erzengelkloster gegen ein Kernstück nationaler serbischer Identität und sollte gleichzeitig die Unfähigkeit der Internationalen Gemeinschaft wie der kosovarischen Übergangsverwaltung demonstrieren, die Probleme der Provinz zu lösen. Damit brachten die Aktionen das Prinzip politischer Konfliktlösung insgesamt in Misskredit. Daneben waren die Ereignisse auch als Versuch ehemaliger UÇK-Führer zu sehen, dem Wegbrechen der eigenen Machtbasis entgegenzuwirken.

KFOR und UNMIK erkannten frühzeitig das Potenzial zur Gewalteskalation, da viele Kosovo-Albaner grundsätzlich Bereitschaft zeigten, spontan und gewaltsam gegen Serben vorzugehen. Der harte Kern organisierter Demonstranten war eingebunden in ein diffuses Massenumfeld, das sich durch politische Parolen und den Appell an die allgemeine Unzufriedenheit rasch und leicht mobilisieren ließ. Die Vorhersage exakter Eskalationspunkte mit den Mitteln der operativen und strategischen Aufklärung erwies sich unter solchen Umständen allerdings als extrem schwierig. Die Täter konnten auf nur schwer aufzuklärende und kaum störbare Netzwerke zurückgreifen, deren Basis neben modernen Kommunikationsmitteln auch feste großfamiliäre Strukturen waren. Diese führten teilweise bis in die Kreise der Organisierten Kriminalität.

Während der Ausschreitungen wurde die problematische Lage der internationalen Einsatzkräfte am deutlichsten sichtbar. Sie zeigte sich im wiederholt angewandten Verfahren der Unruhestifter, die KFOR zunächst durch gewaltbereite Demonstrationen zu binden, um zeitgleich gut ausgebildeten Kommandos die Möglichkeit zu geben, zuvor erkundete Objekte wie serbische Klöster, Kirchen oder Wohnhäuser zu zerstören. Die Angreifer agierten äußerst flexibel, wobei Chancen für handstreichartige Aktionen unter den Augen der KFOR kaltblütig genutzt wurden. Militärische Führer der KFOR – häufig auf Ebene der Zugführer – mussten vor Ort in einer unklaren Lage binnen Minuten die Entscheidung treffen, ob sie durch den Einsatz von Gewalt bis hin zum Schusswaffengebrauch Opfer unter den teils aus Frauen und Kindern bestehenden Demonstranten in Kauf nehmen wollten.

Lassen sich Krisen wie die Märzunruhen vorhersagen? Rückblickend sind Ereignisfolgen zu erkennen, die auf die Ausschreitungen hinwiesen. Auf der Liste unmittelbarer Warnindikatoren ganz oben steht beispielsweise das Gerücht vom angeblichen Kindermord in Mitrovicë. Die Sensibilität der internationalen Einsatzkräfte für derartige »key indicators« – so lautet neben der Verbesserung von Ausbildung und Ausrüstung für die »crowd and riot control« eine zentrale Schlussfolgerung aus den Ereignissen – ist ein entscheidender Faktor für angemessenes Handeln. Gemeinsam mit den Versuchen, in einem komplexen Umfeld schon im Vorfeld entsprechende planerische Aktivitäten zu erkennen, kann das Herausfiltern von Schlüsselsignalen aus dem ständigen Grundrauschen der Warnmeldungen dabei helfen, den Ausbruch von Krisen besser vorherzusehen. Dabei sind sowohl Erfahrung als auch Glück notwendig. Die exakte Bestimmung von Eskalationspunkten wird auch zukünftig oft nur aus der bequemen und sicheren Rückschau möglich sein.

Bernhard Chiari



Häufig mit nationalen albanischen Symbolen anstatt mit der offiziellen Flagge in Blau und Gelb feierten die Einwohner von Prishtina am 17. Februar 2008 die Unabhängigkeit des Kosovo. Die Geschichte der Auseinandersetzung um die frühere serbische Provinz geht mit deren einseitig verkündeter Abspaltung in eine neue Runde, kann aber weiterhin nicht als abgeschlossen gelten.

Ursachen, Verlauf und Dimension des Konfliktes sowie der damit verbundenen Gewalterfahrung sind nur aus einer historischen Perspektive zu begreifen. Sie entziehen sich vereinfachenden Erklärungen und Schuldzuweisungen. Spannungen und Auseinandersetzungen reichen zurück bis in die osmanische Zeit Serbiens und des Kosovo. Sie schließen zahlreiche Akteure ein, neben die seit 1998/99 zunehmend die Internationale Gemeinschaft getreten ist. Diese wird das unabhängige Kosovo auch zukünftig intensiv begleiten müssen, um Serben und Albanern – nun unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit – die Chance für eine positive Entwicklung mit europäischer Perspektive zu geben.

Zur Kontinuität des Kosovo-Konfliktes 1878 bis 2008

Die Ausrufung der Unabhängigkeit am 17. Februar 2008 hat zunächst nicht zu einer Verminderung der Streitigkeiten um den internationalen Status von Kosovo geführt. Und dennoch benötigt man wenig Sachkenntnis, um darin eine tiefe Zäsur zu erkennen. In der Form, wie dieser Konflikt seit 1878 die Entwicklung auf dem Balkan mitgeprägt hat, scheint er sogar ganz beendet. Denn nach der völkerrechtlichen Anerkennung durch 40 Staaten (April 2008), darunter allen voran die USA und die führenden Mächte der EU, ist eine Revision der kosovarischen Staatswerdung fast undenkbar geworden. Gewiss, Serbien erhebt immer noch einen Gebietsanspruch auf ganz Kosovo. Doch ist dieser Kampf diplomatisch nicht mehr zu gewinnen, und für eine gewaltsame Durchsetzung fehlen Belgrad auf jeden Fall die Mittel. Und obwohl das Verhältnis von Kosovo und Serbien noch länger für politische und diplomatische Turbulenzen sorgen dürfte, erscheint es angesichts des Prozesses der europäischen Integration auf dem Balkan und angesichts der begonnenen EU-Schutzherrschaft über Kosovo ausgeschlossen, dass ein neuer Krieg für Serbien je zu einer Reintegration Kosovos führen könnte. Zu derartigem Handeln bestünde in Serbien künftig wohl auch keine gesellschaftliche Bereitschaft mehr. Der Kosovo-Konflikt als ganzer hat also realistisch betrachtet ein Ende gefunden. In der Zukunft wird es nicht mehr um das gesamte kleine neue Land gehen, sondern um dessen nördliches Randgebiet, das an Serbien grenzt. Dieser verkleinerte Territorialkonflikt zeichnet sich seit 1999 ab und erhält mit der Unabhängigkeit zusätzliche Sprengkraft. Bis zu seiner Entscheidung wird er die Einsatzbedingungen für die Kontingente der KFOR wesentlich prägen, nachdem die internationalen Truppen nunmehr faktisch eine Schutzfunktion für den neuen Staat angenommen haben.

Beteiligte des Konflikts

Das Verhalten der örtlichen Akteure wird freilich noch lange von ihren Erfahrungen aus dem »alten« Kosovo-Konflikt beeinflusst werden. Dieser lässt sich in wichtigen Grundzügen bis zum Jahr 1878 zurückverfolgen. Seit diesem Zeitpunkt wurde die territoriale Zugehörigkeit des Kosovo, das bis dahin über Jahrhunderte Teil des Osmanischen Reiches gewesen war, durch unvereinbare Ansprüche Serbiens und der albanischen Bevölkerungsmehrheit zu einer Streitfrage.

In der Gesamtschau lässt sich leicht erkennen, dass es sich von da an bis 2008 nicht um einen bloßen Minderheitenkonflikt handelte. Hier wetteiferten vielmehr zwei ethnopolitische Hauptakteure um die beiderseits beanspruchte (Vor-)Herrschaft über ein bestimmtes Gebiet. In diesem Territorialkonflikt konkurrierten in langfristiger Perspektive ein Staat – Serbien – und die albanische Mehrheitsbevölkerung von Kosovo. Deren politische Vertreter und Strukturen haben dabei beharrlich ein nicht-serbisches staatliches Dach für ihre Region zu bewahren oder zu errichten versucht.

Die Reihe der Handelnden im Konflikt ist insgesamt jedoch weit länger. Für die ersten Jahrzehnte bis 1912/13 (als das Kosovo von Serbien bzw. in einem kleinen Teil von Montenegro annektiert wurde) war es zunächst das Osmanische Reich, zu dem das Kosovo damals noch gehörte. Parallel dazu spielten die gesamtalbanische Nationalbewegung und später der 1912 ausgerufene Staat Albanien eine Rolle. Montenegro hatte in der Frühphase ebenfalls gewisses Eigengewicht. »Jugoslawien« wiederum füllte Zeit seiner Existenz (1918–1991) in diesem Konflikt strukturell eher nur eine Nebenfunktion zu Serbien aus. Eine Ausnahme ist die Zeit von ca. 1968 bis 1981/88, als das jugoslawische Dach auch für die kosovo-albanische Seite einen ganz wesentlichen Aktionsrahmen bot. Dazu kam in verschiedenen Phasen das einstige »Konzert der Mächte« der großen Staaten Europas und später dann die »Internationale Gemeinschaft«. Nur gelegentlich sind dagegen die Kosovo-Serben als weiterer eigenständiger Akteur erkennbar.

Im Folgenden geht es erstens um einen Überblick über das Ausmaß der historischen Gewalterfahrungen, welche Kosovo-

Albaner und Kosovo-Serben in ihren Handlungen und Zukunftserwartungen noch heute wesentlich mitbestimmen. Zum anderen sollen die Kernpunkte des allseitigen Konfliktverhaltens systematisch verdeutlicht werden.

Gewalterfahrungen von Kosovo-Albanern und Kosovo-Serben

Das lange und einhellige Unabhängigkeitsstreben der Kosovo-Albaner ist untrennbar an die massiven Bedrohungsängste geknüpft, die sie mit der Perspektive einer erneuten serbischen Herrschaft in der Region verbunden haben oder noch verbinden. Ähnliches gilt umgekehrt für den Wunsch fast aller Kosovo-Serben, staatlich zu Serbien zu zählen.

Beginnen wir mit den Gewaltfolgen für die kosovo-albanische Mehrheit. Infolge der herrschenden innerjugoslawischen Machtverteilung stand die Staatsgewalt von 1912 bis 1999 vorwiegend auf der serbischen Seite, und die kosovo-albanische Gewalterfahrungen sind entsprechend massiver als die der Kosovo-Serben. Ein erster wichtiger Fall datiert sogar schon aus dem 19. Jahrhundert: Die Verdrängung und Vertreibung von Zehntausenden Muslimen und Albanern durch den serbischen Staat aus einem nordöstlich des heutigen Kosovo gelegenen Gebiet markiert 1878 den Anfang des Kosovo-Konflikts (vgl. den Beitrag von Konrad Clewing zur Bevölkerungsgeschichte). Ab 1912 ist die Konfliktgeschichte dann vom wiederholten Einsatz serbischer Militärgewalt gegen albanischen Widerstand und gegen die Zivilbevölkerung geprägt. Bereits der serbische Einmarsch 1912 und die Niederschlagung eines großen Aufstands im Jahre darauf dürften auf albanischer Seite an die 20 000 Leben gekostet haben und veranlassten annähernd 100 000 Menschen aus ihrer Heimat zu fliehen. Infolge dessen kam es zu vermehrten Guerilla-Aktionen der Kosovo-Albaner bis ins Jahr 1915. Nach einer Unterbrechung durch österreichisch-ungarische und bulgarische Besetzung (1916–1918) im Ersten Weltkrieg zog die gewaltsame Wiederherstellung der Belgrader Herrschaft in den Jahren von 1918 bis 1921 vermutlich über 12 000 Tote auf albanischer Seite

nach sich. Der zermürbende Kleinkrieg der albanischen »Kaçak-Bewegung« im Westen des Kosovo und im zentralen Bereich von Drenica hielt darauf bis 1927 an.

Der Zweite Weltkrieg brachte für den Kosovo-Konflikt zunächst keinen strukturellen Einschnitt, aber wichtige Veränderungen des Handlungsrahmens (vgl. den Beitrag von Rolf-Dieter Müller). Nach der Besetzung Jugoslawiens durch das Deutsche Reich und seine Verbündeten im April 1941 kamen etwa zwei Drittel Kosovos zu dem bis 1943 italienisch beherrschten Albanien; der Rest fiel zu etwa gleichen Teilen unter deutsche und bulgarische Besatzungsherrschaft (Raum Mitrovicë bzw. der Südosten der Region). Im italienisch und deutsch beherrschten Bereich besserte sich die nationalpolitische Stellung der Albaner sprunghaft. Vor allem deshalb konnten die kommunistischen Partisanen hier kaum Anhänger rekrutieren. Da auch für ihre Konkurrenz, die serbisch-nationalen Četniks, im Kosovo wegen des zu geringen serbischen Bevölkerungsanteils keine günstige Aktionsbasis bestand, blieb die Region vom brutalen deutschen Krieg gegen die Partisanen und vom innerjugoslawischen »Krieg im Kriege« weitgehend verschont. Zur Kulmination der Gewalt kam es für die albanische Bevölkerung erst, als nach dem deutschen Abzug im September/Oktober 1944 der Krieg vermeintlich schon vorüber war. Im Drenica-Gebiet revoltierten mehrere Tausend Kosovaren, die von den Partisanen für den Einsatz an der nördlichen Front zwangsrekrutiert worden waren. Der Aufstand konnte nur mit massiver Gewalt niedergeschlagen werden.

Auch in der Zeit danach gab es wiederholt militärische Gewalt gegen albanische Zivilisten, aber für das erste auf deutlich geringerem Niveau: In den 1950er-Jahren wurde die Armee vielfach zur Durchsetzung von polizeistaatlichen Maßnahmen eingesetzt. 1968 richtete sich massive Polizeigewalt gegen albanische Demonstranten, die eine Erhebung der serbischen Provinz Kosovo zu einer eigenständigen jugoslawischen Republik verlangt hatten. Bei ähnlichen Kundgebungen wurden 1981 unter verhängtem Kriegsrecht und Involvierung der Armee Dutzende Teilnehmer getötet, ebenso dann im Zuge der gewaltsamen Aufhebung der Kosovo-Autonomie durch Serbien in den Jahren 1989 bis 1991. Willkür und Polizeigewalt waren in der folgenden Zeit des so genannten passiven Widerstands der Kosovo-Alba-

ner an der Tagesordnung (vgl. den Beitrag von Robert Pichler zu den parallelgesellschaftlichen Strukturen).

Ab 1996 verschärfte sich die Situation im Zuge des Aufkommens der »Kosovo-Befreiungsarmee« UÇK. Die Eskalation der Jahre 1998/99 kostete durch das Vorgehen der serbisch-jugoslawischen Einsatzkräfte in der ersten Phase (März bis Oktober 1998) ca. 2000 Menschenleben; dazu kamen knapp 30 000 nach Albanien oder Mazedonien Vertriebene sowie ca. 300 000 Binnenflüchtlinge. Zur Zeit der NATO-Operationen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien wurden 1999 von den serbisch-jugoslawischen Kräften ca. 10 000 albanische Bewohner getötet (bis zu 14 000 inklusive der Vermissten), über 700 000 systematisch ins benachbarte Ausland vertrieben sowie 400 000 zu Binnenflüchtlingen gemacht. Seit Sommer 1999 ist ethnopolitisch motivierte Gewalt gegen die albanische Bevölkerung nur noch in denjenigen kleineren Gebietsteilen eine Erfahrung des Alltags, die faktisch unter serbischer Dominanz verblieben sind.



picture-alliance/dpa

Ein albanischer Einwohner passiert eine Mahn- und Gedenkwall am Zaun des Parlaments in Pristina (Aufnahme vom 6. November 2007). Zahlreiche Opfer, die während des Einsatzes serbischer Sicherheitskräfte 1998/99 ums Leben kamen, gelten bis heute als vermisst.

In der kosovo-serbischen Bilanz schlägt zunächst eine bedrängte und marginalisierte Stellung in den Jahrzehnten nach 1878 zu Buche. Willkür der osmanischen Behörden und Gewalt aus der albanischen Umgebung, nicht zuletzt durch die Flüchtlinge des Jahres 1878, waren bis 1912 eine der Ursachen für die Abwanderung von mehreren Zehntausend Serben. Die im Ersten Balkankrieg 1912 herbeigeführte serbische – bzw. im Raum Gjakovë (serb. Djakovica) und Pejë (serb. Peć) zunächst montenegrinische – Herrschaft konnten die örtlichen Serben daher zweifellos als Befreiung empfinden.

Zur Verfolgung der Serben kam es erst wieder im Zweiten Weltkrieg von 1941 bis 1944. Denn für die kosovo-serbische Bevölkerung war dieser Zeitabschnitt trotz der geschilderten relativ geringen Auswirkungen des Krieges durchaus nicht gewaltfrei. Bis zu 90 000 Kosovo-Serben wurden damals aus ihren Wohnsitzen vertrieben, vor allem solche, die sich in den Jahrzehnten zuvor infolge der staatlichen Politik der »Serbisierung« neu niedergelassen hatten (vgl. den Beitrag von Konrad Clewing zur Bevölkerungsgeschichte). 3000 bis 4000 Weitere kamen nach den gleichen Schätzungen bis einschließlich 1945 um.

In indirekter Form geriet die serbische Bevölkerungsgruppe unter Druck, als die kosovo-albanische Mehrheit ab 1968 in der Region die politische Dominanz erlangte. Ein gewisser Teil der serbischen Abwanderung aus der Provinz ab den 1960er-Jahren (1961 bis 1991 geschätzte 100 000) ging auf entsprechende Diskriminierung im Alltag zurück. Zunehmend verbreitete sich die Angst, an den Rand gedrängt zu werden. In den 1980er-Jahren hatten daraufhin Kosovo-Serben wesentlich am Aufkommen der Herrschaft durch Slobodan Milošević teil, von dem sie sich eine erneute Stärkung ihrer Position erhofften.

In der Kriegsphase von 1998 und bis zum Juni 1999 wiederum war die kosovo-serbische Bevölkerung nur in wenigen ländlichen Bereichen von Kampfhandlungen der UÇK betroffen. Mit dem Abzug der serbischen und jugoslawischen Sicherheitskräfte flohen die Kosovo-Serben vor allem aus dem Westen der Provinz und aus den Städten (Ausnahme Mitrovicë) in großer Zahl. Bis zu 100 000 Einwohner verließen die Provinz. Die Verbliebenen jedoch gerieten außerhalb des Nordens vielfach unter schweren Druck und wurden nicht selten Opfer von Gewalt. Circa 1000



picture-alliance/dpa

Serbische Opfer: Albaner entführten Dragan Jačimović 1999, seine Frau betrauert ihn vor ihrem Haus in Prishtina (Aufnahme vom Dezember 2005).

Tote bzw. Vermisste waren in dieser Phase im Sommer 1999 zu beklagen. Die Lage der in Kosovo Verbliebenen (rund 130 000) hat sich lokal sehr unterschiedlich entwickelt. Sie ist aber trotz sehr weitgehenden formalen Minderheitenschutzes örtlich vielfach prekär geblieben. Die massiven antiserbischen Unruhen von März 2004 (vgl. den Beitrag von Bernhard Chiari) haben das Ausmaß der fortdauernden Spannungen auch den internationalen Beobachtern verdeutlicht.

Das Verhalten der Hauptakteure

Im territorialen Denken der serbischen politischen Elite erlangte Kosovo erst 1878 vorrangige Bedeutung, als nach der österreichisch-ungarischen Besetzung von Bosnien-Herzegowina klar wurde, dass Serbien nicht so bald die dorthin erhoffte Expansion vollziehen könnte. Hinzu kam und kommt bis heute die nationalpolitisch aktualisierte Variante des Kosovo-Mythos, mit welcher der Schauplatz der Schlacht auf dem Amselfeld (vgl. die Beiträge

von Oliver Jens Schmitt und Holm Sundhaussen) zum zentralen Symbolpunkt des »Serbentums« und des serbischen Staates erhoben wird. Kosovo erscheint in diesem Bild auch angesichts seiner großen Bedeutung für die Geschichte der serbisch-orthodoxen Kirche als von Rechts wegen rein serbische Landschaft, in der Nichtserben, konkret die kosovo-albanische Mehrheit, nur irritieren und stören. Die 1912 für lange Zeit erlangte Verfügungsgewalt über das Land wird von daher als rechtlich wie historisch unzweifelhaft begründet angenommen. Ein Kosovo in einem möglichst einheitlichen Serbien und mit möglichst serbischer Bevölkerung ist die langfristige Zielvorstellung. In diese Konzeption fügt sich die wiederholte Bereitschaft zu militärischem Vorgehen, desgleichen die anderen praktizierten Verdrängungsversuche gegenüber Teilen der Bevölkerung und die zeitweilige Assimilationspolitik. Das Bestreben, Kosovo zu gewinnen bzw. zu kontrollieren, ohne die Interessen der dortigen Bevölkerungsmehrheit berücksichtigen zu müssen, zeigt sich auch seit 1999 sehr deutlich. Denn Belgrad hat auch in dieser Zeitspanne nicht einmal ansatzweise den Versuch unternommen, die albanische Bevölkerung für den serbischen Staat zu gewinnen. Es ist von hoher Symbolkraft, dass die Kosovo-Albaner in den serbischen Wählerverzeichnissen seit dem Jahr 2000 nicht mehr existieren und die Belgrader Politik den serbischen Bevölkerungsteil auch in Hinsicht der Wahlen zum einzigen Adressaten ihrer Politik im Kosovo macht.

»Jugoslawien« gibt es nicht mehr. Aber natürlich hat seine Existenz als staatlicher Gesamtrahmen den Kosovo-Konflikt im 20. Jahrhundert von 1918 an wesentlich geprägt. Das »erste« monarchische Jugoslawien war dabei innerstaatlich so stark serbisch geprägt, dass es im Kosovo-Konflikt im Grunde nur einseitig gewirkt hat. Das »zweite« sozialistische Jugoslawien stattete die Kosovo-Albaner zunächst erstmals mit Minderheitenrechten aus, die bis 1966 allerdings vielfach auf dem Papier blieben und von gleichzeitiger Repression und Abwanderungsdruck begleitet waren. In der Endphase der Titoherrschaft wurde dann aber ab 1968 bis 1974 ein ernsthafter Versuch unternommen, eine Konfliktlösung durch weitgehende Autonomie (aber nicht völlige Gleichstellung mit den per Definition *südslawischen* staatstragenden Völkern) und durch Beteiligung der Kosovaren innerhalb

des Herrschaftssystems herbeizuführen. Ein wachsender Teil der serbischen Elite empfand dies schmerzlich als Teil eines Systems zur Eindämmung des serbischen Faktors innerhalb Jugoslawiens. Im Gefolge der kosovarischen Demonstrationen von 1981, die von Belgrad als separatistische Bewegung eingestuft wurden, verlangsamte sich die kosovarenfreundliche jugoslawische Gangart sehr deutlich. Ende der 1980er-Jahre schützte Jugoslawien seine eigene föderale Verfassungsordnung im Falle Kosovos nicht mehr vor der gewaltbegleiteten Umwälzung durch die serbische Führung unter Slobodan Milošević. Das nachfolgende Rumpfjugoslawien ab 1991 war wiederum so sehr von Serbien dominiert, dass es als eigenständiger Akteur ausschied, der weitgehenden kollektiven Entrechtung der Kosovo-Albaner keine Grenze setzte und für die Lösung des Kosovo-Konflikts keinen Rahmen schuf.

Die Kosovo-Albaner prägte der Konflikt bis in ihr gesellschaftliches und politisches Fundament. Die wiederholte und langjährige Erfahrung staatlicher Unterdrückung mobilisierte die Bevölkerungsgruppe, die im übrigen ganz traditionalistisch und kleinräumig strukturiert gewesen war, bereits seit 1878. Die damit einhergehende modernisierende Wirkung war aber schon deshalb begrenzt, weil zwar einerseits ein starkes und anhaltendes Streben nach eigenen Institutionen aufkam, andererseits aber gegenüber nicht-kosovarischen staatlichen Einrichtungen möglichst Distanz eingehalten wurde, was nicht zuletzt die Rolle der großen Familienverbände und eine ländlich geprägte Kultur der Abgrenzung nach außen festschrieb. Kosovarische Einrichtungen wurden und werden demgegenüber in der Regel faktisch als national-albanische verstanden und betrieben.

Die grundlegenden langfristigen Verhaltensmuster im Konflikt umfassen neben dem Streben nach institutioneller Eigenständigkeit und sonstiger Staatsferne vor allem mehrere Auswanderungswellen (die durch das starke Bevölkerungswachstum kompensiert wurden), gewaltlose Protestformen und wiederholte Bereitschaft zu gewaltsamem Handeln. Weil die kosovo-albanische Seite sich zugleich ausschließlich als Opfer versteht, wird auch gewaltsames Vorgehen gegebenenfalls als gerechtfertigt verstanden, ohne dass seinen nicht-albanischen Opfern und nicht-albanischen Interessen nennenswerte Aufmerksamkeit ge-

widmet wird. Konfliktverschärfend kommt hinzu, dass im Kosovo von ohnehin geringem wirtschaftlichem Ausgangsniveau aus in den Jahrzehnten nach 1945 einem sehr starken Bevölkerungswachstum kein entsprechendes ökonomisches Wachstum gegenüber steht. Die Zugehörigkeit zur einen oder anderen Volksgruppe wurde unter diesen Umständen verschiedentlich zum entscheidenden Zugangs- oder Ausschlusskriterium zu knappen Ressourcen. Der auch sprachlich große kulturelle Abstand zwischen Kosovo-Albanern und Kosovo-Serben bildet einen weiteren Hintergrund dafür, dass gewachsene tragfähige Kontakte über die Ethniengrenzen hinaus kaum noch existieren.

Angesichts solcher Spannungen erscheinen die Erwartung und Forderung vieler »Internationalen« in der Zeit nach 1999, die Konfliktparteien sollten nach Beendigung der jüngsten Welle von Gewalt durch rasche Aussöhnung eine Lösung des Konflikts herbeiführen, umso naiver. Auch sonst ist das Einwirken der Staatenwelt auf den Konfliktverlauf durchaus zwiespältig zu beurteilen. Schon die international diktierte Grenzziehung im Jahre 1912/13 zwischen dem eben gegründeten Albanien und Serbien hatte mit den Verhältnissen vor Ort wenig zu tun. Kosovo hat als Problem kaum je Priorität erlangt. So vermied es die Internationale Gemeinschaft in den 1980er- und 1990er-Jahren solange wie irgend möglich, in den Konflikt verwickelt zu werden bzw. einzugreifen. Ignorieren ersetzte Handeln: Zum Beispiel hat die völkerrechtliche Kommission der damaligen Europäischen Gemeinschaft, die den jugoslawischen Zerfallsprozess zu untersuchen hatte (so genannte Badinter-Kommission), Ende 1991 gar nicht erst geprüft, ob die beiden serbischen, aber nach 1974 republikähnlichen Provinzen Kosovo und Vojvodina ebenso Träger des Selbstbestimmungsrechts sein könnten wie die jugoslawischen Republiken. Einen Höhepunkt in der Vernachlässigung der Kosovo-Frage bildete ihre fast völlig fehlende Behandlung im internationalen Friedensabkommen von Dayton Ende 1995. Dessen Signalwirkung war für die Verdrängung der bis dahin praktizierten gewaltlosen kosovo-albanischen Selbstorganisation durch die gewalttätige Strategie der UÇK und damit für den Vollzug der offenen Eskalation ganz wesentlich (vgl. den Beitrag von Rafael Biermann). Das Offenlassen der Statusfrage nach dem militärischen Eingreifen im Jahre 1999 schließlich ersparte

der Internationalen Gemeinschaft zwar diplomatische Zerwürfnisse, für eine Konfliktbeilegung und für die Entwicklungsperspektiven im Kosovo selbst war es aber höchst abträglich. Ein einheitlicher Rechtsraum wurde nicht durchgesetzt, vielmehr die Präsenz serbischer quasistaatlicher Exklaven außerhalb des international legitimierten neuen Institutionengefüges geduldet und der Charakter der Kosovo-Frage als Territorialkonflikt festgeschrieben. Die Strategie der führenden westlichen Staaten blieb schwankend; zahlreiche Indizien weisen darauf hin, dass man vor allem nach dem Sturz von Slobodan Milošević für mehrere Jahre eine Rückführung Kosovos in einen serbischen staatlichen Zusammenhang für wünschenswert hielt und zum langfristigen Ziel hatte.

Als eigentliche Wegmarke müssen hier die Unruhen des Jahres 2004 gelten (vgl. den Beitrag von Bernhard Chiari). Denn obwohl sie in der Konfliktgeschichte in Punkto Ausmaß der Gewaltanwendung eine Marginalie darstellen, offenbarte die Situation für die westlichen Beteiligten, dass eine mittelfristige Beibehaltung des Schwebezustands und gar eine Wiedervereinigung mit Serbien für die Internationale Gemeinschaft ohne massives Engagement und ohne Bereitschaft zu eigener Gewaltanwendung nicht zu machen waren. In den Jahren danach stellten die Westmächte mehr und mehr die Weichen hin zur jetzigen Form staatlicher Unabhängigkeit.

Weder Kosovo noch Serbien konnten in den Genuss von gefestigter Demokratie, Frieden, Menschenrechten und Wohlstand kommen, solange beide Territorien in einer Zwangsbeziehung verharren. Die Zweistaatlichkeit bietet immerhin die Chance für eine positive Entwicklung der Region. Die seitens der EU auch aus Prestige Gründen eingenommene starke Position vor Ort erzeugt unweigerlich starken Druck auf die beteiligten Regierungen, was das Gelingen des Experiments anbetrifft. Bezüglich der Erfolgsaussichten wird von besonderer Bedeutung sein, wie die Internationale Gemeinschaft mit dem neuen verkleinerten Territorialkonflikt und generell mit dem Boykott der kosovarischen EU-Präsenz durch den potenziellen EU-Beitrittskandidaten Serbien umgeht.

Konrad Clewing



Am 17. Februar 2008 proklamierte das Parlament des faktischen UN-Protectorats die staatliche Unabhängigkeit des Kosovos. Ministerpräsident Hashim Thaçi (im Bild links, gemeinsam mit Präsident Fatmir Sejdiu und Jakup Krasniqi, Generalsekretär der aus der albanischen »Befreiungsarmee Kosovo«, UÇK, hervorgegangenen Demokratischen Partei, PDK, rechts am Rednerpult) sagte in der vom Fernsehen und von Lautsprechern übertragenen Sondersitzung der Volksvertretung: »Von heute an ist das Kosovo stolz, unabhängig und frei. Das Kosovo wird nie wieder von Belgrad beherrscht. Es wird ein demokratischer und multiethnischer Staat sein.«

In den folgenden Tagen und Wochen erkannten Amerika, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien sowie weitere westliche, schließlich auch einige muslimische Staaten die Unabhängigkeit an. Knapp 96 Jahre nach der Eroberung der osmanischen Region durch die serbische Armee und fast neun Jahre nach dem Abzug jugoslawischer Truppen aus der Region nach den NATO-Luftschlägen im Juni 1999, ging damit der sechste unabhängige Staat aus Titos zerfallenem Vielvölkerreich hervor. Die kosovarischen Abgeordneten verpflichteten sich in ihrer Proklamation zur Verwirklichung des so genannten Ahtisaari-Plans für eine überwachte Unabhängigkeit. Darin ist ein Katalog an Rechten für die serbische Volksgruppe und andere Minderheiten verankert. Abgeordnete der serbischen Minderheit blieben der Sitzung jedoch fern.

■ Perspektiven für das unabhängige Kosovo

Die Fakten waren rasch geschaffen, jedoch sind die Folgen, welche die Gründung eines weiteren europäischen Kleinstaates in der Krisenregion Balkan nach sich ziehen wird, zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum abzusehen. Nicht unbegründet ist die in Prishtina mitunter übersehene Befürchtung, dass die Republik Kosovo mit einer »Unabhängigkeit zweiter Klasse« leben müssen. Zur ersten Einschränkung mussten sich die Kosovo-Albaner noch selbst bereit finden. Die ehemalige Provinz Serbiens wird laut dem für die Zukunft des Gebietes verbindlichen Plan des früheren UN-Vermittlers Martti Ahtisaari zunächst nur eine eingeschränkte Souveränität besitzen. Vor allem beim Minderheitenschutz haben die neuen internationalen Missionen im Kosovo im Zweifelsfall ein Eingriffsrecht, mit dem sie ein mögliches Fehlverhalten der Regierung in Prishtina korrigieren können. Der ehemalige UÇK-Führer und heutige Ministerpräsident Hashim Thaçi wird also ebenso wie auf absehbare Zeit alle seine Nachfolger keineswegs der Regierungschef eines wirklich souveränen Staates sein. Die Lage ähnelt vielmehr jener in Bosnien-Herzegowina, wo seit dem Ende des Krieges 1995 ein Hoher Repräsentant der Staatengemeinschaft die Umsetzung der Friedensordnung überwacht und zur Not einheimische Politiker entlassen kann, die gegen die Bestimmungen und den Geist des Abkommens von Dayton verstoßen.

Eine weitere Einschränkung ergibt sich aus Umständen, die nichts mit dem Ahtisaari-Plan zu tun haben: In vielen internationalen Organisationen wird dem Kosovo auf absehbare Zeit die Mitgliedschaft verwehrt sein. Möglich erscheint das immerhin beim Europarat, der in seinem Gründungsjahr 1949 erst zwölf, zu seinem 50. Jahrestag im Mai 1999 aber schon 41 Mitglieder zählte. Damals herrschte Krieg in Europa – die NATO bombardierte Miloševićs Jugoslawien und vertrieb die serbischen Truppen aus dem Kosovo. Seit dem Ende jenes Krieges sind sechs weitere Staaten im Europarat aufgenommen worden. Armenien und Aserbaidschan im Jahr 2001, Bosnien-Herzegowina 2002, Serbien 2003, Monaco 2004 und Montenegro als jüngstes Mitglied im Mai 2007. Ob und wie das Kosovo Mitglied werden kann, ist dagegen

unter Fachleuten umstritten. Russland und Serbien, zumindest mittelfristig aber auch eine Reihe anderer europäischer Staaten wie Zypern, Griechenland und Rumänien, werden das Kosovo nicht als Staat, sondern nur als eine abtrünnige serbische Provinz ansehen. Vor allem Moskau und Belgrad werden sich daher aller Wahrscheinlichkeit nach vehement gegen den Beitritt des Kosovos zu Organisationen der Staatengemeinschaft wenden.

Schwierig, wenn nicht unmöglich, könnte sich zum Beispiel die Aufnahme des Kosovos in die Vereinten Nationen (UN) gestalten. Montenegro, das im Jahr 2006 als bisher letztes Mitglied zur UN stieß, hatte seine international unbestrittene Souveränität in einem von der Staatengemeinschaft überwachten Referendum über die Loslösung von Serbien (wieder-)errungen. Die Eigenstaatlichkeit des Kosovos hingegen wird von einigen UN-Mitgliedern – darunter ist als Vetomacht neben Russland auch China zu nennen – grundsätzlich in Frage gestellt. Die Perspektive einer kosovarischen Vertretung bei den Vereinten Nationen erscheint daher ungewiss.

Aus dieser zu erwartenden UN-Nichtmitgliedschaft erwachsen bereits heute Folgen, die sich direkt auf das Alltagsleben der Menschen im Land auswirken. Sie betreffen das nicht zu unterschätzende Beiwerk der Souveränität – etwa eine eigene internationale Telefonvorwahl oder ein eigenes Länderkürzel im In-



picture-alliance/dpa

Pristina feiert die Unabhängigkeit am 17. Februar 2008 mit einem Feuerwerk.

ternet. Wer eine Nummer im Kosovo anruft, muss derzeit noch die 00381 wählen, Serbiens internationale Vorwahl. Nur bei kosovarischen Mobiltelefonen gilt die Vorwahl 00377 – diese gehört aber eigentlich Monaco und wurde von den Kosovaren lediglich »gemietet«. Internationale Telefonvorwahlen für Staaten können zwar bei der in Genf beheimateten International Telecommunication Union (ITU) beantragt werden, wie das auch Montenegro nach seiner Unabhängigkeit erfolgreich unternommen hat, aber als Voraussetzung für die Beantragung eines eigenen Staaten-codes gilt die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, da die ITU eine UN-Behörde ist.

Schließlich stellt sich auch die in ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit nicht zu unterschätzende Frage, ob das Kosovo eine eigene Auswahl zu internationalen Sportwettbewerben entsenden darf. In den Richtlinien der UEFA, der Vereinigung europäischer Fußballverbände, heißt es dazu: »Mitglieder der UEFA können europäische Verbände werden, die in einem Land, das ein von der UNO anerkannter, unabhängiger Staat ist, ihren Sitz haben.« Der serbische Staatspräsident Boris Tadić hat unter Verweis auf Großbritannien wissen lassen, dass er nichts gegen die Idee kosovarischer Nationalteams habe. Doch Tadićs Sportsgeist galt nur für den Fall eines Verbleibs der Kosovaren unter einem staatlichen Dach mit Serbien. Allerdings zeigt jeder internationale Wettbewerb, dass die Albaner, ob sie nun aus Mazedonien, Montenegro oder dem Kosovo stammen, ohnehin längst ihre eigenen Nationalmannschaften haben, nämlich die Albaniers.

Eine andere Schwierigkeit erwächst aus der Wirkung einer Unabhängigkeit des Kosovos in der Region. Selbst die Befürworter der Idee, die ehemalige Provinz zu einem Staat aufzuwerten, haben nie bestritten, dass es als Reaktion darauf kurzfristig zu politischen Erschütterungen auf dem so genannten westlichen Balkan kommen kann. Gewaltsame Ausschreitungen, die in der Folge der Unabhängigkeitserklärung im serbisch dominierten Nordteil des Kosovos, vor allem aber in Belgrad und in geringerem Maße auch in der Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina stattfanden, führten der Welt in dramatisch wirkenden Bildern vor Augen, welche Sprengkraft die Entstehung des neuen Staates für seine Nachbarn hat (vgl. den Beitrag von Andreas Ernst). Allerdings war es, wie stets und überall bei solchen Gele-

genheiten, nur eine kleine Minderheit von Randalieren, die aus der Masse der friedlichen Demonstranten ausscherte. Zudem sollte nicht vergessen werden, dass die Fernsbilder im Stile der »breaking news« von CNN und anderen internationalen Sendern die Dramatik der tatsächlichen Ereignisse eher überboten als wirklichkeitsgetreu dargestellt haben. Weniger telegen, aber für die Stabilität der Region ungleich bedeutsamer ist die Frage nach den langfristigen diplomatischen und politischen Folgen. Sowohl Serbien als auch Bosnien-Herzegowina, denen die Europäische Union (EU) eine mittelfristige Beitrittsperspektive angeboten hat, erkennen den dritten möglicherweise mit ihnen zur Aufnahme anstehenden Staat, also das Kosovo, nämlich nicht als solchen an. Wie kann aber ein Staat Mitglied werden, der ein anderes Mitglied nicht anerkennt und keinerlei diplomatische Beziehungen zu ihm unterhält? Manche werden sich die Querelen zwischen der Türkei und Zypern erinnert fühlen.



picture-alliance/dpa/dpaweb

Keine Einigung: Zwischen November 2005 und Ende 2007 verhandelten Serben und Kosovo-Albaner (im Bild UN-Vermittler Martti Ahtisaari am 28. Februar 2006 in Belgrad) ergebnislos über den zukünftigen Status des Kosovo.

Zur Rolle der OSZE

Eine entscheidende Rolle für die Zukunft des Kosovos soll die OSZE spielen. Die Organisation hat laut Ahtisaari-Plan für die Beachtung von dessen zentralen Bestimmungen Sorge zu tragen, nämlich für den Schutz der Minderheiten. Wörtlich heißt es dazu in dem Papier, das so etwas wie ein noch über der Verfassung stehendes eigentliches Gründungsdokument des Staates Kosovo ist: »Die OSZE wird gebeten, eine Mission im Kosovo aufrecht zu erhalten, einschließlich einer umfangreichen Feldpräsenz, um die demokratische Entwicklung des Kosovos zu unterstützen.« Hinter diesen trockenen Sätzen verbirgt sich mehr als nur die Regieanweisung für eine Nebenrolle. Die OSZE-Mission wird laut Ahtisaari-Plan gleichsam Auge und Ohr der Staatengemeinschaft im Kosovo sein, um zu überwachen, ob die umfangreichen Minderheitenrechte, auf deren Umsetzung sich Europas jüngster Staat verpflichtet hat, auch eingehalten werden.

Die OSZE unterhält im Kosovo die größte Mission ihrer Geschichte. Sie besteht seit Juli 1999, wurde also kurz nach dem Ende des Luftkriegs der NATO eingesetzt. Die Besonderheit an dieser Mission, im Unterschied etwa zur UN-Mission im Kosovo (UNMIK), war von Beginn an die ausgeprägte Präsenz in den Regionen: Die OSZE unterhält außerhalb von Prishtina Büros in fünf Regionalzentren und 33 Gemeinden. Ihre Berichterstatter bekommen also mit, was den UN-Diplomaten in der mitunter vom »wirklichen Kosovo« etwas abgehobenen Provinzhauptstadt leicht entgehen kann. Sie beobachten zum Beispiel, wie sich Bürgermeister und Gemeinderäte verhalten. Dabei geht es auch um praktische, lebensnahe Fragen: Funktioniert die Umsetzung von Gerichtsurteilen? Werden Lizenzen und andere Dokumente auch an Angehörige der Minderheiten korrekt ausgegeben? Werden Eigentumsfragen, bei denen oft die Zusammenarbeit mit serbischen Behörden nötig ist, weil viele Katasterunterlagen in Belgrad lagern, gelöst? Gerade in Gegenden mit gemischter Bevölkerung beziehungsweise dort, wo es serbische Enklaven gibt, ist das von Bedeutung. Nur wenn solche Fragen genau verfolgt werden, lässt sich sicherstellen, dass sich die Taten der Politiker nicht in multiethnischen Sonntagsreden erschöpfen. Der Aufwand, der dafür betrieben wird, ist enorm: Im Jahr 2007 un-

terhielt die OSZE fast 1000 Mitarbeiter in der Region (etwa 710 aus dem Kosovo und gut 280 Auswärtige) und das Budget belief sich auf insgesamt 35 Millionen Euro.

Es ist also vor allem im Interesse Serbiens, dass die OSZE-Mission im Kosovo weiter arbeiten kann. Deshalb mag es für Außenstehende zunächst überraschend sein, dass ausgerechnet Serbien und Russland in den Monaten vor der Unabhängigkeitserklärung mehrfach gedroht haben, die OSZE-Mission im Kosovo zu »kippen«. Belgrad und Moskau führten dabei juristische Argumente ins Feld: Sollte das Kosovo gegen den Willen Belgrads unabhängig werden, so sei dies eine Verletzung der territorialen Integrität Serbiens, mithin ein Bruch des Völkerrechts und damit auch der UN-Resolution 1244, durch die das Kosovo 1999 Übergangsweise zu einem Protektorat der Vereinten Nationen erklärt worden war. Folglich sei auch das OSZE-Mandat, das aus dieser Resolution abgeleitet ist, hinfällig (vgl. den Beitrag von Thomas Breitwieser). Da in der OSZE alle Teilnehmerstaaten ein Veto-recht besitzen, war dies keine leere Drohung. Schon im Dezember 2007 konnten Belgrad und Moskau eine Regelung durchsetzen, laut der das Ende der Mission praktisch jederzeit eingeleitet werden kann: »Jeweils am Monatsende wird das Mandat um einen weiteren Monat verlängert, sofern kein Teilnehmerstaat dagegen schriftlich beim Vorsitz des Ständigen Rates Einspruch erhebt. Sollte das Mandat enden, wird die Mission unverzüglich ihre Schließung in die Wege leiten«, heißt es darin.

Die Ziele der Europäischen Union

Nachdem immer deutlicher geworden war, dass die OSZE als Instrument zur Beobachtung der Minderheitenrechte womöglich ausfallen würde, hat sich vor allem die EU, die künftig noch stärker als bisher die Hauptlast bei der Überwachung der Demokratisierung des Kosovos tragen wird, nach anderen Möglichkeiten umgesehen. Es wurden Vorbereitungen getroffen, um notfalls eigene Kräfte zur Überwachung des Minderheitenschutzes abstellen zu können. Hinter vorgehaltener Hand stellen einige westliche Diplomaten sogar die politisch unkorrekte Frage, ob eine Schließung der OSZE-Mission im Kosovo nicht

sogar im Interesse der EU liege. Denn solange die OSZE im Kosovo tätig ist, können Moskau und Belgrad auf die Gestaltung des Mandats (oder auf dessen Ende) Einfluss nehmen und auf diese Weise jederzeit politischen Druck ausüben. Das ist nur scheinbar eine Detailfrage. Tatsächlich wird sich auch an ihr entscheiden, wie die Statuslösung für das Kosovo insgesamt funktioniert.

Vor allem zwei Missionen werden im neuen Staat tätig sein und versuchen, den Aufbau funktionsfähiger und verlässlicher Behörden sicherzustellen. Eine ist die Internationale Verwaltungsbehörde (ICO), deren Chef, der niederländische EU-Beamte Pieter Feith, zugleich die Aufgabe eines Sondergesandten der EU im Kosovo wahrnimmt. Die Aufgabe dieser Behörde ist es, die Umsetzung des Ahtisaari-Plans für die Unabhängigkeit zu überwachen. Der ICO-Chef wird – ähnlich wie der Leiter der bisherigen UN-Verwaltung im Kosovo oder der Hohe Repräsentant der Staatengemeinschaft in Bosnien – umfangreiche Vollmachten haben. Wie seine Rolle definiert ist, lässt sich dem Ahtisaari-Plan entnehmen: Der Chef der Internationalen Verwaltungsbehörde sei »die letzte Autorität« bei der Überwachung des Unabhängigkeitsplans und befugt, »korrigierende Maßnahmen« zu ergreifen, wenn das Abkommen von den einheimischen Politikern verletzt werde. Dazu gehört die Annullierung von Gesetzen oder die Entlassung von Amtsträgern. Auch muss er sein Einverständnis für die Besetzung wichtiger Posten geben, so in der Zollbehörde, der Steuerverwaltung oder der Zentralbank des Kosovos. Die ICO-Mission, die schon seit 2006 von einer Planungsgruppe in Prishtina und in der ethnisch geteilten Stadt Mitrovicë vorbereitet wird, ist allerdings nicht rein europäisch. Der stellvertretende ICO-Chef wird jeweils ein Amerikaner sein, und auch das Budget wird nur zu etwas mehr als der Hälfte von der EU getragen. Ein Viertel der Kosten steuern die Amerikaner bei, den Rest tragen andere teilnehmende Staaten, unter ihnen Norwegen und die Schweiz.

In alleiniger Regie führt die EU dagegen als Bestandteil der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) eine Polizei- und Rechtsstaatsmission, deren Personalbestand deutlich größer ist. Die EULEX ist die größte zivile Mission in der Geschichte der Union und soll 1200 lokale und 1800 inter-

nationale Mitarbeiter umfassen. Dazu gehören 1400 Polizisten samt Einheiten der Bereitschaftspolizei aus Italien, Frankreich und Polen, außerdem Richter, Staatsanwälte, Berater für das Justizministerium sowie Beamte der Grenzpolizei aus EU-Staaten. Auch EULEX war schon zwei Jahre vor der Unabhängigkeitserklärung vorbereitet worden. Die lange Planungszeit hat allerdings nicht verhindern können, dass viele grundsätzliche Fragen nicht oder nur notdürftig gelöst sind. Die neuen Missionen befinden sich auf einer »Fahrt ins Ungewisse«, da es für die Neuausrichtung der internationalen Präsenz kein Mandat des UN-Sicherheitsrats geben wird (vgl. den Beitrag von Dina Rossbacher).

Die UN-Mission hingegen, deren Mandat nach der Lösung der Provinz von Serbien eigentlich enden sollte, wird wohl bleiben müssen, da das Sicherheitsratsmandat 1244 vom Juni 1999, die rechtliche Grundlage der internationalen Präsenz im Kosovo, nicht durch ein neues ersetzt werden kann. Zwar soll die UNMIK deutlich verkleinert werden, doch wird man auf die bei den Kosovo-Albanern nicht sonderlich beliebte Mission weiterhin nicht verzichten können: Auf unabsehbare Zeit werden UNMIK-Repräsentanten das Kosovo in regionalen Gremien vertreten müssen, da Serbien die Teilnahme von kosovarischen Regierungsmitgliedern nicht akzeptieren werde, heißt es in Prishtina. Außerdem soll die UNMIK weiterhin Reisedokumente ausgeben, bis der kosovarische Staat ein eigenes Passwesen entwickelt hat.

Die Rekrutierungen für die internationalen Missionen hatten schon vor der Unabhängigkeit begonnen – und der Andrang ist weiterhin groß. Allein bei der ICO gingen für 22 ausgeschriebene Stellen mehr als 2000 Bewerbungen ein. Viele der Bewerber sind Einheimische, die bei den Missionen der OSZE oder der UNMIK gut verdient haben und sich nicht den Anforderungen der freien (Schatten-)Wirtschaft des Kosovos aussetzen wollen. Es gehören aber auch viele seit Jahren im Kosovo oder an anderen Krisenherden tätige Ausländer dazu, die aus unterschiedlichsten Gründen – leider nicht immer ausgezeichnet durch bemerkenswertes Engagement und hervorragende Fachkenntnisse – einen der gut bezahlten Posten bei den neuen Missionen bekommen wollen.

Multiethnisches Kosovo

Durch die Unabhängigkeit unverändert bleibt die Herausforderung, im Kosovo das Mit- oder wohl eher das Nebeneinander der albanischen Bevölkerungsgruppe und der kleinen serbischen Minderheit sowie weiterer Bevölkerungsgruppen (vgl. den Beitrag von Konrad Clewing zu den Bevölkerungsstrukturen) zu organisieren. Im Norden des Kosovos, im Hinterland der Stadt Mitrovicë, leben fast nur Serben. Belgrad hat dort auch politisch das Sagen. Das Alltagsleben ist ganz auf Serbien ausgerichtet, erhebliche Teile der dortigen Bevölkerung befürworten den Anschluss an das »Mutterland«. Die meisten der etwa 120 000 im Kosovo verbliebenen Serben leben aber in verstreuten Enklaven. Die größte davon ist Štrpce (alb. Shtërpçë) an der mazedonischen Grenze. Viele Serben gaben vor der Unabhängigkeitserklärung an, die Enklaven nach diesem Ereignis ver-



picture-alliance/dpa

Menschen mit serbischen und russischen Fahnen demonstrieren am 21. Februar 2008 in Belgrad gegen die Unabhängigkeit des Kosovos. In der serbischen Hauptstadt, im Norden des Kosovo und ebenso in der Republika Srpska (Bosnien-Herzegowina) kam es im Verlauf der überwiegend friedlichen Kundgebungen zu gewaltsamen Ausschreitungen.

lassen zu wollen. Allerdings leben auch auf der anderen Seite der neuen serbisch-kosovarischen Grenze Minderheiten. Das so genannte Preševo-Tal im Südwesten Serbiens ist von Albanern besiedelt, die sich selbst dem Kosovo zugehörig fühlen. Serbische Parlamentswahlen wurden hier oft boykottiert, mit Belgrad will man nichts zu tun haben. Sollten sich die nach der Unabhängigkeitserklärung im Norden des Kosovos ausgebrochenen, teils gewaltsamen Proteste zu flächendeckenden Unruhen ausweiten, könnte das auch den Abspaltungswünschen der Albaner in Serbien Auftrieb geben.

Die ethnisch geteilte Stadt Mitrovicë rückte nach der Unabhängigkeitserklärung der Provinz in das Zentrum des Konflikts, da die Serben am Nordufer des Mitrovicë trennenden Flusses Ibër den neuen Staat nicht anerkennen, sondern auf der fortdauernden Gültigkeit der UN-Resolution 1244 beharren, mit der das Kosovo 1999 den Vereinten Nationen unterstellt wurde. Einige Wochen vor der Unabhängigkeitserklärung berichtete das Belgrader Blatt »Politika« von Plänen, den Nordteil nach der Unabhängigkeit des Kosovos übergangsweise einer gesonderten internationalen Verwaltung zu unterstellen. Als Vorbild wurde die UN-Übergangsverwaltung für Ostslawonien, die Baranja und Westsyrmien (UNTAES) genannt, die vom Januar 1996 an zwei Jahre lang die friedliche Wiedereingliederung dieser zuvor serbisch besetzten Gebiete in den kroatischen Staat beaufsichtigte. »Politika« berief sich auf einen Vorstoß des schwedischen Außenministers Carl Bildt, der auch vorgeschlagen habe, an Serbien »die klare Nachricht« zu senden, dass es sehr bald den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten könne. Die zahlreichen Unwägbarkeiten dieser Idee wurden nicht weiter kommentiert. Zudem wurde in Belgrad von einem Vorschlag des italienischen Innenministers Giuliano Amato berichtet, die Mitrovicë-Frage am Beispiel von Triest nach dem Zweiten Weltkrieg zu lösen. Triest war von 1947 bis 1954 ein in zwei getrennte Zonen aufgeteilter, offiziell von den Vereinten Nationen überwachter Freistaat, dessen zweite Zone (Zone B) von Jugoslawien verwaltet und den Jugoslawen schließlich auch zugesprochen wurde. Triest selbst lag in der amerikanisch-britisch verwalteten Zone A, deren größerer Teil an Italien fiel. Rom und Belgrad erkannten diese Aufteilung 1975 an.

Der Rückgriff auf historische Beispiele zeigt immerhin, dass es möglich sein kann, durch internationale Vermittlung tragfähige politische Lösungen für das Zusammenleben in Gebieten mit ethnisch heterogener Bevölkerung zu schaffen, selbst wenn erhebliches Konfliktpotenzial vorhanden ist. Auf die verständliche Euphorie, mit der die Kosovo-Albaner die Unabhängigkeit ihres Landes feierten, muss nun der international abgesicherte Aufbau eines funktionsfähigen Staatswesens folgen, das all seinen Bürgern Perspektiven für eine gedeihliche Zukunft bietet. Dabei kann nur die Betrachtung der gesamten Region Sicherheit und Stabilität schaffen. Der EU und der Ausstrahlung ihrer Wirtschaftskraft auf die Länder des ehemaligen Jugoslawiens kommt dabei die Schlüsselrolle zu.

Michael Martens



Am 17. Februar 2008 erreichte der Staatsbildungsprozess auf dem westlichen Balkan einen weiteren Höhepunkt. Erstmals bekundete mit dem Kosovo das Teilgebiet eines Staates seine Souveränität, während bis dahin stets Teilrepubliken unter Verweis auf ihre historisch begründete Eigenstaatlichkeit die Sozialistische Bundesrepublik Jugoslawien verlassen hatten. Mit ihrer Unabhängigkeitserklärung verwirklichten die albanischen Kosovaren einen jahrzehntelang gehegten und unerfüllten Traum. Die Londoner Botschafterkonferenz hatte 1913 nach dem Ersten Balkankrieg von 1912 das Kosovo ohne große Diskussion Serbien zugeschlagen. Als neun Jahre später die Grenzen Albanien endgültig festgelegt wurden, zementierte man diese Bindung Kosovos an Serbien für die nächsten 80 Jahre.

Das Bild zeigt den Nordischen Raum des UN-Hauptquartiers in New York, wo der Weltsicherheitsrat am 23. April 2003 über die Situation im Kosovo beriet. Im Hintergrund ist ein Gemälde des norwegischen Künstlers Per Krohg zu sehen, in dessen Mitte sich Phönix aus der Asche erhebt. Die einseitig erklärte Unabhängigkeit des Kosovo beendete lange Jahre erfolgloser Verhandlungen und leitete eine weitere Phase der Neuordnung der Region ein. Gleichwohl wirft sie völkerrechtlich zahlreiche Fragen auf, die letztendlich die Grundsätze von Krisenprävention sowie -bekämpfung durch die Internationale Gemeinschaft insgesamt betreffen.

Internationales Engagement im Spiegel des Völkerrechts

Die dem Kosovo mit der Verfassungsänderung von 1974 unter Josip Broz Tito gewährte Teilautonomie hatte sein serbischer Nachfolger Slobodan Milošević seit 1989 systematisch beseitigt. Er beraubte die albanische Bevölkerungsmehrheit des Kosovo nicht nur ihrer Institutionen, verbot den Gebrauch ihrer Sprache, sondern versuchte auch schließlich die Region im Zuge »ethnischer Säuberungen« von fast allen Nicht-Serben zu entsiedeln. Nach dem Vorbild der Verhandlungen von Dayton für Bosnien-Herzegowina versuchte die Staatengemeinschaft in den letztlich ergebnislos abgebrochenen Verhandlungen von Rambouillet bei Paris, das Milošević-Regime zum Einlenken zu bewegen. Die von der Mehrheit der Völkerrechtler bis heute als illegal angesehene Luftkriegsoperation ALLIED FORCE der NATO beendete jedoch das verbrecherische Treiben. Nach 78 Tagen Krieg ordnete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) mit Resolution 1244 (1999) – im Folgenden Resolution 1244 – die Übergangsverwaltung (UNMIK) und eine starke NATO-geführte Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) an. Damit sollte Zeit gewonnen werden, um den Status des Kosovo endgültig und verbindlich auf dem Verhandlungswege festzulegen. So mussten zuerst die »Bundesrepublik Jugoslawien«, später die »Föderation Serbien und Montenegro« und schließlich die »Republik Serbien« in den vergangenen neun Jahren den teilweisen Verlust ihrer Souveränität und die faktische Trennung des Kosovo vom serbischen Staatsgebiet hinnehmen.

Einen weiteren Meilenstein auf dem Weg in die Unabhängigkeit bedeutet der Vorschlag des Sonderbevollmächtigten des UN-Generalsekretärs Martti Ahtisaari vom 26. März 2007. Ausdrücklich wies Ahtisaari darauf hin, dass eine Rückkehr zu einem Status ante quo auf Grund der Unversöhnlichkeit beider Ethnien ebenso unmöglich sei wie eine dauerhafte Verwaltung des Kosovo durch die Vereinten Nationen. Daher komme als Lösung allein die von der Internationalen Gemeinschaft überwachte Selbstständigkeit des Kosovo in Betracht.

Fast wie zu Zeiten des Ost-West-Konflikts zeigte sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bei der Behandlung dieses

Vorschlags gespalten und handlungsunfähig. Russland als ständiges Mitglied drohte, mit seinem Veto jede Lösung zu blockieren, die auf eine formelle Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien hinauslaufe. Fünf bekannt gewordene Entwürfe, der letzte vom 13. Juli 2007, mittels derer der Vorschlag von Martti Ahtisaari in eine völkerrechtlich verbindliche Resolution des Sicherheitsrates umgesetzt werden sollte, scheiterten an der russischen Ablehnung. Schließlich einigte man sich auf weitere Verhandlungen zwischen serbischen und albanischen Kosovaren, der Republik Serbien und der so genannten Kontaktgruppe (die EU als Vertreter Deutschlands, Großbritanniens, Frankreich und Italiens, USA und Russland). Wie schon 1999 die Verhandlungen von Rambouillet gescheitert waren, endeten auch die Wiener Gespräche am 10. Dezember 2007 ergebnislos.

Selbstbestimmung und Sezessionsrecht

Wäre eine Resolution über den Ahtisaari-Vorschlag tatsächlich zu Stande gekommen, hätte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einmal mehr rechtliches Neuland betreten. Ob dieses Gremium auf der Grundlage eines selbst bestellten Gutachtens und der darin enthaltenen Empfehlungen in die territoriale Integrität eines Staates eingreifen und die Abspaltung eines Teilgebiets verfügen dürfte, ist völkerrechtlich ungeklärt. Denn der Sicherheitsrat ist an Art. 2, Nr. 4 der Charta, die territoriale Unversehrtheit der Staaten betreffend, sowie an Art. 2, Nr. 7 hinsichtlich des Gebotes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates gebunden. Dieses Gebot wird allerdings durch neue rechtliche Konstruktionen wie die Intervention aus humanitären Gründen oder die Schutzverantwortung des Sicherheitsrates (*responsibility to protect*, R2P) allmählich in sein Gegenteil verkehrt.

Der Grundsatz territorialer Unversehrtheit (auch: territorialer Integrität) wurde in der Vergangenheit höchst unterschiedlich betrachtet. Noch 1960 war die so genannte Katanga-Sezession in Kongo-Kinshasa faktisch durch die Stationierung von ONUC-Blauhelmsoldaten auch in der abtrünnigen Provinz unterbunden worden, wengleich der Sicherheitsrat in Resolution 146 (1960) ausdrücklich die Unparteilichkeit der ONUC festgestellt hatte.

Die Teilung der Insel Zypern in einen türkisch besetzten und einen griechischen Teil nahm der Sicherheitsrat hin und empfahl mit Resolution 186 (1964) am 4. März 1964 lediglich, an der Demarkationslinie eine Blauhelmtuppe (UNFICYP) zu stationieren. Fünfunddreißig Jahre später unterstützte der Sicherheitsrat die Abspaltung des heutigen Ost-Timor von Indonesien aktiv durch Entsendung einer multinationalen Truppe (Resolution 1264) und einer zivilen Übergangsverwaltung (UNTAET; Resolution 1272).

Schon diese wenigen Beispiele verdeutlichen, dass es sich bei den »Rechten« auf Selbstbestimmung und Sezession eigentlich um politisch geprägte Ansprüche handelt, die einer rechtlichen Regelung nur bedingt zugänglich sind. In ihrer heutigen Ausprägung sind sie Ergebnisse der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzenden Dekolonialisierung. Völkerrechtlich bindende Entscheidungen gibt es zu diesem Problembereich nicht.

Das Recht auf Selbstbestimmung als solches ist ein altes Prinzip der Staatstheorie und wird in den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen (Art. 1, Nr. 2) vorausgesetzt. Das Sezessionsrecht wird zumeist aus dem Selbstbestimmungsrecht abgeleitet. Wenn ein Zusammenleben mehrerer Völker in einem einzigen Staat unter keinen Umständen mehr möglich ist, kann die Abspaltung das allerletzte Mittel sein. Es ist allerdings weder verboten noch allgemein anerkannt. Unter welchen Voraussetzungen Selbstbestimmungsrecht und Sezessionsrecht rechtlich gestaltet werden könnten, ist heftig umstritten. Einig ist man sich zumindest darin, dass ehemalige Kolonien das Recht zu einseitiger, auch gewaltsamer Abspaltung von der Kolonialmacht haben, die diese hinzunehmen hätte. Grundsätzlich allerdings muss ein Staat, von dessen Gebiet sich ein Teil abspalten will, die Sezession nicht dulden, sondern darf seine territoriale Integrität politisch und militärisch mit verhältnismäßigen Mitteln verteidigen. Gerade der Zerfall der Sozialistischen Förderativen Republik Jugoslawien bot Anlass, weitere Kriterien zur Ausgestaltung des Sezessionsrechts aufzustellen.

Eine von der damaligen Europäischen Gemeinschaft eingesetzte Kommission von fünf Staatsrechtlern, die Conference on Yugoslavia Arbitration Commission oder auch »Badinter-Kommission«, nach ihrem französischen Leiter Robert Badinter benannt, hat in sieben als rechtsverbindlich angesehenen Gut-

achten zu Einzelfragen der Staatennachfolge, des Sezessionsrechts, des Grenzverlaufs und der Anerkennung von Staaten Stellung genommen.

Die Voraussetzungen, unter denen die Abspaltung eines Gebietsteils aus einem Staatsgebiet heraus staatsrechtlich zulässig erscheint und die völkerrechtlich garantierte territoriale Integrität übersteuern kann, sind im einzelnen sehr umstritten: Die Sezessionisten müssen in ihrer Mehrheit ein Volk im ethnologischen Sinne sein und in einem Gebiet mit historisch herleitbaren Grenzen siedeln. Sie müssen schwersten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sein und andere national- oder völkerrechtliche Mittel müssen fehlen, um die Rechte der Betroffenen zu wahren und wirksam zu schützen. Schließlich muss die Abspaltung auch noch in einem zeitlichen Zusammenhang zu den beiden letztgenannten Kriterien stehen.

Diesen Maßstäben zufolge wirkt das Sezessionsrecht wie eine Art übergesetzliches kollektives Notwehrrecht, das einerseits dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit unterliegt. Andererseits muss von der überwiegenden Anzahl der Staaten entweder individuell oder durch Beschlüsse Internationaler Organisationen (z.B. UN, OSZE oder EU) den Abspaltungswilligen ihr Sezessionsrecht auch zugebilligt werden. Jede Ethnie, die sich abspalten will, tut daher gut daran, möglichst viele und darunter möglichst einflussreiche Länder von ihrem Vorhaben zu überzeugen. In der politischen Vorbereitung ihrer Unabhängigkeit haben die albanischen Kosovaren sehr geschickt agiert.

Misst man die Unabhängigkeit Kosovos an den vier genannten Kriterien, zeigen sich die Schwierigkeiten ihrer Anwendung deutlich. Schon die Eigenschaft der albanischstämmigen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo als Volk im ethnologischen Sinne ist diskussionswürdig. Menschen albanischer Abstammung leben nicht nur im Kosovo, sondern beispielsweise auch in Albanien oder in der früheren Jugoslawischen Republik Mazedonien. Auch die Herleitung der Staatsgrenzen aus der Geschichte lässt sich nicht ohne weiteres begründen. Dies zeigen die Verhandlungen zwischen Mazedonien und der Regierung des Kosovo über den in kleinen Abschnitten immer noch umstrittenen Grenzverlauf zwischen beiden Staaten, die gerade

unter Aufsicht des Internationalen Zivilbüros begonnen haben (vgl. den Beitrag von Andreas Ernst).

Unter der Herrschaft des serbischen Milošević-Regimes waren die albanischen Kosovaren in der jüngsten Vergangenheit so schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt, dass nur eine Militärintervention der NATO sie beenden konnte. Problematisch ist allerdings der Zeitablauf. Zwischen dem Ende der Menschenrechtsverletzungen und der kosovarischen Unabhängigkeitserklärung liegen immerhin neun Jahre. Völkerrecht und Politik haben immer auch eine zeitliche Komponente. Daher wird sowohl im Völkerrecht als auch in der Politikwissenschaft gefordert, die Gründung neuer Staatlichkeit müsse in zeitlicher Nähe zu dem auslösenden Ereignis erfolgen.

Der Militäreinsatz der NATO, das anschließende Tätigwerden des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die Stationierung von UNMIK und KFOR mit Resolution 1244 (1999) haben gezeigt, dass es (völkerrechtliche) Mittel gibt, um die Rechte der Opfer wiederherzustellen und effektiv zu wahren. Zwar ist das Zusammenleben albanischer und serbischer Kosovaren alles andere als spannungsfrei, doch hat sich UNMIK von einer Direktverwaltung aller Lebensbereiche im Laufe der Jahre und nach mehreren landesweiten Wahlen im Kosovo zu einer kontrollierenden, beratenden und moderierenden Institution gewandelt. Das heißt nicht, dass der Missionsleiter und Sonderbeauftragte des Generalsekretärs nicht nach wie vor gelegentlich mit Dekreten Recht setzt.

Legt man die skizzierten strengen Maßstäbe an, müsste das Unabhängigkeitsbegehren der albanischen Kosovaren einmal mehr gescheitert sein. Dass dies nicht der Fall ist, hat politische Gründe: Mit Stand April 2008 haben 40 Staaten, darunter so einflussreiche wie die USA, Frankreich oder Deutschland, den neuen Staat anerkannt. Am 9. April 2008 hat das Parlament des Kosovo die auf der Grundlage des Ahtisaari-Vorschlags erarbeitete und von Pieter Feith, dem Sonderbeauftragten der EU und Leiter des Internationalen Zivilbüros, zuvor im Entwurf gebilligte Verfassung einstimmig angenommen. Am 10. Juni 2008 wird sie in Kraft treten und die Übergangsverwaltung der UNMIK beenden.

Resolution 1244 und die Unabhängigkeit

Was aber wird im Lichte der jüngsten Ereignisse aus Resolution 1244 vom 10. Juni 1999? Damals gründete der Sicherheitsrat mit 14 Stimmen bei Enthaltung der VR China gleich zwei Einsätze auf einmal. Zum einen rief er die UNMIK als zivile Übergangsverwaltung ins Leben, zum anderen die internationale Sicherheitspräsenz der KFOR. Derzeit (Stand: Februar 2008) sind neben 24 NATO-Mitgliedern zehn Staaten KFOR-Truppensteller, die nicht der NATO angehören.

Bernard Kouchner, damals in Personalunion sowohl Missionsleiter (head of mission) der UNMIK als auch Sonderbeauftragter des Generalsekretärs für das Kosovo, beanspruchte Weisungskompetenz auch gegenüber dem Befehlshaber der KFOR, dem britischen Generalleutnant Sir Mike Jackson. Dieser bestand hingegen mit Blick auf den Wortlaut der Resolution auf gleichrangiger Selbstständigkeit. Denn KFOR war nicht der bewaffnete Arm der UNMIK, sondern hatte ein eigenständiges Mandat, das anfangs den gesamten Sicherheitssektor und sogar den Betrieb von Haftanstalten umfasste. Je stärker UNMIK und ihre Polizei aufwuchsen, je mehr kosovarische Polizeikräfte ausgebildet und im Einsatz waren, desto mehr konnte KFOR diese Aufgaben abgeben und sich auf ihre Kernkompetenz beschränken, ein sicheres Umfeld zu schaffen und zu erhalten. Bis heute indes werden KFOR-Truppen zu Hilfe gerufen, wenn es gilt, gewalttätige Demonstrationen aufzulösen (riot control).

Unter dem Schirm der UNMIK (zu den ursprünglichen Aufgaben der zivilen Präsenz vgl. die Grafik im Beitrag von Dina Rossbacher, S. 96) arbeiten nicht nur die bekannten Unterorgane und selbstständigen Organisationen der Vereinten Nationen (z.B. UNHCR oder UNICEF), sondern erstmals auch große selbstständige Organisationen außerhalb der Vereinten Nationen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) führt hier ihre bisher größte Mission durch, und auch für die EU war es ein in ihrer Geschichte bisher einmaliger Einsatz. Während die früheren Pfeiler I und II (vgl. S. 96) ihre Eigenständigkeit verloren haben und als Büro für Rechtsstaatlichkeit (rule of law office) bzw. Abteilung für Verwaltung (department for administration) in das Büro des Sonderbeauf-



Die Soldaten der KFOR haben den Auftrag, im Kosovo ein multi-ethnisches, friedliches, rechtsstaatliches und demokratisches Umfeld mit autonomer Selbstverwaltung aufzubauen und dies militärisch abzusichern.

tragten der Vereinten Nationen integriert wurden, existieren Pfeiler III und IV nach wie vor.

Solche Anpassungen von Mandat und Strukturen angesichts positiver Entwicklungen im Kosovo sind nach Resolution 1244 zulässig und möglich. UNMIK und die KFOR-Truppensteller entscheiden insoweit selbst über den Umfang, in dem sie die ihnen übertragenen Mandate wahrnehmen. Von Anfang an war der politische Wille der Weltgemeinschaft, aber auch der Europäer selbst, unverkennbar, den europäischen überstaatlichen Institutionen eine größere Verantwortung für die Entwicklung stabiler Strukturen in dieser unmittelbaren Nachbarschaft der EU zu übertragen bzw. zu übernehmen.

Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der Abspaltung lassen sich aus Resolution 1244 nicht eindeutig begründen. Die Internationale Gemeinschaft verweist darauf, dass von der Souveränität und territorialen Integrität der (damaligen) Bundesrepublik Jugoslawien nur im deklaratorischen Teil der Resolution 1244 die Rede sei, nicht jedoch im rechtsverbindlichen operativen Teil. Zum zukünftigen Status des Kosovo äußere sich die Resolution

Die Schlussakte von Helsinki

Die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), der Vorgängerin der heutigen Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), wurde am 1. August 1975 in der finnischen Hauptstadt Helsinki verabschiedet und enthält in ihrem ersten Abschnitt die Erklärung zu den Prinzipien, die die Teilnehmerstaaten leiten. Darunter fallen gemäß Ziffern I., III. und IV. die Souveränität, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die territoriale Integrität der Teilnehmerstaaten. Zu diesen gehörte seinerzeit auch Jugoslawien.

Allerdings ist die Schlussakte kein völkerrechtlicher Vertrag. Als politisches Dokument besitzt sie keinerlei Rechtsverbindlichkeit. Und so hat niemand ernsthaft einen Bruch des Völkerrechts durch Verletzung der Schlussakte von Helsinki angenommen, als die Sowjetunion implodierte und rund um das russische Staatsgebiet unabhängige Einzelstaaten entstanden. Niemand außer Serbien unter Slobodan Milošević forderte die territoriale Integrität der Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien ein, als sich frühere Teilrepubliken für unabhängig erklärten. Niemand pochte auf die territoriale Integrität der Tschechoslowakei, als sich Tschechen und Slowaken friedlich voneinander trennten. Und als Montenegro und Serbien auseinander gingen, verteidigten nicht einmal die Serben selbst die territoriale Integrität der Föderation Serbien-Montenegro. Diese Beispiele aus knapp zwanzig Jahren zeigen nur allzu deutlich, dass der Schlussakte von Helsinki nie Rechtsverbindlichkeit zugemessen wurde.

Ungarische Gedenk-Briefmarke
anlässlich des zehnten
Jahrestages der Unterzeichnung
der Helsinki-Schlussakte.





picture-alliance/dpa

Bundeskanzler Helmut Schmidt, der Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, US-Präsident Gerald Ford und der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky (v.l.n.r.) in Helsinki. Die politischen Führer von 35 Staaten Europas und Nordamerikas unterzeichneten die Schlussakte feierlich am 1. August 1975.

nicht. Mit der Übergangsverwaltung habe Zeit gewonnen werden sollen, um die Statusfrage angemessen lösen zu können. Daher stehe die Resolution der Unabhängigkeit nicht entgegen.

Die Gegner der Abspaltung, allen voran Serbien und Russland, aber auch einige Mitglieder der EU, gehen hingegen von einer Garantie der Resolution 1244 für den Bestand der Republik Serbien inklusive des Kosovo aus – mit welchem Autonomiestatus des Kosovo auch immer. Sie führen zur Begründung an, dass Souveränität und territoriale Integrität der Republik Serbien bereits in der Charta der Vereinten Nationen garantiert seien. Auf den Inhalt von Resolution 1244 komme es nicht an. Völkerrechtlich sei die einseitige Abspaltung unzulässig. Im übrigen seien Souveränität und territoriale Integrität Serbiens zwar nicht ausdrücklich, aber mittelbar auch in der Resolution selbst garantiert. Zum einen verweise bereits deren deklaratorischer Teil diesbezüglich ausdrücklich auf die Schlussakte von Helsinki der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Diese sei rechtsverbindlich.

Zum anderen stelle der Sicherheitsrat im operativen § 10 der Resolution ausdrücklich klar, dass Kosovo mittels der zivilen Präsenz eine »substantielle Autonomie innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien genießen« solle. Und schließlich verweise bereits der operative § 1 auf die Anhänge 1 und 2 der Resolution, mache sie mithin zu Bestandteilen des rechtsverbindlichen Teils der Resolution. Im sechsten Spiegelstrich des Petersberg-Abkommens vom 6. Mai 1999 (Anhang 1) bekennten sich die Außenminister der G8-Staaten zu Souveränität und territorialer Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien. Anhang 2 nehme in § 8 Bezug auf das Abkommen von Rambouillet und die Prinzipien von Souveränität und territorialer Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien.

Die beiden Anhänge zu Resolution 1244 werden nicht zu rechtsverbindlichen Dokumenten dadurch, dass operative Paragraphen der Resolution auf sie hinweisen. Anhang 1 ist nichts anderes als ein politisches Dokument, nämlich die Abschlussklärung des Außenministertreffens auf dem Petersberg bei Bonn. Anhang 2 stellt sozusagen die Blaupause einer Resolution über die Kosovo-Frage dar. Dieses Dokument war Gegenstand der Verhandlungen über die Zustimmung der Bundesrepublik Jugoslawien zu einer Stationierung internationaler Präsenz im Kosovo und der damit einher gehenden Einschränkung ihrer Souveränität, besitzt jedoch keinerlei eigene Rechtsverbindlichkeit.

Klar ersichtlich wird aus all dem, dass die Staatengemeinschaft zumindest 1999 getreu der alten Entscheidung von 1913 noch von territorialer Integrität Serbiens ausging und eine Abspaltung des Kosovo nicht beabsichtigte. Diese Grundeinstellung begann sich spätestens seit 2006 zu wandeln. Weder Befürworter noch Gegner der Sezession stellen dabei die grundsätzliche Frage, ob Resolution 1244 nach der Anerkennung der kosovarischen Unabhängigkeit durch bedeutende Staaten überhaupt noch gilt. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen geht in seinem Bericht vom 28. März 2008 an den Sicherheitsrat vielmehr wie selbstverständlich davon aus, dass die Resolution 1244 auch nach diesem Akt gelte. UNMIK sei lediglich aufgefordert, ihre Tätigkeit an der neuen Lage auszurichten.

Bisher hat sich keine herrschende Meinung zu dem Problemkreis herausgebildet, wie lange Resolutionen des Sicherheitsrates

in Kraft bleiben, ob sie allein durch förmliche Entscheidungen des Sicherheitsrates oder auch durch Entwicklungen oder Ereignisse in der Region, auf die sie sich beziehen, außer Kraft gesetzt werden können. Völkerrechtlich steht lediglich fest, dass Resolution und Mandat strikt voneinander zu trennen sind und Resolutionen erlöschen können, ohne dass es einer ausdrücklichen Aufhebung bedarf. Schließlich ist klar, dass erloschene Resolutionen nicht wieder aufleben.

In der Regel werden die Mandate für Missionen und Operationen der UN auf einen Zeitraum zwischen drei bis zwölf Monaten befristet. Wird das Mandat nicht verlängert, endet es mit Ablauf der Frist. Für lang dauernde Einsätze sind unter Umständen mehrere Resolutionen nacheinander notwendig. Häufig sind Mandatsverlängerungen reine Formsache; gelegentlich gibt es im Vorfeld dazu intensive Beratungen über die weitere Ausgestaltung, weil sich die Rahmenbedingungen für den Einsatz verändert haben oder die Wahrnehmung eine andere geworden ist.

Zum ersten Mal und entgegen seinen üblichen Gepflogenheiten hat der Sicherheitsrat in Resolution 1244 unbefristete Mandate beschlossen. Im operativen § 19 heißt es: »... [der Sicherheitsrat] beschließt, die internationale zivile Präsenz und die internationale Sicherheitspräsenz zunächst für einen Zeitraum von zwölf Monaten einzurichten, der verlängert wird, sofern der Sicherheitsrat nichts anderes beschließt...«. UNMIK und KFOR sind mithin seit Juni 2000 »auf Abruf« im Kosovo.

Freilich dürfte Resolution 1244 mit der Anerkennung des Kosovo als Völkerrechtssubjekt durch einflussreiche Staaten und zentrale Akteure der Internationalen Gemeinschaft erloschen sein. Das Ziel der Resolution und der Kern des UNMIK-Mandats sind nicht mehr erfüllbar. Gemäß den operativen §§ 10 und 11, lit. a) hat UNMIK sicherzustellen, dass »die Bevölkerung des Kosovo substantielle Autonomie innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien genießen kann«. Mit der Sezession und der weithin akzeptierten, wenn auch international überwachten Eigenstaatlichkeit des Kosovo ist die Erfüllung dieses Auftrages objektiv unmöglich geworden.

Kosovo »begrüßt« in § 5, Satz 1 der Unabhängigkeitserklärung »die fortdauernde Unterstützung ihrer demokratischen



Flaggen der Mitgliedstaaten der KFOR im Hauptquartier des deutschen Kontingents in Prizren.

Entwicklung durch internationale Präsenzen, die auf der Grundlage der Resolution 1244 geschaffen wurden«. Damit wird der Wunsch ausgedrückt, dass UNMIK und KFOR auch nach der Unabhängigkeit im Lande weiterarbeiten mögen und nicht abziehen sollen, gestattet also einseitig die Einschränkung der dem neuen Staat zugewachsenen Souveränität bis auf weiteres. Über die etwaige Fortgeltung der Resolution 1244 und der darin enthaltenen Mandate sagt § 5, Satz 1 nichts aus, denn der Relativsatz umschreibt lediglich das Zustandekommen der internationalen Präsenzen.

Gemäß § 12 der Unabhängigkeitserklärung verspricht Kosovo, den Prinzipien des Völkerrechts und der Sicherheitsratsresolutionen, einschließlich Resolution 1244, entsprechend handeln zu wollen. Der neue Staat stellt sich damit – auch ohne förmliche Aufnahme – auf die selbe Stufe wie die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Schließlich »begrüßt« Kosovo in § 5, Satz 2 der Unabhängigkeitserklärung zwei neu geschaffene Institutionen, die in Resolution 1244 überhaupt nicht vorgesehen sind: die internationale zivile Präsenz und die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union (EU Rule of Law Mission, EULEX).

Die Europäische Union im unabhängigen Kosovo

Die EU war als einer der vier Pfeiler von Anfang an im Kosovo engagiert und bildet einen der beiden noch aktiven. Mit Blick auf die zunehmend schwieriger werdende und sich immer stärker in Richtung Unabhängigkeit entwickelnde Lage seit 2005 beschloss der Rat der Europäischen Union, vorausschauend aktiv zu werden und seine Initiative zu verstärken. Dies geschah auch vor dem Hintergrund russischer Drohungen, die Weiterführung der OSZE-Mission zu blockieren. Daher lag es nahe, dass in Zukunft die EU Aufgaben übernimmt, die bisher der OSZE oblagen. So beschloss der Rat der EU bereits am 16. September 2006 mit der Gemeinsamen Aktion 2006/623/GASP die Einsetzung einer Planungsgruppe der EU (European Union Planning Team, EUPT KOSOVO). Diese sollte Vorbereitungen treffen, falls sich die EU im Kosovo an einem Internationalen Zivilbüro (International Civil Office, ICO) beteiligen und dort einen Sonderbeauftragten stationieren würde.

Auf seiner Tagung am 13./14. Dezember 2007 hat der Europäische Rat seine Bereitschaft betont, »bei der Stärkung der Stabilität in der Region und der Umsetzung einer Regelung für den künftigen Status des Kosovos eine führende Rolle zu übernehmen. Er hat erklärt, dass die EU bereit ist, dem Kosovo auf dem Weg zu dauerhafter Stabilität zu helfen, unter anderem durch eine ESVP-Mission und einen Beitrag zu einem Internationalen Zivilbüro als Teil der internationalen Präsenz.« Grundlage dieser Absichtserklärungen und Entscheidungen sind die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union (GASP) und der strategische Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für den Westlichen Balkan.

Davon zu unterscheiden ist die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Diese scheinbar überflüssige Trennung hat politische Gründe. Weil eine Anerkennung Kosovos durch die EU insgesamt nicht durchsetzbar war, überließ man diese Entscheidung den einzelnen Mitgliedstaaten. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) fand insoweit also nicht statt. Auf der Grundlage der ESVP hingegen war gemeinsames Handeln weiterhin möglich. Daher ernannte der Rat der EU mit der Gemeinsamen Aktion 2008/123/GASP am 4. Februar 2008 den

Niederländer Pieter Feith zum Sonderbeauftragten der EU bis zum 28. Februar 2009. Pieter Feith ist indes nicht nur der oberste politische Repräsentant der EU und Vertreter des Hohen Bevollmächtigten für GASP, Javier Solana, im Kosovo, sondern zugleich auch der Leiter des ICO.

Mit der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP vom selben Tage gründete der Rat eine Rechtsstaatsmission unter dem Namen EULEX KOSOVO. Bemerkenswert ist, dass sich an EULEX alle EU-Mitglieder bis auf Malta beteiligen, also auch Staaten, die Kosovo bisher nicht anerkennen (zu den Aufgaben und Strukturen der EULEX vgl. den Beitrag von Dina Rossbacher). So sorgfältig die politische Abwägung und die europarechtliche Gründung erfolgten, eine völkerrechtliche Grundlage für die Stationierung und Tätigkeit von EULEX ist derzeit nicht ersichtlich. Resolution 1244, einmal unterstellt, sie gälte weiterhin, gibt einer EU-Mission kein Mandat. Die EU könnte zwar die von ihr übernommenen Aufgaben (Pfeiler IV) den neuen Gegebenheiten in Absprache mit UNMIK anpassen. Sie wäre jedoch an Inhalt und Umfang des Mandats gebunden und bedürfte zur Übernahme neuer oder anderer Aufgaben eines neuen Mandats. Das könnte etwa dann tatsächlich notwendig werden, wenn die OSZE (Pfeiler III) auf Grund eines russischen Vetos das ihr erteilte Mandat nicht mehr ausfüllen könnte. Der Ahtisaari-Plan wiederum ist bisher lediglich ein Vorschlag, dem die völkerrechtliche Umsetzung fehlt.

Einzig ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen Kosovo und der EU könnte eine Rechtsgrundlage bilden, existiert indes bisher nicht. Eventuell könnte man unter Hintanstellung aller völkervertragsrechtlichen Prinzipien ein Konstrukt aus einem Angebot der EU, konkretisiert in den Beschlüssen vom 4. Februar 2008, und seiner stillschweigenden Annahme mit der Unabhängigkeitserklärung vom 17. Februar 2008 genügen lassen.

Ausblick

Der Prozess der Sezession ist abgeschlossen; die Unabhängigkeit des Kosovo unumkehrbar. Der rechtlich bisher nicht anerkannte, politisch jedoch weithin akzeptierte Ahtisaari-Plan dient derzeit als Grundlage für weitere Institutionen, die Kosovo bei der wei-

teren Entwicklung von Staatlichkeit beraten und überwachen sollen. So hat sich am 28. Februar 2008 in Wien die Internationale Lenkungsgruppe (International Steering Group, ISG) konstituiert. Das ICO unter Leitung von Pieter Feith wird unmittelbar im Kosovo arbeiten. Wenn am 10. Juni 2008 die Verfassung der Republik Kosovo in Kraft treten wird, sollen die Aufgaben von UNMIK auf die EU-Institutionen im Kosovo übergehen. Die EU wird dann vor ihrer bislang größten außen- und sicherheitspolitischen Herausforderung stehen.

Völkerrechtlich von besonderem Interesse wird die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs der Vereinten Nationen (IGH) in Den Haag zu einer Vielzahl der hier nur angerissenen Fragen sein, wenn Serbien seine Ankündigung wahr machen und tatsächlich vor dem IGH gegen die Unabhängigkeit Kosovos klagen sollte. Schon die Klagebegründung zu lesen und zu erfahren, gegen wen sich die Klage richtet, verspricht bemerkenswerte Informationen. Eine Entscheidung wird, wenn überhaupt, erst in einigen Jahren fallen. Die Unabhängigkeit des Kosovo wird auch ein Urteil des IGH nicht beseitigen können. Denn politische Entwicklungen kann das Völkerrecht nicht aufhalten oder gar umkehren. Günstigstenfalls kann es Richtlinien für die Zukunft vorgeben.

Thomas Breitwieser

(Die hier geäußerten Ansichten geben ausschließlich die persönliche Auffassung des Verfassers wider und decken sich nicht unbedingt mit den Rechtsmeinungen der Vereinten Nationen oder anderer Institutionen.)



picture-alliance/dpa

Die Unabhängigkeit Kosovos stellt – zumindest mittelfristig – eine Belastung für die politische Stabilität der Nachbarländer dar. Dies hat weniger damit zu tun, dass der Staatsbildungsprozess Kosovos auch weiterhin schwierig sein wird und in zentralen, notleidenden Bereichen – Rechtsstaat, Wirtschaftsentwicklung – keine großen Entwicklungssprünge erwarten lässt. Das zentrale Problem der Unabhängigkeit ist vielmehr, dass diese nicht in Übereinstimmung der Beteiligten, sondern als einseitig durchgesetzte Sezession zu Stande kam. Der jahrhundertlange Konflikt zwischen Serben und Albanern um das Territorium ging im Februar 2008 nicht zu Ende. Die Auseinandersetzung vollzieht sich nun allerdings unter neuen Rahmenbedingungen.

Das Foto entstand am 26. Februar 2008 in Banja Luka. In der Republika Srpska, Teil des überwiegend von Bosniaken, bosnischen Serben und bosnischen Kroaten bewohnten Bosnien-Herzegowina, protestierten an diesem Tag bosnische Serben teils gewalttätig gegen die Unabhängigkeitserklärung Kosovos. Zu Ausschreitungen kam es daneben vor allem in Belgrad sowie in den serbischen Enklaven des Kosovo.

Kosovos Unabhängigkeit aus der Perspektive seiner Nachbarn

Im Folgenden sollen die bis heute absehbaren Auswirkungen der einseitig durchgesetzten Unabhängigkeit Kosovos auf die Beziehungen zu seinen Anrainerstaaten skizziert werden. Neben den unmittelbar angrenzenden Ländern Serbien, Mazedonien, Montenegro und Albanien wird hier auch Bosnien-Herzegowina behandelt, da ein Drittel seiner vier Millionen Einwohner ethnische Serben sind. Der allergrösste Teil lebt in der Republika Srpska (RS), die einen hohen Grad an Selbstständigkeit innerhalb des Gesamtstaates Bosnien-Herzegowina genießt.

In allen Nachbarländern Kosovos hat seit dem Februar 2008 die Gewissheit abgenommen, mit der man glaubt, künftige politische Entwicklungen voraussehen zu können. So gehen nicht nur die Beziehungen zu Serbien einer ungewissen Zukunft entgegen. Da in nahezu allen Nachbarländern orthodoxe Slawen oder Albaner leben, die eindeutige Sympathien für eine der Parteien des Kosovo-Konflikts hegen, stehen diese Staaten auch vor innenpolitischen Herausforderungen: In Mazedonien sind ein Viertel der zwei Millionen Einwohner albanischstämmig, und von den 600 000 montenegrinischen Staatsbürgern bezeichnen sich ein Drittel als ethnische Serben, fünf Prozent als ethnische Albaner.

Nachhaltige Ablehnung mit weitreichenden Konsequenzen: Serbien

In den Wochen und Tagen vor der Unabhängigkeitserklärung Kosovos stieg die Spannung in allen Hauptstädten der Region: Wie würde die serbische Führung auf die, aus ihrer Sicht, unrechtmässige Sezession der Südprovinz reagieren? Belgrad hatte, so hieß es, einen »Aktionsplan« beschlossen. Doch dessen Inhalt blieb selbst einzelnen serbischen Regierungsgliedern unbekannt. Würde es eine Grenzblockade geben, ein Warenembargo (Kosovo bezieht 30 Prozent seiner Importe aus

Serbien) oder die Einstellung von Stromlieferungen ins notorisch defizitäre Netz Kosovos? Würde Belgrad durch die Unterbrechung der Leitungen aus dem serbisch kontrollierten Gazivoda-Stausee die Südprovinz von der Wasserversorgung abschneiden oder die Kosovo-Serben zum Exodus aufrufen, um eine Flüchtlings-Krise zu provozieren? Vieles schien möglich. Nur eine Option war offiziell frühzeitig ausgeschlossen worden: der Einsatz der Armee. Die Nachbarstaaten, Prishtina und auch die Kosovo-Serben waren erleichtert, als Ministerpräsident Vojislav Koštunica kurz vor der Unabhängigkeitserklärung die Serben im Kosovo aufrief, in ihren Häusern zu bleiben und die Erklärung zu ignorieren. Seither sind Reaktionen der serbischen Seite auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene sichtbar geworden. Freilich kommt es auch innerhalb der Regierung immer wieder zu Konflikten über die Angemessenheit einzelner Maßnahmen, insbesondere jener, die das Verhältnis zur EU belasten.

Lokal haben Demonstrationen gegen die Unabhängigkeit stattgefunden, die vieler Orts in aktiven Widerstand gegen die Autorität Prishtinas und der EU-Verwaltungsbehörde gipfelten. In Belgrad griffen Demonstranten am 21. Februar die Botschaften der USA, Kroatiens und Deutschlands an. Neben einer Vielzahl friedlicher Proteste kam es vor allem im serbisch besiedelten Nordzipfel Kosovos zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Serben und UNMIK-Polizisten bzw. KFOR-Soldaten. Demonstranten setzten am 19. Februar die Grenzposten Jarinje (Leposavić) und Brnjak (Zubin Potok) in Brand, die sie als Symbole einer illegal gezogenen Grenze betrachten. Seither sind Kosovos Zollorgane dort nicht mehr präsent.

Nach der Stürmung eines von serbischen Justizbeamten besetzten UNMIK-Gerichtsgebäudes am 17. März in Nord-Mitrovicë (serb. Mitrovica) durch UNMIK-Polizei brachen schwere Krawalle aus. Es gab Dutzende von Verletzten, ein UNMIK-Polizist starb. Vorübergehend zog sich die UNMIK aus dem Norden zurück. Mit diesen Demonstrationen widersetzten sich die Serben – bisher erfolgreich – jedem Versuch, in ihren Siedlungsgebieten die Staatsmacht Prishtinas oder die EU-Verwaltungsbehörde zu etablieren. Lediglich die UNMIK und die

KFOR werden akzeptiert, da deren Präsenz durch die UN-Sicherheitsratsresolution 1244 geregelt ist.

Regional werden die institutionellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Belgrad und den kosovo-serbischen Siedlungsgebieten intensiviert. Die Strategie zielt darauf ab, die serbischen Enklaven möglichst eng an Belgrad zu binden. Das serbische Ministerium für Kosovo hat eine Zweigstelle in Nord-Mitrovicë eröffnet. Finanzminister Mladjan Dinkić legte einen Investitionsplan vor, der die Gebiete wirtschaftlich entwickeln soll. Ein Projekt der Ministerien für Kosovo sowie des Äußeren will die »funktionale Teilung« zwischen serbischen und albanischen Siedlungsgebieten. Er wurde der UNMIK-Mission Mitte März überreicht, die ihn nach New York weiterleitete. Ob die »funktionale Teilung« eine Vorstufe der territorialen Teilung ist oder lediglich eine Form von personaler Autonomie der Serben innerhalb Kosovos darstellt, bleibt in der serbischen Öffentlichkeit (und auch innerhalb der Regierung) umstritten. Die bisher größte Herausforderung Prishtinas und der UNMIK stellt zweifellos die Organisation von Lokalwahlen durch Belgrad dar. Damit wird nicht nur die Souveränität Kosovos, sondern auch die (bisher anerkannte) Verwaltungshoheit der UN-Mission in Frage gestellt (vgl. den Beitrag von Martin Leithner, S. 223).

International ergreift Belgrad diplomatische und rechtliche Maßnahmen, um die Anerkennung Kosovos durch UN-Mitgliedsstaaten möglichst zu begrenzen. Der Außenminister hat die Botschafter aus jenen knapp 40 Ländern zurückbeordert, die Kosovo bislang anerkannt haben. Ob die diplomatischen Beziehungen mit diesen Ländern weiter zurückgestuft werden, ist eine offene Frage und hängt – wie vieles in der Kosovo-Politik – davon ab, aus welchen Parteien sich die serbische Regierung nach dem Urnengang vom 11. Mai 2008 zusammensetzen wird.

Auch rechtliche Schritte werden geprüft: Der Internationale Gerichtshof (ICJ) in Den Haag soll beurteilen, ob die Unabhängigkeitserklärung Kosovos das Völkerrecht verletzt hat. Zudem werden Klagen gegen anerkennende Staaten erwogen. Das erklärte Ziel dieser Maßnahmen ist es, möglichst viele Staaten von der Anerkennung Kosovos abzuhalten, um später neue Statusverhandlungen führen zu können.

Insgesamt hat Kosovos Sezession den nationalistischen Diskurs in Serbien verstärkt, dem Kosovo-Mythos zu neuer Blüte verholfen und einem Revanchismus Vorschub geleistet, dessen Folgen noch nicht überschaubar sind. Die politische Landschaft wurde noch stärker polarisiert - mit allen damit einhergehenden Stabilitätsrisiken und negativen Folgen für die Wirtschaftsentwicklung. In einem Teil der serbischen Gesellschaft wird die Distanzierung vom Westen und die Hinwendung zu Russland befürwortet. Es ist insbesondere die Politik gegenüber »Europa«, welche die politische Elite spaltet, die Regierung stürzen ließ und damit die – aller Voraussicht nach Weichen stellenden – Neuwahlen vom 11. Mai 2008 notwendig machte (vgl. S. 11).

Kompliziertes Staatsgefüge und hoher serbischer Bevölkerungsanteil: Bosnien-Herzegowina

Die Unabhängigkeit Kosovos stellt auch das schwache, föderalistische Staatsgefüge Bosniens auf eine Belastungsprobe. Schon im Vorfeld hatten bosnisch-serbische Politiker gedroht, in der Republika Srpska (RS) eigene Sezessionspläne (und die Vereinigung mit Serbien) voranzutreiben, falls Kosovo sich abspalte. Aus ihrer Perspektive stellt Kosovo einen Präzedenzfall dar, der bisher gültige Regeln internationalen Rechts aufhebt. Aus diesem Grund ist die Eigenstaatlichkeit Kosovos auch bei Politikern der bosniakischen Mehrheit nicht sehr willkommen. Eine Anerkennung sei ausgeschlossen, sagte Haris Silajdžić, das bosniakische Mitglied der dreiköpfigen, jeweils aus einem bosnischen Serben, bosnischen Kroaten und Bosniaken bestehenden Präsidentschaft des Landes – zumindest solange die eigene bosnisch-serbische Gemeinschaft dagegen sei.

Was sind die Folgen für die Republika Srpska und den Zusammenhalt des Landes? Seit einigen Jahren findet in Bosnien eine unfruchtbare Debatte über eine Verfassungsreform statt. Während (hauptsächlich) bosniakische Stimmen eine Zentralisierung des Landes fordern – mit dem Argument, dadurch die Effizienz der Politik zu steigern –, wehren sich bosnisch-serbische Politiker



Nachfolgestaaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens 2008

gegen die Abgabe von Kompetenzen aus ihrer hochautonomen Teilrepublik. Besonders eine von der EU geforderte Polizeireform, welche die Souveränität der RS einschränken würde, trifft auf starken Widerstand. Mit Kosovos Unabhängigkeit muss sich ein tief gespaltenes Bosnien auseinandersetzen, in dem eine Mehrheit der Serben ein eigenes Unabhängigkeitsreferendum befürwortet. Ob allerdings Milorad Dodik, der Ministerpräsident der RS, seine Drohungen wirklich wahr machen und in einem Referendum

rendum den Volkswillen bezüglich einer Sezession ausloten will, ist zweifelhaft. Seit dem Unabhängigkeitstag Kosovos hat er seine Rhetorik gemäßigt und kündigt ein Referendum nur für den Fall an, dass der Daytoner Vertrag von 1995 (bzw. die darin garantierte Existenz der autonomen RS) in Frage gestellt würde. Dass die politische Elite der bosnischen Serben ihre erhebliche Machtbasis in einem dezentralisierten Bosnien zu Gunsten einer Randexistenz im großen »Mutterland« Serbien tauschen möchte, ist unwahrscheinlich und begrenzt Vereinigungsgelüste. Dennoch hat Kosovos Beispiel den bosnischen Serben ein Argument in die Hände gespielt: Wenn diese frühere serbische Provinz das Recht auf Sezession habe, wird gesagt, dann habe es auch die RS. Das politische Spiel mit der Referendumsdrohung hat begonnen. Am 21. Februar verabschiedete das RS-Parlament eine Entschlie-ßung: Falls die Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten, also wenigstens 97 Staaten, Kosovo anerkennen, werde die Volksbefragung durchgeführt. Die harschen Proteste des »Hohen Vertreters« der Internationalen Staatengemeinschaft, der, mit weit reichenden Vollmachten ausgestattet, das prekäre Staatsgebilde überwacht, nützen wenig. Im Gegenteil: Seine Existenz macht es für die serbischen Politiker in Bosnien sogar attraktiver (weil weniger riskant) mit dem Feuer zu spielen. Denn letztlich garantiert die Internationale Gemeinschaft den Bestand des Gesamtstaates.

Abwägende Zurückhaltung: Mazedonien

Ähnlich wie in Bosnien ist die Bevölkerung Mazedoniens tief gespalten. Die Spaltung geht wahrscheinlich noch weiter als in Bosnien-Herzegowina, denn die 25 Prozent ethnischen Albaner im Land trennen nicht nur Religion und Sprache von der mazedonischen Mehrheit: Auch ihre Lebenswelt unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht. Es gibt in Mazedonien zwei politische Öffentlichkeiten, zwei politische »Märkte« und dementsprechend ist auch das Parteiensystem ethnisch bestimmt. Angesichts dieser Tatsachen überrascht es nicht, dass die Kosovo-Frage im Land sehr unterschiedlich wahrgenommen wird. Nach Umfragen sprechen sich 95 Prozent der Albaner für die sofortige Anerkennung Kosovos aus und halten den neuen Staat für ein Element re-

gionaler Stabilität. Unter den Mazedoniern sind dagegen 60 Prozent gegen die Anerkennung. Es gibt in der mazedonischen Gemeinschaft eine weitverbreitete Skepsis gegenüber den politischen Ambitionen der Albaner im Allgemeinen und der Kosovo-Albaner im Speziellen. Diese Vorbehalte schlagen gelegentlich in offene Ablehnung um. Sie erreichte 2001 einen Höhepunkt, nachdem eine »Nationale Befreiungsarmee« von Albanern aus Mazedonien mit engen personellen und logistischen Verbindungen nach Kosovo die Staatsmacht herausgefordert und das Land an den Rand eines Bürgerkriegs gebracht hatte. Dennoch gibt es in der mazedonischsprachigen medialen Öffentlichkeit einen Konsens, dass die Staatlichkeit Kosovos als Tatsache früher oder später auch formal anerkannt werden müsse. Der Umstand, dass sich Kosovo zu einem wichtigen Absatzmarkt für mazedonische Exporte entwickelt hat (Kosovo bezieht 40 Prozent seiner Importe aus Mazedonien) und die Schnellstraße Skopje–Prishtina eine Lebensader Kosovos ist, begünstigt diese Art von Realismus.

Nach dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien 1999 hatte das offizielle Skopje in der Unabhängigkeitsfrage zuerst eine ablehnende und dann eine neutrale Haltung eingenommen. Nicht nur um Friktionen mit den Nachbarn (Serbien, Albanien) zu vermeiden, sondern auch der innenpolitischen Brisanz wegen, stellte man sich auf den Standpunkt: Wir sind mit jeder Statuslösung einverstanden, die gütlich zwischen Belgrad und Prishtina ausgehandelt wird und die territoriale Integrität Mazedoniens respektiert. Als sich 2007 endgültig zeigte, dass – unter den gegebenen Verhandlungsbedingungen – ein Kompromiss nicht gefunden werden konnte, schwenkte Skopje auf die Linie der Westmächte ein. Auf deren »Empfehlung« hin – so der mazedonische Außenminister Antonio Milošoski – akzeptierte die Regierung Mazedoniens den Ahtisaari-Plan einer »beaufsichtigten Unabhängigkeit« als die bestmögliche Lösung. Gestiegen war aber auch der Druck aus der albanischen Gemeinschaft Mazedoniens, die seit je enge familiäre, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen mit den Kosovo-Albanern pflegt. Die offizielle Sprachregelung lautet seither: Mazedonien wird die Anerkennungsfrage in enger Absprache mit seinen euro-atlantischen Partnern (NATO, EU) lösen. Doch Skopje selbst übt sich in Zurückhaltung. Obwohl zur Teilnahme eingeladen, beteiligte sich Mazedonien nicht an der

»Anerkennungsinitiative« der serbischen Nachbarn Bulgarien, Kroatien und Ungarn am 19. und 20. März 2008.

Einen handfesten Grund für solche Vorsicht liefert der Grenzstreit mit Kosovo. Den zuvor punktuell unklaren Verlauf der Grenze zwischen Mazedonien und Kosovo hatten die Regierungen in Skopje und Belgrad 2001 vertraglich festgelegt. Das Parlament in Prishtina bezeichnete darauf diese Vereinbarung als ungültig und argumentierte, Serbien könne keinerlei Jurisdiktion in Kosovo beanspruchen. Zwar kassierte die UNMIK eine entsprechende Resolution des kosovarischen Parlaments, aber seither fordert Prishtina Neuverhandlungen über den Verlauf der Grenze, während Skopje davon ausgeht, dass diese nur noch markiert werden müsse. Umstritten sind etwa 200 Hektar Land der Berggemeinde Debelde, nördlich Skopje gelegen, die im Rahmen des Abkommens von 2001 – aus kosovarischer Sicht zu Unrecht – Mazedonien zugeschlagen wurden. Eine Beendigung dieses Grenzstreits macht die mazedonische Führung nun zur Voraussetzung für die Anerkennung Kosovos. Prishtina und die albanischen Parteien in Mazedonien ziehen demgegenüber eine umgekehrte Reihenfolge vor: Zuerst die Anerkennung, dann die Festlegung der Grenze.

Grundsätzlich befindet sich Mazedonien in der Kosovo-Frage (seit je) in einem zweifachen Dilemma: Innenpolitisch wird mit jeder Parteinahme das delikate Verhältnis zwischen Mazedoniern und ethnischen Albanern auf die Probe gestellt. Außenpolitisch strapaziert man entweder die Beziehungen mit Prishtina oder mit Belgrad – beides ökonomisch und politisch wichtige Nachbarn der Vardar-Republik.

Vorsicht in der früheren Teilrepublik: Montenegro

Eine ähnliche Formulierung bezüglich der Anerkennungsfrage wie in Skopje fand man in der montenigrinischen Hauptstadt Podgorica. Montenegros Ministerpräsident Milo Djukanović sagte unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos, sein Land werde die Entscheidung der EU-Staaten abwarten

und sich an ihnen orientieren, in einer derart heiklen Angelegenheit aber keinesfalls vorpreschen. Tatsächlich muss Montenegro Rücksicht auf die in ihrem Selbstverständnis fluktuierende serbische Minderheit (33 Prozent), aber auch auf die albanische Gemeinschaft (fünf Prozent) nehmen, wenn es den Frieden zwischen den Volksgruppen nicht aufs Spiel setzen will. Ein Vertreter aus Djukanovićs Partei äußerte, Montenegro wolle »nichts überstürzen, aber auch nichts verpassen, sondern den richtigen Zeitpunkt erwischen«. Mit anderen Worten legt die delikate innenpolitische Situation ein Vorgehen nahe, das die Anerkennung möglichst wenig auffallen lässt. Montenegro wird kaum zu den nächsten Ländern gehören, die Kosovo anerkennen, will aber auch nicht zu jenen Staaten gehören, die durch anhaltende Verweigerung der Anerkennung in die Schlagzeilen geraten.

Die serbische Minderheit Montenegros ergreift sehr aktiv gegen die Anerkennung Partei. Ihre Gruppierungen demonstrierten gegen die Republik Kosovo als »Fehlkonstruktion« der Mächte und »zweiten albanischen Staat« auf serbischem Boden. Etliche Emissäre aus Montenegro reisten über die Berge, um an den Protesten der Kosovo-Serben teilzunehmen. Die ethnisch-serbischen Parteien stehen in enger Verbindung mit dem serbischen »Mutterland«, von dem Montenegro seit der Auflösung des Staatenbundes 2006 institutionell getrennt ist. Viele montenegrinische Serben haben diese Trennung noch nicht wirklich akzeptiert. Umgekehrt votieren die ethnisch-albanischen Parteien Montenegros für eine baldige Anerkennung. Und da sie, anders als die serbisch orientierten Gruppen, an die regierende Partei von Djukanović gebunden sind, dürfte die Anerkennung eher etwas früher als später erfolgen.

Unterstützung und Anerkennung der ersten Stunde: Albanien

Albanien erkennt bislang als einziger Nachbarstaat die Unabhängigkeit Kosovos an. Die Haltung des Landes zur Kosovo-Frage entspricht – mit umgekehrten Vorzeichen – in ihrer Eindeutigkeit jener der bosnischen Serbenrepublik (Republika Srpska).



picture-alliance/dpa

US-Präsident George W. Bush traf am 10. Juni 2007 mit seiner Frau Laura in Tirana ein. Der erste Besuch eines amerikanischen Präsidenten weckte in Albanien Hoffnungen auf einen baldigen NATO-Beitritt des Landes und wurde außerdem als Symbol für die amerikanische Unterstützung kosovarischer Unabhängigkeitsbestrebungen gedeutet.

Albanien unterstützt das Unabhängigkeitsprojekt seit Jahren offen und nachhaltig. Die Kosovo-Frage einigt – neben der Befürwortung der euro-atlantischen Integration – als einziger Politikbereich die ansonsten notorisch zerstrittene politische Klasse Albaniens. Und auch hier – wie in der RS – liegt der Grund letztlich in der ethnischen Zusammensetzung des Landes: über 90 Prozent der albanischen Staatsbürger sind Albaner.

Dennoch war Albanien nicht der erste Staat, der Kosovos Unabhängigkeit anerkannte, wie das viele Albaner erwartet hatten. Man hatte den USA den Vortritt gelassen, bevor man am 18. Februar die diplomatischen Beziehungen aufnahm, um die Unabhängigkeit nicht als »gesamtalbanisches Projekt« erscheinen zu lassen. »Wir sind zwar zeitlich nicht die Ersten, die Kosovo anerkennen. Aber wenn es um Herz und Seele für Kosovo geht, sind wir die Ersten«, sagte Staatspräsident Bamir Topi. Die albanische Regierung stellte Prishtina sofort ein Botschaftsgebäude

in Tirana zur Verfügung, und bot sogar an, seine eigenen Auslandsvertretungen mit dem Staatenneuling zu teilen. Die Basis für die Anerkennung der Unabhängigkeit bilde, so Albanien Ministerpräsident Sali Berisha, eine Parlamentsresolution von 1991, welche den damaligen kosovarischen Untergrundstaat als Interessenvertretung der Kosovo-Albaner anerkannt hatte. Berisha, selbst ein langjähriger aktiver Befürworter der Unabhängigkeit Kosovos, hatte im Herbst 2006, als die Konsultationen Martti Ahtisaaris noch in Gang waren, die Garantie der vollen Souveränität durch die Mächte als einzig gangbaren Weg für Kosovo bezeichnet, der überdies in der Tradition europäischer Balkanpolitik stehe.

Freilich enthält sich Tirana bis heute allzu provokativer Schritte gegenüber Belgrad. Jeder Anschein, man strebe ein »Großalbanien« an, wird vermieden. Die albanische Regierung akzeptierte das Verbot der Kosovo-Kontaktgruppe, die Lösung der Kosovo-Frage durch einen Anschluss an Tirana zu suchen. Die Zurückhaltung hat mehrere Gründe: Ein solcher Schritt fände kaum Unterstützung innerhalb der politischen Elite des Kosovo. Die Machthaber in Prishtina möchten nicht zur Provinzregierung innerhalb Großalbanien degradiert werden und die albanische Führung will eine potenzielle Rivalität mit der kosovarischen Hauptstadt vermeiden. Vor allem aber will Albanien seine EU-Integration nicht durch großalbanische Allüren gefährden. Viele Albaner, hüben wie drüben, gehen davon aus, dass mit der zunehmenden europäischen Integration die Grenzen ohnehin unwichtig würden, und eine enge Kooperation albanischer Siedlungsgebiete möglich werde. Eine wesentliche Intensivierung der Beziehungen zu Kosovo erhofft sich Albanien überdies durch den geplanten Bau einer Schnellstraße zwischen dem albanischen Mittelmeerhafen Durrës und Prishtina. Die neue Schnellverbindung soll die Reisezeit von zehn Stunden auf ein Drittel verringern und Albanien und Kosovo nicht nur wirtschaftlich noch enger zusammenführen.

Andreas Ernst



Vuk Stefanović Karadžić, serbischer Philologe und Reformator des serbisch-kyrillischen Alphabets, hat für die serbische Literatur und Sprache eine vergleichbare Bedeutung wie die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm für Deutschland. Am 7. November 1787 in Tržić an der Drina geboren, wuchs Karadžić unter ärmlichsten Verhältnissen auf und brachte sich mit Hilfe einer kirchenslawischen Bibel selbst Lesen und Schreiben bei. Eine Schule besuchte er erstmals im österreichischen Sremski Karlovci (dt. Karlowitz) und musste 1813 als Teilnehmer an einem gescheiterten serbischen Aufstand gegen die osmanische Herrschaft von Belgrad nach Wien fliehen. Von dort aus begann Karadžić mit philologischen Arbeiten, zu deren bedeutendsten die Vereinfachung und Erneuerung der serbischen Schriftsprache zählt. Karadžić sammelte serbische Volksmärchen, Lieder und Sagen und machte sie erstmals in Westeuropa bekannt. Zur Mitte des 19. Jahrhunderts wurde sein philologisches Werk zu einer wichtigen Grundlage für die ersten Vorstöße, eine gemeinsame Schriftsprache der Serben und Kroaten zu schaffen (Književni dogovor – Übereinkunft über die Schriftsprache 1850; amtliche Einführung der Orthografie K.s in Serbien 1868; in Kroatien 1877). Karadžić brachte erstmals auch serbische Heldenerzählungen wie jene zu Papier, die sich um die Schlacht auf dem Amsselfeld 1389 ranken.

Der serbische Kosovo-Mythos

Nationale Mythen sind Erzählungen, die Bestandteil des kulturellen Gedächtnisses oder auch der Erinnerungskultur einer Nation sind. In der Regel enthalten sie einen historischen Kern, der eingebettet ist in Erzählelemente, deren fiktionaler Charakter unverkennbar ist. Mythen wollen auf komplizierte Fragen einfache, zeitlose Antworten geben. Sie erteilen Auskunft über die vermeintliche Herkunft einer Nation oder sie deuten »große« Ereignisse und Personen, mit denen sich die Angehörigen der Nation identifizieren können und sollen. Obwohl sich die Mythen der Nationen nach Struktur und Aussage auffallend ähneln, dienen sie vor allem dazu, die »Einzigartigkeit« und »Auserwähltheit« der jeweiligen Nation zu verdeutlichen. Häufig basieren sie auf älteren Überlieferungen, wurden aber erst im Zuge der Ausformung der Nation oder nach deren Reifung als nationale Mythen konstruiert, verbreitet und entsprechend den jeweiligen politisch-weltanschaulichen Vorgaben verändert bzw. umgedeutet. Für die serbische Nation zählt »Kosovo« zu den zentralen Mythen, die kollektive Identität stiften und der Orientierung in einer – infolge ihrer Komplexität – kaum mehr überschaubaren Welt dienen. Der Kosovo-Mythos unterscheidet sich nicht grundsätzlich von den Mythen anderer Nationen. Lediglich die handlungsleitenden Auswirkungen, die der Mythos noch Ende des 20. Jahrhunderts entfaltete, stellen eine Besonderheit dar.

Der historische Kern

Im Zentrum des Mythos steht die Schlacht, die am 15. bzw. 28. Juni (entsprechend dem julianischen bzw. gregorianischen Kalender) 1389 auf dem Amselfeld (serb. Kosovo polje, alb. Fushë Kosovë) nördlich von Prishtina stattfand. Dort stieß ein osmanisches Heer unter dem Befehl des Sultans Murad I. auf eine christliche Allianz, bestehend aus serbischen, bosnischen, bulgarischen und albanischen Kontingenten unter Führung des serbischen Fürsten Lazar Hrebeljanović. Der Sultan und der serbische Fürst ließen ihr Leben. Lazar (1329–1389) hatte am Hof

des serbischen Zaren Stefan IV. Dušan (1331–1355) gedient und eine entfernte Verwandte des Zaren geheiratet. Im Zuge der Auflösungskämpfe um Dušans Reich hatte er ein beträchtliches Territorium (mit der Hauptstadt Kruševac) erobert und sich den Titel »In Christus Gott frommer und autokratischer Herrscher Serbiens und der Donauländer« angeeignet. Kurz nach seinem Tod auf dem Amselfeld sprach ihn die serbische orthodoxe Kirche heilig (wie mehrere serbische Herrscher vor ihm).

Die spärlichen schriftlichen Quellen über die Schlacht ergeben ein äußerst lückenhaftes und widersprüchliches Bild. Wie sind der Sultan und der Fürst ums Leben gekommen? Wie stark waren die jeweiligen Heere? Wie war der Verlauf der Schlacht? Nicht einmal das militärische Ergebnis ist zweifelsfrei geklärt: Wer war Sieger, wer Verlierer? Am 20. Oktober 1389 schickte der Senat von Florenz ein Glückwunschsreiben an den bosnischen Herrscher Tvrtko I., der den serbischen Zarentitel trug und formal der Lehnsherr des Fürsten Lazar war, und beglückwünschte ihn zum Sieg über den »Mohammed-Verehrer« Murad I. Das osmanische Heer zog sich nach der Schlacht nach Edirne zurück, um die Inthronisierung von Murads Nachfolger sicherzustellen. Lazars Nachfolger mussten die Hoheit des neuen Sultans anerkennen – Serbien wurde ein Vasallenfürstentum. In der Praxis änderte dies aber wenig.

Erst die Niederlage des ungarischen Reichsverwesers János Hunyadi gegen Sultan Murad II. in der zweiten Schlacht auf dem Amselfeld am 18./19. Oktober 1448 besiegelte die osmanische Hegemonie in Südosteuropa für Jahrhunderte. 1455 wurde das Kosovo (mit dem Sitz des Patriarchen in Peć [alb. Pejë] und zahlreichen Klöstern) und 1459 der nordserbische Reststaat von Sultan Mehmed II. in das Osmanische Reich inkorporiert. Das bedeutete das definitive Ende des mittelalterlichen serbischen Reiches bzw. dessen, was davon nach Stefan Dušans Tod und der Aufsplitterung seines Imperiums übrig geblieben war. Obwohl die Amselfeld-Schlacht von 1448 weit aus bedeutendere Folgen hatte als die erste Schlacht auf dem Amselfeld von 1389, ist sie aus dem »historischen Gedächtnis« der Serben weitgehend verschwunden oder mit dem Ereignis von 1389 zu einer einzigen Schlacht verbunden worden. Wer vom mittelalterlichen Kosovo-Krieg spricht, meint die Schlacht

von 1389, die im »Gedächtnis« der Serben präsent ist, als wäre sie gestern geschlagen worden.

Die Überlieferung

Das Spektakuläre an der Schlacht von 1389 lag für die Zeitgenossen weniger im militärischen Ergebnis der Konfrontation als in der Tatsache, dass beide Heerführer ums Leben gekommen sind und Lazar in die Reihen der serbischen Heiligen aufrückte. Seit Anfang des 15. Jahrhunderts ist der 28. Juni, der Tag der Amselfeld-Schlacht und der Tag des Propheten Amos, zugleich der kirchliche Feiertag des heiligen Lazar. Mit dessen formeller Festschreibung nahm die legendäre Ausgestaltung der Ereignisse von 1389 ihren Anfang. Aus den ersten 40 Jahren nach Lazars Heiligsprechung sind 13 rühmende Texte über ihn und die Kosovo-Schlacht überliefert. Darin wird der Fürst als Märtyrer und Nachfolger Christi – in einem der Texte auch als »zweiter Christus« – verherrlicht und seine militärische »Niederlage« als spiritueller Sieg gedeutet. Später entwickelte sich daraus die Legende von der bewussten Entscheidung Lazars zu Gunsten des »himmlischen Reiches« unter Verzicht auf das irdische Reich. Der Lazar-Kult war eine Schöpfung des höheren, gebildeten Klerus.

Der zweite Strang der Kosovo-Überlieferung ging aus der Volksdichtung hervor, aus jenen Heldenliedern, die Anfang des 19. Jahrhunderts vom serbischen Sprachreformer Vuk Karadžić gesammelt und veröffentlicht wurden. Bis heute ist unklar, wann, wo und wie die mündlich tradierten Lieder des Kosovo-Zyklus in der von Karadžić aufgezeichneten Form entstanden sind. Neben einer christlichen weisen sie eine reich ausgeschmückte weltlich-heroische Komponente auf. In ihr steht nicht Lazar, der Liebling der Kirche, sondern der Sultansmörder Miloš Obilić, der Liebling des Volkes, sowie die anderen Heroen des 14. Jahrhunderts, darunter Königsson Marko (Kraljević Marko) und Jug Bogdan mit seinen neun Söhnen im Mittelpunkt der Verherrlichung. Die Anfänge der Heroisierung von Miloš reichen in das 15. Jahrhundert zurück. Ihr historischer Realitätsgehalt ist – gelinde gesagt – dubios. In den zeitgenössischen Quellen taucht Miloš nirgendwo auf.

Beide Überlieferungsstränge – die kirchlich-mönchische und die höfisch-ritterliche, die Heiligen-Legenden und die Helden-Sagen – verschmolzen im Verlauf des 19. Jahrhunderts zum Kosovo-Mythos.

Die Erzählung und ihre Botschaften

Das Kosovo als mentale »Wiege« des mittelalterlichen Serbien, als Ort der »heiligen Erzählung des serbischen Volkes«, als »serbisches Jerusalem« sowie die »Erinnerung« an die Schlacht auf dem Amselfeld bilden die beiden Grundbestandteile des Kosovo-Mythos (vgl. den Beitrag von Zoran Janjetović). Die Schlacht von 1389 steht für Tod und Vernichtung, für das Strafgericht Gottes, für Untergang, Leiden und Opferbereitschaft auf der einen, aber auch für die »Auferstehung« des irdischen Reiches und die Rache für das erlittene Unrecht auf der anderen Seite. Zum Arsenal dieses Mythos gehören das Gelübde von Kosovo, der Verrat des Vuk Branković, das Opfer des Miloš Obilić sowie die Vergeltung und Rache für die »Tragödie« von 1389.

Nach Auskunft des Mythos habe Sultan Murad I. Fürst Lazar (der häufig und fälschlich als »König« oder »Zar« bezeichnet wird) vor der Schlacht von 1389 aufgefordert, sich zu unterwerfen, da ein Land nicht zwei Herrscher haben könne, und er – Murad – die Herrschaft über die serbischen Länder beanspruche. Falls Lazar sich weigere, müssten die Waffen entscheiden. Der serbische Fürst wählte die Entscheidungsschlacht und versammelte seine Getreuen auf dem Amselfeld. Zu seiner engsten Umgebung gehörten sein Schwiegersohn Vuk Branković und Miloš Obilić – nach der Volksüberlieferung auch er ein Schwiegersohn Lazars. Ein Streit zwischen den Frauen beider Schwiegeröhne war der Anlass dafür, dass Vuk seinen Schwager bei Lazar des Verrats bezichtigte. Am Vorabend der Schlacht lud der Fürst seine Gefolgsleute – zwölf Edle, vergleichbar den Jüngern Christi – zu einem Abendmahl ein und brachte einen Trinkspruch auf Miloš aus, der ihn am nächsten Tag auf dem Schlachtfeld verraten werde. Wie Judas beim Abendmahl Christi, so wies auch Miloš beim Abendmahl des Fürsten den Verdacht zurück. Aber anders als Judas beschloss er, seine verletzte Ehre durch

eine Opfertat wiederherzustellen. Im Morgengrauen verschaffte er sich mit zwei Gefolgsleuten mittels einer List Zugang zum Zelt des Sultans und erdolchte diesen. Er selber büßte seine Tat später mit dem Opfertod. Vuk Branković dagegen »verriet« seinen Herren auf dem Schlachtfeld (und mit ihm das gesamte Serbentum): eine frühe Variante der Dolchstoßlegende. Was Vuk verraten haben soll, sagen uns die Erzählungen nicht. Anscheinend ist dies auch nicht wichtig. Wichtig ist nur der Verrat als solcher und die darin zum Ausdruck kommende innere Zwietracht der Serben. Die Quellen wissen von einem Treuebruch des Vuk Branković jedenfalls nichts.

Gegen die Verratsgeschichte spricht auch der zweite Strang der Überlieferung, demzufolge Lazar vor Beginn der Schlacht durch den heiligen Elias vor die Wahl gestellt wurde, entweder sofort ins Feld zu ziehen, die Türken zu besiegen und sein irdisches Reich zu retten oder eine Kirche zu bauen und damit die Schlacht, sein irdisches Reich sowie das eigene Leben zu verlieren. Der Fürst entschied sich mit einem Gelübde für das »himmlische Reich«: »Von kurzer Dauer ist das irdische Reich, Doch das himmlische in Ewigkeit und Ewigkeit.« Er ließ die Kirche bauen, verlor die Schlacht und starb den Märtyrertod. »Heilig war alles und wundervoll / Und dem lieben Gott ein Wohlgefallen.«

Lazar verkörpert die kirchlichen Ideale, indem er die Niederlage in einen Sieg verwandelt und das irdische Reich gegen das »himmlische Reich« tauscht. Miloš, der als »Adler« oder »Falke« der Liebling der Volksüberlieferung ist, steht dagegen für die irdisch-heroischen Ideale: für Opferbereitschaft, Wiederherstellung der Ehre und Tötung eines fremden Tyrannen. Der Kosovo-Schwur, der »Verrat« des Vuk Branković und die Opfertat des Miloš Obilić enthalten klare Botschaften: Der ehrenvolle Tod ist einem Leben in Schande vorzuziehen; Märtyrertum und Opferbereitschaft ebnen den Weg zum »himmlischen Reich«; Uneinig- und Treulosigkeit stürzen das Volk ins Verderben. Die Folge von Zwietracht und Verrat war die Niederlage von 1389, die (kontrafaktisch) als Untergang des serbischen Reiches, als »größte Katastrophe« und »Schicksalswende« in der serbischen Geschichte gedeutet wird. Mit ihr hätten die »fünfhundertjährige Sklaverei« durch die Türken und die Leiden der Serben

– oder wie man in den 1980er- und 1990er-Jahren formulierte: der »Genozid« an den Serben – ihren Anfang genommen.

»Kein christliches Volk hat in seiner Geschichte das, was das serbische Volk hat. Kein Volk hat Kosovo«, erklärte der »bedeutendste« serbische Theologe des 20. Jahrhunderts, Nikolaj Velimirović, der im Jahr 2003 von der serbischen Kirche heilig gesprochen wurde. »In der Geschichte der christlichen Völker gibt es keinen bekannten Fall, dass ein ganzes Heer, ein ganzes bewaffnetes Volk mit dem Willen zum Tod getränkt wird und für seinen Glauben in den Tod geht [...] Kosovo ist ein Unikum in der 20 Jahrhunderte langen Geschichte der christlichen Welt. [...] Kosovo ist das größte Grab christlicher Märtyrer, die an einem Tag gestorben sind.« Mit dem Opfertod von 1389 beginnt die Geschichte der Serben als »himmlisches Volk« (serb. nebeski narod). Der 28. Juni, der Tag des heiligen Lazar, der Tag des Propheten Amos und der Tag des heiligen Veit (Veitstag, serb. Vidovdan) rückte an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in den Rang eines nationalen und kirchlichen Feiertags auf. Der heilige Veit (serb. Vid) erfreute sich in der serbischen Volksreligiosität seit langem großer Beliebtheit, obwohl es sich dabei nicht um den im »Abendland« (z.B. in Corvey und Prag) verehrten sizilianischen Märtyrer, sondern um einen heidnischen Gott handelte, den die serbische Kirche erst nach langem Zögern 1892 kanonisierte.

Von der Volksüberlieferung zum Nationalmythos

Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts spielte die ethnische Zugehörigkeit der Helden in den Liedern keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Es gab Helden, die sowohl von Serben und Bulgaren wie von Kroaten und Albanern besungen wurden. Erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts – parallel zur Bildung der Nation – rückte die nationale Zuordnung der Helden in den Vordergrund. Mit ihrer Überführung in schriftliche Form durch Vuk Karadžić hielten die epischen Lieder, die auch in Mittel- und Westeuropa (nicht zuletzt von den Gebrüdern Grimm und von Goethe) bewundert wurden, ihren Einzug in die entstehende Ruhmeshalle

der serbischen Nationalkultur. 1847 erschien der »Bergkranz« (serb. Gorski vijenac) des montenegrinischen Fürstbischofs und Dichters Petar Petrović Njegoš, in dem der Kosovo-Mythos eine zentrale Rolle einnimmt. Njegoš' Verse gehörten schnell zum Allgemeinwissen gebildeter (und bald auch weniger gebildeter) Serben. Die Ereignisse von 1389 und ihre Protagonisten wurden fortan zum Gegenstand ungezählter Gedichte, Theaterstücke und Erzählungen. Auch die seit den 1870er-Jahren aufblühende Historienmalerei nahm sich des Kosovo-Mythos an und brachte mit den Bildern und Lithographien des Paja Jovanović bedeutende Kunstwerke hervor. Zur Literatur und zu den Bildern kamen Kalender, Schulbücher und schließlich nationale Feiern und Denkmäler. Die 500-Jahrfeier zur Erinnerung an die Schlacht auf dem Amselfeld – die erste große Inszenierung der serbischen Nation – im Jahre 1889, die Einführung des Veitstags in den »Schematismus« der orthodoxen Kirche 1892 sowie die vielfältigen nationalen Aktivitäten im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich bereiteten die nationale Euphorie, den Heldenkult und das Verlangen nach Rache für 1389 vor, die seit Anfang des 20. Jahrhunderts zum Durchbruch gelangten. Während der beiden Balkankriege von 1912/13, in deren Verlauf das Kosovo von serbischen und montenegrinischen Truppen erobert wurde, und während des Ersten Weltkriegs feierten sie ihre Triumphe. Der bekannteste jugoslawische Bildhauer des 20. Jahrhunderts, Ivan Meštrović (ein gebürtiger Dalmatiner), verhalf dem Kosovo-Mythos mit seinen vollendeten Skulpturen und Entwürfen in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu Weltruhm.

Konjunktoren des Mythos

Im gesellschaftlichen Alltag spielen Mythen eine wechselhafte Rolle. Zeitweilig prägen sie die öffentliche Wahrnehmung. Zu anderen Zeiten sind sie nicht mehr und nichts anderes als ein Teil des allgemeinen Bildungsguts oder des kollektiven »Gedächtnisses«. Für die Gegenwart werden sie als nicht relevant, geschweige denn als handlungsleitend empfunden. Mitunter werden Mythen umgedeutet oder durch andere Mythen abgelöst (ohne aus dem Bildungsgut automatisch zu verschwinden).

Im sozialistischen Jugoslawien haben die »Erinnerungen« an den Zweiten Weltkrieg, konkret: an den »Volksbefreiungskrieg und die sozialistische Revolution«, die serbischen »Kriegserinnerungen« an 1389 aus der öffentlichen Arena verdrängt. Nur wenige Menschen interessierten sich noch für das Kosovo als Territorium oder Mythos. Das änderte sich erst im Verlauf der schweren politischen, wirtschaftlichen und allgemeinen Orientierungskrise nach dem Tod Titos 1980. Es waren Vertreter der serbischen orthodoxen Kirche, Schriftsteller, Wissenschaftler und schließlich Politiker und Journalisten, die den Kosovo-Mythos in den 1980er-Jahren und insbesondere in deren zweiter Hälfte ins Zentrum der öffentlichen Diskussion in Serbien rückten und die Massen politisch mobilisierten. Meilensteine auf diesem Weg waren das berühmt-berüchtigte Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften von 1986 (vgl. Kasten auf S. 68) und die 600-Jahrfeier der Schlacht auf dem Amselfeld im Jahre 1989. Der Genozid-Topos, demzufolge die Serben seit 1389 einer permanenten existenziellen Bedrohung ausgesetzt und immer wieder »Opfer« gewesen seien, beherrschte bald die öffentliche Deutung von Vergangenheit und Gegenwart. Alles was mit diesem »Opfermythos« unvereinbar war, fiel durch die Raster der Wahrnehmung hindurch. Gegen Ende der 1980er-Jahre setzte Serbiens Präsident Slobodan Milošević den Kosovo-Mythos gezielt dazu ein, um seine Vision eines Großserbien zu untermauern. »Wir werden die Schlacht um Kosovo gewinnen, ungeachtet aller Hindernisse, mit denen wir innerhalb und außerhalb des Landes konfrontiert sind«, rief er am 19. November 1988 den Teilnehmern einer Massenkundgebung in Belgrad zu. Und bei anderer Gelegenheit ergänzte er in goebbelsscher und hitlerscher Manier: »Serbien wird groß sein oder es wird gar nicht sein.« Ein Mitglied des serbischen Schriftstellerverbandes fügte 1989 emphatisch hinzu: »Am 600. Jahrestag der Schlacht von Kosovo verkünden wir, dass Kosovo Serbien ist und dass diese Tatsache weder von der albanischen Fertilität noch von der serbischen Mortalität abhängt. Dort ist so viel serbisches Blut geflossen und dort sind so viele heilige Relikte, dass Kosovo serbisches Land bleiben wird, auch wenn kein einziger Serbe dort bleibt.«

Aber es gab auch Gegenstimmen. Bereits Anfang November 1987, nachdem Milošević den bisherigen serbischen Staats-

präsidenten Ivan Stambolić entmachtet hatte, schrieb Bogdan Bogdanović, Architekt und ehemaliger Bürgermeister von Belgrad, einen Brief an das Zentralkomitee des serbischen Bundes der Kommunisten. Darin hieß es: »Serbien ist müde vom Herumgespielen mit nationalen Dramen und von deren Zerschlagung zum Kleingeld der täglichen Politik. Es ist müde von seiner Geschichte, die es nicht versteht und über die es sich wundert. Es ist müde von den schweren, tragischen, unbedacht geführten Kriegen, und es ist noch müder von der wahnsinnigen Apotheose dieser Kriege, von den Trompeten und Trommeln, die selbst jetzt, am Ende des 20. Jahrhunderts, noch immer in ihrem Geist und in ihrem Ohr widerhallen.« Und am 28. März 1994 – noch vor der militärischen Wende im Bosnien-Krieg – schrieb Danica Drašković, die ihren Beruf als Richterin aus Opposition gegen das Milošević-Regime an den Nagel gehängt hatte: »Der serbische Bauer braucht keine Länder, sondern Leben. Wählen [...] wir uns ein kleines Serbien, damit wir in ihm leben wie die Serben in Amerika und Deutschland, zum Beispiel. Für diese Idee wird es mehr Freiwillige geben als für ein großes, leeres, armes und hungriges Serbien. [...] Von Großserbien haben wir bisher nur Krieg, Elend und Hunger gehabt.«

Das waren vereinzelte Stimmen. Der Abschied vom Kosovo-Mythos ist noch ein langer Prozess.

Holm Sundhaussen



Hunderttausende Serben versammelten sich am 28. Juni 1989 auf dem ehemaligen Schlachtfeld des »Kosovo polje« (alb. Fushë Kosovë), wo 600 Jahre zuvor der Niedergang des mittelalterlichen serbischen Reiches begonnen hatte. Das Foto zeigt den damaligen Präsidenten der serbischen Teilrepublik, Slobodan Milošević (rechts), mit dem Präsidenten des Staatspräsidiums, Janez Drnovšek (links). Miloševićs Rede auf dem Amselfeld gilt heute als eines der zentralen Ereignisse, die den nationalen Konflikt im früheren Jugoslawien entfachten.

Der Mythos um die Schlacht hat bis heute kaum etwas von seiner Wirksamkeit verloren. Sowohl im Kosovo als auch in Serbien betrachten ethnische Albaner wie Serben auf unterschiedliche Weise das Amselfeld als »Heiliges Land«. Die Unabhängigkeitserklärung vom Februar 2008 ändert an dieser Wahrnehmung nichts.

Kosovo – das »Heiliges Land« der Serben

Das Kosovo-Problem unterscheidet sich von vergleichbaren territorial-ethnischen Konflikten vor allem insofern, als beide Konfliktparteien das strittige Gebiet als ihr »Heiliges Land« bzw. als ihre nationale Wiege auffassen. Nach verbreitetem albanischem Verständnis stammen die Albaner von den antiken Illyrern aus dem Raum Kosovo ab. Nicht nur diese illyrische Ahnherrenschaft, sondern besonders auch deren räumlicher Ursprung ist in der Wissenschaft allerdings umstritten (vgl. den Beitrag von Konrad Clewing zur Bevölkerungsgeschichte). Dass die Liga von Prizren, die den politischen Anfang der albanischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert markiert, ihren Ausgangspunkt im Kosovo hatte, ist demgegenüber unbestritten (vgl. den entsprechenden Beitrag von Agilolf Keßelring).

Auch im serbischen Fall darf man den Begriff »Wiege« nur figurativ begreifen – obwohl es sehr viele Serben gibt, die ernsthaft daran glauben, das Kosovo sei der eigentliche »Geburtsort« des mittelalterlichen serbischen Staates gewesen. Doch damit nicht genug: Das Kosovo wird vielfach als der »Geburtsort« der serbischen Nation betrachtet. Wie aber ist diese populäre Fehlauflassung entstanden, und wo liegt heutzutage ihre Bedeutung?

Säkulare und kirchliche Strukturen im Mittelalter

Im Mittelalter galt lediglich für das eigentliche »Kosovo polje« (Amselfeld) die Bezeichnung Kosovo. Erst in osmanischer Zeit dehnte man diese auf die gesamte heutige Provinz und die umliegenden Territorien aus. Schon im 7. Jahrhundert strömten slawische Stämme auf die Balkanhalbinsel. Die ortsansässige Bevölkerung des Kosovo wurde verdrängt, zerstreut oder allmählich assimiliert. Das Territorium der heutigen Provinz war auch nicht der Entstehungsort des ersten serbischen Staates. Dieser ist im heutigen Montenegro zu suchen. Der erste dauerhafte serbische Staat entstand im späten 12. Jahrhundert in jenem Gebiet, das

heutzutage als Sandžak bezeichnet wird. Dessen Zentrum ist Raška, in der Nähe von Novi Pazar, und damit nicht das Kosovo selbst.

Stefan Nemanja bemächtigte sich des Territoriums der heutigen Provinz gegen Ende des 12. und im frühen 13. Jahrhundert. Sehr bald wurde das Kosovo zum Mittelpunkt eines lebensfähigen serbischen Staates. Hier entstanden die Residenzen der Könige – Pauni, Nerodimlje, Štimlje, Svrčin und unter Zar Dušan auch Prishtina sowie eine Reihe größerer und kleinerer Klöster und Kirchen (etwa 1300) – viele davon auf den Grundmauern älterer Gotteshäuser. Neben zwei bereits existierende orthodoxe Bistümer trat ein weiteres – Hvosno. Der Sitz des autokephalen (kirchenrechtlich eigenständigen) serbischen Erzbischofs (seit 1346 Patriarch) wurde 1253 nach Peć (alb. Pejë) verlegt. Dies zog im Kosovo eine einzigartige Bautätigkeit nach sich: Unter den serbischen Kirchen ragt die Fünfkuppelkirche von Gračanica (alb. Graçanicë) besonders heraus, die heute unter dem Schutz der UNESCO steht. Das größte und prächtigste der serbischen Klöster ist Visoki Dečani. Zentrale Bedeutung kommt ferner den Sakralbauten der Heiligen Mutter Gottes Ljeviška in Prizren sowie Banjska bei Kosovska Mitrovica (alb. Mitrovicë) und den Kirchen der Heiligen Apostel und des Heiligen Demetrius beim Sitz des Patriarchen in Peć zu. Die Zahl serbischer Kirchen und Klöster war so groß, dass der westliche Teil der heutigen Provinz Kosovo Metohija genannt wurde, nach dem griechischen Wort für Kirchenbesitz. Auf die große kirchliche Bedeutung verweist bis heute die offizielle serbische Bezeichnung für das Gebiet, »Kosovo und Metohija«.

Die orthodoxe Blütezeit im mittelalterlichen Kosovo wird häufig als vermeintlich schlagender Beweis dafür angeführt, dass das Land schon vor der Eingliederung in den serbischen Staat dicht von Serben besiedelt gewesen sei. Eine Präsenz nomadisierender walachischer Berghirten und verstreuter Albaner wird in der serbischen Geschichtsschreibung nicht geleugnet, ist aber aus dem Bewusstsein der Bevölkerung vollkommen verschwunden: Die überwiegende Mehrzahl der Serben sieht das Kosovo geradezu als Prunkschild des mittelalterlichen serbischen König- bzw. Kaiserreiches, als reinstes Land der Serben.

Gründe für die serbische Machtentfaltung

Warum wurde das Zentrum des mittelalterlichen Staates in die neuen Gebiete verlagert? Üblicherweise befand sich der Sitz des Herrschers dort, wo dieser seine Hausmacht besaß. Im serbischen Fall ist die Erklärung einfach und steht im Einklang mit der Herrschaftspraxis südslawischer Fürsten. Diese hatten ihre Reiche meist nahe des Einflussbereichs der antiken griechisch-römischen Zivilisation gegründet. So entstand das kroatische Territorium in Dalmatien, nahe der römisch-byzantinisch dominierten Adria-Küste. Ähnlich verhielt es sich mit dem ersten serbischen Staat, der sich im Hinterland von Küstenstädten entwickelte. Rascia – so die unter Stefan IV. Dušan in der Nachfolge Ostroms übliche Bezeichnung für das serbische Königreich – entstand zunächst in einem Gebiet mit niedrigem Entwicklungsniveau, verschob seinen Schwerpunkt jedoch schon bald in die reicheren und zivilisierteren Landesteile, die bereits von Slawen (d.h. von Serben) besiedelt waren. Außer der Bedeutung der Städte und Bistümer sprach für ein Zentrum im Kosovo auch, dass dieses sich in der Nähe von Territorien befand, die weiterhin unter byzantinischer Herrschaft und somit unter dem Einfluss der griechischen Kultur standen. Die Wirtschaft hatte sich hier weiterentwickelt, mehrere wichtige Handelsstraßen kreuzten das Gebiet. Hinzu kamen bedeutende Gold- und Silberbergwerke: Novo Brdo (alb. Novobërdë) war im 15. Jahrhundert das größte des Balkans. Die serbischen Könige wussten diese Vorteile zu nutzen und förderten sie nach Kräften: Das Kosovo war damals alles andere als das »Armenhaus Europas«. Während Belgrad als ungarische Festung noch außerhalb der Grenzen Serbiens lag, stellte das Kosovo den reichsten und kulturell am weitesten entwickelten Teil des jungen Staates dar.

Die Schlacht der Schlachten

Die geschilderten Entwicklungen allein reichten bereits dazu aus, dem Kosovo einen Ehrenplatz in der serbischen Geschichte zu sichern. Die Gründe dafür, dass diese Region noch heute für die Serben eine derart bedeutende Rolle spielt, sind allerdings

weit komplexerer Natur. Da das Kosovo – sieht man von den kurz zuvor eroberten Gebieten in Griechenland und Albanien ab – im äußersten Süden des mittelalterlichen serbischen Staates lag, wurde es früher vom osmanischen Ansturm bedroht als die nördlichen Landesteile. Nach der serbischen Niederlage in der Schlacht am Fluss Marica (1371) und zwei kleineren serbischen Siegen bei Paraćin (1381) und Pločnik (1386) kam es auf dem Amselfeld 1389 zur entscheidenden Schlacht. Doch vieles ist vom Schleier des Mythos verhüllt (vgl. den Beitrag von Holm Sundhaussen). Vielleicht gerade deswegen ist die Schlacht als die vermutlich tiefgreifendste und schicksalsträchtigste Niederlage der serbischen Geschichte so sehr im nationalen Gedächtnis verhaftet. Militärisch-taktisch gesehen kann ihr Ausgang wohl eher als unentschieden bezeichnet werden. Doch konnte sich das Osmanische Reich mehrere solcher Schlachten leisten, Serbien indes nicht. Die Nachkommen des Fürsten Lazar wurden Vasallen des Sultans. Rückwirkend hat sich die Schlacht auf dem Amselfeld als der Anfang vom Ende des mittelalterlichen serbischen Staates erwiesen – also als eine historische, wenn auch nicht vollkommene militärische Niederlage.

Der Kosovo-Mythos hätte nicht überlebt und eine derartige Popularität erlangt, hätten die konkreten Lebensbedingungen unter osmanischer Herrschaft dies nicht gefördert. Das Amselfeld hat den Freiheitsdrang des Volkes wach gehalten. Flüchtlinge und Umsiedler verbreiteten den Mythos unter den kämpferischen und freiheitsliebenden Bergstämmen Montenegros und der Herzegowina. Er stählte den einheimischen Ehrenkodex und fachte den Patriotismus an. Da die gebirgigen Rückzugsgebiete auf Dauer eine größere Anzahl von Menschen nicht ernähren

Die Nemanjiden stellten von 1167 bis 1371 die serbischen Herrscher. Die Dynastie geht auf Stefan Nemanja (1185–1199) zurück. Sie schwankte anfänglich noch zwischen ost- und westkirchlichem Ritus, spätestens mit Sava von Serbien setzten sich jedoch die Orientierung nach Konstantinopel und der orthodoxe Ritus durch. Im ausgehenden 13. Jahrhundert wurde in Serbien das byzantinische Hofzeremoniell verbindlich. *(bc; vgl. auch den Beitrag von Oliver J. Schmitt)*

konnten, verbreitete sich deren Bevölkerung während der Jahrhunderte der osmanischen Herrschaft auch in andere Gegenden: sie siedelte in Dalmatien, Bosnien, an der österreichischen Militärgrenze in Kroatien und nicht zuletzt in Serbien selbst. Der Kosovo-Mythos der Volksdichtung wurde zum gemeinsamen geistigen Gut aller Serben. Er lehrte sie, dass Freiheit erreichbar ist, obwohl die Widerstände auf dem Weg zu ihr kaum überwindbar scheinen. Auf diese Weise wurde eine goldene »Brücke über die Jahrhunderte der Knechtschaft geschlagen«, wie es der serbische Historiker Stojan Novaković ausdrückte.

Der Kosovo-Mythos hat es den Serben mit ermöglicht, Jahrhunderte der Fremdherrschaft zu überstehen. Andererseits verhinderte er bei vielen Serben das Aufkommen eines modernen, rationalen Geschichtsbewusstseins. Diese Tatsache nutzten serbische Machthaber immer wieder für ihre Zwecke – so etwa anlässlich des Beitritts Jugoslawiens zum Drei-Mächte-Pakt 1941 oder während der Kosovo-Krise 1998/99 durch Slobodan Milošević. Da viele Serben das Kosovo nach wie vor als ihr »Heiliges Land« betrachten – das nicht umsonst bisweilen »serbisches Jerusalem« genannt wird –, dürfte es äußerst schwierig werden, serbischerseits eine Akzeptanz der kosovarischen Unabhängigkeit zu erreichen. Die Tatsache, dass den Albanern das Kosovo auf ihre Weise ebenso heilig ist, macht das friedliche Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen innerhalb neuer Staatsgrenzen nicht einfacher.

Zoran Janjetović



Kinder – hier albanische Flüchtlinge und Kinder ethnischer Minderheiten, aufgenommen im März 1998 nahe der Stadt Llaushë (serb. Lauša), 50 Kilometer westlich von Prishtina – zählten zu den Hauptleidtragenden der Auseinandersetzungen in der serbischen Provinz Kosovo. Seit Beginn der 1990er-Jahre kam es dort zu heftigen Auseinandersetzungen um das Bildungs- und Gesundheitswesen, das die serbischen Behörden unter ethnischen Gesichtspunkten »säuberten«. Kinder und Jugendliche verloren schrittweise die Möglichkeit des albanischsprachigen Unterrichts, schließlich sogar den Zutritt zu Schulen und Universitäten. Die serbische Politik zog die Entstehung eines Untergrundstaates nach sich, in dem sich – zunächst gewaltfrei – die albanische Bevölkerungsgruppe im Kosovo organisierte.

■ Parallelgesellschaftliche Strukturen im Kosovo (1989–1999)

Nach dem Machtaufstieg von Slobodan Milošević 1987 zielte die strategische Ausrichtung der serbischen Politik auf die Revision der Verfassung von 1974. Durch die Herabstufung der Autonomie der Vojvodina im Oktober 1988 und des Kosovo im März 1989 sollte die Einheit Serbiens wiederhergestellt werden. Für die Kosovo-Albaner bedeutete dieser Schritt das Ende einer knapp 20-jährigen Phase weitgehender politischer Gleichberechtigung in Jugoslawien. Der politischen Entmachtung der Kosovo-Albaner folgte eine konsequente Serbisierungskampagne, die sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens umfasste. Medien-, Schul-, Gesundheitswesen, Verwaltung, öffentlicher Dienst sowie maßgebliche Branchen der Wirtschaft wurden weitgehend von Albanern »gesäubert«. Erneut sollten Kolonisierungsprogramme dem demographischen Übergewicht der Albaner entgegenwirken. Die Kosovo-Albaner reagierten auf ihre Degradierung und Verdrängung aus den öffentlichen Instanzen mit dem Aufbau eigener gesellschaftlicher und politischer Institutionen. Diese außerhalb gesetzlicher Bestimmungen etablierten Einrichtungen verfolgten das Ziel, den Menschen einen Rückhalt zu geben, die Versorgung mit elementaren Dienstleistungen sicherzustellen und sie im Widerstand gegen das serbische Regime zu einen. Viele Kosovo-Albaner, die der politischen Entwicklung ohnmächtig gegenüberstanden, erblickten hier eine Chance, selbst aktiv zu werden und Solidarität zum Ausdruck zu bringen. So entstanden im Kosovo zwei ethnisch getrennte soziale Welten, die weitgehend unabhängig voneinander existierten.

Eine zentrale Rolle beim Aufbau von Parallelstrukturen spielte die im Dezember 1989 gegründete Demokratische Liga des Kosovo (alb. Lidhja Demokratike e Kosovës, LDK) unter Ibrahim Rugova. Die LDK wurde rasch zur bedeutendsten politischen Sammelbewegung für alle albanischen Bevölkerungsschichten. Ihre Organisation war stark in traditionellen dörflichen Strukturen verankert. Zahlreiche Initiativen für die Formierung einer zivilen Widerstandsbewegung kamen aber auch von Intellektuellen aus dem städtischen Milieu. Unter den Albanern in verschiedenen

Ibrahim Rugova

Zur Symbolfigur für das Unabhängigkeitsstreben des Kosovo wurde Ibrahim Rugova, geboren am 2. Dezember 1944 in Cerrcë (serb. Crnce). Rugova war vom März 2002 bis zu seinem Tod am 21. Januar 2006 Präsident des Kosovo. Der international angesehene Philologe studierte unter anderem an der Sorbonne in Paris, erwarb 1984 an der Universität Prishtina den Dokortitel in Albanischer Literatur und war Präsident des kosovarischen Schriftstellerverbandes. Zunächst Mitglied der jugoslawischen Kommunisten, wurde Rugova wegen kritischer Äußerungen gegen die Verfassung aus der Partei ausgeschlossen. 1989 gründete er die Demokratische Liga des Kosovo (LDK). Nach Ausrufung der Unabhängigkeit innerhalb Jugoslawiens im Juli 1990 und der völligen Selbstständigkeit im Herbst 1991 wählte die kosovo-albanische Bevölkerung Rugova am 24. Mai 1992 zum Präsidenten der »Republik Kosova«. Unter Rugovas Führung entstanden parallel zu den serbisch dominierten Verwaltungsstrukturen kosovo-albanische Einrichtungen. Eine »Exilregierung« sicherte von Deutschland, der Schweiz, Albanien und Mazedonien aus die Arbeit der neuen Untergrundbehörden mit der finanziellen Unterstützung der kosovo-albanischen Gemeinde im Ausland.

In der Auseinandersetzung mit Serbien betonte Rugova stets das Prinzip der Gewaltfreiheit und des passiven Widerstandes. Dies brachte ihn in Gegensatz zu jenen Kosovo-Albanern, die gegen die serbische Verwaltung mit anderen Mitteln vorgehen wollten. Seinen Platz an der Spitze der Übergangsverwaltung ab 1999 erstritt Rugova gegen den Widerstand radikaler Gruppen wie der Kosovo-Befreiungsarmee (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, UÇK). Mit den ehemaligen Angehörigen des bewaffneten Widerstandes verband ihn allerdings der Wunsch nach der staatlichen Unabhängigkeit. Rugovas Position der Gewaltfreiheit sah die Öffentlichkeit umso kritischer, je länger internationale Erfolge auf dem Weg zur Eigenstaatlichkeit auf sich warten ließen.



Ibrahim Rugova im Wahlkampf 2004

picture-alliance/dpa/Valdin Xhemaj

Während der Luftangriffe der NATO wurde Rugova festgesetzt, verhandelte in Belgrad mit Slobodan Milošević über den zukünftigen Status der umkämpften Provinz und kehrte im Juli 1999 über Italien in das Kosovo zurück. Dort gewann seine LDK bei den durch die UNO durchgeführten Parlamentswahlen von 2001 die Mehrheit. Am 4. März 2002 wurde Rugova zum provisorischen Präsidenten gewählt und 2004 nochmals in seinem Amt bestätigt. Den Beginn der für das Frühjahr 2006 vorgesehenen Statusgespräche zwischen Belgrad und Prishtina erlebte Ibrahim Rugova nicht mehr. Er selbst hätte die albanische Delegation am Verhandlungsort Wien führen sollen. (bc)

europäischen Ländern (vor allem in der Schweiz und Deutschland) sowie in den USA baute die LDK ein Netzwerk von Niederlassungen auf (vgl. den Beitrag von Georgia Kretsi). Im Kosovo selbst entstand ein einkommensabhängiges Besteuerungssystem, um die laufenden Kosten zu decken. Der Geist, der dem antiserbischen Widerstand in seiner ersten Phase innewohnte, speiste sich aus der Hoffnung, nach dem Vorbild ostmitteleuropäischer Protestbewegungen mit friedlichen Mitteln das autoritäre Regime zum Einlenken zu bewegen. Auf albanischer Seite war man sich darüber im Klaren, dass jeglicher bewaffneter Aufstand angesichts fehlender militärischer Ressourcen chancenlos wäre. Für viele Albaner wurde der Gewaltverzicht aber auch zu einer bewussten Oppositionshaltung, um sich gegen die Verunglimpfungen der serbischen Propaganda abzuheben und der internationalen Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass das Unrecht nicht von ihnen ausging, sondern von jenen, die ihnen dies unentwegt vorwarfen. In gewisser Weise wollte man durch die Gewaltfreiheit ein »Reifezeugnis« ablegen, mit dem sich die Zugehörigkeit zu Europa und der legitime Anspruch auf Eigenstaatlichkeit begründen ließen. Wie die weitere Entwicklung jedoch eindrucksvoll verdeutlicht, ließ sich aus dieser Position kein politisches Kapital schlagen. Spätestens mit der Unterzeichnung des Abkommens von Dayton 1995, das Milošević rehabilitierte und die Kosovo-Frage aus der gesamtjugoslawischen Nachkriegsordnung ausklammerte, gewannen jene politischen Kräfte die Oberhand, die eine militärische Eskalation für Erfolg versprechender erachteten. Anhand der Entwicklung im Bildungs- und Gesundheitswesen, in den Medien

sowie in der Ökonomie sollen in der Folge die wichtigsten Bereiche skizziert werden, die für die Ausbildung parallelgesellschaftlicher Strukturen maßgeblich waren.

Bildung, Medien und Gesundheitswesen

In der serbisch-albanischen Auseinandersetzung wurde insbesondere die Frage der Bildungshoheit zu einem umkämpften Thema. Während man auf serbischer Seite die Bildungseinrichtungen im Kosovo als Hort nationalistischer albanischer Propaganda brandmarkte, zählten Schulen und Universitäten für die Kosovo-Albaner zu den wichtigsten politischen Errungenschaften, die den Geist von Freiheit und Unabhängigkeit verkörperten. Als Belgrad im August 1990 die für Serbien gültigen rechtlichen Bestimmungen und Lehrpläne mit nur geringen Zugeständnissen an die albanische Bevölkerung auf die bis dahin relativ eigenständige Provinz Kosovo übertrug, eskalierte der Konflikt. Die albanische Lehrerschaft verweigerte sich den Bestimmungen aus Belgrad fast geschlossen und führte den Lehrbetrieb in gewohnter Weise fort. Daraufhin wurde in Schulen mit mehrheitlich serbischer Belegschaft der Unterricht in albanischer Sprache ausgesetzt. Auf behördlicher Ebene reagierte man auf den Widerstand der albanischen Lehrer ab Januar 1991 mit der Einstellung der Lohnzahlungen. Im Mai desselben Jahres kündigten die serbischen Behörden an, die Hälfte der Mittelschulen im Kosovo zu schließen. Gleichzeitig wurden den serbischen Grundschulabsolventen mehr Mittelschulplätze zugeordnet, als überhaupt erforderlich gewesen wären. Im August 1991 verloren 6000 Mittelschullehrer sowie die Direktoren und Vizedirektoren von 115 Grundschulen ihre Anstellung. Als zu Beginn des Schuljahres 1991/92 die albanischen Schülerinnen und Schüler vom Schulbetrieb ausgeschlossen wurden, kam es zu heftigen Protesten und Streiks in der Provinz. Da die jugoslawische Verfassung den Grundschulbesuch als obligatorisch vorgeschrieben hatte, wurde die Maßnahme dann im Sommer 1992 zumindest für diesen Schultyp wieder rückgängig gemacht. Der Unterricht serbischer und albanischer Kinder fand von nun an jedoch in getrennten Räumlichkeiten oder im Schichtbetrieb statt.

Angesichts der Unversöhnlichkeit der Standpunkte und der fortgesetzten Ausschließungspolitik seitens der serbischen Behörden engagierten sich die verantwortlichen Stellen auf kosovo-albanischer Seite verstärkt für die Einrichtung eigener, vom Staat unabhängiger Bildungsstätten. Der Unterricht wurde in leer stehende Gebäude, Moscheen und Privatwohnungen verlegt. Lehrmaterialien stammten anfänglich aus Albanien, bis man mit der eigenständigen Produktion begann. Insgesamt litt der parallel eingerichtete Schulbetrieb jedoch an der miserablen Ausstattung und der mangelhaften Qualifikation der Lehrer. Trotzdem kam es insgesamt nur zu einem leichten Rückgang der Schulabschlüsse, der vor allem zu Lasten der Mädchen ging.

Ähnlich wie im Schulbereich entwickelte sich die Lage an der Universität Prishtina. Nachdem bereits nach den Unruhen von 1981 zahlreiche albanische Dozentinnen und Dozenten ihre Anstellung verloren hatten – mit entsprechenden Auswirkungen auf den Lehrbetrieb –, spitzte sich die Lage Anfang der 1990er-Jahre dramatisch zu. Nach einer weiteren, umfassenden Entlassungswelle albanischer Lehrkräfte wurde den albanischen Studenten und Studentinnen zu Beginn des Studienjahres 1992/93 der Zutritt zu den Universitätsgebäuden gänzlich verwehrt. Für den Lehrbetrieb blieb nur noch das Ausweichen auf private Räumlichkeiten. Auch die Unterbringung der Studenten musste von nun an privat geregelt werden.

Insgesamt hatten die serbischen Maßnahmen katastrophale Auswirkungen auf die Ausbildung an den Hochschulen. Hinzu kam, dass zahlreiche Studenten aktiv in die politischen Auseinandersetzungen eingebunden waren. Aus Angst vor Verfolgung, aber auch aus Furcht, zum Militärdienst eingezogen zu werden, verließen sie in großer Zahl das Land, um entweder nach Albanien oder vor allem nach Westeuropa zu gehen.

Ähnliche Veränderungen wie im Bildungswesen vollzogen sich auch in der Medienlandschaft des Kosovo. Die Redaktionen waren das Ziel gründlicher »Säuberungen«. Die wichtigsten albanischen Tageszeitungen und Journale konnten nicht mehr erscheinen. Die beiden größten albanischen Verlagshäuser verlor der serbische Panorama-Konzern ein. Vergleichbar verlief die Entwicklung bei Radio und Fernsehen. Das kosovo-albanische Informationswesen stand unter starkem Einfluss der

Mutter Teresa

Agnes Gonxha Bojaxhiu wurde Mutter Teresa am 27. August 1910 als Tochter eines Bauunternehmers geboren, ihre Familie stammte aus Prizren. Mit 18 Jahren schloss sich Agnes im katholischen Wallfahrtsort Letnicë (Südkosovo) den »Schwestern der Jungfrau von Loreto«, den so genannten Englischen Fräulein, an. Nach einer Ausbildung zur Missionarin im irischen Dublin legte sie 1931 das Ordensgelübde ab. Ihr Ordensname lautete Teresa, nach der heiligen Thérèse von Lisieux. Seit 1929 war Schwester Teresa als Missionarin und Lehrerin (später Leiterin einer Mädchenschule) tätig und beschloss 1937, sich nur noch den Ärmsten der Armen zu widmen. 1948 verließ sie den Orden und lebte fortan in den Slums von Kalkutta. Zwei Jahre später genehmigte der Papst die Gründung der »Missionaries of Charity« (Gemeinschaft der Missionarinnen der Nächstenliebe). Mutter Teresa erhielt 1979 den Friedens-Nobelpreis. Im selben Jahr errichtete sie ein Ordenshaus in Zagreb und gründete 1985 in New York mit dem »Geschenk der Liebe« die erste von vielen Pflegeanstalten für AIDS-Kranke. Nach ihrem Tod am 5. September 1997 wurde Mutter Teresa am Weltmissionstag 2003 durch Papst Johannes Paul II. selig gesprochen. In Prishtina ist der zentrale Boulevard im Regierungsviertel nach ihr benannt.



picture-alliance/dpa/Cheng

Aufnahme vom März 1993

(ak)

LDK. Die wichtigsten Einrichtungen verlagerten nun ihre Tätigkeit ins Ausland.

Infolge der Auseinandersetzungen kam es auch zu drastischen Einschnitten bei der medizinischen Versorgung der kosovo-albanischen Bevölkerung. Ab August 1990 wurden mehr als die Hälfte der albanischen Ärztinnen und Ärzte entlassen und zahlreiche Kliniken vor allem in den ländlichen Gebieten der Region geschlossen. Angesichts der großen Bevölkerungsdichte, der insgesamt mangelhaften medizinischen Infrastruktur und der vor allem in den ländlichen Regionen schlechten hygienischen Bedingungen – cirka 30 Prozent der Haushalte waren nicht an die Kanalisation angeschlossen, und nur 44 Prozent der Bevölkerung verfügte über Leitungswasser – traten bedrohliche Engpässe bei Medikamenten und Impfstoffen auf. Erhöhte Kindersterblichkeit, der Ausbruch von Epidemien (Diarrhö), das Wiederauftauchen schon überwunden geglaubter Krankheiten und ein Aufleben verhütbarer Infektionen (Polio, Tuberkulose, Ruhr) waren die Folge.

Ein gravierendes Problem stellte das ausgeprägte Misstrauen gegenüber der serbischen Ärzteschaft dar. Viele Albaner zogen dürftig ausgestattete, private albanische Arztpraxen den staatlichen Kliniken vor. Bei gravierenden Problemen suchte man möglichst Krankenhäuser in Zagreb, Ljubljana oder Tirana auf. Zur Entschärfung dieser schwierigen Situation wurde im März 1992 in Prishtina die Mutter-Teresa-Gesellschaft gegründet, die kostenlose Behandlung plus Medikamente für Notleidende anbot. Bis 1998 entstand unter der Ägide dieser Gesellschaft in der gesamten Provinz ein Netzwerk von 91 Kliniken. Unterstützung erhielt die Mutter-Teresa-Gesellschaft von internationalen Organisationen wie »Médecins sans Frontières« (»Ärzte ohne Grenzen«) und dem »Catholic Relief Service«.

Veränderung der Wirtschaft

Wirtschaftlich erfuhr die im Kosovo stark ausgeprägte Landwirtschaft infolge der politischen Krise eine weitere Aufwertung. Ein Gutteil der Betriebe war jedoch auf Selbstversorgung ausgerichtet. Mangelnde Koordination und Auslotung der Bedürfnisstruk-

Wirtschaft im Kosovo

Die Bevölkerung des Kosovo wird auf etwa 2,16 Millionen Menschen geschätzt. Die Hälfte der Einwohner ist unter 25 Jahre alt. Die Arbeitslosenrate lag 2007 bei 42 bis 43 Prozent (Angaben EU) bzw. 23 bis 33 Prozent (Angaben Weltbank), davon 90 Prozent Langzeitarbeitslose. Nur der informelle Sektor (»grauer Arbeitsmarkt«) stellt das wirtschaftliche Überleben sicher. Durchschnittseinkommen liegen bei rund 200 Euro (höhere Bildung) und fallen stark bei geringerer Qualifikation.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf (2007: 1573 Euro) wächst jährlich um rund drei Prozent. Im europäischen Vergleich bleibt das Kosovo damit nach wie vor Schlusslicht. Ein Fünftel des BIP (gesamt 2007: 3,34 Mrd. EUR, geschätzt 2008: 3,74 Mrd. EUR) stammt aus ausländischer Hilfe, wobei die EU (35 Prozent) mit den USA (14 Prozent) zu den größten Geldgebern gehören. Etwa 14 Prozent des BIP gehen auf Rückflüsse aus der Diaspora zurück. Der Internationale Währungsfonds schätzt die Inflationsrate für 2008 auf 8,4 Prozent.

Die Privatisierung der ursprünglich 500 Staatsbetriebe (Socially Owned Enterprises, SOE) geht voran. Doch wirkt sich dies nicht positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Die Struktur des privaten Sektors (Kleinstbetriebe) ist zu stark auf Handel und Güter von geringem Wert hin orientiert. Der florierende Handel mit Konsumgütern und der Dienstleistungssektor richten sich fast ausnahmslos an den Bedürfnissen der Internationalen Gemeinschaft im Lande aus.

Nach wie vor prägt die Landwirtschaft die Ökonomie des Kosovo. Der Export von Fleisch- und Pflanzenprodukten (Lamm, Eier, Melonen) scheiterte bis jetzt – trotz Beitritt zur Zentraleuropäischen Freihandelszone (CEFTA) – an den europäischen Standards, beispielsweise im Veterinärbereich. Größter Arbeitgeber neben der »internationalen öffentlichen Hand« ist die Kosovo Energy Cooperation mit 8500 Angestellten. Ab 2014 soll das Großprojekt »Kraftwerk Kosovo C und Kohlengrube Sibovc SW« neue Arbeitsplätze bringen. *(bclak)*

Quelle: From Consolidation to Sustainability: Maintaining and Improving Achievements; Kosovo Economic Outlook 2007; UNMIK European Union Pillar, September 2007, UNMIK »fact sheet«: Kosovo in April 2007; IMF Aide-Mémoire, 21.-29.4.2008.

tur führten dazu, dass selbst die geringen Überschüsse nicht zielgerecht vermarktet werden konnten. Weizen und Milch mussten trotz ausreichender Produktion importiert werden. Außerhalb der Landwirtschaft spielten private Kleinbetriebe sowie die Arbeitsmigration eine wichtige Rolle. Beide Bereiche erlebten in den 1990er-Jahren einen enormen Zuwachs. Die Zahl der zumeist auf familiärer Basis operierenden Kleinunternehmer und Händler wuchs von 1733 registrierten Betrieben 1987 auf über 18 000 im Jahr 1995 an. Der dabei zum Ausdruck gebrachte privatwirtschaftliche Geist hob sich drastisch von den serbisch kontrollierten staatlichen Betrieben ab, die infolge der gegen Jugoslawien verhängten Sanktionen, verbreiteter Korruption und Misswirtschaft im Argen lagen. Eine ausgeprägte Schmuggeltätigkeit über die schwer kontrollierbaren Grenzen zu Mazedonien und Albanien trug ebenso zu umfangreichen Ressourcenflüssen bei wie die transstaatlichen Netzwerke der Arbeitsmigranten. In der Zeit von 1989 bis 1998 verließen etwa 400 000 Kosovo-Albaner ihre Heimat in Richtung Mittel- und Westeuropa sowie nach den USA.

Die Entstehung albanischer Parallelstrukturen in der serbischen Provinz Kosovo sicherte das Überleben der albanischen Bevölkerung in den Jahren aggressiver serbischer Eingriffe in die bestehende kulturelle und politische Autonomie. Gleichzeitig vergrößerte die Untergrundgesellschaft allerdings den Abstand zwischen den albanischen und serbischen Bevölkerungsgruppen. Die Erfolglosigkeit ihres zunächst gewaltfreien Widerstands stärkte radikale albanische Gruppierungen, die das Ziel der Unabhängigkeit mit der Waffe in der Hand verfolgten. Die parallelgesellschaftlichen Strukturen haben es den Menschen aber immerhin ermöglicht, in einer Phase systematischer Unterdrückung ein gewisses Maß an Sicherheit, Ordnung und Selbstrespekt zu bewahren. Sie haben aber gleichzeitig auch die ethnische Segregation der Gesellschaft noch weiter vertieft und dazu beigetragen, dass sich das Misstrauen gegenüber staatlichen, über die eigene ethnische Gruppe hinausgehenden Institutionen zusätzlich verstärkte. Für die internationale Verwaltung schließlich bildeten die vorhandenen Organisationsstrukturen eine Grundlage, um beim Aufbau der Übergangsverwaltung nicht beim Nullpunkt beginnen zu müssen.

Robert Pichler



picture-alliance/dpa/Gero Breiber

Der Chef der langjährigen kosovo-albanischen Exilregierung, Bujar Bukoshi, erklärte am 24. März 1999 auf einer Pressekonferenz in Bonn, ohne einen Militärschlag der NATO werde es zu einer Ausweitung des bis dahin auf seine Heimat begrenzten Konfliktes auf den gesamten Balkan kommen. Bukoshi warnte vor einer fortlaufenden Destabilisierung, die schließlich ganz Europa erschüttern könne. Die Drohung mit Krieg sei »die einzige Sprache«, die der serbische Präsident Slobodan Milošević verstehe. Nun komme es »auf wirklich jede Stunde an«.

Eine große albanische Exilgemeinde vor allem in Deutschland, aber auch in der Schweiz und in den USA, unterstützte die Unabhängigkeitsbestrebungen ihrer Landsleute in der damals serbischen Provinz. Albanische Geldspenden aus dem Ausland bildeten nicht nur ein wichtiges Fundament für den Aufbau des Untergrundstaates von Ibrahim Rugova, sondern ermöglichten später auch der radikalen Kosovo-Befreiungsarmee (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, UÇK) umfangreiche Waffenkäufe.

Die Rolle der Diaspora in den 1990er-Jahren

Das politische Geschehen im Kosovo ist – zumindest seit den 1980er-Jahren – nicht ohne die Rolle der im westlichen Ausland lebenden Kosovo-Albaner verständlich. Die politische Brisanz dieser Außenverbindung ist jedoch erst Ende der 1990er-Jahre in das internationale Bewusstsein eingegangen, als die UÇK in Erscheinung trat, die fast ausschließlich mit Geldern der Auslandsalbaner aufgerüstet wurde. Die enge Verbindung zwischen dem Kosovo-Krieg und den Aktivitäten der Diaspora-Albaner war nur der sichtbarste und spektakulärste Ausdruck einer langjährigen sozio-ökonomischen und politischen Beziehungsgeschichte zwischen dem Kosovo und dem »Westen«.

Obwohl sich bereits seit den 1950er-Jahren in Jugoslawien ein beträchtlicher Zuwachs an internationaler Migration verzeichnen lässt, kam erst Mitte der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre als Folge entsprechender Abkommen eine beträchtliche Zahl Arbeiter auch aus dem Kosovo in die Bundesrepublik Deutschland und – in weit geringerem Umfang – in die Schweiz. Als 1973 die europäischen Regierungen die Aufnahme von Gastarbeitern beschränkten, verringerte sich die kosovarische Emigration jedoch nicht, sondern stieg im Gegenteil weiter an, während im übrigen Jugoslawien die Zahl der Rückwanderer die der Emigranten prozentual überstieg. 1981 hielt sich der größte Anteil der jugoslawienalbanischen Wirtschaftsmigranten, nämlich 74,7 Prozent, in Deutschland auf (vor Österreich und der Schweiz). Auch in Richtung USA fand seit Ende der 1970er-Jahre eine bedeutende Auswanderungswelle aus dem Kosovo statt.

Diaspora (griechisch: Verstreutheit)

wird seit dem späten 20. Jahrhundert als Bezeichnung für ethnische oder religiöse Gruppen gebraucht, welche fern von ihrem (tatsächlichen oder imaginierten) Herkunftsort leben und die politische sowie kulturelle Gemeinschaftsbindung mit diesem Ort anstreben.

Seit den 1980er-Jahren änderten sich sowohl Form als auch Intensität der Auswanderung – vor allem im Zeichen der politischen Instabilität in Jugoslawien. Als die serbische Regierung in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre stufenweise die politischen und kulturellen Rechte der albanischen Bevölkerung sowie die Autonomie der Provinz Kosovo abzubauen begann, verstärkte sich diese Tendenz. Gründe für die Emigration waren meist die Angst vor Unterdrückung und wirtschaftlichem Stillstand.

Dem verstärkten Emigrationsdruck begegnete die Bundesrepublik Deutschland mit einer restriktiven Einwanderungspolitik – wie im Übrigen auch die Schweiz bzw. andere westeuropäische Länder. Die Situation spitzte sich für Bürgerinnen und Bürger Jugoslawiens durch Einführung einer Visumpflicht Anfang der 1990er-Jahre zu. Noch 1990 erhielten Kosovo-Albaner jedoch in vielen westeuropäischen Staaten ohne Probleme den Asylantenstatus bzw. die Aufenthaltsgeldung zuerkannt. Seit dem Abkommen von Dayton 1995 bis Anfang 1999 bildeten dann Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Jugoslawien die Grundlage dafür, um Flüchtlinge und abgelehnte Asylbewerber wieder ins Kosovo abzuschicken.

Bis zum Ende der 1990er-Jahre stieg die Zahl der Auswanderer nach Europa und Amerika trotzdem kontinuierlich: Im Jahr 1999 sollen allein 250 000 Kosovo-Albaner in Deutschland und 150 000 in der Schweiz gelebt haben. In diesen Zahlen verstecken sich allerdings auch zahlreiche Angehörige von Minderheiten wie Ashkali und »Ägypter«, in geringerem Maße auch Roma. Viele Angehörige dieser Gruppen identifizierten sich vor dem Krieg entweder als Albanischsprachige bzw. im albanischen Umfeld Lebende tendenziell mit der albanischen Gruppe. Anderen wurde eine albanische Gruppenidentität in Jugoslawien oder im Aufnahmeland auf administrativem Wege zugewiesen. Schließlich nahmen viele Auswanderer eine albanische Nationalität schon deshalb für sich in Anspruch, weil in den westeuropäischen Ländern die Albaner als einzige asyl- bzw. schutzbedürftige Bevölkerungsgruppe im Kosovo anerkannt waren. Eine nicht unbedeutende Zahl von Kosovo-Serben emigrierte ab dem turbulenten Jahr 1981 ebenfalls aus dem Kosovo. Zahlen und Hintergründe ihrer Auswanderung sind bislang nicht genügend erforscht. Die wirtschaftliche Misere und die politische Instabi-

Ashkali (auch: Aschkali), »Ägypter« und Roma

Ashkali ist die Bezeichnung für eine albanischsprachige und muslimische Minderheit im Kosovo und in Albanien. Die Gruppe wird von ihrer Umgebung meist als »Roma« wahrgenommen, weist diese Zuordnung jedoch mit dem Argument ab, ihre Angehörigen seien die Nachfahren von Iranern oder Arabern. Während der gewaltsamen Auseinandersetzungen im Kosovo wurden Ashkali von serbischer Seite meist mit der Bevölkerungsgruppe der Albaner in Zusammenhang gebracht und ebenso wie diese Opfer von Vertreibungen, Übergriffen und Massakern. Als die Ashkali nach dem Krieg in das Kosovo zurückkehrten, wurden sie nun paradoxerweise von den Albanern vertrieben. Auch während der blutigen Ausschreitungen vom März 2004 zählten neben Roma auch Ashkali zu den Opfern.

Gleichfalls albanischsprachig ist die Volksgruppe der so genannten Balkan-Ägypter (meist kurz: »Ägypter«), die außer im Kosovo auch in Mazedonien und in anderen Ländern Südosteuropas siedeln. Die »Ägypter« wurden früher als Teil der Roma-Bevölkerung angesehen, sind aber mittlerweile als eigene Volksgruppe anerkannt. Nach unterschiedlichen Theorien stammen sie aus Ägypten oder von ägyptischen Soldaten ab, die in der Spätantike auf den Balkan kamen. Nach einer verbreiteten These eigneten sich die Balkan-Ägypter diese Identität stufenweise an, um so dem Zigeuner-Stereotyp zu entgehen. Viele Ägypter flohen nach 1999 aus dem Kosovo und erlitten nach dem Krieg das gleiche Schicksal wie die Ashkali. In der offiziellen Statistik werden »Ägypter«, Ashkali und Roma häufig unter der Bezeichnung »Roma« zusammengefasst. (bc)

lität der Provinz dürften jedoch wichtige Gründe gewesen sein (vgl. den Beitrag von Konrad Clewing zur Siedlungsgeschichte). Da die kosovo-albanische Diaspora die größte und zumindest bis zum Ausbruch des Krieges die politisch maßgebliche Gruppe darstellte, wird – wenn nicht anders vermerkt – im Folgenden auch nur auf diese eingegangen.

Politisierung der kosovo-albanischen Gemeinde im Ausland

In den frühen 1980er-Jahren führten zunehmende staatliche Repression und wirtschaftliches Unvermögen im Kosovo dazu, dass die ökonomischen und sozialen Sicherungssysteme mehr und mehr von Auslandsdevisen abhängig wurden. Gleichzeitig stieg die Zahl der Auswanderer nachhaltig an. Parallel hierzu bildeten sich illegale politische Gruppierungen, die ihren Sitz sowohl im Ausland als auch im Kosovo hatten und die Anerkennung des Kosovo als Republik anstrebten.

Unmittelbar nach den Studentendemonstrationen von 1981 in Prishtina, die den Protest Tausender von Kosovo-Albanern auslösten, verhafteten die jugoslawischen Behörden im Zuge einer Repressionswelle gegen »albanische Irredentisten« zahlreiche Albaner, insbesondere Anhänger illegaler linker Gruppen und verurteilten sie zu Gefängnishaft. Unter Rückgriff auf jene Auslandsnetzwerke, die sich im politischen Untergrund in enger Verbindung mit den Gastarbeitern etabliert hatten, floh eine signifikante Zahl dieser Verfolgten nach Westeuropa, hauptsächlich nach Deutschland und in die Schweiz. Damit verfügten fast alle radikalen Gruppen im Kosovo über Kontakte zu Auslandsalbanern. Manche Gruppierungen verlegten den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit nach Deutschland oder in die Schweiz, wie etwa die »Bewegung für eine albanische sozialistische Republik in Jugoslawien« (Lëvizja për Republikën Socialiste Shqiptare në Jugosllavi, LRSSHJ), aus der später die heute vom deutschen Bundesinnenministerium als militant und links-extremistisch eingestufte »Volksbewegung Kosovos« (Lëvizija Popullore e Kosovës, LPK) hervorging.

Wie eng die politische Verzahnung unter den Auslandsalbanern war, äußerte sich in den gleichzeitig stattfindenden Solidaritätsdemonstrationen 1981 in Deutschland, in der Schweiz und in den USA oder auch in der Verbreitung der albanischsprachigen Zeitung »Zëri i Kosovës« (Stimme des Kosovo). Diese wurde von der »Volksbewegung« zunächst in Bochum, später in der Schweiz herausgegeben und fand in der westeuropäischen Diaspora bis in die 1990er-Jahre Verbreitung. Aller-

dings war der politische Einfluss dieser Bewegung offenbar gering. Ein offizieller Aufruf der LPK zum bewaffneten Aufstand wurde 1993 innerhalb der Diaspora als überspitzt abgetan und fand keinen Wiederhall. Die erste Hälfte der 1990er-Jahre stand auch hier ganz zweifelsohne im Zeichen der »Demokratischen Liga« (LDK) von Ibrahim Rugova, der für den friedlichen Widerstand plädierte.

Nachdem das kosovarische Parlament die »Republik Kosovo« ausgerufen hatte, formierte sich 1991 in der albanischen Diaspora eine LDK-geführte Exilregierung mit Sitz in Bonn. An den (international nicht anerkannten) Wahlen von 1992, die den Führer der LDK, Ibrahim Rugova, als Präsidenten bestätigten, nahmen auch 150 000 Exilalbaner teil. Vor diesen Wahlen führte die Exilregierung eine Bevölkerungszählung der im westlichen Europa lebenden Albaner durch, die allerdings nie vollständig ausgewertet wurde. So genannte Gastarbeiter und Flüchtlinge sollten als eine nationale und politische Einheit angesprochen und in die albanisch-nationale Agenda der LDK eingebunden werden. In Deutschland entstanden bis 1993 Hunderte von LDK-Ablegern. Die in der Schweiz und Deutschland lancierte, LDK-nahe Zeitung »Bota Sot« (Die Welt heute) wurde rasch zum auflagestärksten albanischsprachigen Organ. Die politische Exilvertretung verlieh den LDK-Organisationen Legitimität. Daher ist es nicht erstaunlich, dass Anfang der 1990er-Jahre die linksradikale militante Szene in der westeuropäischen Diaspora wenig Zulauf erhielt – ein Umstand, der sich jedoch nach 1995 ändern sollte.

In den USA indes hatte 1986 ein republikanischer Kongressabgeordneter die »American Albanian Civic League« gegründet. Diese begann öffentlich, die Legitimität der Milošević-Regierung infrage zu stellen und durch Kongressresolutionen auf die serbischen Menschenrechtsverletzungen im Kosovo aufmerksam zu machen. Weitere Stiftungen und Komitees – wie etwa das »National Albanian American Council« – entstanden in den 1990er-Jahren und hatten zum Ziel, Geldmittel zu besorgen und der Kosovo-Frage in der amerikanischen Öffentlichkeit und Politik Aufmerksamkeit zu verschaffen. Nach Gründung der ersten LDK-Vertretung in den USA gewann diese auch innerhalb der dortigen albanischen Gemeinde starken Zuspruch.

Finanzielle Netzwerke

Nachdem die serbischen Behörden im Kosovo zwischen 1990 und 1992 albanische Angestellte und Arbeiter in großem Umfang unrechtmäßig von ihren Arbeitsstellen entfernten, orientierten sich die Betroffenen zunehmend auf den privatwirtschaftlichen Sektor hin. Mithilfe der Deutschen Mark als harter Währung, die den Albanern durch ihre Auslandsnetzwerke zur Verfügung stand, konnten sich viele Albaner in der von Inflation und dem UN-Embargo geplagten Bundesrepublik Jugoslawien in eine wirtschaftlich vorteilhafte Position bringen. Dies ermöglichte es einer großen Mehrheit der albanischen Bevölkerung, die Ausschließung aus dem Öffentlichen Dienst wie auch die staatliche Beschneidung von Eigentumsrechten durchzustehen. Viele Beobachter gehen sogar davon aus, dass die Politik des zivilen Ungehorsams, für die der kosovarische Präsident Ibrahim Rugova warb, für viele Kosovaren insbesondere aus ökonomischen Gründen durchaus attraktiv war.

Die Exilregierung erhob sowohl in Deutschland, in der Schweiz und in Schweden als auch in den USA eine dreiprozentige Steuer von den Kosovo-Albanern, um den albanischen Parallelstaat im Kosovo zu finanzieren (vgl. den entsprechenden Beitrag von Robert Pichler). Die sozialen Strukturen im Inland waren somit in erheblichem Maße von den Einnahmen aus der Diaspora abhängig. Eine dreiprozentige Steuer an die Regierung der Republik Kosovo zahlten aber auch die dort lebenden Albaner, ebenso wie viele Angehörige der später als Ashkali bekannt gewordenen Bevölkerungsgruppe. Das Verhältnis der Einnahmen aus dem Ausland zu denen aus dem Inland ist bis heute strittig. Dagegen ist sicher, dass die Auslandsdevisen, die über die Familiennetzwerke in das Kosovo flossen, von existenzieller Bedeutung für das Überleben der kosovarischen Haushalte waren.

Nach Dayton

Der Friedensvertrag von Dayton 1995 und das Ausbleiben einer politischen Lösung der Statusfrage für das Kosovo führten dazu, dass die Option für die Gewalt in der Diaspora die Oberhand

gewann. Das Daytoner Abkommen für Bosnien-Herzegowina bedeutete die potenzielle Rückkehr Hunderttausender von Flüchtlingen in das ehemalige Jugoslawien. Diese beängstigende Perspektive, die auch eine Vielzahl albanischer Flüchtlinge bzw. im Ausland »geduldeter« MigrantInnen betraf, setzte die kosovarische Diaspora einerseits enorm unter Druck, gab ihr aber andererseits einen entscheidenden Mobilisierungsschub. Ein Netz von Hilfswerken und Organisationen in Westeuropa und in den USA beschränkte sich nun nicht mehr allein auf Lobbying – etwa in Washington –, sondern setzte sich zunehmend auch für die Lösung dringlicher humanitärer Probleme von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Westen ein. Ein Beispiel hierfür ist die Organisation »Mutter Teresa« (vgl. Infokasten auf S. 186). Eng verknüpft mit dieser Entwicklung ist auch das Erstarken der nationalistischen bewaffneten Untergrundbewegung UÇK. Sie rekrutierte ihre militantesten Anhänger anfänglich besonders innerhalb der jüngeren Generation im Kosovo, aber auch unter den Gastarbeitern und den Mitgliedern der radikalen Volksbewegung LPK im Ausland.

Krieg und Diaspora

Der vermutlich Mitte der 1990er-Jahre in der Schweiz von der LPK gegründete Verein »Vendlindja Thërret« (Die Heimat ruft) wurde mit dem Sammeln von Spendengeldern beauftragt. Diese Spenden sollten sowohl für humanitäre Hilfe als auch für militärische Ausrüstung genutzt werden. Wie hoch das Spendenaufkommen war, kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Realistische Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass es bei mehreren Millionen Dollar lag. Dass sich die Organisation auch über kriminelle Netzwerke Geld beschafft hat, ist inzwischen kein Geheimnis mehr.

Im Jahr 1998 bekannten sich unter dem Eindruck der Kriegereignisse im Kosovo sowohl führende Persönlichkeiten als auch einfache Mitglieder der LDK zur Gewalt. Viele von ihnen wechselten zur UÇK und wirkten bei der Geldbeschaffung in Westeuropa und in den USA mit. Zumindest einige der albanischen Organisationen mit antikommunistischem Hintergrund hielten

in Amerika bis kurz vor Ausbruch des Krieges kritische Distanz zur UÇK mit ihrem linksradikalen Hintergrund. Als jedoch Anfang 1998 in der Drenica-Region blutige Attacken der serbischen Milizen stattfanden, gewann die UÇK auch unter den albanisch-amerikanischen Migranten immer mehr Anhänger. Während der groß angelegten serbischen Militäraktionen Anfang 1999 befand sich die albanische Diaspora auf dem Höhepunkt einer finanziellen und politischen Mobilisierung zur »Befreiung« des Kosovo und für die Milderung der Folgen von Vertreibung und Flucht.

Mit Ausbruch des Krieges rief die »Vendlindja Thërret« in den USA zur Rekrutierung von Kämpfern auf. Der Widerhall auf diese Aktion blieb gering: Etwa 100 Männer bildeten die so genannte Atlantic Brigade, die aus den USA über die Berge Nordalbaniens ins Kosovo reiste, um dort Krieg zu führen. Aus Deutschland und der Schweiz machten sich Hunderte von Albanern auf den Weg, um in den Reihen der UÇK an den Kämpfen teilzunehmen. Die militärische Ausbildung der meistens aus der Diaspora stammenden Rekruten war minimal, meist nahmen sie nur einige Tage oder Wochen an Kampfhandlungen teil. Als weit wichtiger erwies sich dagegen die Rolle der Diaspora im humanitären Bereich. Unmittelbar nach Kriegsausbruch formierten sich in kürzester Zeit verschiedene Organisationen – ins Leben gerufen zumeist von Kirchen oder Bürgerinitiativen –, um den Flüchtlingen materielle, aber auch psychologische Hilfe zu leisten.

Bilanzierend kann man sagen, dass die Diaspora in Bezug auf die politische und soziale Situation im Kosovo in den 1990er-Jahren teilweise gegenläufige Tendenzen gefördert hat: Einerseits strebten politische Diaspora-Gruppierungen einen radikalen Umschwung der politischen Verhältnisse im Kosovo an; andererseits trugen sie zur Entschärfung des sozio-ökonomischen Konfliktes bei, da sie zunächst die wirtschaftliche Rückständigkeit und Diskriminierung der Kosovo-Albaner kompensieren konnten und dadurch den Reformdruck innerhalb Jugoslawiens minderten.

In der Nachkriegszeit war die Meinung zu hören, die Diaspora habe auf Kosten der im Kosovo lebenden Bevölkerung einen Krieg forciert und – wie für Diaspora-Akteure üblich – aus der sicheren und realitätsfernen Distanz zur Verschärfung von Feindbildern beigetragen. Ihre Schuldkomplexe gegenüber den-

jenigen, die im Kosovo die Last der serbischen Repression zu tragen hatten, habe sie durch erhöhtes finanzielles Engagement kompensiert. Dies lässt sich sicherlich nicht völlig abstreiten. Dennoch hat sich das Beziehungsgeflecht zwischen Inlands- und Auslandsalbanern in den letzten Jahrzehnten so eng gestaltet, dass wechselseitiger politischer Transfer und/oder direkte Außeneinflüsse kaum mehr auseinander zu halten sind.

Zweifelsohne brachte der Abzug des serbischen Machtapparats aus dem Kosovo einen Wandel für die Form und Intensität der Solidarität innerhalb der albanischen Gemeinde mit sich. Sowohl das Weichen des »Feindes« als auch die ökonomische Krise Westeuropas und damit die finanziellen Verluste vieler Migranten scheinen den Hintergrund dafür zu bilden, dass in der Nachkriegszeit die Verfügbarkeit von Auslandsdevisen im Kosovo gesunken ist und viele Bewohner des Kosovo der verlorenen »nationalen Solidarität« während der langen Krisenjahre nachtrauern.

Festzuhalten bleibt, dass unter dem Eindruck der massiven Verluste und gewalttätigen Diskriminierung von Minderheiten nach dem Krieg eine Vielzahl von Minderheitenvertretungen innerhalb und außerhalb des Kosovo entstanden sind. Dabei musste die albanische Diaspora ihr Quasi-Monopol und ihren Alleinvertretungsanspruch für die nicht-serbische Bevölkerung des Kosovo mittlerweile aufgeben. Gerade unter den Ashkali-, »Ägypter«- und Roma-Minderheiten scheint sich eine stärkere Vernetzung mit deren im Ausland lebenden politischen Vertretern zu entwickeln und ein neues politisches Selbstbewusstsein herauszubilden, das von Migranten im Ausland mitgetragen wird.

Als im Februar 2008 Kosovo seine Unabhängigkeit ausrief, war der Jubel unter den Albanern groß. Die gesamte Diaspora – in Deutschland, in Schweden, in der Schweiz, in den USA etc. – feierte das Ereignis ausgiebig. Die enttäuschten Serben begehrten – besonders in Mitrovicë – gegen die Änderung der Verhältnisse auf. Welche Auswirkungen die Unabhängigkeit für die serbische Minderheit, aber auch für die Bevölkerungsgruppen der Ashkali, »Ägypter« und Roma haben wird, wird sich erst in der Zukunft zeigen.

Georgia Kretsi



Unter Muslimen findet insbesondere während religiöser Feste eine Gebetskette (Sibha) Verwendung. Diese hat 33 Perlen und wird dreimal gedreht, um so auf die 99 Namen und Eigenschaften Gottes zu verweisen.

Die überwiegende Mehrzahl der Albaner im Kosovo sind heute Muslime, allerdings stehen bei vielen die religiösen Inhalte des Islam eher im Hintergrund. Sprache, Familienzugehörigkeit und Gewohnheitsrecht bilden im Alltag meist die wichtigeren Bezugspunkte. Islamischer Fundamentalismus und Extremismus haben daher bislang nur geringe Verbreitung gefunden.

Die Rolle der Religionsgemeinschaften unter besonderer Berücksichtigung des Islam

Vor der osmanischen Herrschaft war die albanische Gemeinschaft deutlich durch religiöse und kulturelle Unterschiede sowie die Stammesstruktur geprägt. Die in Nordalbanien und im Kosovo lebenden Albaner, die den gegisch-albanischen Dialekt benutzten, unterschieden sich von den in Südalbanien und Nordgriechenland ansässigen toskisch-albanisch sprechenden Albanern. Die gegischen Albaner bewegten sich in einer strenger ausgeprägten Stammesstruktur und waren meist katholisch, während die toskischen Albaner dem orthodoxen Glauben anhängen.

Schwach ausgeprägte Religionstreue, unverbrüchliche Gefolgschaft gegenüber den Stammesobersten, den Repräsentanten der Blutsvereinigung, und Vorrang der Stammesinteressen vor allen anderen Belangen bestimmten das gesellschaftliche Leben der Albaner und spielten somit auch beim Übertritt zum Islam unter der osmanischen Herrschaft eine gewichtige Rolle. Der Stellenwert der Religion beim Einzelnen war eher gering. Religion diente auch als Ausdruck der Loyalität gegenüber der jeweiligen Zentralmacht. Dies verlieh religiösen Bekenntnissen oder Glaubensübertritten häufig einen pragmatischen Hintergrund, eher als dass dabei Frömmigkeit oder geistliches Streben zum Ausdruck gekommen wären. Die Tatsache, dass die albanische Gesellschaft keine eigenen Kirchen mit den zugehörigen Priestern und Würdenträgern hervorgebracht hat, und religiöse Differenzen keine primären Gründe für Stammeskonflikte darstellten, sind hierfür deutliche Anzeichen. Im Gegensatz dazu kam – vor allem bei den Stämmen des Nordens – der traditionellen Blutfehde erhebliche Bedeutung zu. Vor dem überlieferten Gesetz des »Lek Dukagjin«, das neben anderen Vorschriften auch detaillierte Regeln zur Blutrache beinhaltet, zeigen die Albaner hohen Respekt.

Die Präsenz orthodoxer Serben im Kosovo trug mit dazu bei, dass die meisten katholischen Albaner dieses Gebiets zum Islam übertraten. Sie litten unter der ohnmächtigen Stellung ihrer Kir-

Mohammed und der Koran

Der Prophet Mohammed (Muhammad, Mohammad) ist der Stifter des Islam. Er wurde um 571 n. Chr. in Mekka geboren (heute westliches Saudi-Arabien). Das dortige zentrale Heiligtum der Muslime, die Kaaba (Schwarzer Stein, der Überlieferung nach ein Meteorit, den Abraham als Geschenk vom Erzengel Gabriel erhielt), bestand damals bereits seit langer Zeit.

Mohammed hatte im Alter von 40 Jahren sein erstes Offenbarungserlebnis und erhielt der Lehre nach von Gott den Auftrag, seinen Landsleuten dessen Wort zu verkünden. Die Lehren Mohammeds sind in den 114 Suren (Kapiteln) des Korans (eigentlich Rezitation, Lesung) in arabischer Hochsprache zusammengefasst. Der Koran genießt im Islam höchste Wertschätzung und enthält Gedanken über Gott und seine Schöpfung, über frühere Propheten und das Jenseits sowie Überlegungen zu aktuellen Konflikten in Mohammeds Gemeinde.

Mohammed predigte öffentlich, wurde aber in Mekka bekämpft und zog sich mit seinen Anhängern in das heutige Medina zurück. Dort entstand die erste muslimische Gemeinschaft, der vor allem arabische Bauern angehörten. Im Jahre 630 öffnete sich auch die Stadt Mekka der Lehre Mohammeds. Der Islam breitete sich in ganz Arabien und nach dem Tod des Propheten 632 zunächst in den nördlichen Nachbarländern aus. Auf den Balkan kam der Islam im späten Mittelalter durch die Osmanen.

Mohammed selbst verstand sich nicht als unfehlbarer Übermensch, sondern lediglich als Gesandter Gottes und als Verkünder von dessen Wort. Erst später schrieben die Gläubigen seiner Person zahlreiche Wunder zu. Das Bekenntnis zu Allah als dem einen Gott und zu Mohammed, seinem Propheten, ist neben dem Gebet, der großzügigen Gewährung von Almosen, der Einhaltung der Fastengebote und der vorgeschriebenen Pilgerreise nach Mekka die erste der fünf Säulen des Islam. (bc)

che, die sich lediglich auf das Papsttum im fernen Rom stützte. Im Gegensatz dazu stand die gefestigte und privilegierte Stellung der orthodoxen Kirche unter osmanischer Herrschaft. Der Übertritt zum Islam war daher für viele katholische Albaner ein Schritt, um den eigenen sozialen und politischen Status zu verbessern. Der offizielle sunnitische Islam, dessen Selbstverständ-

nis auf Moscheen und islamischen Ausbildungsstätten ruhte, sollte bald zur Religion eines erheblichen Teils der im Kosovo ansässigen Albaner werden. Im Gegensatz hierzu gründete vor allem im Süden Albaniens die Verbreitung des muslimischen

Der Kanun, das albanische Gewohnheitsrecht

Der Kanun (türkische Bezeichnung für das weltlich-staatliche Recht) beinhaltet die unter ländlichen Kosovo-Albanern traditionell gültigen Gesetze, Sitten und Gebräuche. Die am häufigsten zitierte Form ist der so genannte Kanun des »Lek Dukagjin« (alb. Kanuni i Lekë Dukagjinit), benannt nach einem Fürsten des 15. Jahrhunderts, doch gibt es weitere regionale Ausprägungen dieses aus dem Mittelalter, möglicherweise sogar aus vorrömischer Zeit stammenden Gewohnheitsrechtes. Der Kanun hat für viele traditionell eingestellte Albaner von jeher eine weit größere Bedeutung gehabt als kodifiziertes Recht im Osmanischen Reich oder im serbischen bzw. jugoslawischen Staat. Kompletzt veröffentlicht wurde der Kanun erstmals 1933, zuvor gab ihn der Vater an den Sohn von einer Generation zur nächsten weiter. Das Werk besteht aus zwölf Büchern. Es behandelt die Rolle der – zur Entstehungszeit noch christlichen – Kirche und definiert die Aufgaben der Familie. Weitere Bücher befassen sich mit Heirat und Hochzeit bzw. mit den Pflichten von Mann und Frau, sie regeln Erbschaften sowie Verpflichtungen hinsichtlich Haus, Hof und Landbesitz. Eines der Bücher geht auf den Handel und den Abschluss von Verträgen ein. Auch die Regelung von Schäden, die Definition und Ahndung von Verbrechen, die Funktion eines Ältestenrates als Recht sprechendes Gremium sowie mögliche Befreiungen und Ausnahmen von den angeführten Regeln sind Gegenstand des Kanun. Die Ehre steht im Mittelpunkt des achten Buches; sie zu verlieren ist die schlimmste Form der Schmach für einen Mann oder seine Familie. Die beschädigte Ehre kann nur auf dem Wege der Blutrache oder durch Vergebung wiederhergestellt werden.

Das hier zum Ausdruck kommende traditionelle Wertesystem ist eindeutig, einfach und kompromisslos. Es hat über Jahrhunderte dazu beigetragen, die albanischen Familien- und Clanstrukturen sowie die albanische Kultur insgesamt gegenüber anderen Kulturen zu bewahren und abzugrenzen. Insbesondere auf dem Land haben die Grundsätze des Kanun bis heute hohe Relevanz im Alltag und werden auch dem Umgang mit Fremden zu Grunde gelegt. (bc)

Glaubens auf der Betriebsamkeit von Bektashi-Mönchen, ein Sufi-Orden außerhalb der offiziellen religiösen Strukturen.

Die Einführung osmanischer Verwaltungsstrukturen und die neuen gesellschaftlichen und kulturellen Institutionen im städtischen Leben bewirkten im Kosovo einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Städte entwickelten sich zu bedeutenden Zentren, in denen neben Handel und Gewerbe auch Stätten der religiösen Bildung und Religionsausübung wie Medressen und Moscheen die Menschen prägten. Die Herausbildung einer überwiegend muslimischen Bevölkerung ist zum einen auf den Umstand zurückzuführen, dass diese Städte wirtschaftliche Anziehungspunkte darstellten und zum anderen, dass kriegerische Auseinandersetzungen eine albanische Migration in dieses Gebiet nach sich zogen.

Islam und albanische Nationalbewegung

Am Ende des 19. Jahrhunderts stellten Muslime fast drei Viertel der Gesamtbevölkerung im Kosovo. Die große Mehrheit davon entfiel auf die albanischstämmigen Bewohner. Zwischen der Mehrheit der muslimischen und der Minderheit der katholischen Albaner schwelten kaum religionsbedingte Konflikte. Uns liegen sogar zahlreiche Belege für Religionsverschmelzung vor: So führten manche muslimische Albaner heimlich die katholische Glaubensausübung fort. Auch lebten innerhalb einer Familie nicht selten Angehörige verschiedener Religionen. Kirchen und Moscheen wurden gleichermaßen respektiert.

Die religiösen Unterschiede zwischen den Albanern behinderten zwar die Ausbildung eines nationalen Bewusstseins nicht entscheidend, sie standen jedoch der Entwicklung des Islam zu einem einigenden Element entgegen. Zum zentralen verbindenden Faktor für die albanische Nationalbewegung wurden vielmehr die gemeinsame albanische Sprache und ethnische Verwandtschaft. Auf die katholischen und orthodoxen Albaner zielten Trennungsbestrebungen der Kirchen, deren Ergebnis im 19. Jahrhundert die Gründung neuer Staaten auf dem Balkan war. Dies und die Befürchtung der muslimischen Albaner, dass sie nur unzureichend durch den osmanischen Staat geschützt seien,

förderte die Entstehung einer säkularen (weltlich orientierten) nationalistischen Bewegung auf der Grundlage der gemeinsamen Sprache. In der im Jahr 1878 gegründeten Liga von Prizren (vgl. den Beitrag von Agilolf Keßelring) dominierten muslimische Albaner aus dem Kosovo. Sie bildeten deren konservativen Flügel – in ihren Vorstellungen weit mehr traditionalistisch als religiös und auf den Schutz von Privilegien und Rechten im Rahmen des Osmanischen Reiches ausgerichtet. Die Liga lehnte anfangs den von den Anhängern des Bektashi-Ordens aus dem Süden Albaniens propagierten Entwurf zur Autonomie ab. Erst als die Berliner Vereinbarungen von 1878 für das Osmanische Reich erhebliche Gebieteinbußen verursachten und es immer schwieriger zu werden drohte, die Forderungen nach Unterricht in albanischer Sprache und die Akzeptanz traditioneller Privilegien durchzusetzen, schwenkte der konservative Flügel auf eine entgegengesetzte Linie um. Diese Situation missfiel dem Sultan des Osmanischen Reiches Abdulhamid II. (1876–1909), der die Liga als muslimische Bewegung von den Muslimen des Kosovo gestaltet wissen wollte. Er löste daraufhin die Liga von Prizren 1881 gewaltsam auf.

Jungtürken

Bei den so genannten Jungtürken (türk. Jöntürkler) handelte es sich um eine Gruppierung aufgeklärter Angehöriger der türkischen Elite, zunehmend verstärkt durch modernisierungswillige Lehrer und Beamte. Die Jungtürken versuchten seit 1876, liberale Reformen durchzusetzen und dem Land eine konstitutionelle Staatsform zu geben. Ihre zunächst illegale Arbeit verstanden sie als Beitrag zur Rettung des im Niedergang befindlichen Osmanischen Reiches. Nach einem erfolgreichen Aufstand gegen den Sultan bereits 1908, stellten die Jungtürken nach einem Militärputsch von 1913 bis 1918 eine Regierung unter Führung u.a. von Enver Pascha, die mit diktatorischen Mitteln den Staatsverfall aufzuhalten versuchte, aber am Ende des Ersten Weltkriegs und mit der Niederlage des Osmanischen Reiches abdankte. Viele Jungtürken betätigten sich nach 1923 in der Türkischen Republik Kemal Atatürks in einer neu entstandenen Republikanischen Volkspartei, bis heute eine der zentralen, der Sozialdemokratie nahe stehenden politischen Kräfte im Land.

(bc)

Diejenigen Albaner, die im Osmanischen Reich die konstitutionell orientierte Jungtürken-Opposition unterstützten, trieben während der zweiten konstitutionellen Monarchie die Entwicklung der albanischen Sprache und Kultur voran. Während im Süden das lateinische Alphabet für den Unterricht in albanischer Sprache in Gebrauch stand, beharrten die konservativen muslimischen Albaner, die auf dem Gebiet des heutigen Kosovo und in Westmazedonien lebten, auf dem arabischen Alphabet.

Trotz solcher Differenzen blieb die albanische Sprache weiterhin die Basis der albanischen Nationswerdung. Diese war seit 1878 insbesondere im Kosovo von verlustreichen Aufständen begleitet. Die Jungtürken hatten nach 1908 ihre gegenüber den Albanern gemachten Versprechen nicht eingehalten und die Erlaubnis für den Unterricht in albanischer Sprache zurückgezogen. Türkisch wurde als Unterrichtssprache für alle Muslime verbindlich und sowohl der Militärdienst als auch die Besteuerung zentralisiert. Auf dem Papier akzeptierten die Jungtürken schließlich 1912 zwar die Forderungen der Albaner, in einer autonomen Provinz zu leben. Praktisch hatte dies jedoch keine Auswirkungen mehr, da das Kosovo nach den Balkankriegen (1912/13) ein Teil Serbiens und Montenegros wurde.

Die jugoslawische Ära

Die zumeist muslimischen Kosovo-Albaner stellten im Königreich Jugoslawien, dem Staat der Südslawen, nicht nur eine abgegrenzte Religionsgemeinschaft dar, sondern repräsentierten auch eine eigenständige ethnische Gruppe. Feindseligkeiten der Serben den Albanern gegenüber waren denn auch eher ethnisch als religiös motiviert. Die serbische Führung betrachtete beispielsweise die Bosniaken als muslimische Slawen und damit als Teil der eigenen Nation. Für die Albaner galt dies nicht. Serbische Bemühungen, zum Zweck der Assimilierung der Albaner den Unterricht auf Albanisch zu verbieten und stattdessen mit Hilfe bosniakischer Lehrer in serbischer Sprache zu unterrichten, blieben ebenso erfolglos wie der Versuch, Führungspositionen in islamischen Institutionen des Kosovo mit Bosniaken zu besetzen.

An den wenigen türkischsprachigen religiösen Schulen fand vermehrt heimlich Unterricht in albanischer Sprache statt. Ein Zusammenschluss zwischen der »Jugoslawischen Muslimischen Organisation«, gegründet von den bosnischen Muslimen in den ersten Jahren des Königreichs Jugoslawien, und der »Gesellschaft zum Schutz des islamischen Rechts« der muslimischen Albaner fand nicht statt. Als Letztere unter den Einfluss einer radikalen Gruppierung geriet, die den albanischen Irredentismus, den Anschluss abgetrennter Gebiete an das »Mutterland«, förderte, lösten die serbischen Behörden sie auf.

In den 1950er-Jahren verschlimmerte sich die Situation der Volksgruppe erneut. Daher sahen sich viele muslimische Albaner gezwungen, als »Türken« in die Türkei auszuwandern. Die verbliebenen Albaner lebten bis in die 1980er-Jahre unter dem in der Verfassung von 1974 festgeschriebenen Autonomiestatus, der ihnen ausgedehnte Rechte garantierte. Die Universität von Prishtina wurde ein Zentrum der albanischen Nationalbewegung. Im Gegensatz dazu verschwamm die islamische Identität zunehmend auch durch den Einfluss sozialistischer Ideologien. Da die Sprache einer der Stützpfeiler des albanischen Nationalismus war, standen die Albaner in der Provinz Kosovo allen dort lebenden Muslimen ablehnend gegenüber, die kein Albanisch sprachen. Diese Einstellung nahm bisweilen repressive Züge an und richtete sich neben serbisch- oder südslawischsprachige auch gegen türkisch sprechende Muslime.

Der Aufstand von 1981, in Gang gebracht durch albanische Studenten, war eine nationalistisch motivierte Rebellion ohne religiöse Motivation. Die Feindseligkeit zwischen Albanern und Serben, die nach der blutigen Niederschlagung der Unruhen eskalierte, bildete die Grundlage für die aggressive Kosovo-Politik des Serbenführers Slobodan Milošević.

Der Islam im Kosovo nach 1990

Auch im Zeitraum vom 28. September 1990, als die Autonomie des Kosovo durch die serbische Regierung aufgehoben wurde, bis zum Jahr 1999, als die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen ihre Arbeit aufnahm, kam dem Islam keine bestimm-

Allgemeine Verhaltensregeln

- Keine Moscheen betreten, da diese den Muslimen vorbehalten sind. Sollte dennoch die Erlaubnis erteilt bzw. die Notwendigkeit dazu gegeben sein, sind vor dem Betreten die Schuhe auszuziehen; weibliche Personen bedecken Haupthaar und bloße Körperpartien (z.B. nackte Arme). Grundsätzlich gilt: keine Waffen in einer Moschee! Die allgemeinen Regeln des Respekts vor allen Religionen sind zu beachten.
- Im Fastenmonat Ramadan ziehen Sie sich beim Essen, Trinken und Rauchen aus der Öffentlichkeit zurück.
- Höflichkeit gegenüber Bettlern ist ein Gebot des Islam, Almosen zu geben eine religiöse Pflicht.
- Vor allem auf dem Land und in den Dörfern ist das Fotografier- und Filmverbot, insbesondere gegenüber Frauen, streng einzuhalten. Zumindest ist das Einverständnis zum Fotografieren oder Filmen vorher einzuholen.
- Beziehungen zum weiblichen Geschlecht können zu ernststen Schwierigkeiten führen. Es gibt noch immer sehr starke Familienbindungen. Die Verletzung der Ehre kann Racheaktionen zur Folge haben. Für Frauen: Reichen Sie einheimischen Männern nicht die Hand – dies fällt bereits unter den Begriff der Intimität.
- Der nationale Stolz der ethnischen Albaner ist stark ausgeprägt, üblicherweise werden diese einem Fremden zunächst mit einiger Zurückhaltung begegnen. Einladungen in ein albanisches Haus sind nicht ungewöhnlich, geschehen jedoch unter den aktuellen ökonomischen Bedingungen vor allem KFOR-Soldaten gegenüber nicht immer völlig uneigennützig.
- Es ist bei albanischen Männern weitgehend üblich, einem Fremden als Zeichen der Höflichkeit und des Wunsches, ein Gespräch zu beginnen, eine Zigarette anzubieten. Ein Raucher sollte diese annehmen und bei nächster Gelegenheit ebenfalls eine solche anbieten. Der Nichtraucher legt seine rechte Hand aufs Herz, verneigt sich ein wenig und gibt zu verstehen, dass er Nichtraucher ist.
- Beim Betreten eines albanischen Hauses achten Sie darauf, dass Ihr Fuß nicht auf die Türschwelle gesetzt wird. Der Herd des Hauses darf ebenfalls nicht berührt werden. Solche Verhaltensweisen würden als schlechtes Omen gedeutet werden.
- Versäumen Sie bei Einladungen nicht, beim Hausherrn einen Trinkspruch auf ihn und seine Familie anzubringen.

- Schnaps wird grundsätzlich bei jeder Begrüßung angeboten und gehört zum Ritual. Der Gast sollte zumindest am Glas nippen.
- Geschenke dürfen nicht abgelehnt werden! Dies wäre eine äußerst unhöfliche Geste. Sie können sich nur mit einem Gegengeschenk revanchieren. Das Geschenk wird in der Gegenwart des Schenkenden nicht geöffnet oder eingepackt.
- Schwarze Kleidungsstücke, aber auch Kaffee, Zucker und Zigaretten werden nur anlässlich von Begräbnissen als Geschenke überreicht.
- Nicht gleichzeitig den Daumen, Zeigefinger und Mittelfinger ausstrecken (um z.B. die Zahl »Drei« anzuzeigen). Diese Geste bedeutet das serbische »Victory«-Zeichen und wird von muslimischen Albanern als Provokation aufgefasst.
- Nicht das »Victory«-Zeichen durch Strecken des Zeige- und Mittelfingers anwenden; dies stellt für Serben eine Provokation dar.

Quelle: KFOR Update 2005. Truppendienst-Taschenbuch, Bd 44, BMLV, Wien 2005, S. 302–307.

mende Rolle für das albanisch-serbische Verhältnis zu. Aufgrund des starken serbischen Drucks innerhalb des staatlichen Bildungssystems entwickelten die Albaner im Kosovo ein paralleles Bildungssystem in albanischer Sprache, Ausdruck auch des Wunsches nach kultureller Verschmelzung zwischen Albanien und dem Kosovo. Nicht muslimische, sondern nationale Ziele bildeten die Grundlage albanischer Politik.

Die Politik des pazifistischen Widerstands von Präsident Ibrahim Rugova erhielt nicht diejenige internationale Unterstützung, die für ihren Erfolg notwendig gewesen wäre. Die ab 1996 erstarkende Befreiungsarmee des Kosovo (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, UÇK) brandmarkte die serbische Regierung als islamische (islamistische) Bewegung. Die Regierung in Belgrad hoffte auf Europas Unterstützung durch Verbreitung der These, die UÇK sei eine ähnlich gefährliche terroristische Gruppierung wie die bosnisch-islamistische Bewegung »Islamischer Dschihad«: Beide seien zu bekämpfen, um der Verbreitung des Islamismus in Europa vorzubeugen.

In den 1990er-Jahren hatte die Rolle des radikalen Islam im Kosovo in Wahrheit jedoch keinen großen Stellenwert. Die

muslimische geistliche Hierarchie in Bosnien hob hervor, es handle sich beim Kosovo-Krieg nicht um einen Religionskrieg. Muslimische Albanerführer im Kosovo selbst betrachteten die albanische Unabhängigkeitsbewegung eher als national denn religiös motivierte Antwort auf die serbische Unterdrückungspolitik.

Die angespannte Lage im Kosovo führte allerdings dazu, dass die Freiräume der Religionen zunehmend auch politisch genutzt wurden. In Ibrahim Rugovas Partei Demokratische Liga des Kosovo (LDK) fühlte man sich zur Kooperation mit den religiösen Institutionen verpflichtet, um der Unzufriedenheit der Albaner zu begegnen und hob die Bedeutung des Islam im gesellschaftlichen und politischen Leben des Kosovo hervor. Zwar war das Hauptziel des albanischen Widerstands gegen das von Serbien im Jahr 1999 verübte Unrecht der Bestandsschutz und die Unabhängigkeit des Kosovo, die islamische Öffentlichkeit nahm die UÇK jedoch zum Teil durchaus als Dschihad-Bewegung zur Selbstverteidigung wahr.



picture-alliance/dpa/Marco Urban

August 2004: Der damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering sprach während eines Besuchs beim Einsatzkontingent der Bundeswehr in Prizren mit dem katholischen Bischof Mark Sopi (rechts), dem Vorsitzenden der Roma-Partei Zulfij Merxha (3. v.r.) und dem Mufti Ali Vezaj (2. v.r.).

Auch die Programme der politischen Parteien, die unter dem Schutz der UN-Übergangsverwaltung (UNMIK) und nach der Schaffung eines konstitutionellen Rahmens für eine provisorische Regierung 2001 entwickelt worden waren, trugen säkulareren Charakter. Die Tatsache, dass die UNMIK bei ihren Bemühungen zur Konfliktlösung im Kosovo den lokalen Bedürfnissen nicht immer gerecht werden konnte, führte allerdings dazu, dass bestehende Lücken durch Organisationen mit religiösem

Katholiken im Kosovo

Entgegen der landläufigen Meinung findet sich unter der albanischen Bevölkerung des Kosovo neben Muslimen auch eine beträchtliche Anzahl katholischer Christen. Etwa 60 000 Katholiken sind in den Kirchenbüchern verzeichnet, die Zahl der Gläubigen dürfte jedoch höher liegen. Organisatorisch gehörten sie von 1969 bis zum Jahr 2000 zum Bistum Skopje-Prizren, sodass die Katholiken in Mazedonien (davon etwa 20 000 albanische Katholiken) und im Kosovo kirchenrechtlich eine Einheit bildeten. Papst Johannes Paul II. trennte im Jahr 2000 aufgrund der politischen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien die Diözese Skopje von Prizren ab. Das Gebiet des Kosovo bildet seither eine eigene Apostolische Administration mit Bischofssitz in Prizren. Der im Januar 2006 verstorbene Bischof Mark Sopi erfreute sich nicht nur unter albanischen Katholiken im Kosovo großer Beliebtheit. Er war auch 1999 in Prizren geblieben und unterzeichnete im Jahr 2000 gemeinsam mit dem Mufti der islamischen Gemeinschaft Kosovos, Rexhep Boja, und dem serbisch-orthodoxen Bischof von Raška und Prizren, Artemije, die »Erklärung von Sarajevo«. In dieser gemeinsamen Stellungnahme verurteilten die drei Religionsgemeinschaften entschieden »ethnisch oder religiös motivierte Gewaltakte, die Zerstörung von religiösen Stätten und Friedhöfen, die Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern, Racheakte sowie den Missbrauch von öffentlichen Medien, um Hass zu schüren«. Als Bischof Sopi in einer Weihnachtspredigt 2005 das »Wunder der Geburt Christi« mit der »Geburt des Kosovo« verglich, hatte dies eine Protestnote der Regierung von Serbien und Montenegro an den Heiligen Stuhl in Rom zur Folge. (ak)

Hintergrund ausgefüllt wurden. Islamische Organisationen, die im Namen des Saudi Joint Committee for the Relief of Kosovo and Chechnya (SJCRKC) tätig wurden, befriedigten Grundbedürfnisse der ländlichen Bevölkerung nach Lebensmitteln, Gesundheitsversorgung und Bildung. Zusammen mit Hilfsgütern verbreiteten sie jedoch auch den antiwestlichen Wahhabismus, erreichten bislang freilich nur einen kleinen Teil der muslimischen Bevölkerung.

Das Vorhandensein einer katholisch-albanischen Gemeinde im Kosovo und deren stets gute Beziehung zu den muslimischen Landsleuten wirkten ebenfalls der Entstehung von religiösem Fanatismus entgegen. Zwar sind Ehen zwischen katholischen und muslimischen Albanern selten – hier spielt die Religion nach

Wahhabismus

Wahhabiten sind die Anhänger der Wahhabiya, einer dogmatischen Richtung des sunnitischen Islam. Ihre Verfechter beziehen sich auf Muhammad ibn Abd al-Wahhab (1703–1792) und auf dessen »reinigende« Auslegung der ursprünglichen Lehre des Islam. Ihrem Selbstverständnis nach die einzigen Vertreter des reinen Islam, sehen die Wahhabiten dessen Verbreitung unter anderen Muslimen als legitimen Kampf (Dschihad) an. In Saudi-Arabien ist der Wahhabismus Staatsreligion. (bc)

wie vor eine entscheidende Rolle –, doch blieben religiöse Unterschiede bei der Lösung politischer Fragen eher ohne Belang. Die katholische Kirche unterstützte die muslimischen Albaner, die im Widerstand gegen die Serben aktiv waren, und hielt Trauergottesdienste für jene ab, die von serbischen Truppen getötet wurden. Einerseits lehnt ein Großteil der im Kosovo ansässigen albanischen Intellektuellen heute tendenziell die muslimische Identität als Unterscheidungsmerkmal zu den christlichen Albanern ab, andererseits stammen aber auch die führenden Verfechter einer albanisch-islamischen Synthese aus dem Kosovo, welche die enge Beziehung zwischen Islam und albanischer Identität unterstreicht. Trotz dieser unterschiedlichen Standpunkte innerhalb der geistigen Elite des Landes neigen die Füh-



picture-alliance/dpa/Vladimir Xhemaj

Eine Serbin betet in der Kirche des Heiligen Sava, Hoçë e Madhe (serb. Velika Hoča, Aufnahme vom Februar 2008). Die überwiegende Mehrzahl der serbischen Einwohner des Kosovo sind orthodoxe Christen.

rer der nationalen Bewegung insgesamt eher zu einer Haltung, die eine islamische Identität für das Kosovo verneint und keine Konfrontation mit dem Westen sucht. Die letztere Auffassung findet man eher bei sozialistischen oder anderen linksgerichteten politischen Gruppierungen in Albanien. Im Kosovo können freilich auch viele, die religiös-fundamentalistische Ziele nicht aus eigener Überzeugung unterstützen, in schlechten Zeiten die Hilfe islamischer Eliten aus dem Ausland gebrauchen. Die Unterstützung durch die »islamische Welt« gegen die Serben bleibt tief im kollektiven Gedächtnis dieser Provinz bewahrt.

Nuray Bozbor



Diskussionen zum Thema »Kriegsverbrechen« – im Bild ein Gräberfeld im Kosovo – finden bis heute in einem hochemotionalen und politisierten Umfeld statt. Gerade im Hinblick auf die nach wie vor ungeklärte Zukunft des Kosovo verwenden beide Lager die Erinnerung an die Verbrechen des Gegners propagandistisch im Sinne einer Rechtfertigung eigener Positionen. Aber auch der westlichen Berichterstattung der Jahre 1998/99 ist grundsätzlich mit Vorsicht zu begegnen.

Zahlenmaterial des Internationalen Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) zufolge vertrieben oder deportierten serbische Polizei, paramilitärische Kräfte und die Jugoslawische Armee rund 800 000 kosovo-albanische Zivilisten. Obwohl das chaotische Umfeld von Vertreibungen und Flucht die Ermittlung von Opferzahlen erschwert, kann der Fall des Kosovo doch im internationalen und historischen Vergleich als bestens dokumentiert gelten. Die Verbrechen spielten sich bei voller Medienpräsenz direkt unter den Augen der Weltöffentlichkeit ab.

Kriegsverbrechen im Kosovo-Krieg 1998/99

Seit dem »Agreement on the OSCE Kosovo Verification Mission« vom 16. Oktober 1998 waren rund 2000 OSZE-Beobachter der Kosovo Verification Mission (KVM) u.a. damit beauftragt, Menschenrechtsverletzungen zu melden. Allein bis Ende Februar 1999 verzeichnete die KVM über 70 Leichenfunde. Es handelte sich meist um erschossene oder erschlagene Menschen – in der Masse kosovo-albanischer ethnischer Zugehörigkeit.

Die Kenntnis über massive, durch staatliche serbische Organe verübte Verbrechen an Kosovo-Albanern vervielfachte sich im Jahr 1999 durch ungezählte Flüchtlingsberichte. Eine im April 1999 durchgeführte repräsentative Umfrage der Organisation »Physicians for Human Rights« in 31 albanischen und mazedonischen Flüchtlingslagern ergab, dass von 1209 Flüchtlingen aus 23 von 29 kosovarischen Distrikten jeder dritte kosovo-albanische Haushalt von Gewalterfahrungen gegen die eigene Volksgruppe (Plünderung, Zerstörung von Eigentum, Schläge, Folter, Vergewaltigung, Tötung) betroffen war. Das volle Ausmaß der Verbrechen konnte aber erst nach dem Einmarsch der KFOR vor Ort festgestellt werden. Allein im Jahr 1999 ließ der ICTY im Kosovo die sterblichen Überreste von 2108 Menschen aus 195 Grabstellen exhumieren. Die 68-seitige Anklageschrift gegen hochrangige serbische Politiker und Militärkommandeure (Fall IT-05-87 Milutinović et al.) führt aus, dass »Streitkräfte der Bundesrepublik Jugoslawien und Serbiens auf systematische Weise Städte und Dörfer beschossen, Wohnhäuser und Höfe niedergebrannt, kosovo-albanische Kultur und religiöse Institutionen zerstört, kosovo-albanische Zivilisten ermordet und kosovo-albanische Frauen vergewaltigt« haben.

Für die politischen Entwicklungen im Kosovo des Jahres 1999 und den dortigen Einsatz internationaler Streitkräfte gilt vor allem das kontrovers diskutierte Massaker von Reçak (serb. Račak) als Schlüsselereignis. In der Gesamtschau ist Reçak jedoch nur eines von vielen und nicht einmal das zahlenmäßig schwerste derartige Verbrechen. Dennoch entfaltete es eine enorme politische Wirkung.

Bereits im Dezember 1998 – einen Monat vor den Vorgängen in Reçak – eskalierte der Konflikt zwischen der Internationalen Staatengemeinschaft und der Jugoslawischen Regierung. Zwar zeigte

sich die Führung in Belgrad mit dem Einsatz einer finnischen Expertengruppe von Gerichtsmedizinern (EU Forensic Expert Team, EU-FET) zur Exhumierung von Grabstellen in Abri ë Eperme (serb. Gornje Obrinje), Rahovec, Golluboc (Golubovac), Glogjan (Glodjane), Kleçkë (Klečka) und Volljakë (Volujac) einverstanden, doch zielte dieses Entgegenkommen darauf, internationale Aufmerksamkeit auf die »UÇK-Verbrechen« in Kleçkë und Volljakë zu lenken. Die Aufklärung von Kriegsverbrechen der »serbischen Seite« – beispielsweise die Exhumierung von 21 Leichen in Abri e Epërme – behinderte die serbische Polizei demgegenüber massiv.

In den Morgenstunden des 15. Januar 1999 schlossen Einheiten der Jugoslawischen Armee und serbische Polizeikräfte das Dorf Reçak ein. Dabei kamen gepanzerte Polizeifahrzeuge, Kampfpanzer des Typs T-55 sowie Artillerie zum Einsatz. Zeugenaussagen zufolge wurde das Dorf Haus für Haus durchsucht. Soldaten verhafteten männliche Bewohner, die man später tot auffand. Erst am späten Nachmittag gelang es der KVM, ihren Zugang nach Reçak durchzusetzen (gemäß Abkommen vom 16. Oktober hatte die KVM das Recht der »freedom of movement«). Insgesamt 45 Leichen wurden durch die KVM untersucht und anschließend in der Moschee des Ortes aufgebahrt. Zwei Tage später beschlagnahmten serbische Polizeikräfte die Toten, um sie in Prishtina gerichtsmedi-

Kriegsverbrechen der UÇK

Der ICTY verhandelt ebenso Kriegsverbrechen der UÇK. Prominentester Fall ist der Prozess gegen den 2008 dann freigesprochenen ehemaligen kosovarischen Ministerpräsidenten und ranghohen UÇK-Kommandeur Ramush Haradinaj (Fall Haradinaj et al., IT-04-84). Die Anklageschrift hebt u.a. die grausamen Praktiken in der Haftanstalt von Jabllanicë (Jablanica) unter Lahi Brahimaj hervor. Dort wurden Zivilisten als »serbische Spione« misshandelt, vergewaltigt und ermordet. Angeklagt ist auch der Kommandeur der UÇK-Spezialeinheit »Schwarze Adler«, Idriz Balaj, dessen Truppe für Vertreibungen und etwa 60 Tötungen von Serben, Kosovo-Albanern und Roma im April 1998 in Dubravë (Dubrava), Irzniq (Rznić), Ratišë (Ratiš) und Dashinoc (Dashinovac) verantwortlich gemacht wird. Zahlenmäßig sind die Kriegsverbrechen der UÇK weit geringer als diejenigen der serbischen Polizeikräfte und der VJ. Bezüglich ihrer Brutalität und Menschenverachtung stehen sie diesen allerdings in keiner Weise nach.

zinisch untersuchen zu lassen. Das offizielle Ergebnis jugoslawischer und belorussischer Forensiker lautete am 25. Januar, dass »keine Zeichen eines Massakers« festzustellen gewesen seien.

Der OSZE war es demgegenüber erst ab dem 22. Januar gelungen, das Expertenteam von Gerichtsmedizinern der EU heranzuziehen. Aufgrund des erst späten Einsatzes unabhängiger Spezialisten geben die so gewonnenen gerichtsmedizinischen Ergebnisse bis heute Freiraum zu Spekulationen (fortgeschrittene Verwesung der Leichen). So ist die Feststellung, auf welche Weise die Leichname von Reçak nach Prishtina verbracht wurden, aber auch die Dokumentation der ersten 16 durch jugoslawische Gerichtsmediziner durchgeführten Obduktionen nach Angaben des EU-FET lückenhaft: Eine zweifelsfreie Identifizierung der untersuchten Körper bleibt somit fragwürdig. Seit Beginn des Einsatzes der finnischen Forensiker stand der Vorwurf im Raum, die serbische Polizei habe Spuren verwischt. Die Beweislast der unmittelbar nach dem Massaker seitens Human Rights Watch und KVM gesammelten Zeugenaussagen führte jedoch dazu, dass der ICTY das »Massaker von Reçak« in der Anklageschrift im »Fall Milutinović et al.« (IT-99-37-PT) als solches bezeichnet. Dieser vom Leiter der KVM erhobene Vorwurf hatte 1992 zur Folge, dass er in Jugoslawien zur »unerwünschten Person« erklärt wurde und es Slobodan Milošević gelang, den Abzug der KVM-Mission zum 20. März 1999 zu erwirken.

Nachdem sich die KVM zurückgezogen hatte, setzte eine Welle von Massakern an Kosovo-Albanern ein: Bellacërkvë (serb. Bela Crkva) am 25. März mit 39 Opfern; Krushë e Madhe (Velika Kruša) mit 102 Toten; Gjakovë (Djakovica) mit sechs Todesopfern am 26. März und zwei Tage später 20 weiteren; Padalishtë (Padalište) mit 19 Ermordeten am 26. März und 45 Angehörigen des Berisha-Clans in Suharekë (Suva Reka) am selben Tag. Am 2. Mai töteten serbische Polizei und VJ rund 100 Menschen beim Massaker von Vushtrri (Vučitrn). Alle hier aufgeführten Toten – unter ihnen mehrere Kinder und Kleinkinder – sind namentlich bekannt und in der Anklageschrift des ICTY belegt. Ob die Angeklagten der ihnen angelasteten Untaten letztlich für schuldig befunden werden, bleibt abzuwarten. Das Ausmaß der Verbrechen hingegen ist schon heute zweifelsfrei belegt.

Agilolf Kesselring



Zahlreiche Faktoren behindern Wiederaufbau und Stabilität im Kosovo. Neben weiterhin vorhandenen unterschiedlichen Auffassungen der albanischen und serbischen Bevölkerungsgruppen, was den völkerrechtlichen Status der früheren serbischen Provinz angeht, beeinträchtigen vor allem die nach wie vor bestehenden ethnischen Spannungen, die Präsenz radikaler politischer Gruppierungen sowie die weit verbreitete Organisierte Kriminalität die Sicherheit im Land. Bislang fehlt ein wirtschaftlicher Aufschwung, der eine positive Dynamik entfalten könnte. Bei einer Arbeitslosigkeit von etwa 50 Prozent lebt sowohl in den Städten – das Foto vom Sommer 2007 zeigt einen Friseur vor seinem Laden in Pristina – als auch auf dem Land mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Armut oder extremer Armut.

Das Kosovo war schon im ehemaligen Jugoslawien eine der strukturschwächsten Regionen. Neben Landwirtschaft und Energiegewinnung bildete lediglich der Bergbau eine ökonomische Grundlage. Die Braunkohlevorkommen der Region zählen sogar zu den reichsten in Europa. Staatlicher Raubbau an den Anlagen, die weitgehende Zerstörung der Infrastruktur im Krieg, der Zusammenbruch des früheren jugoslawischen Wirtschaftsraums, aber auch strittige Eigentumsfragen behindern jedoch bislang eine positive Entwicklung.

Sicherheit und Stabilität? Aktuelle Überlegungen zur Lage

Die folgende, ausschnitthafte Betrachtung gilt Fragen der Sicherheit sowie dem politischen Umfeld und dem inneren Gefüge im jüngsten Staat Europas. Mit der Unabhängigkeit des Kosovo veränderten sich die Bedrohungen, denen auch die KFOR ausgesetzt ist, aber sie wurden nicht kleiner. Entsprechende Gewichtungen und Wertungen sind subjektiv und spiegeln die Erfahrungen des Autors wider.

Die Kennzeichnung als »calm but not stable – ruhig, aber nicht stabil« charakterisiert spätestens seit den Ausschreitungen vom März 2004 die Situation im Kosovo. Nach den spektakulären Berichten über brennende serbische Klöster (vgl. den Beitrag von Bernhard Chiari) verschwand die Provinz aber weitgehend aus den Schlagzeilen und Fernsehmeldungen. Seit 2004 beherrschten vielmehr Themen wie der Irak, die Lage im Iran oder die Entwicklung Afghanistans die Berichterstattung. Erst durch die Arbeit von Martti Ahtisaari und seinem Team erlangte das Kosovo wieder das Medieninteresse. Bereits im Sommer 2006 hatten Mitarbeiter des UNOSEK (United Nations Office of the Special Envoy for Kosovo) verlautbart, hinsichtlich der Statusfrage keine Annäherung zwischen den Standpunkten der Serben und der Albaner erkennen zu können. Verschiedene Taktiken und Techniken internationaler Diplomatie kamen in der Folge zur Anwendung, eine einvernehmliche Lösung war aber nie wirklich in Sicht.

Das im Frühjahr 2007 präsentierte »Comprehensive Proposal for Kosovo Status Settlement« (vgl. den Beitrag von Dina Rossbacher) akzeptierte das kosovarische Parlament im Sommer 2007 als Grundlage des weiteren politischen Fahrplanes, während serbische Vertreter den Vorschlag Ahtisaaris bis heute rundum ablehnen. Aus diesem Dokument leiten sich jene Strukturen ab, die ab Mitte Juni 2008 die internationale Präsenz im Kosovo abbilden sollen. Bis zu diesem Zeitpunkt ungeklärte völkerrechtliche und verfahrenstechnische Fragen wären eine erhebliche Belastung für das Funktionieren des neuen Staates.

Politische und wirtschaftliche Stabilität

Seit Beginn des Jahres 2008 bestimmen vor allem zwei Entscheidungen die innenpolitische Situation. Erstens wurde Hashim Thaçi nach seinem Wahlsieg vom November des Vorjahres am 8. Januar zum neuen Premierminister berufen, vor allem aber erklärte das Kosovo zweitens am 17. Februar einseitig seine staatliche Unabhängigkeit. Beide Ereignisse stellten keine großen Überraschungen dar. Die PDK (Partia Demokratike e Kosovës) profitierte von der Schwäche der bis dahin mächtigen Demokratischen Liga des Kosovo (Lidhja Demokratike e Kosovës, LDK), die sich nach dem Tod Ibrahim Rugovas in Machtkämpfen verzettelte, und von der sich schließlich die Demokratische Liga Dardaniens (Lidhja Demokratike e Dardanisë, LDD) abgespaltete. Fehlende politische und wirtschaftliche Entwicklungen der letzten Regierungsperiode seit 2004 und die weit verbreitete Korruption trugen dazu bei, dass die Wahlbeteiligung im November mit ca. 45 Prozent erschreckend gering ausfiel. So wies beispielsweise der im Oktober 2007 erschienene »18. Early Warning Report« des United Nations Development Program (UNDP) darauf hin, dass nur 28 Prozent der Kosovaren mit der Arbeit der Institutionen in ihrem Land zufrieden seien.

Der Plan Martti Ahtisaaris sieht für die ersten neun Monate nach der Unabhängigkeit Wahlen auf Parlaments- und Kommunalebene vor. Somit könnte es bis Dezember 2008 im Kosovo zu einem neuerlichen Urnengang kommen. PDK und LDK dürften erneut die wesentlichen Kräfte darstellen, aber auch die Allianz für die Zukunft des Kosovo (Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës, AAK), wie die PDK eine Nachfolgepartei der früheren Untergrundarmee UÇK, könnte für die innere Entwicklung des Landes eine wichtige Rolle spielen. Mit Agim Çeku stellte die AAK bis Januar 2008 den Regierungschef, doch erlitt das Bündnis durch die Abwesenheit seines bekanntesten Führers Ramush Haradinaj eine deutliche Schwächung. Haradinaj hatte sich seit 2005 vor dem Kriegsverbrechertribunal für das Ehemalige Jugoslawien zu verantworten, wo man ihn im April 2008 aus Mangel an Beweisen freisprach. Ob Ramush Haradinaj in der lokalen Politik wieder Fuß fassen kann, wird zu beobachten sein. Vergleichbare Fälle aus der Vergangenheit zeigen jedoch, dass vor internatio-

nalen Gerichten freigesprochene Politiker im Kosovo mit hohen Sympathiewerten rechnen können. Eine gestärkte AAK könnte dann wieder zu einem wichtigen Faktor in der kosovarischen Innenpolitik werden.

Kosovo Protection Corps, KPC/Trupat Mbrojtëse të Kosovës, TMK

Als die NATO-Truppen im Juni 1999 in das Kosovo einmarschierten, wurden sie von der albanischen Bevölkerung als Verbündete und Befreier begrüßt; die Entwaffnung und Auflösung der UÇK jedoch stieß auf Unverständnis. Daher war es nur eine Frage der Zeit, dass die Führung der UÇK unter Hashim Thaçi eine Nachfolgeorganisation gründete – eine politische Partei, die heutige Demokratische Partei des Kosovo (Partia Demokratike e Kosovës, PDK). Nach einem Abkommen über die Demilitarisierung der UÇK vom 20. September 1999 wurde außerdem das KPC als eine an gesetzliche Vorgaben gebundene Katastrophenschutzorganisation aufgestellt. Diese bestand ursprünglich aus 3000 aktiven Mitgliedern und 2000 Reservisten unter der Führung des UÇK-Generals Agim Çeku (von März 2006 bis Januar 2008 Premierminister im Kosovo). Von Anfang an betonten UNMIK und KFOR, dass das KPC keine Armee darstelle. Von kosovo-albanischer Seite wurde und wird es jedoch als Kern zukünftiger Streitkräfte des Kosovo angesehen. (bc)

Neben die mit der Dynamik der politischen Machtverhältnisse verbundene Unsicherheit tritt die wirtschaftliche Situation, die auch neun Jahre nach dem Krieg unverändert schlecht ist. Extrem hohe Arbeitslosigkeit, die geringe Zahl von Ausbildungsplätzen und das Fehlen funktionierender Betriebe bilden die Gründe für die Zukunftsangst vieler Kosovaren. Vor allem junge Leute wollen ihr Land verlassen und in Europa einen Neuanfang wagen. Wie schlecht die Stimmung im Land ist, veranschaulicht der UNDP »Early Warning Report« vom Oktober 2007. Der Untersuchung zufolge sind zwei von drei Albanern bereit, gegen die schlechte wirtschaftliche Lage zu demonstrieren. Die Masse der Kosovaren fürchtet weniger die Instabilität der politischen oder sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen als vielmehr die Auswirkungen der desolaten Wirtschaftslage.



picture-alliance/dpa/Valdirin Xhemiaj

Müllsammler auf einer Deponie in Fushë Kosovë, Aufnahme vom Januar 2006

Alle relevanten kosovarischen politischen Akteure haben die grundlegende Verbesserung der Verhältnisse nach der Unabhängigkeit versprochen. Einen Hintergrund bildet der Glaube an massive Hilfszahlungen der Europäischen Union. Die erwartete Unterstützung soll die Initialzündung für ausländische Investitionen im Kosovo sein. Entsprechende Hoffnungen haben die politischen Führer in den vergangenen Jahren dermaßen nachhaltig genährt, dass der Großteil der kosovarischen Bevölkerung die Unabhängigkeit mit einem unmittelbar bevorstehenden und dauerhaften Aufschwung gleichsetzt. Ernüchterung und Enttäuschung scheinen vorprogrammiert. Es wird vor allem Aufgabe der neuen Regierung sein, der Bevölkerung das komplexe Umfeld zu erklären. Gelingt ihr dies nicht, kann die Frustration der Menschen in Verbindung mit politischer Agitation rasch zu einer wesentlichen Bedrohung der Stabilität werden.

Wo wählen die Kosovo-Serben?

Die am 11. Mai 2008 abgehaltenen Parlaments- und Kommunalwahlen in Serbien (vgl. S. 10) haben neben ihren direkten Auswirkungen auf die serbische Innenpolitik auch einschneidende Bedeutung für das Kosovo. Seit 1999 fand in Serbien eine Reihe von Wahlen und Volksabstimmungen statt. Bis 2008 stellte sich die UNMIK auf den Standpunkt, solche Wahlen weder selbst organisatorisch zu unterstützen noch zu verhindern. Die albanische Mehrheit, die 2000 aus den serbischen Wählerregistern getilgt worden war, nahm ohnehin von sich aus nicht teil. Und der serbischen Minderheit wurde so die Teilnahme an den diversen Wahlen in Serbien ermöglicht, ohne dass dies sehr umstritten war.

Mit der Unabhängigkeitserklärung vom Februar änderte sich diese Wahrnehmung jedoch. Aus kosovo-albanischer Sicht stellen nun serbische Wahlen auf kosovarischem Boden eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen Staates dar. Demgegenüber verstehen die serbische Regierung und die serbische Minderheit im Kosovo das Territorium nach wie vor als Teil Serbiens und beharren auf dem Recht, dort auch weiterhin von Belgrad organisierte Wahlen durchzuführen.

Faktisch können Wahlen in den nördlichen Gebieten des Kosovo schwerlich verhindert werden. Zu sehr dominieren in diesem ethnisch geschlossenen Siedlungsraum die serbische Bevölkerungsmehrheit und entsprechende Parallelstrukturen. Wie sich die Situation in den serbischen Enklaven im Süden und im Zentrum des Kosovo gestalten wird, erscheint weniger deutlich voraussehbar. Zu sehr unterscheiden sich die Verhältnisse in den dortigen serbischen Siedlungsgebieten voneinander, als dass eine eindeutige Aussage getroffen werden könnte. Als einzige berechenbare Größe kann in diesem Zusammenhang die Haltung Serbiens gelten: Dessen Regierung wird keinerlei Schritte unternehmen, um den internationalen Behörden oder gar den Institutionen des Kosovo entgegen zu kommen.

Wie sich die Internationale Gemeinschaft bezüglich dieser zentralen Frage verhalten wird, ist nach wie vor unsicher. Vor allem die Vereinten Nationen und somit die UNMIK leiden unter der Spaltung des Sicherheitsrates in Befürworter und entschiedene



picture-alliance/dpa/Jack Guez

Französische KFOR-Soldaten sichern eine Brücke im ethnisch geteilten Mitrovicë. Mit dem neuerlichen Ausbruch von Gewalt ist im Kosovo auch nach der Unabhängigkeit jederzeit zu rechnen.

dene Gegner der Unabhängigkeit und die damit verbundene Lähmung. Für die Europäische Union und die EULEX-Mission sowie die KFOR dürfte die Frage serbischer Wahlen jedenfalls eine der gewichtigsten Herausforderungen des Jahres 2008 darstellen.

Organisierte Kriminalität im Kosovo

Kritische Medien bezeichneten das unabhängige Kosovo als »Ganovenstaat am Balkan mit eigener NATO-Schutztruppe«. Nicht alle derartigen Einschätzungen sind dem Bemühen geschuldet, serbische oder russische Interessen zu verteidigen. Schwierigkeiten mit der Rechtsstaatlichkeit etwa rechtfertigen durchaus fundamentale Kritik am jüngsten Staat Europas. Wenn etwa die ehemalige Chefanklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals, die streitbare Schweizerin Carla Del Ponte, in einem unlängst veröffentlichten Buch schwere Anschuldigungen erhebt, ist ge-

naueres Hinsehen angezeigt. Zweifelsfrei hat die Region ein erhebliches Problem mit der Organisierten Kriminalität.

Warum mafiöse Strukturen im Kosovo derartig allgegenwärtig sind, ist nicht einfach zu klären. Die globale Aussage »so ist eben der Balkan«, muss jedenfalls hinterfragt werden. Sozialwissenschaftlich lässt sich die Gewaltbereitschaft in Post-Konflikt-Situationen generell anschaulich erläutern. Der Kosovo ist nicht die erste Krisenregion, in der vom Krieg verstörte und verrohte Menschen mit Gewalt ihre Interessen durchzusetzen suchen. Ein solches Modell findet im Kosovo zwei Grundbedingungen erfüllt. Zum einen fehlt dort teils nach wie vor eine funktionierende staatliche Ordnung, zum anderen besteht zeitliche Nähe zum eigentlichen Konflikt. Anders gewendet: Je besser und effektiver Demobilisierungsmaßnahmen, Demilitarisierung und Reintegrationsmaßnahmen (sog. DDR-Prozess) greifen, desto weniger Verständnis für Gewalt und Kriminalität herrscht in der Bevölkerung.

Die Organisierte Kriminalität stellt keinen kosovarischen Sonderfall dar, sondern kann auch in den Nachbarstaaten des Kosovo teils erhebliche Freiräume nutzen. Die Vorwürfe reichen hier wie dort vom Zigarettenschmuggel durch amtierende politische Mandatsträger bis hin zu politischen Morden, und sie zielen auf die Einsetzung von Kriminellen in Polizei und Militär zur Sicherung eigener Machtansprüche. Im Kosovo sehen sich alle großen Parteien (am wenigsten die LDK) entsprechenden Vorwürfen ausgesetzt. Selbst Hashim Thaçi und Ramush Haradinaj sollen in der Drenica-Region (Zenralkosovo) beziehungsweise im Dukagjin (Gegend um Gjakovë, Westkosovo) entsprechende Verbindungen pflegen. Die Netzwerke der Organisierten Kriminalität überschreiten mühelos politische, ethnische und weltanschauliche Grenzen – auf diesem Feld funktioniert die Zusammenarbeit im ehemaligen Jugoslawien selbst zwischen früheren Kriegsgegnern einwandfrei.

Als weiterer Grund für den starken Rückhalt mafia-ähnlicher Strukturen gilt die These, dass sich im Kosovo unter osmanischer Herrschaft keine von den Einwohnern akzeptierten staatlichen Strukturen festigen konnten. Für den Einzelnen stieg damit die Versuchung, Probleme abseits des Staates selbst zu lösen. Anstatt staatliche Gerichte in Anspruch zu nehmen, übten die Betroffene-

nen Selbstjustiz. Im albanischen Siedlungsraum mündete dies in die teils bis heute gültige Überlieferung des Kanun, des albanischen Gewohnheitsrechtes (vgl. den Infokasten auf S. 203).

Gefährdungen für KFOR-Kräfte

KFOR-Kräfte mit Schutzauftrag (Schutz von Personen, Veranstaltungen, Gebäuden und Kulturgütern) können jederzeit Ziel von Angriffen werden.

Weitere Gefährdungen für KFOR-Kräfte:

- unvermindert hoher Bestand von Waffen und Munition in privater Hand;
- hohe Minengefahr im Grenzgebiet zu Mazedonien;
- Ausspähung durch fremde Nachrichtendienste sowie nachrichtendienstähnliche Organisationen (Nutzung von Ortskräften als Informanten!);
- Existenz paramilitärischer kosovo-serbischer Kräfte im Nordkosovo;
- illegale Holzfäller machen von der Schusswaffe Gebrauch, wenn sie von KFOR-Patrouillen gestört werden.

Auch die Rahmenbedingungen des Widerstands gegen die als Fremdherrschaft empfundene serbische Dominanz im Kosovo ab 1912 förderten dort die Organisierte Kriminalität. Erst die Unterstützung durch die albanische Diaspora in europäischen Ländern oder in den Vereinigten Staaten ermöglichte den albanischen Kampf in den 1990er-Jahren. Über entsprechende Kanäle gelangten neben wirtschaftlicher und humanitärer Hilfe auch Waffen ins Kosovo (vgl. den Beitrag von Georgia Kretsi). Im Umfeld von Untergrundstrukturen, Verteilungskämpfen und Geschäftemacherei, wie sie die Kriegsgesellschaften aller betroffenen Balkanländer kennzeichneten, fand die Organisierte Kriminalität ideale Existenz- und Wachstumsbedingungen. Die Hauptbedrohungen für die Sicherheit bilden heute Menschen- und Drogenhandel, Prostitution, illegale Bautätigkeit und Schmuggel, Erpressung sowie der Waffenhandel, die weder die Internationale Gemeinschaft noch gar die im Aufbau befindlichen Behörden des Kosovo wirksam bekämpfen können. Hinzu treten die Uneinheitlichkeit des Rechtsraumes durch die serbi-

schen Enklaven sowie die Nichtbeachtung von UNMIK-Erlassen und anderen Akten der Rechtsetzung eben dort.

Kosovo auf dem Weg zum islamischen Gottesstaat?

Immer wieder geht im Kosovo die Angst vor religiösen Extremisten um. Im Jahr 2007 reiste Artemije, der serbisch-orthodoxe Bischof der Diözese von Raška-Prizren und einflussreichster Geistlicher im Kosovo, mehrfach und in gleicher Mission in die Vereinigten Staaten. Artemije warnte dort vor einem islamistischen albanischen Kosovo und wies auf angebliche Verbindungen zwischen der kosovarischen Führung und islamistischen Kreisen hin. Während diese Problematik in Europa kaum wahrgenommen wurde, griffen christlich-fundamentalistische Gruppen innerhalb der USA sie auf und übten Druck auf die amerikanische Regierung aus, der »Islamisierung« im Kosovo entgegenzuwirken.

Tatsächlich macht eine Fahrt durch das Kosovo offensichtlich, dass man sich in einem vornehmlich islamischen Land befindet (vgl. den Beitrag von Nuray Bozbor). Der Großteil der Bevölkerung bekennt sich zum sunnitischen Islam. Daneben gibt es auch eine Minderheit von Anhängern einiger Derwisch-Orden. Seit 1999 sind zahlreiche neue Moscheen entstanden und prägen in markanter Weise das Landschaftsbild. Einige dieser Bauten sind neu, andere wurden im Krieg zerstört und wieder aufgebaut. Gemein ist vielen, dass sie mithilfe von Spendengeldern aus dem arabischen Raum errichtet wurden. Mehrere im arabischen Raum beheimatete Verbände, davon viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs), unterstützen religiöse Projekte im Kosovo. Diese reichen von Moscheebauten über die Unterstützung von Koranschulen bis zu Stipendien für albanische Studenten, die ihre Ausbildung in arabischen Staaten durchlaufen wollen. Junge albanische Imame, an arabischen Hochschulen ausgebildet, sollen – ähnlich wie in Bosnien seit Ende des Bürgerkriegs – die Idee eines radikalen Islam im Kosovo verankern. Freilich blieb es bislang bei Einzelfällen vor allem in den Städten. Der

Schiiten und Sunniten

Schia und Sunna sind die beiden größten Konfessionen im Islam. Die Schiiten stellen mit 110 Millionen Angehörigen rund 15 Prozent der Muslime. Sie haben ihren Ursprung in der Auseinandersetzung um die legitime Prophetennachfolge. Die Schiiten erkennen von den vier Nachfolgern Mohammeds lediglich den letzten Kalifen Ali, den Schwiegersohn Mohammeds, als rechtmäßig an. Zentraler Bestandteil des schiitischen Glaubens ist das Imamatum. Ali wird als erster Imam angesehen, seine beiden Söhne als zweiter und dritter. Das Imamatum wird in direkter männlicher Nachfolge der Prophetenfamilie vererbt. Nach schiitischer Lehre ist der zwölfte Imam (andere schiitische Gruppen zählen nur fünf beziehungsweise sieben anerkannte Imame) nicht gestorben, sondern lebt vielmehr im Verborgenen fort und wird eines Tages als Messias erscheinen, um die Herrschaft der Tyrannen zu beenden und Gerechtigkeit walten zu lassen. Nach schiitischer Lehre muss die Leitung des islamischen Staatswesens in den Händen eines Mitglieds der Familie des Propheten Mohammed liegen, die als Trägerin eines besonderen, von Gott verliehenen Charismas angesehen wird.

Im sunnitischen Islam ist hingegen nicht die Herrscherpersönlichkeit das entscheidende Kriterium für Wohl und Wehe des Staates. Im Zentrum steht die rechte Befolgung und Anwendung religiöser Prinzipien sowie die Einhaltung der in der Gemeinde gepflogenen, anerkannten prophetischen Tradition, der Sunna, was übersetzt soviel wie »gewohnte Handlung« oder »eingeführter Brauch« bedeutet. Die Sunna gilt neben dem Koran als zweite religiöse Quelle des Islam. Heute sind 85 Prozent aller Muslime Sunniten. Lange Zeit prägten vier Rechtsschulen Lehre und Interpretation der prophetischen Tradition. Außerdem bestimmten sie verbindlich allgemeine Lebenseinstellungen, die sich stets auf die Sunna beziehen.

Seit dem 17. Jahrhundert sind die früheren Rechtsschulen auch im Islam umstritten. Einerseits forderten Gelehrte immer wieder die Rückkehr zum authentischen Wort des Propheten, andererseits wollten weltliche Herrscher stärkeren Einfluss auf Erziehung und Bildung nehmen. Mit der Herausbildung der Nationalstaaten im 20. Jahrhundert entwickelten sich eigene Rechts- und Bildungssysteme, die zwar oft die Lehrmeinung übernahmen, sie jedoch auch individuell fortentwickelten.

(ft)

Einfluss radikaler Prediger kann bislang insgesamt als äußerst gering gelten.

Ein geflügeltes Wort sagt: »Die Religion der Albaner ist nicht der Islam, sondern die Nation.« Der Alltag im Kosovo bestätigt die Redensart. Obwohl ihr Land überwiegend islamisch geprägt ist, herrscht bei der breiten Masse der Kosovaren ein starkes Verlangen nach westlicher Lebensweise vor. Während in der Vorweihnachtszeit Weihnachtsmänner das Stadtzentrum von Prishtina bevölkern, träumt die statistisch jüngste Bevölkerung Europas von einem Leben nach westlichen Standards, schmückt sich mit (teils imitierten) Konsumgütern aus Frankreich, Deutschland oder Italien und begreift sich als europäisch. Die Gründe für die überraschend starke Bejahung westlicher Vorstellungen liegen unter anderem in den tragfähigen Verbindungen mit der albanischen Diaspora in der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Statistisch lebt mindestens ein Familienmitglied jeder kosovo-albanischen Familie im Ausland. Die pro-albanische Intervention des Westens 1999 und nach der Unabhängigkeit vom Februar 2008 hat die vorhandenen Verbindungen noch vertieft.

Vor diesem Hintergrund die Entstehung eines islamistischen Staates zu befürchten, erscheint übertrieben. Vielmehr hat gerade die Zusammenarbeit zwischen albanischen Muslimen und Katholiken in den vergangenen Jahren eine stabilisierende Wirkung innerhalb der kosovo-albanischen Gesellschaft entfaltet. Allgemein herrscht ein positives Bild des Katholizismus vor. Dieses hat zum einen seine Prägungen in der Geschichte erhalten, zum anderen gelten katholische Albaner als gebildet und sozial höher stehend. Es gehört zum alltäglichen Miteinander, dass etwa zur Feier einer römisch-katholischen Bildungseinrichtung neben katholischen Würdenträgern auch die Vertreter der örtlichen islamischen Gemeinschaft erscheinen. Um den 2006 verstorbenen Präsidenten Ibrahim Rugova rankten sich beispielsweise Gerüchte, er sei zum katholischen Glauben übergetreten. Im Gegensatz zu den guten zwischenreligiösen Beziehungen innerhalb der albanischen Bevölkerungsmehrheit gibt es zwischen katholischen (albanischen) und orthodoxen (serbischen) Christen deutlich weniger Berührungspunkte.

Ausblick

Die Unabhängigkeitserklärung beendete Jahre erfolgloser Verhandlungen über den Status des Kosovo. Aus albanischer Sicht war dieser Schritt die einzige Option, während Serbien die Abspaltung der Provinz zu verhindern suchte. Bislang haben 40 Staaten dieser Welt das Kosovo anerkannt, darunter auch Deutschland und 17 andere EU-Mitglieder.

In wenigen Wochen wird die EULEX-Mission ihre Arbeit beginnen. Die kosovarische Regierung übernimmt dann endgültig den Großteil der Verantwortung von der UNMIK. Insgesamt stellt sich jedoch nach wie vor die Frage, wer im Kosovo zukünftig die Entscheidungen treffen wird. Aus europäischer Sicht kann die oberste Zuständigkeit nur bei der im Aufbau begriffenen EULEX bzw. bei UNMIK liegen, während sich aber gleichzeitig die Regierung in Belgrad mitnichten von ihren Ansprüchen auf das Kosovo verabschiedet hat. Die dauerhafte Weigerung der serbischen Seite mit der EULEX-Mission zu kooperieren, könnte zu einer faktischen Doppelgleisigkeit der Verwaltung führen, nämlich zur Verantwortlichkeit der UNMIK für den Norden und die serbischen Enklaven sowie der EULEX für das albanisch besiedelte Territorium. In der Praxis ließe eine derartige Regelung die Entwicklung des Kosovo hin zu dauerhafter Stabilität und Selbstständigkeit in weite Ferne rücken. Die entsprechenden internationalen Planungen orientieren sich am Ahtisaari-Vorschlag – diesen unterstützen jedoch nach wie vor nicht alle Beteiligten.

Der Unwille der Kosovo-Serben zur Kooperation, die Unerfahrenheit der kosovarischen Institutionen, das Problem der Korruption, die Uneinigkeit der Mitgliedsstaaten der EU, die Selbstfesselung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und nicht zuletzt die schlechte Wirtschaftslage sowie fehlende Investitionen trüben die Aussichten für eine dauerhafte Stabilisierung. Insbesondere die teils gewalttätigen Ausschreitungen im Norden des Kosovo machten deutlich, dass das Jahr 2008 für die KFOR große Herausforderungen bereithalten könnte. Obwohl die serbische Regierung ein militärisches Eingreifen ausgeschlossen hat, harren im Kosovo nach Ende der Unabhängigkeitsfeiern weiterhin gravierende Probleme einer Lösung.

Sollten sich die gegensätzlichen Auffassungen von Albanern und Serben, was die Zukunft des Kosovo angeht, nicht überbrücken lassen, werden insbesondere die KFOR und ihr Handeln Gradmesser für den Erfolg der Internationalen Gemeinschaft sein. Der derzeitige Kommandeur der KFOR, Generalleutnant Xavier de Marnhac, gebrauchte allerdings in diesem Zusammenhang klare Worte, als er im Sommer 2007 Entscheidungsträgern in Brüssel, Prishtina und Belgrad erklärte: »Do not expect the Military to solve a situation, politicians and diplomats bugged up!« Gleichwohl bleibt die Erkenntnis bestehen, dass der Einsatz der KFOR im Jahr 2008 intensiver und militärischer sein wird, als er es noch 2007 war.

Martin Leithner

► Geschichte im Überblick

Kosovo bis 1455 →

Überregionale politische Entwicklung	Antike: Besiedlung durch thrakische und illyrische Stämme	33–29 v. Chr.: Römische Eroberung
Politische Ereignisse im und um das Kosovo		
Kultur, Religion, Gesellschaft		

1054: »Großes Kirchenschisma«, Trennung Ost- und Westkirche



Byzantinisches Reich

ab 1018: Eingliederung in das Byzantinische Reich

1216: Beginn der serbischen Herrschaft (Eroberung Prizrens)

1219: Hl. Sava gründet die autokephale serbisch-orthodoxe Kirche

1352: osmanische Truppen erreichen die südosteuropäische Halbinsel

1389: Schlacht auf dem Amselfeld (15. Juni [a.St.]/ 28. Juni [n.St.])

1392: Königreich Serbien unterwirft sich dem Osmanischen Reich als Vasall

ab 1389: gezielte Ansiedlung von Türken und Tataren aus Anatolien in Süd-Kosovo

395: Teilung des Römischen Reiches, Balkanregion kommt zum Oströmischen Reich (Byzanz)

6./7. Jh.: Einwanderung und Ansiedlung von Serben und Kroaten in Südosteuropa

ab ca. 850: bulgarische Herrschaft



Mittelalterliches Serbien

1331–1355:
Herrschaft
Stefan IV. Dušan

1346: Zarenkrönung
Stefan IV. Dušan,
Ernennung des
Erzbischofs von Peć
zum Patriarchen

1252: Errichtung des
serbisch-orthodoxen
Patriarchats in Peć

1330: Gründung
des Klosters Dečani

1405: Geburt des
Nationalhelden
Skanderbeg

1409: Brand-
schatzung
Prishtinas

1443–1468:
Aufstände
Skanderbegs
in Albanien

1448: Zweite
Schlacht auf
dem Amsfeld
(17.–19.10.)

Osmanische Zeit 1455–1912 →

Überregionale politische Entwicklung

1453: türkische Eroberung Konstantinopels

Politische Ereignisse im und um das Kosovo

1455: Eingliederung Kosovos in das Osmanische Reich 1468: Tod Skanderbegs

Kultur, Religion, Gesellschaft

1461: Bau der Fatih-Moschee in Prishtina



Osmanisches Reich bis 1793

1689/90: Kosovo unter habsburgischer Kontrolle, »Große Wanderung« der Serben in das Habsburgische Reich

1737: Zweite serbische »Wanderung« aus Teilen des Kosovos

18 Jh./Anfang 19. Jh.: Vorherrschaft der albanischen Bushatli-Familie als osmanische Statthalter im Kosovo

1766: Auflösung des orthodoxen Patriarchats von Peć

1877/78: Russisch-Türkischer Krieg

1878: Berliner Kongress; Neuordnung auf dem Balkan, Unabhängigkeit Serbiens, Montenegros und Rumäniens; Gründung des bulgarischen Fürstentums (Juni/Juli)

1878: Gründung der Liga von Prizren, Beginn der albanischen Nationalbewegung (10.6.)

1869: osmanisches Schulgesetz erlaubt den Unterricht in nicht-türkischen Sprachen, ausgenommen dem Albanischen

1526–1792: zahlreiche kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Habsburgischem und Osmanischem Reich (u.a. Erste Belagerung Wiens 1529, Seeschlacht von Lepanto 1571, Zweite Belagerung Wiens 1683, »Großer Türkenkrieg« – Zurückdrängung der Türken aus Ungarn 1683–1699, 1788–1791 österreichische Besetzung Bosniens und weiterer Landesteile)

ab 1550: Zunahme der muslimischen Bevölkerung

1557: Wiederherstellung des serbisch-orthodoxen Patriarchats

1660: Reisen des Türken Evliya Çelebi

1821–1830: Griechischer Unabhängigkeitskampf

1832–1841: Erste Orientkrise

1856: Krim-Krieg

1830: Einführung eines neuen Systems türkischsprachiger staatlicher Schulen für Muslime

1839–1855: mehrere Aufstände u.a. in Prizren und Prishtina gegen das osmanische Steuersystem und die Wehrpflicht



Osmanisches Reich bis 1913

1881: Auflösung der Liga von Prizren durch osmanische Truppen (23.3.)

1889: Eröffnung der ersten albanischsprachigen Schule

1891: Eröffnung der ersten Bildungseinrichtung für alb. Mädchen

1899: Veröffentlichung der nationalen Schrift »Albanien, was es war, was es ist und was es sein wird« von Sami Frashëri

Osmanische Zeit 1455–1912 →

Überregionale politische Entwicklung

1908: Jungtürkische Revolution (24.7.)

1908: Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn (Okt.)

Politische Ereignisse im und um das Kosovo

Kultur, Religion, Gesellschaft

1903: Schließung sämtlicher albanischsprachiger Schulen, Verbot albanischer Bücher

Serbische/Jugoslawische Zeit 1913–1999 →

1914: Julikrise führt zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs (bis 1918) (28.7.)

1917: Großbritannien, Frankreich, Russland und Italien formulieren »Befreiung der Südslawen« als Kriegsziel



Königreich Serbien 1913–1918

1922/23: Friedensvertrag von Lausanne – »griechisch-türkischer« Bevölkerungsaustausch

1929–1941: Königsdiktatur unter Alexander I. und Umbenennung des SHS-Staats in Jugoslawien (1929)



»Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen« 1918–1941 bzw. Jugoslawien ab 1929

1912: Unabhängigkeitserklärung Albanien vom Osmanischen Reich (28.11.)

1912/13: Erster und Zweiter Balkankrieg

1913: Londoner Botschafterkonferenz

1909–1912: national motivierte albanische Aufstände gegen die Osmanen

1913: Annexion Kosovos durch das Königreich Serbien (7.9.), des Nordwestens durch Montenegro

1912/13: systematische »ethnische Flurbereinigungen« durch die Serben während des Ersten und Zweiten Balkankriegs

1918: Gründung des »Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen« (SHS-Staat), Kosovo unter serbischer Herrschaft (1.12.)

1919: Gründung der »Islamischen Vereinigung zur Verteidigung der Gerechtigkeit« für die Interessen der albanischen Muslime in Kosovo und Mazedonien (18.12.)

1920–1924/27: »Kaçak-Bewegung«, Guerillakrieg gegen die serbischen Machthaber, im Gegenzug »Serbisierung«

1933: Gespräche zwischen Jugoslawien und Türkei über die Deportation der albanisch-muslimischen Bevölkerung in die Türkei

1937: Memorandum Vaso Čubrilović (Serbische Akademie der Wissenschaften), Konzept zur Vertreibung der albanischen Bevölkerung

1939: Beginn Zweiter Weltkrieg; Annexion Albanien durch Italien

Serbische/Jugoslawische Zeit 1913–1999

Überregionale politische Entwicklung

1941: deutscher Überfall auf Jugoslawien (6.4., Kapitulation am 17. 4.)

Politische Ereignisse im und um das Kosovo

1941: »Anschluss« großer Teile Kosovos, Westmazedoniens sowie von Teilen Montenegros an Albanien (12.8.)

Kultur, Religion, Gesellschaft

1941–43: Vertreibung und Ermordung serbischer und montenegrinischer Siedler durch albanische Verbände



»Großalbanien« unter ital. bzw. dt. Besetzung 1939–1944

1945: Proklamation der Föderativen Volkrepublik Jugoslawien (29.11.)

1944/1945: Abzug der Deutschen, im Anschluss heftige Kämpfe zwischen der kommunistischen »Nationalen Befreiungsarmee« und albanischen Verbänden der »Nationalen Front«

1944: Deportation von 281 Juden nach Bergen-Belsen durch die 21. Gebirgsdivision der Waffen-SS »Skanderbeg« (Albanische Nr. 1) (Mai)

1955: Aussöhnung Jugoslawiens mit der UdSSR; die UdSSR erkennt »jugoslawischen Weg zum Sozialismus« an

1963: neue Verfassung Jugoslawiens, neuer Staatsname »Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien«



Albanisch-ethnische Gemeinschaft 1944–1989



1943: Konferenz von Teheran, Anerkennung von Josip Broz »Tito« als Führer des jugoslawischen Widerstands durch Großbritannien und UdSSR (30.11.)

1943: deutsche Besetzung (Sept.), Vertreibung von bis zu 40 000 Serben und Montenegrinern

1943: Treffen in Mukja bei Kruja, albanische Widerstandsbewegungen einigen sich auf Schaffung eines »ethnischen« Albanien unter Einschluss Kosovos

1948: Bruch mit der UdSSR; Ausschluss Jugoslawiens aus dem Kominform (28.6.), Ende der freundschaftlichen Beziehungen mit Albanien

1945: Gründung der »Autonomen Region von Kosovo und Metohija« (3.9.)

1945–1966: Rund 250 000 Nichtslawen, die meisten von ihnen Albaner, verlassen aufgrund der Repression unter dem serbischen Innenminister Aleksandar Ranković Mazedonien und das Kosovo. Viele siedeln sich in der Türkei an

1966: Absetzung Aleksandar Rankovičs, Beginn eines innenpolitischen Kurswechsels

1974: neue Verfassung Jugoslawiens, Kosovo erhält umfangreiche Rechte (u.a. eigene Verfassung) und de facto Republikstatus, Tito wird Präsident auf Lebenszeit

1969: offizielle Anerkennung der kosovo-albanischen Flagge

1970: Gründung der Universität Prishtina (15.2.)

Serbische/Jugoslawische Zeit 1913–1999	
Überregionale politische Entwicklung	1980: Tod Titos (4. 5.)
Politische Ereignisse im und um das Kosovo	1981: blutige Niederschlagung von Studentenprotesten
Kultur, Religion, Gesellschaft	1982: Ermordung der politischen Aktivisten Jusuf und Bardosh Gërvalla und Kadri Zeka (17.01.)

1989: Aufhebung Autonomie-Status (28.3.)	1990: albanische Abgeordnete rufen die Selbstständigkeit der Provinz innerhalb der Jugoslawischen Föderation aus (2.7.), Ibrahim Rugova Präsident
1989: Feierlichkeiten zum 600-jährigen Jubiläum der Schlacht auf dem Amselfeld	

1995: Fall der UNO-Schutzzone Srebrenica (11.7.)
1992: Beginn der »KSZE-Langzeitmission nach Kosovo, Sandžak und Vojvodina« (Aug.)
1993: Unterbrechung der KSZE-Langzeitmission durch Milošević (Juni)
1992–1995: Einsatz der United Nations Protection Force (UNPROFOR)
1994: Schließung der Akademie der Wissenschaften und Künste (23.2.)



1986: Memorandum der serbischen Akademie der Künste und Wissenschaften



Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg 1946–1992

1987: Auf dem 8. Plenum des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Serbiens setzt sich Slobodan Milošević (1941–2006) gegen seine politischen Gegner durch: Beginn der »Ära Milošević« (bis 2000)

1991–1995:
Jugoslawischer
Nachfolgekrieg

1992: Serbien und Montenegro
proklamieren die »Bundesrepublik
Jugoslawien« (27.4.)

1991: Unabhängigkeitserklärung
der »Republik Kosovo« (19.10.),
Haager Jugoslawienkonferenz
der EG (Dez.)

1992: Präsidentschaftswahlen
in Kosovo (24.5.),
Wahl Ibrahim Rugovas
(1944–2006)

1990–1999: Abwanderung von bis zu 400 000 weiteren Albanern aus ethnopolitischen und ökonomischen Motiven

1995: Dayton-Abkommen (21.11., formell in Kraft gesetzt in Paris [14.12.]

1997: UÇK (Befreiungsarmee des Kosovo, 1994 entstanden) tritt erstmals öffentlich in Erscheinung (28.11.)

1997: friedliche Massendemonstrationen von Kosovo-Albanern gegen Benachteiligung (24./25.12.)

1996: Milošević und Rugova unterzeichnen gemeinsame Erklärung über die »Normalisierung des Bildungssystems für albanische Kinder und Jugendliche in Kosovo« (1.9.) ohne bleibendes Resultat

Serbische/Jugoslawische Zeit 1913–1999	
Überregionale politische Entwicklung	1998: UN-Sicherheitsrat verhängt Waffenembargo gegen Jugoslawien (31.03.)
Politische Ereignisse im und um das Kosovo	1998: serbische Großoffensive gegen UÇK (Anf. März) 1998: Stationierung der »Kosovo Diplomatic Observer Mission« (KDOM) (6.7.)
Kultur, Religion, Gesellschaft	

Kosovo unter Verwaltung der Vereinten Nationen (seit 1999)	
	2000: tödliches Attentat auf serbischen Milizenführer und Kriegsverbrecher Željko Ražnjatović (»Arkan«) (15.1.) 2000: Streiks und Massendemonstrationen nach Wahlen (24.9.), Erstürmung des Belgrader Parlaments und Absetzung Miloševićs (5.10.)
1999: UN-Resolution 1244; Implementierung von KFOR und UNMIK (10.06.)	2000: erste freie Kommunalwahlen (28.10.)

2003: Auflösung des Staates Jugoslawien, fortan Staatenbund »Serbien und Montenegro« (4.2.)
2004: Märzunruhen zwischen Serben und Albanern (17.3.) 2004: die zweiten Parlamentswahlen bestätigen Ibrahim Rugova (23.10.)
Serbischer Nationalrat für Kosovo und Metohija seit 1999 (Alternativregierung in Opposition zur UN-Verwaltung)





1999: Friedensverhandlungen von Rambouillet (Feb./März)

1999: NATO-Bombentreffer auf chinesische Botschaft in Belgrad zieht internationale Verwicklungen nach sich (7.5.)

1998/1999: »ethnische Säuberung« durch Serben an Kosovo-Albanern

1999: Reçak-Massaker (15.1.)

1999: Abzug der OSZE-Beobachter, serbische Armee startet weitere Großoffensive gegen UÇK (20.3.)

1999: Beginn der NATO-Luftangriffe (Unternehmen ALLIED FORCE, 24.3.–10.6.)



2001: Regierungsantritt des Kabinetts Djindjić in Belgrad (25.1.)

2001: Auslieferung Miloševićs an das Den Haager UN-Kriegsverbrechertribunal (28.6.), Prozessbeginn Feb. 2002

2001: NATO beginnt in Mazedonien mit der Entwaffnung der alb. »Armee zur nationalen Befreiung« UÇK (22.8.)

2001: LDK gewinnt die ersten regulären Parlamentswahlen mit 45,6 % der Stimmen

Bundesrepublik Jugoslawien 1992–2003,
Serbien-Montenegro 2003–2006



Serbien 2006

2006: Unabhängigkeitserklärung Montenegros (13.7.)

November 2005–Dezember 2007: Statusverhandlungen zu Kosovo

2007: Gründung der Demokratischen Liga (LD) um Nexhat Daci, früher LDK (12.1.)



Inoffizielle Flagge
»Republik Kosova«
seit 2000

	Kosovo unter Verwaltung der
Überregionale politische Entwicklung	2007: Parlamentswahlen in Serbien: SRS 28,7 %, DS 22,9 %, DSS 16,7 % (21.1.)
Politische Ereignisse im und um das Kosovo	2007: Empfehlungen Martti Ahtisaaris an die Kontaktgruppe sowie die Regierungen Serbiens und des Kosovo (2.2.)
Kultur, Religion, Gesellschaft	

2007: Regierungsbildung in Serbien um den amtierenden Ministerpräsidenten Vojislav Koštunica (DSS) aus DS, DSS, G-17+ und der Partei Neues Serbien (15.5.); Der deutsche Diplomat Wolfgang Ischinger wird EU-Vertreter in der Troika mit USA und Russland (29.7.); Frist zur Verhandlungslösung des Statusprozesses verstreicht ohne Einigung (10.12.)

2007: Parlamentarische Versammlung des Kosovo billigt den Ahtisaari-Plan (2.4.); Demokratische Partei (PDK) um Hashim Thaçi gewinnt mit 34,3 % die dritten Parlamentswahlen (18.11.)

Unabhängiges Kosovo

2008: Kosovarische Unabhängigkeitserklärung (17.2.) wird von den USA, Großbritannien sowie Frankreich (18.2.) und von Deutschland (20.2.) anerkannt; Russland und Serbien erklären Unabhängigkeitserklärung im Weltsicherheitsrat für ungültig (19.2.). Übergriffe auf Grenzübergangsanlagen durch serbische Paramilitärs. Großdemonstrationen mit Sachbeschädigung westlicher Botschaften in Belgrad

Vereinten Nationen (seit 1999) →

2007: Eröffnung des Prozesses gegen den Parteivorsitzenden der AAK und vormaligen kosovarischen Ministerpräsidenten Ramush Haradinaj sowie zwei Mitangeklagte in Den Haag (5.3.)

2007: Spitzengespräch der Regierungen Serbiens und des Kosovo in Wien (10.3.)

2007: Gewalttätige Demonstration der Bürgerbewegung »Vetëvendosje« (»Selbstbestimmung«) in Prishtina, zwei Tote, Dutzende Verletzte (10.2.)

2008: Präsidentschaftswahl in Serbien (20.1.). Im zweiten Wahlgang setzt sich Boris Tadić (DS) mit 50,5 % gegen Tomislav Nikolić (SRS) durch (3.2.); Pieter Feith Sonderbeauftragter der Europäischen Union (EUSR) und Leiter der Polizei- und Justizmission im Kosovo (EULEX) (16.2.)

2008: Regierungsbildung (9.1.) im Kosovo (PDK und LDK). Hashim Thaçi (PDK) neuer Ministerpräsident, Fatmir Sejdiu (LDK) als Präsident des Kosovo wiedergewählt

Kosovo seit Februar 2008



2008: Kein nationalistischer Ruck bei den Parlamentswahlen in Serbien. Das pro-westliche Lager um Boris Tadić (DS, G-17+, SPO) siegt mit fast 39 % der Stimmen, SRS und DSS/NS werden mit 29,2 % und 11,2 % abgeschlagen (11.5.)

2008: Serbische Unruhen in Mitrovicë, ein toter UN-Polizist und mehr als 100 Verletzte (16.–17.3.)

1997
November: Erstes öffentliches Auftreten der »Kosovo-Befreiungsarmee« (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, UÇK/Kosovo Liberation Army, KLA) bei der Beerdigung eines von der Polizei erschossenen kosovo-albanischen Lehrers (28.11.) in der Nähe von Skenderaj.

1998
Februar/März: Drenica-Offensive zur Zerschlagung der UÇK durch Spezialeinheiten der serbischen Polizei nach dem Tod von vier serbischen Polizisten (28.2.), dabei ca. 100 kosovo-albanische Opfer, vornehmlich Frauen, Kinder und Alte. Reaktivierung der im Bosnien-Konflikt eingerichteten Balkan-Kontaktgruppe (9.3.) bestehend aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland und USA. UN-Sicherheitsratsresolution 1160 (31.3.) macht sowohl serbische Sicherheitskräfte als auch UÇK für militärische Eskalationen verantwortlich. UÇK kontrolliert in der Folge zunehmend ländliche Gebiete.

April/Mai: Ablehnung von internationaler Vermittlung in der Kosovo-Krise durch 94,7 % der Serben (23.4.). Ergebnislose Verhandlungen (15.5.) zwischen dem jugoslawischen Staatspräsidenten Slobodan Milošević und dem kosovarischen Präsidenten Ibrahim Rugova von der Demokratischen Liga des Kosovo (Lidhja Demokratike e Kosovës, LDK). NATO-Beschluss (28.5.) über Planung militärischer Handlungsoptionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Savezna Republika Jugoslavija/Federal Republic of Yugoslavia, FRY). Serbische Offensive im West-Kosovo ausgehend von Deçan (29.5.).

Juni: EU (8.6.) und USA (10.6.) verhängen Sanktionen gegen Jugoslawien. NATO-Luftmanöver DETERMINED FALCON (15.6.) in Mazedonien (Republika Makedonija/Former Yugoslav Republic of Macedonia, FYROM) und in Albanien mit 84 Flugzeugen im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace, PfP). Demonstratives Treffen des amerikanischen Sondergesandten Richard Holbrooke mit der UÇK in West-Kosovo (24.6.).

Juli/August: UN-Beobachtermission (Kosovo Diplomatic Observer Mission, KDOM) mit mehr als 200 Diplomaten. UÇK geht von der Guerillataktik zu regulärer Kriegführung über und nimmt mit Rahovec erstmals eine Stadt ein (17.7.). Offensive zur Zerschlagung der UÇK im Zentral-kosovo durch serbische Polizeikräfte und Jugoslawische Armee (Vojska Jugoslavije, VJ). Ca. 100 Tote bei Rückeroberung von Rahovec. Serbisch-jugoslawische Operationen richten sich zunehmend gegen die Zivilbevölkerung.

September: Weitere Kampfhandlungen, Massenflucht von ca. 265 000 Kosovo-Albanern, Zerstörung von über 100 Dörfern. UN-Sicherheitsrat-

resolution 1199 (23.9.) fordert sofortigen Waffenstillstand. Drohung mit »weiteren Maßnahmen« zur Beendigung des Blutvergießens. NATO-Aktivierungsvorwarnung (Activation Warning) gegen Jugoslawien (24.9.), d.h. erste Stufe der Mobilmachung der Luftstreitkräfte. Fortsetzung der serbisch-jugoslawischen Offensive entgegen Absichtserklärung Belgrads (28.9.) zur Beendigung der Angriffe.

Oktober: NATO-Aktivierungsbefehl (Activation Order, ACTORD) für Luftangriffe auf serbisch-jugoslawische Stellungen (12.10.). Holbrooke-Milošević-Abkommen zur Einrichtung einer 2000 Verifikateure umfassenden Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Organization for Security and Cooperation in Europe, OSZE) und von NATO-Luftüberwachung zur Kontrolle des serbisch-jugoslawischen Teilabzugs und der Flüchtlingsrückkehr (13.–16.10.). Beginn (17.10.) Kosovo Verifikationsmission der OSZE (Kosovo Verification Mission, KVM) bei Integration der KDOM. UN-Sicherheitsratsresolution 1203 (24.10.) unterstützt Holbrooke-Milošević-Abkommen. Aufhebung ACTORD (27.10.) nach serbisch-jugoslawischem Teilabzug (26.10.). Rückkehr vieler Flüchtlinge sowie der UÇK.

Dezember: Stationierung von 1500 NATO-Soldaten (12.12.) als Teil KVM in FYROM, um ggf. Verifikateure zu evakuieren. Winteroffensive der Jugoslawischen Armee nach erneuten Gefechten mit der UÇK, ausgehend von der Region Podujevë (ab 24.12.).

1999

Januar/Februar: »Säuberungsaktion« serbischer Sicherheitskräfte in Reçak, Zentralkosovo, 45 Kosovo-Albaner werden getötet (15.1.), daraufhin Erhöhung des Bereitschaftsgrades der NATO-Luftstreitkräfte (20.1.). Einberufung zu Friedensverhandlungen in Rambouillet durch die Balkan-Kontaktgruppe (29.1.), die ergebnislos vertagt werden müssen (23.2.).

März: Fortsetzung der Friedensverhandlungen in Paris (15.3.). Kosovo-albanische Delegation stimmt Friedensplan der Balkan-Kontaktgruppe zu, serbische Seite lehnt ab (19.3.). Abzug KVM (20.3.). Scheitern letzter Verhandlungen zwischen Holbrooke und Milošević (22.3.). NATO-Einsatzbefehl für die Operation ALLIED FORCE (23.3.). Erste Phase (Beginn 24.3.): Luftangriffe auf integrierte Flugabwehrsysteme. Zweite Phase (Beginn 27.3.): Luftangriffe auf militärische Infrastruktur und Verbände im oder auf dem Marsch ins Kosovo. Aktionen serbisch-jugoslawischer Sicherheitskräfte richten sich verstärkt gegen die Zivilbevölkerung, Ausweitung zu systematischen Vertreibungen und Massakern. Etwa 800 000 Kosovo-Albaner befinden sich im Folgenden auf der Flucht.

April: Trotz der fortgeführten Luftangriffe wird unter russischer Vermittlung weiterhin nach einer politischen Lösung des Konflikts gesucht. NATO startet humanitäre Hilfsoperation ALLIED HARBOUR für Flüchtlinge in Albanien (16.4.). In der dritten Phase der Operation ALLIED FORCE (Beginn 24.4.) erfolgen Luftangriffe auf serbische Infrastruktur von strategischer Bedeutung nördlich des 44. Breitengrades.

Mai: Beschluss (6.5.) eines Plans zur Beendigung des Krieges durch die sieben führenden Industriestaaten und Russland (G8). Versehentliche Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch die NATO (8.5.). NATO-Beschluss zur weiteren Aufstockung der in Albanien und FYROM stationierten Truppen auf 50 000 Soldaten (25.5.). Das Internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag (International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia, ICTY) erhebt Anklage gegen Präsident Slobodan Milošević und vier weitere Vertreter der politischen Führung in Belgrad (27.5.).

Juni: Zustimmung zum G8-Friedensplan durch jugoslawische Regierung und serbisches Parlament (3.6.). Beschluss eines militärtechnischen Abkommens (Military Technical Agreement, MTA) durch NATO und VJ in Kumanovo (9.6.) zum serbisch-jugoslawischen Abzug aus dem Kosovo und dem Einmarsch der NATO-geführten Kosovo Force (KFOR). UN-Sicherheitsratsresolution 1244 (10.6.) zu Aufgaben und Kompetenzen der Interimsadministration der Vereinten Nationen (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, UNMIK) und KFOR. Aussetzung der NATO-Luftangriffe (10.6.). NATO-Aktivierungsbefehl für die Operation JOINT GUARDIAN, den Einmarsch von KFOR ins Kosovo (11.6.). Russische Vorhut trifft am Flughafen von Prishtina ein (11.6.). KFOR beginnt mit der Dislozierung von 40 000 Soldaten im Kosovo (12.6.). KFOR sichert zahlreiche Massengräber (200 bis zum 21.6.), die von ICTY-Teams forensisch untersucht werden. UNMIK nimmt die Arbeit auf (13.6.). Ende der NATO-Operation ALLIED FORCE (20.6.) nach vollständigem serbisch-jugoslawischem Abzug. UÇK-Demilitarisierungsabkommen (21.6.). Zehntausende Kosovo-Serben und Angehörige anderer Minderheiten verlassen das Kosovo aus Angst vor Übergriffen, zu denen es in den folgenden Monaten immer wieder kommt.

Juli/August: Einrichtung (1.7.) einer OSZE-Mission als Teil von UNMIK (OSZE Mission in Kosovo, OMIK). Kosovo-Übergangsrat aus Albanern, Serben und Türken (Kosovo Transitional Council, KTC) nimmt die Arbeit auf (16.1.). Mit der »Regulation No. 1« beginnt UNMIK, Gesetze zu erlassen (25.7.). Die Multinationale Spezialeinheit der KFOR (Multinational Specialized Unit, MSU) und die UNMIK-Polizei (United Nations Civilian Police in Kosovo, UNCIVPOL) nehmen ihre Arbeit auf (4.8. und 9.8.).

September/Oktober: Einrichtung (2.9.) einer Polizeischule (Kosovo Police Service School, KPSS) in Vuçitërn durch die OSZE zum Aufbau einer neuen multiethnischen kosovarischen Polizei (Kosovo Police Service, KPS). Deutsche Mark wird offizielle Währung im Kosovo (3.9.). Transformationsabkommen (20.9.) zur Überführung der UÇK in einen unbewaffneten Zivilschutz (Trupat Mbrojtëse të Kosovës, TMK/Kosovo Protection Corps, KPC). UN-Sicherheitsratsbeschluss (27.10.) zur Aufstockung der UNMIK-Polizei von 3110 auf 4718 Beamte.

November: Beginn einer Anschlagserie der albanischen »Befreiungsarmee für Preševo, Medvedja und Bujanovac« (Ushtria Çlirimtare e Preshëvës, Medvegjës e Bujanocit, UÇPMB) im entmilitarisierten südserbischen Prešovo-Gebiet an der Grenze zum Kosovo.

Dezember: Erlass eines neuen kosovarischen Rechtssystems durch den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (Special Representative of the Secretary General, SRSG), Bernard Kouchner (13.12.). Kosovo-albanische LDK, Vereinigte Demokratische Bewegung (Lëvizja e Bashkuar Demokratike, LBD) und UÇK einigen sich (15.12.) auf Gemeinsame Übergangsverwaltungsstruktur (Joint Interim Administration Structure, JIAS) aus KTC, 20 administrativen Abteilungen und einem Übergangsverwaltungsrat (Interim Administrative Council, IAC).

2000

Januar: Einrichtung IAC (4.1.). UNMIK-Billigung der JIAS (15.1.).

März/April/Mai: Einrichtung des Amtes eines Ombudsmannes (28.3.), übernommen durch polnischen Rechtsanwalt Marek Antoni Nowicki (12.7.). Die erste vollständige UNMIK-Polizeihundertschaft (Special Police Unit, SPU) nimmt in Mitrovicë ihren Dienst auf (10.4.). Einrichtung eines Komitees zur Rückführung kosovo-serbischer Flüchtlinge (1.5.).

September/Oktober: Präsidentschaftswahl in Jugoslawien (24.9.). Proteste gegen Wahlfälschungen führen zum Sturz Miloševićs (5.10.). Der Kandidat des Bündnisses demokratischer Parteien (Demokratska opozicija Srbije, DOS), Vojislav Koštunica von der Demokratischen Partei Serbiens (Demokratska stranka Srbije, DSS), wird neuer jugoslawischer Präsident (7.10.). Erste reguläre Kommunalwahlen im Kosovo unter kosovo-serbischem Boykott mit 79 % Wahlbeteiligung, bei denen die LDK von Ibrahim Rugova 58,0 %, die Demokratische Partei des Kosovo (Partia Demokratike e Kosovës, PDK) von Hashim Thaçi 27,3 % und die Allianz für die Zukunft des Kosovo (Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës, AAK) von Ramush Haradinaj 7,7 % der Stimmen erhalten (28.–30.10.).

November/Dezember: Jugoslawien wird in die OSZE aufgenommen (10.11.). Parlamentswahlen in Serbien mit einer Wahlbeteiligung von

57,6 %, bei denen DOS 65,6 %, die Serbische Sozialistische Partei (Socijalistička partija Srbije, SPS) von Slobodan Milošević 14,1 %, die Serbische Radikale Partei (Srpska radikalna stranka, SRS) von Vojislav Šešelj 8,8 % und die Partei Serbische Einheit, auch genannt »Gruppe der Bürger« (Grupa građana, GG), von Željko Ražnjatović (»Arkan«) 5,4 % der Stimmen erhalten (23.12.).

2001

Januar/Februar: In Serbien bildet DOS die erste nicht-kommunistische Regierung seit Ende des Zweiten Weltkriegs (15.1.). Ministerpräsident wird Zoran Djindjić von der Demokratischen Partei (Demokratska Stranka, DS). Interethnische Zusammenstöße weiten sich in FYROM zu bürgerkriegsartigen Zuständen aus.

Mai: Erlass (15.5.) eines Verfassungsrahmens zur Einrichtung einer provisorischen kosovarischen Selbstverwaltung (Constitutional Framework for Provisional Self-Government) inklusive einer Parlamentarischen Versammlung (Assembly of Kosovo) zur Bildung einer Provisorischen Selbstverwaltung (Provisional Institutions of Self-Government, PISG) durch SRSG Hans Hækkerup. NATO-gebilligte Rückkehr serbischer Sicherheitskräfte in die entmilitarisierte Sicherheitszone im Grenzgebiet zwischen Südserbien und Kosovo (31.5.). UÇPMB löst sich formell auf.

Juni: Der von der serbischen Regierung festgenommene (1.4.) ehemalige jugoslawische Präsident Slobodan Milošević wird zum ICTY überstellt (28.6.).

August: Einrichtung (3.8.) eines »Koordinierungszentrums für Kosovo und Metohija« (Coordinating Center for Kosovo and Metohija, CCK/ Koordinacioni Centar za Kosovo i Metohiju, KC) durch Jugoslawien unter Führung des stellv. serbischen Ministerpräsidenten Nebojša Čović von der Partei Demokratische Alternative (Demokratska Alternativa, DA). Zur Beilegung der bürgerkriegsartigen interethnischen Spannungen in FYROM wird in Ohrid ein Abkommen verabschiedet (13.8.), das spezielle Minderheitenrechte in der mazedonischen Verfassung verankert.

November/Dezember: Erste reguläre Wahlen zur Parlamentarischen Versammlung des Kosovo mit einer Wahlbeteiligung von 64,3 %, bei denen die LDK 45,6 %, die PDK 25,7 %, die (kosovo-serbische) Koalition »Rückkehr« (Koalicija povratak, KP) 11,3 % und die AAK 7,8 % der Stimmen erhalten. Nexhat Daci (LDK) wird zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung gewählt (10.12.).

2002

März: Wahl (4.3.) von Ibrahim Rugova (LDK) zum Präsidenten des Kosovo. Regierungsbildung im Kosovo (LDK, PDK, AAK sowie KP und (bosniakische) Partei Vaterland/Vatan, VTN). Ministerpräsident wird Bajram Rexhepi (PDK).

Oktober: Zweite reguläre Kommunalwahlen im Kosovo (26.10.), teilweise kosovo-serbisch boykottiert mit 53,9 % Wahlbeteiligung, bei denen die LDK 44,6 %, die PDK 29,6 %, die AAK 8,8 % und die KP 2,0 % der Stimmen erhalten.

November: EU richtet innerhalb ihres Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses für die Länder des Westbalkans (Stabilization and Association Process, SAP) einen speziellen Mechanismus zum Dialog zwischen Prishtina und Brüssel ein (SAP Tracking Mechanism, STM).

Umstrukturierung von KFOR mit Fusion der Multinationalen Brigade West unter Führung Italiens und der Multinationalen Brigade Süd unter Führung Deutschlands zur Multinationalen Brigade Südwest unter abwechselnd italienischer und deutscher Führung (12.11.).

2003

Februar: Überführung von Jugoslawien in den Staatenbund »Serbien und Montenegro« (Srbija i Crna Gora, SCG) durch Annahme einer Verfassungscharta (4.2.).

März: Ermordung (13.3.) des serbischen Ministerpräsident Zoran Djindjić (DS). Neuer Ministerpräsident wird Zoran Živković (DS) (18.3.).

April: Aufnahme SCG in den Europarat (3.4.).

Juli: Beschluss (6.7.) über ein neues kosovarisches Strafgesetzbuch und eine neue Strafprozessordnung mit Wirkung vom 6.4.2004 durch SRSG Michael Steiner.

Dezember: Parlamentswahlen in Serbien (28.12.) mit einer Wahlbeteiligung von 58,7 %, bei denen SRS 27,9 %, DSS 17,9 %, DS 12,7 %, G17+ von Miroljub Labus 11,6 %, die Serbische Erneuerungsbewegung (Srpski Pokret Obnove, SPO) von Vuk Drašković und die Partei Neues Serbien (Nova Srbija, NS) von Velimir Ilić zusammen 7,7 % und SPS 7,7 % der Stimmen erhalten.

2004

März: Regierungsbildung (3.3.) in Serbien (DSS, G17+, SPO und NS mit Duldung durch SPS). Ministerpräsident wird Vojislav Koštunica (DSS). Spontane Proteste nach dem angeblichen Mord an kosovo-albanischen

Kindern durch Kosovo-Serben entwickeln sich zu kosovo-weiten Unruhen mit 19 Toten und 1138 Verletzten (17.–21.3.).

Juni: Präsidentschaftswahl im Staatenbund »Serbien und Montenegro« (27.6.), bei der Boris Tadić (DS) sich gegen Tomislav Nikolić (SRS) durchsetzen kann.

August: Eröffnung eines Verbindungsbüros der Europäischen Kommission in Prishtina (27.8.).

Oktober: Zweite reguläre Parlamentswahlen im Kosovo (23.10.), teilweise kosovo-serbisch boykottiert, mit einer Wahlbeteiligung von 53,5 %, bei denen die LDK 45,4 %, die PDK 28,8 %, die AAK 8,4 % und ORA von Veton Surroi 6,2 % der Stimmen erhalten.

Dezember: Regierungsbildung (3.12.) im Kosovo (LDK und AAK). Ramush Haradinaj (AAK) wird neuer kosovarischer Ministerpräsident.

2005

März: Nach der Anklageerhebung des Internationalen Kriegsverbrechertribunals gegen Ministerpräsident Haradinaj legt dieser sein Amt nieder (8.3.) und stellt sich in Den Haag (9.3.). Nachfolger wird Bajram Kosumi (AAK) (23.3.).

Oktober: Bericht des Sondergesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kai Eide, zur Lage des Kosovo (7.10.). Kontaktgruppe legt zehn Leitprinzipien für den Statusprozess des Kosovo fest (7.10.). Eine Reihe von Spitzengesprächen zwischen den Regierungen Serbiens und des Kosovo wird in Gang gesetzt (24.10.).

2006

Januar: Der erste Präsident des Kosovo, Ibrahim Rugova, stirbt an Lungenkrebs (21.1.). Zu seinem Nachfolger wird Fatmir Sejdiu (LDK) ernannt.

Mai: Umstrukturierung von KFOR mit Umgliederung der Multinationalen Brigade Südwest in die Multinationale Task Force Süd und West (15.5.).

Juli: Erstes Spitzengespräch der Regierungen Serbiens und des Kosovo in Wien (24.7.).

2007

Januar: Unter Führung des vormaligen Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Kosovo, Nexhat Daci, wird in Prishtina von früheren Anhängern der LDK die Partei Demokratische Liga (LD) gegründet

(12.1.). Parlamentswahlen in Serbien mit 60 % Wahlbeteiligung, bei denen SRS 28,7 %, DS 22,9 % und DSS 16,7 % der Stimmen enthalten (21.1.).

Februar: Der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für den Statusprozess des Kosovo, Martti Ahtisaari, legt der Kontaktgruppe sowie den Regierungen Serbiens und des Kosovo seine Empfehlungen vor (2.2.). Demonstration der Bürgerbewegung »Vetëvendosje« (»Selbstbestimmung«) in Prishtina mit Gewalteskalation, in deren Folge zwei Demonstranten sterben und Dutzende verletzt werden (10.2.).

März: Demonstration von »Vetëvendosje« verlaufen ohne Zwischenfälle (3.3. und 31.3.). Eröffnung des Prozesses gegen den Parteivorsitzenden der AAK und vormaligen kosovarischen Ministerpräsidenten Ramush Haradinaj sowie zwei Mitangeklagte in Den Haag (5.3.). Spitzengespräch der Regierungen Serbiens und des Kosovo in Wien (10.3.).

April: Die Parlamentarische Versammlung des Kosovo billigt den Ahtisaari-Plan (2.4.).

Mai: Regierungsbildung in Serbien um den amtierenden Ministerpräsidenten Vojislav Koštunica (DSS) aus DS, DSS, G-17+ und der Partei Neues Serbien (15.5.).

Juni: Bei einem Staatsbesuch in Albanien erklärt Präsident George W. Bush seine Bereitschaft, nötigenfalls ein unabhängiges Kosovo unilateral anzuerkennen (10.6.).

Juli: Der deutsche Diplomat Wolfgang Ischinger wird zum Vertreter der Europäischen Union in der Troika aus EU, USA und Russland für den Verhandlungsprozess zwischen Serben und Kosovo-Albanern ernannt (29.7.).

August: Spitzengespräch der Regierungen Serbiens und des Kosovo in Wien (30.8.).

November: Bei den dritten Parlamentswahlen mit 45 % Wahlbeteiligung erringt die Demokratische Partei (PDK) um Hashim Thaçi mit 34,3 % einen deutlichen Sieg über die bislang stets überlegene Demokratische Liga (LDK), die 22,6 % der Stimmen erhält (18.11.).

Dezember: Frist zur Verhandlungslösung des Statusprozesses verstreicht ohne Einigung (10.12.).

2008

Januar: Regierungsbildung (9.1.) im Kosovo (PDK und LDK). Hashim Thaçi (PDK) wird neuer kosovarischer Ministerpräsident. Fatmir Sejdiu

(LDK) wird als Präsident des Kosovo wiedergewählt. Präsidentschaftswahl in Serbien (20.1.).

Februar: Bei 67 % Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl in Serbien kann sich Boris Tadić (DS) mit 50,5 % gegen 47,7 % erneut gegen Tomislav Nikolić (SRS) durchsetzen (3.2.). Pieter Feith wird zum Sonderbeauftragten der Europäischen Union (EUSR) und Leiter der Polizei- und Justizmission im Kosovo (EULEX) ernannt (16.2.), die von Serbien als illegal bezeichnet wurde (14.2.). Kosovarische Unabhängigkeitserklärung (17.2.), die von den USA, Großbritannien sowie Frankreich (18.2.) und von Deutschland (20.2.) anerkannt wird. Russland und Serbien erklären die Abspaltung im Weltsicherheitsrat für ungültig (19.2.). Es kommt zu Übergriffen auf Grenzübergangsanlagen durch serbische paramilitärische Gruppen und zu Großdemonstrationen samt Sachbeschädigung westlicher Botschaften in Belgrad.

März: Serbische Unruhen in Mitrovicë mit einem toten UN-Polizisten und über 100 Verletzten (16.-17.3.).

Mai: Bei den serbischen Parlamentswahlen bleibt der erwartete nationalistische Ruck aus. Bei einer Wahlbeteiligung von 61 % siegt das pro-westliche Lager von Boris Tadić, bestehend aus DS, G-17+ und SPO, mit 38,8 % der Stimmen und 102 von 250 Parlamentssitzen. Das nationalistische Lager wird mit 29,2 % (SRS), 11,2 % (DSS/NS) und 7,6 % (SPS) abgeschlagen, die Liberaldemokraten (LDP) erkämpfen 5,3 % der Stimmen. Boris Tadić deutet den Wahlausgang als eindeutiges Votum der Bevölkerung, Serbien an die EU heranzuführen (11.5.), wird dieses Ziel jedoch unter schwierigen Mehrheitsverhältnissen verfolgen müssen. Die Regierungsbildung dürfte sich einige Zeit hinziehen (Redaktionsschluss 13.5.2008).

Erinnerungsorte

(siehe hierzu Klappkarte am Ende des Buches)

1 Kloster von Deçan (serb. Dečani)

Im Mittelpunkt des serbisch-orthodoxen Klosters steht die Pantokrator-Kirche, eine der größten und schönsten serbischen Kirchen. Unter König Stefan Uroš III. Dečanski begonnen, wurde der Bau zwischen 1327 und 1335 unter seinem Sohn Stefan Uroš IV. Dušan (1308–1355) fertiggestellt. Nach der Schlacht auf dem Amselfeld 1389 überreichte die Ehefrau des gefallenen Zaren dem Klostervorstand zwei 40 kg schwere Kerzen. Diese sollten bis zu dem Tag aufbewahrt werden, an dem die Niederlage gerächt und Serbien wieder frei sein würde. 1924 reiste der junge serbische König Alexander nach Deçan und entzündete die Kerzen. Seit dem 2. Juli 2004 gehört die Kirche zum Weltkulturerbe. Sie beherbergt unschätzbare orthodoxe Kostbarkeiten aus dem 14. bis 17. Jahrhundert: über 60 Ikonen, alte Manuskripte und liturgische Schätze.

2 Gjakovë (serb. Djakovica)

Ausgrabungen beweisen, dass Gjakovë bereits seit dem Neolithikum besiedelt war. In römischer Zeit stellte Gjakovë eine wichtige Verbindung zwischen der Adria und dem Balkengebirge dar, im Mittelalter war die Stadt ein traditioneller Handels- und Umschlagplatz. Insgesamt stark muslimisch geprägt, wird es in türkischen Quellen erstmals 1574 erwähnt. Von besonderer Bedeutung ist die Hadum-Moschee aus dem 16. Jahrhundert (1592/93), erbaut zu Ehren des Sultans Murad III. Noch heute findet in Gjakovë der größte orientalische Markt auf dem Balkan statt. Bis 1999 stand hier das wichtigste albanische Kloster (Bektashi tekke) auf kosovarischem Boden.

3 Gjilan (serb. Gnjilane).....

Kloster der Hl. Barbara aus dem 14. Jahrhundert. Saadi-Derwisch-Kloster aus den 1880er-Jahren.

4 Kloster von Graçanicë (serb. Gračanica)

Heiligtum der serbisch-orthodoxen Kirche (südlich von Prishtina). In spätrömischer Zeit Sitz des Bischofs von Ulpiana. Den Mittelpunkt des Klosters bildet die Kirche Mutter Gottes (Bororodica Gračanička), erbaut 1321 unter König Stefan Uroš II. Milutin (1282–1321) auf dem Höhepunkt des spätmittelalterlichen serbischen Königreichs.

- 5 Lypjan (serb. Lipljan)**
Kirche der Erscheinung der Jungfrau Maria, errichtet um 1331. Das Gebäude mit seinen kostbaren, aber beklagenswert schlecht erhaltenen Deckenmalereien und Fresken ist dem wichtigsten Erbe serbischer Kultur im Kosovo zuzurechnen.
- 6 Kamenicë (serb. Kosovska Kamenica)**
Hier befindet sich das Radjevac-Kloster, eines der ältesten Klöster im Kosovo, das von seinem Baustil her nordgriechischen Klöstern gleicht. Unweit von Kamenicë steht auch das berühmte Tamnica-Kloster mit der Kirche Unserer Frau aus dem 14. Jahrhundert.
- 7. Mitrovicë (serb. Kosovska Mitrovica)**.....
Das von Zar Stefan Uroš II. Milutin gestiftete Kloster Banjska wurde zwischen 1312 und 1316 erbaut. Grabkirche von Zar Milutin bis 1389, trug das Kloster im Jahr der Schlacht auf dem Amselfeld (1389) erste größere Schäden davon. Unter osmanischer Herrschaft wurde es im 17. Jahrhundert teils in eine Moschee umgewandelt, teils als Festung verwendet. Nach starken Zerstörungen im Türkisch-Österreichischen Krieg 1689 erfolgte eine vollständige Restaurierung erst 1938. Seit den 1930er-Jahren wurde Mitrovicë durch den Abbau von vorwiegend Zink und Blei in der nahe gelegenen Trepča-Mine bekannt. Die Erzgewinnung markierte den Anfang der Industrialisierung in der Region. Die Burg Zvečan entstand im 12. Jahrhundert auf den Ruinen einer römischen Festung. Sie stellt ein von den Serben im Mittelalter bis zuletzt verteidigtes Bollwerk gegen die Türken im Kosovo dar. Während des Türkisch-Österreichischen Krieges von 1689 gelang es Letzteren nicht, die Burg einzunehmen.
- 8 Fushë Kosovë (serb. Kosovo Polje)**
Die Schlacht auf dem Amselfeld (serb. kurz Kosovo) am 28. Juni 1389 wird im historischen Bewusstsein der Serben noch immer weitgehend mythisch verklärt (vgl. hierzu den Beitrag von Holm Sundhaussen). 1986 fand auf dem Amselfeld der medienwirksam inszenierte Auftritt von Slobodan Milošević statt, bei dem dieser der serbischen Bevölkerung »Niemand wird euch schlagen« zurief und damit die Radikalisierung der ethnischen Konflikte im Kosovo schürte. 1989 demonstrierten hier kurz nach der Aufhebung der Autonomie des Kosovo etwa eine Million Serben für die Einheit.

In Fushë Kosovë befindet sich allerdings auch das Mausoleum von Sultan Murad I., der den Serben 1389 eine vernichtende Niederlage bereitete. Die Landschaft um Fushë Kosovë wird landläufig als Gazimestan – muslimisches Veteranenland – bezeichnet.

9 Novobërdë (serb. Novo Brdo)

Mittelalterliche Stadt aus dem 14. Jahrhundert, erbaut von Zar Stefan Uroš II. Milutin während einer Phase intensiven wirtschaftlichen und politischen Aufschwungs seines Landes. Erstmals 1326 erwähnt, galt Novobërdë als bedeutender Bergbau- und Handelsplatz mit ca. 40 000 Einwohnern.

10 Pejë (serb. Peć).....

Sitz der serbisch-orthodoxen Kirche seit 1252. In der Kirche des Hl. Sava liegen die mittelalterlichen Erzbischöfe und Patriarchen begraben. Seit 1346 beansprucht der Erzbischof von Peć den Titel Patriarch. Die bedeutendsten Kirchen der Stadt gelten als Juwelen mittelalterlicher sakraler Architektur: die Heilige Apostelkirche von 1253, die Kirche des Hl. Demetrius von 1324 und die Kirche Mutter Gottes von 1330. Peć ist Krönungsort der mittelalterlichen serbischen Zaren Stefan Uroš III. Dečanski und Stefan Uroš IV. Dušan. Prägende islamische Architektur der Stadt stammt aus dem 15. Jahrhundert, wie etwa die Bajrakli-Moschee. Die Kurshumli-Moschee mit ihrer berühmten Bleikuppel entstand im 16. Jahrhundert (Kurshum heißt soviel wie Blei). Die Rote Moschee, gebaut von Sinan Agha 1759/60, ließ Qahraman Pascha 1889/90 restaurieren.

11 Prishtina (serb. Priština)

Im 12.–14. Jahrhundert war Prishtina eine kleine serbische Siedlung in der Nähe des bedeutenden Gračanica-Kloster-Komplexes. Im 17. Jahrhundert erlebte es einen erheblichen Bevölkerungszuwachs und ist seit 1876 Hauptstadt des Vilayet (Provinz) Kosovo. Unmittelbar nach der Schlacht auf dem Amselfeld (1389) baute Sultan Bayezid in Prishtina die Çarshi-Moschee. Hier befindet sich auch die berühmte Al-Fatih-Moschee, die Sultan Mehmed II. (der Eroberer) im Jahr 1461 errichten ließ, acht Jahre nachdem er Konstantinopel eingenommen und damit dem Byzantinischen Reich ein Ende bereitet hatte. Nordwestlich dieser Moschee findet man den Großen Hamam (türkisches Bad). Im Hamam und damit im engeren Bereich der Moschee spielte sich das soziale Leben des Stadtteils ab,

gleichzeitig Ausdruck des hohen Stellenwerts täglicher Körperhygiene der islamischen Bevölkerung.

12 Prizren

1282 an die Serben gefallen, ist die Geschichte der Stadt eng mit dem Zaren Stefan Uroš IV. Dušan verbunden, der in Prizren häufig Hof hielt. Nachdem Prizren 1455 von den Türken erobert worden war, wurde es 1570 Hauptstadt des sancak (Provinz) und entwickelte sich zu einem bedeutenden wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum für Serben und Albaner. Sehenswert ist die orthodoxe Bogorodica-Ljeviška-Kirche, 1307–1309 erbaut unter Zar Stefan Uroš II. Milutin, baugeschichtlich das wohl am besten erhaltene Beispiel spät-byzantinischer Architektur. Die Kirche wurde in osmanischer Zeit als Moschee genutzt, 1912 aber wieder zum serbisch-orthodoxen Gotteshaus geweiht. In der Nähe von Prizren ist das Heilige Erzengeklöster zu finden, Begräbnisstätte von Zar Stefan Uroš IV. Dušan, »des Zaren der Serben, Griechen und Bulgaren«. Ein Großteil des Klosters wurde unter osmanischer Herrschaft zerstört, Steine und Bauteile dienten im 17. Jahrhundert zum Aufbau der Sinan-Pascha-Moschee. Ein bedeutendes Denkmal osmanischer Baukunst stellt die Bajrakli-bazi-Mehmet-Pascha-Moschee aus dem Jahr 1561 dar, entstanden unter Sultan Mehmed II. (der Eroberer). Die bereits erwähnte Sinan-Pascha-Moschee, Anfang des 17. Jahrhunderts erbaut, prägt das gesamte historische Stadtbild. Sehenswert ist das Haus der Liga von Prizren aus dem Jahr 1878.

13 Nerodimja e Epërme (serb. Šarenik, Gornje Nerodimlje).....

Um das Kloster des Hl. Uroš ranken sich zahlreiche Legenden. Eine davon besagt, dass die Kirche von Jelena, Witwe des Zaren Stefan Uroš IV. Dušan, über dem Grab ihres verstorbenen Sohnes Zar Stefan Uroš V. (gest. 1371) errichtet wurde. Bis zum 16. Jahrhundert war das Kloster nahezu verlassen. Danach setzte eine religiöse Wiederbelebung ein, ausgelöst durch Reliquien des nun heiligen Uroš. Als die Reliquien 1705 entfernt wurden, versank das Kloster wieder in der Stille.

14 Skenderaj (serb. Srbica).....

Das Kloster von Devič erlangte fundamentale Bedeutung für das historische und kulturelle Erbe der Serben im Kosovo. Die ältesten Teile der Anlage stammen aus dem 14. Jahrhundert. Gestiftet wurde

es vom Hl. Joakinije von Devič. Nach einer Volkssage erbaute der Despot Djuradj Branković das Kloster zum Andenken an seine jungfräulich verstorbene Tochter. Nach der Zerstörung durch die Türken wurde die Klosteranlage im Gefolge der Wiederherstellung des Patriarchats von Peć 1557 aufgebaut. Sie erlitt schwerste Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg, wurde aber 1954 restauriert.

15 Vuçitërn, Vushtri (serb. Vuçitrn).....

ist berühmt für seine Kirche, von der berichtet wird, dass hier der serbische Prinz Lazar Hrebeljanović an der heiligen Messe teilnahm, unmittelbar bevor er in die Schlacht auf dem Amselfeld (1389) zog. Die Stadt entwickelte sich nach Errichtung einer osmanischen Administration 1439 zu einer der größten türkischen Ansiedlungen auf dem Balkan und Hauptort eines gleichnamigen sancak. Der Hamam Ali Bey gilt als die älteste osmanische öffentliche Badeanstalt auf dem Balkan.

16 Drenica

Die Region ist für ihren unnachgiebigen Widerstand gegen die türkische Herrschaft ab 1455 bekannt. Auch in den folgenden 400 Jahren gelang es den Türken nicht, die Gegend vollständig zu befrieden, was ihr die Bezeichnung Rotes Drenica (Drenica e Kuqe) einbrachte. Seit der Eroberung des südlichen Bereichs von Drenica durch Jashar Pascha wird der türkisch besetzte Teil (etwa 20 Dörfer) Drenica e Pashës genannt. Im Jahre 1945 Ort eines Aufstands gegen die Herrschaft der kommunistischen Partisanen. 1998 erlangte die Region durch die so genannte Drenica-Offensive serbischer Spezialeinheiten zur Zerschlagung der UÇK traurige Bekanntheit.

17 Prekaz (serb. Donje Prekaze, auch Donji Prekaz)

Gehört der Familie Jashari im Dorf Prekaz (zentralkosovarische Drenica-Region). Am 6. März 1998 tötete die serbische Sonderpolizei bei einem Angriff 57 Kosovo-Albaner, darunter Frauen, Kinder und Alte. Das bekannteste Opfer war Adem Jashari, Mitbegründer der UÇK und schon zu Lebzeiten eine Legende. Sein gewaltsamer Tod machte Jashari und seinen Clan zu einer Art kosovo-albanischen Nationalheiligen. Der zerschossene und ausgebrannte Bauernhof sowie der dazugehörige Heldenfriedhof bilden heute eine nationale Gedenkstätte von höchster emotionaler Bedeutung für die Kosovo-Albaner.

Kalender 2008 – Erinnerungstage – Festtage – Feiertage

* Bewegliche Feiertage nach dem Mondkalender

Januar

- 1./2. Neujahr
- 7. Božić – Weihnachtsfest (serbisch-orthodox)
- 10. Neujahr (moslemisch)*
- 14. Srpska Nova Godina – Neujahr (serbisch-orthodox)
- 15. Massaker von Reçak (1999)
- 17. Todestag Skanderbegs
- 21. Tod des ersten Präsidenten des Kosovos, Ibrahim Rugova (1944–2006)
- 27. Feiertag des Hl. Sava

Februar

- 15. Nationalfeiertag in Serbien (Beginn des ersten serbischen Aufstandes gegen das Osmanische Reich 1804)
- 20. Beginn der Kosovo-Statusverhandlungen in Wien (2006)
- 25. Verfassungsänderung in Jugoslawien (1974)
- 28. Erster Kampfeinsatz in der Geschichte der NATO: Abschuss von vier serbischen Kampffjets (1994)

März

- 11. Tod Slobodan Miloševićs (1941–2006)
- 17. Märzunruhen im Kosovo (2004)
- 20. Eid-Milad-Nnabi – Geburtstag des Propheten (moslemisch)*
- 24. Gedenktag; Beginn der NATO-Luftangriffe (1999)
- 28. Aufhebung des Autonomie-Status Kosovos (1989)

April

- 25. Veliki petak – Karfreitag (serbisch-orthodox)
- 27. Vaskrs – Ostern (serbisch-orthodox); Gründungstag der Bundesrepublik Jugoslawien (bis 2006)
- 28. Vaskrsni ponedjeljak – Ostermontag (serbisch-orthodox)

Mai

- 1. Dan rada – Tag der Arbeit
- 4. Todestag Josip Broz Titos (1980)
- 6. Djurdjevdan – Fest zu Ehren des Hl. Georg (Roma, serbisch-orthodox)
- 9. Dan Pobjede – Tag des Sieges (1945)
- 25. Geburtstag Josip Broz Titos (1892)

Juni

10. Gründung der Liga von Prizren (1878). Beginn der UN-Verwaltung (1999)
13. Beginn des Berliner Kongresses (1878)
15. Tag der Streitkräfte
16. Gedenktag der Vertreibung aus dem Kosovo (1999) durch kosovo-albanische Streitkräfte (Roma)
28. Vidovdan – Fest zu Ehren des Hl. Veit (serbisch-orthodox). Tag der Schlacht auf dem Amselfeld/Fushë Kosovë (1389)

Juli

4. Tag der Antifaschismuskämpfer

August

12. »Anschluss« Kosovos an italienisches »Großalbanien« (1941)
28. Velika Gospa – Mariä Himmelfahrt (serbisch-orthodox). Tag der Flagge (Kosovo)

September

3. Gründung der »Autonomen Region Kosovo und Metohija« (1945)
7. Serbische Annexion des Kosovo (1913)
21. Mala Gospjina – Geburtstag der Hl. Jungfrau Maria (serbisch-orthodox)

Oktober

1. Ende der Fastenzeit Ramadan (moslemisch)*
17. Zweite Schlacht auf dem Amselfeld/Fushë Kosovë (1448)
19. Unabhängigkeitserklärung der »Republik Kosovo« (1991)
24. Tag der Vereinten Nationen

November

8. Mitrovdan – Tag des Hl. Demetrius (serbisch-orthodox)
- 28./29. Unabhängigkeit Albaniens (1912). Nationalfeiertag (Kosovo)

Dezember

1. Bildung der ersten jugoslawischen Regierung im SHS-Staat (1918)
8. Kurban Bajrami – Fest des Schafs (moslemisch)*
14. Unterzeichnung des Abkommen von Dayton in Paris (1995)

Soweit vorhanden, sind deutsche Übersetzungen aufgeführt. Die genannten Werke sind zum Teil im Buchhandel vergriffen. Bitte wenden Sie sich in diesem Fall an Bibliotheken oder suchen Sie nach antiquarischen Ausgaben (z.B. www.zvab.com).

Wissenschaftliche Literatur

- Ahrens, Geert-Hinrich, *Diplomacy on the Edge. Containment of Ethnic Conflict and the Minorities Working Group of the Conferences on Yugoslavia*, Washington DC 2007.
- Albanien zwischen Kreuz und Halbmond. Hrsg. von Werner Daum, München 1998. [Geschichte des albanischen Volkes und seiner Sprache]
- Anderson, M.S., *The Eastern Question, 1774–1923*, London 1966. [Untergang des Osmanischen Reichs nach dem Russisch-Türkischen Krieg 1768–1774]
- Anzulović, Branimir, *Heavenly Serbia. From Myth to Genocide*, London, New York 1999. [Suche nach den Wurzeln moderner serbischer Aggression]
- Bartl, Peter, *Albanien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Regensburg 1995. [Standardwerk zur albanischen Geschichte]
- Bartl, Peter, *Grundzüge der jugoslawischen Geschichte*, Darmstadt 1985.
- Behschnitt, Wolf-Dietrich, *Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830–1914. Analyse und Typologie der nationalen Ideologie*, München 1980.
- Bieber, Florian, *Nationalismus in Serbien vom Tode Titos bis zum Ende der Ära Milošević* (= Wiener Osteuropa Studien 18), Wien, Münster 2005.
- Biermann, Rafael, *Lehrjahre im Kosovo. Das Scheitern der internationalen Krisenprävention vor Kriegsausbruch*, Paderborn u.a. 2006. [Geeignetes Buch zum Verständnis des internationalen Agierens zum Kosovo]
- Blüschfeld, Herbert, *Kosovo. Nationalitätenkonflikt im Armenhaus Jugoslawiens* (= Problemräume Europas 11), Köln 1991.
- Boeckh, Katrin, *Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatenspolitik und ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan* (= Südosteuropäische Arbeiten 97), München 1996.
- Die Bundeswehr im Kosovo. Auftrag und Ausrüstung*. Hrsg. von Thomas A. Meuter, Bonn 2002.
- Clark, Howard, *Civil Resistance in Kosovo*, London 2000.
- Draganich, Alex N., und Slavko Todorovich, *The Saga of Kosovo. Focus on Serbian-Albanian Relations*, New York 1994.
- Drakulić, Slavenka, *Keiner war dabei. Kriegsverbrechen auf dem Balkan vor Gericht*, Wien 2004. [Analyse auf Basis der Kriegsverbrecherprozesse in Den Haag]
- Dubravka, Ugreš, *Die Kultur der Lüge*, Frankfurt a.M. 1995. [Politische Essays zu den Gründen für die Balkankriege]
- Duda, Helge, *Nationalismus – Nationalität – Nation: Der Fall Albanien. Unter Berücksichtigung des Kosovo*, München 1991.
- Eisermann, Daniel, *Der lange Weg nach Dayton*, Baden-Baden 2000.
- Elsie, Robert, *Handbuch zur albanischen Volkskultur. Mythologie, Religion, Volksglaube, Sitten, Gebräuche und kulturelle Besonderheiten* (= Balkanische Veröffentlichungen 26), Wiesbaden 2002.
- Elsie, Robert, *Historical Dictionary of Kosova* (= Historical Dictionaries of Europe 44), Lanham, Toronto, Oxford 2004. [Unverzichtbares Nachschlagewerk]
- Emmert, Thomas A., *Serbian Golgatha. Kosovo, 1389*, New York 1990. [Über den Gebrauch der Toten der Vergangenheit als Mittel zur Deutung der Gegenwart]
- Ethnische Säuberung. Völkermord für Großserbien. Eine Dokumentation der Gesellschaft für bedrohte Völker*. Hrsg. von Tilman Zülch, Hamburg 1993.

- Fischer, Bernd Jürgen, *Albania at War, 1939–1945*, West Lafayette, IN 1999.
- Friedrich, Roland, *Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt*, Wiesbaden 2005.
- Freundlich, Leo Alexander, *Albanians Golgatha. Anklagen wider die Vernichter des Albanervolkes*, Wien 1913. [Bericht zu den Massakern der Serben an den Albanern während der Balkankriege 1912/13]
- Gerolymatos, André, *The Balkan Wars. Conquest, Revolution and Retribution from the Ottoman Era to the Twentieth Century and Beyond*, New York 2002. [Meistgelesenes Buch zum Thema seit Jahren]
- Glenny, Misha, *The Balkans. Nationalism, War and the Great Powers, 1804–1999*, New York 2000. [Einstieg in das Verständnis der gegenwärtigen Konfliktpole]
- Hall, Richard C., *The Balkan Wars, 1912–1913. Prelude to the First World War*, London 2000.
- Hockenos, Paul, *Homeland Calling. Exile Patriotism and the Balkan Wars*, London 2003. [Zur Rolle der kroatischen, serbischen und albanischen Diaspora im jugoslawischen Nachfolgekrieg]
- Hösch, Edgar, *Geschichte der Balkanländer von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, 4. Aufl., München 2000. [Gute Gesamtdarstellung]
- Human Rights Watch, *Under Orders. War Crimes in Kosovo*, New York 2003.
- Jertz, Walter, *Krieg der Worte – Macht der Bilder. Manipulation oder Wahrheit im Kosovo-Konflikt?*, Bonn 2001. [Umfangreiche Analyse über die Bedeutung der Medienarbeit bei militärischen Auseinandersetzungen]
- Judah, Tim, *Kosovo. War and Revenge*, New Haven 2000.
- Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zur Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen.* Hrsg. von Dunja Melčić, 2. Aufl., Wiesbaden 2007. [Breit angelegter Sammelband]
- Kennan, George F., *The Other Balkan Wars. A 1913 Carnegie Foundation Inquiry in Retrospect with a New Introduction and Reflections on the Present Conflict*, Washington, DC 1993.
- Kohl, Christiane von, und Wolfgang Libal, *Kosovo. Gordischer Knoten des Balkan*, Wien, Zürich 1992. [Historische und politische Hintergründe zum Kosovo vor dem Zerfall Jugoslawiens]
- Der Kosovo-Konflikt. Ursachen, Akteure, Verlauf.* Hrsg. von Konrad Clewing und Jens Reuter, München 2000.
- Kosovo, Kosova. Mythen, Daten, Fakten.* Hrsg. von Karl Kaser, Wolfgang Petritsch und Robert Pichler, Klagenfurt, Wien u.a. 1999. [Sammelband mit zahlreichen Hintergrundinformationen und Originaldokumenten]
- Kostovičová, Denisa, *Parallel Worlds. Response of Kosovo Albanians to Loss of Autonomy in Serbia, 1986–1996*, Staffordshire 1997. [Zur Herrschaft Slobodan Miloševićs und dem kosovo-albanischen »Schattenstaat«]
- Krieg im Kosovo.* Hrsg. von Thomas Schmid, Hamburg 1999.
- Der Krieg um das Kosovo 1998/99.* Hrsg. von Erich Reiter, Wien 2000.
- Lange, Klaus, *Die UÇK – Anmerkungen zu Geschichte, Struktur und Zielen.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B26/1999, S. 33–39.
- Lexikon zur Geschichte Südosteuropas.* Hrsg. von Edgar Hösch, Karl Nehring und Holm Sundhussen, Wien 2004.
- Loquai, Heinz, *Der Kosovo-Konflikt. Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von November 1997 bis März 1999*, Baden-Baden 2000.
- Loquai, Heinz, *Weichenstellungen für einen Krieg. Internationales Krisenmanagement und die OSZE im Kosovo-Konflikt*, Baden-Baden 2003.
- Lutz, Dieter S., *Der Krieg im Kosovo und das Versagen der Politik (= Beiträge aus dem IFSH. Demokratie, Sicherheit, Frieden 128)*, Baden-Baden 2000.

- McAllester, Matthew, *Beyond the Mountains of the Damned. The War inside Kosovo*, New York 2002.
- Malcolm, Noel, *Kosovo. A Short History*, London 1998. [Standardwerk zur Geschichte der Region]
- Maliqi, Shkëlzen, *Kosova: Separate Worlds. Reflections and Analyses*, Peja 1998.
- Mappes-Niediek, Norbert, *Die Balkanmafia*, Berlin 2003
- Matuz, Josef, *Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte*, Darmstadt 1990.
- Mazower, Mark, *Der Balkan*, Berlin 2002 [erklärt westliche Balkan-Klischees und schildert prägende historische und sozio-ökonomische Entwicklungen]
- Mertus, Julie, *Kosovo. How Myths and Truths Started a War*, Berkeley 1999. [Grundlegendes Werk zum Verständnis der Krise im Kosovo]
- Münster – Versailles – Dayton. *Konfliktlösung gestern – heute – morgen*. Hrsg. von Günter Gehl, Weimar 2000.
- Naimark, Norman M., *Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert*, München 2004.
- Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. *Ursachen von inter-ethnischer Gewalt*. Hrsg. von Philipp Ther und Holm Sundhaussen, Wiesbaden 2001.
- Petrie, Ruth, *The Fall of Communism and the Rise of Nationalism. The Index Reader*, London 1997. [Sammelband zu den Ereignissen in Europa im Zusammenhang mit dem Ende des Kommunismus]
- Petritsch, Wolfgang, und Pichler, Robert, *Kosovo – Kosova. Der lange Weg zum Frieden*, Klagenfurt 2004 [Petritsch war Hoher Kommissar in Bosnien-Herzegowina, nüchterne Konfliktanalyse]
- Pettifer, James, *Kosova Express*, Madison u.a. 2004.
- Pettifer, James, and Miranda Vickers, *The Albanian Question. Reshaping the Balkans*, New York 2007.
- Ragaru, Nadège, und Amilda Dymi, *The Albanian-American Community in the United States. The Story of a Diaspora*. In: *Canadian Review of Studies in Nationalism*, 31 (2004), no. 1/2, S. 65–76. [Aufsatz über die albanische Immigration in die USA ab dem 19. Jahrhundert]
- Reuter, Jens, *Die Albaner in Jugoslawien (= Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropa, 20)*, München 1982.
- Riedel, Sabine, *Die Erfindung der Balkanvölker*, Wiesbaden 2005. [Vergleichende Analyse, die belegt, dass die beteiligten ethnischen Identitäten das Resultat unserer Moderne sind]
- Rüb, Matthias, *Kosovo. Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa*, München 1999.
- Schmitt, Oliver Jens, *Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft*, Wien u.a. 2008.
- Schubert, Peter, *Albanische Identitätssuche im Spannungsfeld zwischen nationaler Eigenstaatlichkeit und europäischer Integration (= Strategische Kultur Europas, 4)*, Frankfurt u.a. 2005.
- Serbien nach den Kriegen. Hrsg. von Jens Becker und Achim Engelberg, Frankfurt a.M. 2007. [Aufsätze zu Politik, Gesellschaft und Mentalität]
- Serbiens Weg in den Krieg. *Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung*. Hrsg. von Thomas Bremer, Nebojša Popov und Heinz-Günter Stobbe, Berlin 1998.
- Stadtmüller, Georg, *Forschungen zur albanischen Frühgeschichte*, Wiesbaden 1966.
- Südosteuropa. *Ein Handbuch. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur*. Hrsg. von Magarditsch Hatschikjan und Stefan Troebst, München 1999.

- Südosteuropa. Von vormoderner Vielfalt und nationalstaatlicher Vereinheitlichung. Festschrift für Edgar Hösch. Hrsg. von Konrad Clewing und Oliver Jens Schmitt, München 2005.
- Sugar, Peter F., *Southeastern Europe under Ottoman Rule, 1354–1804* (= *History of East Central Europe*, 5), Seattle 1977.
- Sundhaussen, Holm, *Experiment Jugoslawien*, Mannheim 1993 [innerjugoslawische Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert]
- Sundhaussen, Holm, *Geschichte Serbiens*, Wien 2007.
- Troebst, Stefan, *Conflict in Kosovo. Failure of Prevention? An Analytical Documentation, 1992–1998*, Flensburg 1998.
- Understanding the War in Kosovo*. Ed. by Florian Bieber, London u.a. 2003. [Kosovo als bestimmendes Moment Europas nach dem Kalten Krieg]
- Vesilind, Priit J., *Albaner – Volk am Scheideweg*. In: *National Geographic* (Februar 2000), S. 164–183. [Exzellente Aufnahmen und Bilder zum Kosovo]
- Vickers, Miranda, *Between Serb and Albanian. A History of Kosovo*, London 1998. [Überblicksdarstellung des serbisch-albanischen Raums]
- Weithmann, Michael W., *Balkan-Chronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident*, Regensburg 2000.
- Die Wiederkehr der albanischen Frage. Ihre Bedeutung für den Balkan und Europa*. Hrsg. von Skënder Gashi und Christine von Kohl, Wien 1997.
- Zwangsmigrationen in Mittel- und Südosteuropa*. Hrsg. von Wolfgang Höpken, Leipzig 1996.

Fachzeitschriften

- Osteuropa*. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Stuttgart.
- Südost-Europa*. Zeitschrift für Gegenwartsforschung; Zeitschrift des Südost-Instituts (Regensburg).
- Südosteuropa Mitteilungen*. Südosteuropa Gesellschaft, München.

Belletristik, Reiseberichte

- Beqë Cufaj, *Kosova – Rückkehr in ein verwüstetes Land*, Wien 2000. [Essays zur Entwicklung von 1999]
- Bergmann, Hajo, *Auf dem Weg. Begegnungen mit Sufis und Derwischen*, München 1999. [Begegnung eines Journalisten mit der islamischen Mystik]
- Cufaj, Beqë, *Der Glanz der Fremde*, Wien 2005. [Migrantenschicksal zweier Albaner aus dem Kosovo]
- Demaçi, Adem, *Die Schlangen des Blutes*, Frankfurt a.M. u.a. 2005. [Verlorener Sohn kehrt in die ländlichen Regionen des Kosovo zurück]
- Elsie, Robert, *Einem Adler gleich*. Anthologie albanischer Lyrik vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Hildesheim, Zürich, New York 1988.
- Eschker, Wolfgang, *Serbische Märchen*, München 1992.
- Feild, Reshad, *Wissen, dass wir geliebt sind. Das Siegel des Derwisch*, Zürich 2003. [Geschichte um Liebe und Tod, Einblick in islamisches Gedankengut]
- Grulich, Rudolf, *Regen in einer Legende. Albanische Lyrik vom Amselfeld, Heiligenhof* 1977.
- Kadarë, Ismail, *Die Brücke mit den drei Bögen*, Frankfurt a.M. 2002. [1378 im tristen albanischen Hinterland: Der technisch revolutionäre Bau einer Steinbrücke über das »Böse Wasser« scheint nur um den Preis eines Menschenopfers glücken zu können]

- Kadaré, Ismail, *Doruntinas Heimkehr*, Wien 1992. [Mystische Geschichte um die Aufklärung eines geheimnisvollen Todesfalls]
- Kadaré, Ismail, *Die Festung*, München 1991. [Die Festung Kruja in den albanischen Bergen fällt im Jahr 1450 nach heldenhafter Verteidigung gegen ein osmanisches Heer]
- Kadaré, Ismail, *Die Schleierkarawane*, München 1989. [Erzählungen über das Leben der Albaner in der Osmanenzeit]
- Kadaré, Ismail, *Three Elegies for Kosovo*, London 2000. [Schildert mit der Schlacht auf dem Amselfeld 1389 die Urgeschichte der Balkankriege]
- Kadaré, Ismail, *Der zerrissene April*, Zürich 2001. [Im Mittelpunkt der dramatischen Erzählung steht das jahrhundertalte, mündlich überlieferte Gewohnheitsrecht der Albaner]
- Nopcsa, Franz Baron, *Reisen in den Balkan. Lebenserinnerungen*, Peć 2001.
- Das Schöne der Erde. Albanische Märchen und Sagen*. Hrsg. von Gerda Uhlisch, Köln 1988.
- Sheqiri, Rizah, *Wenn du wirklich die Wahrheit brauchst*, Tirana 2000. [Albanische Literatur für Verständigung und gegen Gewalt]
- Wenzel, Susanne, *Das Kosovo entdecken. Kultur und Natur zwischen Amselfeld und Albanischen Alpen*, Berlin 2005. [Reiseführer, informiert umfassend über das Land, stellt Einsatz KFOR, UNMIK und beginnende Selbstverwaltung dar]
- Winner, Erwin, *Abgerissene Tage ...*, Frankfurt a.M. 2001. [Romanautor zeichnet ein Bild vom Auslandseinsatz der Bundeswehr]

Filme.....

- Bashkim. Schlag auf Schlag*, Schweiz 2001. Regie: Vadim Jendreyko. [Talentierte kosovo-albanische Boxer hindert der Krieg in seiner Heimat an der Karriere]
- Guerreros*, Spanien 2002. Regie: Daniel Calparsoro. [Junge spanische KFOR-Soldaten erleben 1999 im Grenzgebiet zwischen Kosovo und Serbien die Schrecken des offiziell beendeten Krieges]
- Die Helfer und die Frauen*, Deutschland 2003. Regie: Karin Jurschik. [Recherche im Kosovo entlarvt die Hintergründe des Frauenhandels und der Prostitution in der Region]
- Let's break. Adil geht*, Deutschland 2004. Regie: Esther Gronenborn. [Vier jungen Männern, Albaner und Roma aus Kosovo, die sich im thüringischen Altenburg eine Zukunft als Rapper erträumen, droht die Abschiebung in die Heimat]
- Mörderischer Frieden*, Deutschland 2007. Regie: Rudolf Schweiger. [nach Thomas Bohns Fernsehrama »Das Kommando« mit Robert Atzorn, das eine Spezialeinheit bei einer Kommando-Aktion im Kaukasus zeigt, ist »Mörderischer Frieden« der erste Kinofilm über Auslandseinsätze der Bundeswehr: Feldwebel und Unteroffizier geraten 1999 in einem fiktiven Kosovo-Dorf zwischen die Fronten der albanisch-serbischen Auseinandersetzungen, eine Liebesgeschichte mit der schönen Serbin Mirjana darf nicht fehlen. Die Kritik rügte den Streifen als »schlichtes Filmchen«, das den Kosovo-Konflikt stark vereinfacht, lobte Schweiger aber dafür, in Deutschland endlich die Erfahrung der Auslandseinsätze mit filmischen Mitteln greifbar zu machen.]
- Snow Kill*, USA 1990. Regie: Thomas J. Wright. [Film nimmt in atemberaubenden Metaphern das Ende des autonomen Kosovo 1990 vorweg]
- Soldatenglück und Gottes Segen*, Deutschland 2002. Regie: Ulrike Franke und Michael Loeken. [Langzeitbeobachtung des Alltags deutscher KFOR-Soldaten im Kosovo]
- Wächter des Nebels*, Jugoslawien 1990. Regie: Isa Qosja. [In der Provinz Kosovo lebenden Albanern wird von den serbischen Machthabern das Leben zur Hölle gemacht]

Musik

- Babilon, Diku pranë shtëpisë sime, RTP Recording Studios 1989. [Kosovo Rock Musik]
- Babulja', Cute, Cute Babulja', Ginger Music Organization 2004. [Kosovo Rock & Rap Musik]
- Blunt, James, Back to Bedlam, Atlantic 2005. [Musik von Blunt inspiriert durch seine Zeit als britischer Offizier der KFOR]
- Bregović, Goran, Tales and Songs from Weddings and Funerals, Music Star 2005.
- Çako, Pirro, Herët vonë, Peç 2004. [Albanische Rock- und Popmusik; <http://www.youtube.com/watch?v=-4FYcZIdP64&eurl=>]
- Collins, Pat, Tears for Kosovo, Orchard 2001.
- Elsie, Robert, und Janice Mathie-Heck, Songs of the Frontier Warriors, Wauconda 2003.
- Gjoni, Simon, Rapsodi – Albanian Piano Works, Guild 2006.
- Jakova, Prenkë, Mrika, Shkodra 1958. [Albanische Nationaloper]
- Jakupi, Leonora, Everything different (Krejt ndryshe), 2003. [Album einer der bekanntesten Popmusikerinnen im albanischsprachigen Raum]
- Jovanovits, Katharine A., Die Heldenlieder von Kosovo, Zürich 1951.
- Kosovo Roma, Nika Records 2004. [Volkstümliche Musik]
- Mrkich, Dana, Kosovo. The Song of the Serbs, Ottawa 1989.
- Ritmi i Rugës (The Rhythm of the Street), The World is Ours, 2000. [Populäre albanische Rap- und Hip-Hop-Musik]
- Various, Kosovo-Music of the Albanian Kosovars, RM Records (MP Media) 2006.

Internet

Bitte nutzen Sie für die Internetrecherche die ständig aktualisierten Webtipps des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes: <http://www.mgfa.de/html/einsatzunterstuetzung/>

Neben den Beiträgen der Reihe »Wegweiser zur Geschichte«, die über Geschichte, Kultur und aktuelle Strukturen informieren, finden Sie auf diesen Seiten auch Karten und Diagramme im PDF-Format.

Bitte beachten Sie: Wir haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der verlinkten Seiten. Trotz sorgfältiger Auswahl können wir nicht in allen Fällen für die Ausgewogenheit der angebotenen Beiträge garantieren. Für entsprechende Hinweise sowie Anregungen, Korrekturen und Ergänzungsvorschläge an MGFAPresseEingang@bundeswehr.org sind wir dankbar.



Häufige Orts- und Ländernamen wie Belgrad, Prishtina, Prizren oder Jugoslawien, Serbien und Kosovo sind nicht aufgeführt. Fettgedruckte Zahlen verweisen auf Infokästen.

- AAK** (Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës/Allianz für die Zukunft des Kosovo) 220 f., 245, 249 f., 251–253
- Abdulhamid II., Sultan 205
- Abri e Epërme 216
- Adrianopel 44
- Ärzte ohne Grenzen 187
- Agha, Sinan 257
- Agreement on the OSCE Kosovo Verification Mission 215
- Ahrens, Geert Hinrich 76, 262
- Ahtisaari, Martti 99, 124 f., 128 f., 131, 137 f., 141, 150, 159, 219, 230, 244, 253
- Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës siehe AAK
- Alexander der Große 49
- Alexander, serb. König 236, 255
- Al-Fatih-Moschee 258
- Alfons I. von Neapel 44
- Ali Pascha von Janina 43
- Allianz für die Zukunft des Kosovo siehe AAK
- Amato, Giuliano 134
- American Albanian Civic League 195
- Amos, Prophet 167, 170
- Amselfeld 12, 26, 31–33, 35, 38, 52, 63, 80, 104, 119, 164–168, 171 f., 174 f., 178, 232 f., 240, 255–259, 261
- Aristoteles 49
- Arkan siehe Ražnjatović, Željko
- Armee zur Befreiung von Preševo, Medvedja und Bujanovac siehe UÇPMB
- Armee zur nationalen Befreiung siehe UÇK (Mazedonien)
- Arsenije III. Crnojević 38
- Arta 46
- Artemije, serb.-orth. Bischof 211, 227
- Atlantic Brigade 198
- Aufstände 34, 39, 41, 43, 47, 55, 70, 104, 106, 116, 164, 183, 194, 205, 207, 233, 235, 237
- B**adinter, Robert 139
- Badinter-Kommission 122, 139
- Bajrakli-Moschee 257 f.
- Balaj, Haradin 106
- Balaj, Idriz 216
- Balkan-Kontaktgruppe 82, 138, 163, 244, 246 f., 252 f.
- Balkankriege (1912/13) 20, 47, 61, 118, 136, 171, 206, 237
- Balsha (serb. Balšići) 31
- Banja Luka 152
- Banjska-Kloster 176, 256
- Bayezid I., Sultan 35, 258
- Belgrader Deklaration 69
- Bellacërkë (serb. Bela Crvka)
- Berisha, Sali 163
- Berisha-Clan 217
- Berlin 46 f., 51, 59
- Berliner Kongress 20, 45 f., 234
- Bewegung für die albanische sozialistische Republik Jugoslawien siehe LRSSHj
- Bildt, Carl 134
- Bitola 41, 47
- Blockfreie Staaten 69
- Bogdan, Jug 167
- Bogdanović, Bogdan 173
- Bogorodica-Ljeviška-Kirche 258
- Boja, Rexhep, Mufti 211
- Bojaxhiu, Agnes Gonxha 186
- Bonn 146, 190, 195
- Boka kotorska siehe Kotor
- Bogorodica-Gračanička-Kirche (Kirche Mutter Gottes) 176, 256, 258
- Bosniaken 60, 70, 79, 154, 156, 206
- Bosnien-Herzegowina 10 f., 76, 79 f., 119, 125, 127 f., 133, 137, 152 f., 156, 158, 197
- Brahimaj, Lahi 216
- Branković, Georg (Djuradj) 32, 259
- Branković, Vuk 31 f., 35, 168 f.
- Brnjak 154
- Brüssel 231, 251
- Bündnis demokratischer Parteien siehe DOS
- Bukoshi, Bujar 77, 191
- Bulgarien 27, 41, 45 f., 48, 50–54, 56–59, 62, 78, 115 f., 160, 165, 170, 233 f., 258
- Buşatli-Familie (türk.) siehe Bushatlliu-Familie
- Bush, George W. 162
- Bush, Laura 162
- Bushatlliu-Familie 39 f.
- Byzantinisches Reich (Byzanz) 27–29, 232 f., 258
- Ç**abër (serb. Čabar) 102
- Cable News Network siehe CNN

- Çagllavicë (serb. Çaglavica) 108
 Carrington-Plan 75
 Çarshi-Moschee 257
 Catholic Relief Service 187
 Čegrane 89
 Çeku, Agim 220 f.
 Černomyrdin, Viktor 79
 Cerrcë 182
 Četniks 56, 117
 China 90, 126, 142, 243, 248
 Chirac, Jacques 79
 Chruščev, Nikita S. 69
 Clinton, Bill 77, 79
 CNN (Cable News Network)
 Comprehensive Proposal for Kosovo Status Settlement 219
 Čović, Nebojša 250
 Čubrilović, Vaso 65, 237
 Crnce (serb.) siehe Cerrcë
 Cvijić, Jovan 18
- DA** (Demokratska Alternativa/Demokratische Alternative) 250
 Daci, Nexhat 250
 Dashinoc (serb. Dašinovac) 216
 Dayton 73, 77 f., 79, 81 f., 122, 125, 137, 158, 183, 192, 196 f., 240, 261
 Debar 91
 Debellde 160
 Dečan (serb. Dečani) 246
 Dečani-Kloster 28, 176, 233, 255
 Del Ponte, Carla 225
 Demokratische Alternative siehe DA
 Demokratische Liga siehe LD
 Demokratische Liga Dardanians siehe LDD
 Demokratische Liga des Kosovo siehe LDK
 Demokratische Partei siehe DS
- Demokratische Partei des Kosovo siehe PDK
 Demokratische Partei Serbiens siehe DSS
 Demokratska Alternativa siehe DA
 Demokratska opozicija Srbije siehe DOS
 Demokratska Stranka siehe DS
 Demokratska stranka Srbije siehe DSS
 Den Haag 75, 80 f., 106, 150, 155, 245, 248, 252 f.
 Deutschland 25, 50 f., 67, 79, 100, 104, 124, 141, 154, 164, 173, 182 f., 190 f., 192, 194–196, 198 f., 229 f., 245, 245 f., 251, 254
 Diaspora 12, 48, 82, 188, 191–199, 226, 229
 Die Heimat ruft siehe Vendlindja Thërret
 Dinkić, Mladjan 155
 Dioclea 27
 Djakovica (serb.) siehe Gjakovë
 Djindjić, Zoran 243, 250 f.
 Djukanović, Milo 160 f.
 Dodik, Milorad
 Donje Ljubinje (serb.) siehe Lubinjë e
 Poshtme
 Donje Prekaze, auch Donji Prekaz (serb.) siehe Prekaz 259
 DOS (Demokratska opozicija Srbije/Bündnis demokratischer Parteien) 249 f.
 Drašković, Danica 173
 Drašković, Vuk 251
 Drenica 72 f., 82, 116, 198, 225, 246, 259
 Drnovšek, Janez 174
 DS (Demokratska Stranka/Demokratische Partei) 10, 244 f., 250–254
- DSS (Demokratska stranka Srbije/Demokratische Partei Serbiens) 244, 249, 251–253
 Dubravë (serb. Dubrava) 216
 Dubrovnik 28, 30
 Dukaginzade Ahmed Pascha 36
 Dukagjin 225
 Durrës 163
- Early Warning Report** 220 f.
 Edirne 166
 EG (Europäische Gemeinschaft) 75–77, 241
 Eide, Kai 252
 Elias, Heiliger 169
 Englische Fräulein siehe Schwestern der Jungfrau von Loreto
 Enklaven 22, 129, 133, 152, 155, 223, 230
 Entwicklungsprogramm der UN siehe UNDP
 Enver Pascha 205
 Erzengekloster 28, 103–105, 110, 258
 ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) 100, 131, 149
 EU (Europäische Union) 9, 11, 77, 79, 90, 94, 99 f., 113, 123, 128, 130–132, 134 f., 138, 140–142, 145, 149–151, 154, 157, 159 f., 163, 188, 217, 230, 244, 246, 251, 253
 EU-FET (EU Forensic Expert Team) 216 f.
 EUFOR (European Union Force) 79
 EULEX (Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo) 11, 94 f., 99–101, 131 f., 148, 150, 224, 230, 244, 254

- EUPT KOSOVO (European Union Planning Team/Planungsgruppe der EU) 149
 Europäische Gemeinschaft siehe EG
 Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik siehe ESVP
 Europäische Union siehe EU
 European Union Force siehe EUFOR
 European Union Planning Team siehe EUPT KOSOVO
 EXFOR (Extraction Force) 86
F
 Feith, Pieter 100, 131, 141, 150 f., 244, 254
 Ferdinand von Bulgarien, Zar 50
 Ferizaj 29, 47
 Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen siehe UNHCR
 Ford, Gerald 145
 Franz Joseph, Kaiser 50
 Frashëri, Sami 49, 235
 Freunde des Kosovo Protection Corps 106
 Fushë Kosovë siehe Amsfeld
G
 G8-Staaten 90, 146, 248
 GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union) 149 f.
 Gazivoda-Stausee 154
 Gemeinsame Übergangsverwaltungsstruktur siehe JIAS
 Genozid 64, 68, 170, 172
 GG (Grupa gradjana/Serbische Einheit, auch »Gruppe der Bürger«) 250
 Gjakovë 13, 46 f., 53, 58, 118, 217, 225, 255
 Gjilan (serb. Gjlilane) 30, 255
 Glogjan (serb. Glodjane) 216
 Golluboc (serb. Golubovac) 216
 González, Felipe 79
 Gornje Nerodimlje (serb.) siehe Nerodimja e Epërme
 Gornje Obrinje (serb.) siehe Abri e Epërme
 Gračanice (serb. Gračanica) 28, 103, 176, 255, 257
 Grackë e Vjetër 92
 Grimm, Jacob und Wilhelm 164
 Grupa gradjana siehe GG
 Gusinje 46
H
 Hadum-Moschee 255
 Hækkerup, Hans 95, 250
 Handke, Peter 81
 Haradinaj, Ramush 216, 220 f., 225, 245, 249, 252 f.
 Heilige Liga (Österreich, Polen, Venedig, Russland) 38
 Helsinki-Schlussakte 144 f.
 Hoçë e Madhe 213
 Holbrooke, Richard 73, 82, 246 f.
 Holkeri, Harri 95
 Honecker, Erich 145
 Hoxha, Enver 56, 58
 Hrebëljanić, Lazar 26, 31, 165, 259
 HRW (Human Rights Watch) 92, 217
 Hunyadi, János 32 f., 166
 Hvostno 176
I
 IAC (Interim Administrative Council/Übergangsverwaltungsrat) 98, 249
 Ibër (serb. Ibar) 22, 102, 108, 134
 ICFY (International Conference on Former Yugoslavia/Internationale Konferenz über das ehemalige Jugoslawien) 76
 ICO (International Civil Office/Internationale Verwaltungsbehörde) 131 f., 149–151
 ICTY (International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia/Internationales Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien) 80, 106, 214–217, 248, 250
 IFOR (Implementation Force) 79
 Ilić, Velimir 251
 Interim Administrative Council siehe IAC
 Interimsadministration der Vereinten Nationen in Kosovo siehe UNMIK
 International Civil Office siehe ICO
 International Conference on Former Yugoslavia siehe ICFY
 International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia siehe ICTY
 International Steering Group siehe ISG
 International Telecommunication Union siehe ITU
 Internationale Konferenz über das ehemalige Jugoslawien siehe ICFY
 Internationale Lenkungsgruppe siehe ISG
 Internationale Verwaltungsbehörde siehe ICO

- Internationales Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien siehe ICTY
- İpek (türk.) siehe Pejë
- Irzniq 216
- Ischinger, Wolfgang 244, 253
- ISG (International Steering Group/Internationale Lenkungsgruppe)
- İškodra (türk.) siehe Shkodër
- Islam 12, 19, 36–38, 43–45, 62, **200–213**, 227–229, 237, 257 f.
- Islamischer Dschihad 209
- Istanbul 31, 35–37, 49
- ITU (International Telecommunication Union)
- Izetbegović, Alija 81
- J**
- Jabllanicë (serb. Jablanica) 216
- Jačimović, Dragan 119
- Jackson, Mike 142
- Janina 43, 47
- Jarinje 164
- Jashar Pascha 259
- Jashari, Adem 73
- Jelena, Zarin 258
- Jessen-Petersen, Søren 95
- JIAS (Joint Interim Administrative Structure/Gemeinsame Übergangsverwaltungsstruktur) 97, 249
- Jöntürkler (türk.) siehe Jungtürken
- Joint Interim Administrative Structure siehe JIAS
- Jovanović, Paja 171
- Jubani, Zef 49
- Jungtürken **205 f.**
- K**
- Kaçak-Bewegung 63, 116, 237
- Kalaja-Festung 104
- Kamenicë 256
- Kanun **203**, 226
- Kara Mahmud Pascha 39
- Kara Mustafa Pascha 39
- Karadžić, Radovan 78, 80
- Karadžić, Vuk Stefanović 164, 167, 170
- Karl von Anjou 43
- Karlowitz (dt.) siehe Sremski Karlovci
- Kastrioti, Georg siehe Skanderbeg
- Katholiken 18, 28, 30, 48, 61, 186, 202, 204, **210–212**, 229
- KDOM (Kosovo Diplomatic Observer Mission/UN-Beobachtermission) 242, 246 f.
- KFOR (Kosovo Force) 7–9, 84, 90 f., 93, 95, 99, 102–105, 107–111, 113, 137, 141, 142 f., 147 f., 154 f., **208 f.**, 215, 221, 224, **226**, 230 f., 242, 248, 251 f.
- Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen siehe UNICEF
- KLA (Kosovo Liberation Army) siehe UÇK
- Kleçkë (serb. Klečka) 216
- Koalicionja povratak siehe KP
- Koalition Rückkehr siehe KP
- Kohl, Helmut 79
- Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa siehe KSZE
- Konstantinopel 178, 234, 258
- Kosovo Diplomatic Observer Mission siehe KDMO
- Kosovo Force siehe KFOR
- Kosovo Liberation Army siehe UÇK
- Kosovo Police Service siehe KPS
- Kosovo Police Service School siehe KPSS
- Kosovo polje (serb.) siehe Amselfeld
- Kosovo Protection Corps siehe TMK
- Kosovo Transitional Council siehe KTC
- Kosovo Verification Mission siehe KVM
- Kosovo-Befreiungsarmee siehe UÇK
- Kosovo-Übergangsrat siehe KTC
- Kosovo-Verifikationsmission der OSZE siehe KVM
- Kosovska Kamenica (serb.) siehe Kamenicë
- Kosovska Mitrovica (serb.) siehe Mitrovicë
- Košunica, Vojislav 81, 106, 154, 244, 249, 251, 253
- Kosumi, Bajram 252
- Kotor 53
- Kouchner, Bernard 95, 142, 249
- KP (Koalicionja povratak/Koalition Rückkehr) 250 f.
- KPC (Kosovo Protection Corps) siehe TMK
- KPdsU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) 69
- KPS (Kosovo Police Service) 94, 97, 249
- KPSS (Kosovo Police Service School) 249
- Kraljević, Marko 167
- Kraljevo 58
- Krasniqi, Jakup 124
- Krasniqi, Selim 106
- Kreisky, Bruno 145
- Kriegsverbrechen 12, 68, 77, 100, 106, **214–217**
- Kroatien 54, 56, 66–68, 75, 77, 80, 160, 164, 179

- Krohj, Per 136
 Kruja 44, 238
 Kruševac 166
 Krushë e Madhe 217
 KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) 75 f., 144, 240
 KTC (Kosovo Transitional Council/Kosovo-Übergangsrat) 98, 248 f.
 Kukës 91
 Kumanovo 38, 90, 248
 Kurshumli-Moschee 257
 Kuršumlje 46, 53
 KVM (Kosovo Verification Mission/Kosovo-Verifikationsmission der OSZE) 215, 247
- L**abus, Mirosljub 251
 Lauša (serb.) siehe Laushë
 LD (Lidhja Demokratike/Demokratische Liga) 243, 252
 LDD (Lidhja Demokratike e Dardanisë/Demokratische Liga Dardaniens) 220
 LDK (Lidhja Demokratike e Kosovës/Demokratische Liga Kosovos) 7, 77, 181–183, 187, 195, 197, 210, 220, 243, 245 f., 249 f., 251–253
 Lemkin, Raphael 64
 Leposavić 164
 Letnicë (serb. Letnica) 186
 Lëvizija Popullore e Kosovës siehe LPK
 Lidhja Demokratike siehe LD
 Lidhja Demokratike e Dardanisë siehe LDD
 Lidhja Demokratike e Kosovës siehe LDK
- Liga von Lezha 44
 Liga von Prizren (alb. Lidhja e Prizrenit) 41, 46 f., 49, 175, 204 f., 234 f., 258, 261
 Limaj, Fatmir 106
 Lipljan (serb.) siehe Lypjan
 Literatur 29, 48, 164, 171, 182, 262–267
 Ljubljana 187
 Llaushë 181
 LPK (Lëvizija Popullore e Kosovës/Volksbewegung Kosovos) 194, 197
 LRSJ (Lëvizja për Republikën Socialiste Shyiptare në Jugosllavi/Bewegung für die albanische sozialistische Republik in Jugoslawien) 194
 Lubinjë e Poshtme 61
 Lypjan 27, 256
- M**ajor, John 79
 Malcolm, Noel 18, 264
 Malet të Sharrit (alb.) siehe Schar-Gebirge
 Marko siehe Kraljević, Marko
 Marković, Mirjana 80
 Markuskirche 104
 Marnhac, Xavier de 231
 May, Karl 9
 Médecins sans Frontières (franz.) siehe Ärzte ohne Grenzen
 Mehmed II. al Fatih (der Eroberer), Sultan 33, 35, 104, 166, 258
 Merxha, Zulfi 210
 Meštrović, Ivan 171
 Military Technical Agreement siehe MTA
 Milošević, Slobodan 22, 68, 71, 73–76, 78–82, 85, 89 f., 106, 118, 121, 123, 125, 137, 141, 144, 172–174, 179, 181, 183, 190, 195, 207, 217, 240–243, 246–250, 257, 260
 Milošoski, Antonio 169
 Milutinović, Milan 215, 217
 Minderheiten 8, 20, 25, 63, 92, 114, 119 f., 124 f., 129 f., 134, 180, 192 f., 199, 248, 250
 Mitrovica (serb.) siehe Mitrovicë
 Mitrovicë 22, 27, 30, 55, 92, 102, 107, 109–111, 116, 118, 131, 133 f., 154 f., 176, 199, 224, 245, 254, 256
 Mladić, Ratko 80
 Mohammed (auch Muhammad, Mohammad), Prophet 166, 202, 228
 Monaco 125, 127
 Monastir Sveti Arhandjeli (serb.) siehe Erzengelkloster
 Montenegro 11, 16, 27, 41 f., 46, 52 f., 56, 62, 65, 76, 83, 88, 114, 125–127, 137, 144, 153, 160 f., 175, 178, 206, 211, 234, 237 f., 241–243, 251 f.
 Moskau 75, 126, 130 f.
 MSU (Multinational Specialized Unit/Multinationale Spezialeinheit der KFOR) 248
 MTA (Military Technical Agreement/Militärtechnisches Abkommen) 90, 248
 Müntefering, Franz 210
 Muhammad ibn Abd al-Wahhab 212
 Multinational Specialized Unit siehe MSU
 Murad I., Sultan 26, 31, 35, 165 f., 168, 257
 Murad II., Sultan 32, 44, 166

- Murad III., Sultan 255
 Muslime 8, 12, 18–20,
 23, 36–39, 45, 57,
 61–63, 95, 115, 124,
193, 200–202, 204–209,
211 f., 228 f., 235, 237,
 255, 257
 Musliu, Isak 106
 Mussolini, Benito 54, 67
 Mutter Teresa siehe Bo-
 jaxhiu, Agnes Gonxha
 Mutter-Teresa-Gesell-
 schaft 187, 197
- National Albanian**
 American Council 195
 Nationalismus 8, 14, 47,
 49, **68**, 114, 207
 Nemanja, Stefan 28,
 176, **178**
 Nemanjiden 28, **178**
 Nerodimja e Epërme 258
 Nerodimlje 176
 Neues Serbien siehe NS
 Nikolić, Tomislav 244,
 252, 254
 Niš (alb. Nish, türk.
 Niş) 19 f., 41, 46, 53, 58
 Nova Srbija siehe NS
 Novaković, Stojan 179
 Novi Pazar 20, 27, 40 f.,
 63, 176
 Novobërdë (serb. Novo
 Brdo) 29–33, 35, 38,
 117, 257
 Nowicki, Marek Antoni
 249
 NS (Nova Srbija/Neues
 Serbien) 251
 Nyenberge (mhd.) siehe
 Novobërdë
- Obilić, Miloš** 167–169
 Österreich 38 f., 45, 47,
 50–53, 66, 78, 81, 115,
 119, 145, 164, 179, 191,
 235 f.
 Ohrid 27, 91, 250
 Orahovac (serb.) siehe
 Rahovec
- Organisation der UN für
 Erziehung, Wissen-
 schaft und Kultur siehe
 UNESCO
 Organisierte Kriminalität
 100, 107, 110, 218,
 224–226
 Osman I., Sultan 34
 OSZE (Organisation
 für Sicherheit und
 Zusammenarbeit in
 Europa) 85 f., 88, 96,
 129–132, 140, 142, **144**,
 149 f., 215, 217, 243,
 247–249
- Padalishtë** (serb.
 Padalište) 217
 Paraćin 178
 Paris 50, 73, 79, 86, 137,
 182, 247, 261
 Partei Vaterland siehe
 VTN
 Partia Demokratike e
 Kosovës siehe PDK
 Partnership for Peace
 siehe PFP
 Pauni 176
 PDK (Partia Demokratike
 e Kosovës/Demokrati-
 sche Partei des Kosovo)
 7, 106, 124, 220 f., 245,
 249–253
 Pejë (serb. Peć) 13, 28, 31,
 36–38, 47, 58, 118, 166,
 176, 232–234, 257, 259
 Petersberg-Abkommen
 146
 Pflanzler-Baltin, Karl
 von 53
 PFP (Partnership for
 Peace/Partnerschaft für
 den Frieden) 246
 PISG (Provisional Insti-
 tutions of Self-Govern-
 ment/Provisorische
 Selbstverwaltung) 98,
 250
 Planungsgruppe der EU
 siehe EUPT KOSOVO
- Plav 46
 Pločnik 178
 Podgorica 53, 160
 Podujevë (serb.
 Podujevo) 247
 Pograxhë (serb.
 Podgradje) 92
 Požarevac 80 f.
 Prekaz 73, 259
 Preševo-Tal 134
 Provisional Institutions
 of Self-Government
 siehe PISG
 Pyramidenskandal 82
- Q**ahraman Pascha 257
- R**ačak (serb.) siehe Reçak
 Radjevac-Kloster 256
 Ragusa siehe Dubrovnik
 Rahovec 108, 216, 246
 Rambouillet 73, 86,
 137 f., 146, 243, 247
 Ranković, Aleksandar
 69, 239
 Raška (Landschaft um
 Novi Pazar) 27 f., 176,
 211, 227
 Ratišë (serb. Ratiš) 216
 Ražnjatović, Željko 242,
 250
 Reçak 73, 86, 215–217,
 243, 247, 260
 Rechtsstaatlichkeitsmis-
 sion der Europäischen
 Union im Kosovo siehe
 EULEX
 Republik Kosova 182, 243
 Republika Srpska (RS)
 10, 78 f., 127, 133, 163,
 166, 181
 Rexhepi, Bajram 251
 Rote Moschee 257
 RS siehe Republika
 Srpska
 Rücker, Joachim 95 f.
 Rugova, Ibrahim 74,
 77–79, 82, 107 f.,
181–183, 190, 195 f.,
 209 f., 220, 229,

- 240–242, 246, 249, 251 f., 260
- Russisch-Türkischer Krieg 41, 45, 234
- Russland 8, 11, 38 f., 45 f., 79, 99, 126, 130, 138, 145, 156, 236, 244–246, 248, 253 f.
- Rznić (serb.) siehe Irzniq
- Sachsen** 30
- Saloniki 52
- Samuel, bulg. Zar 27
- Sancak 19 f., 36, 41, 63, 258 f.
- Šar Planina (serb.) siehe Schar-Gebirge
- Sarajevo 79, 211
- Šarenik (serb.) siehe Nerodimja e Epërme
- Saudi Joint Committee for the Relief of Kosovo and Chechnya siehe SJCRKC
- Sava von Serbien, Heiliger 178, 213, 232, 257, 260
- Save 87
- Schar-Gebirge 28
- Schiiten 227 f.
- Schmidt, Helmut 145
- Schwestern der Jungfrau von Loreto 186
- Scupi (lat.) siehe Skopje
- Sejdiu, Fatmir 124, 245, 252 f.
- Semendire (türk.) siehe Smederevo
- Serbische Einheit, auch »Gruppe der Bürger« siehe GG
- Serbische Erneuerungsbewegung siehe SPO
- Serbische Radikale Partei siehe SRS
- Serbische Sozialistische Partei siehe SPS
- Serbisch-orthodoxe Christen 8, 13, 26 f., 29, 31, 36–38, 45, 48, 103 f., 108, 120, 166, 171 f., 176, 202, 204, 211, 213, 227, 229, 232–235, 255, 257 f., 260 f.
- Šešelj, Vojislav 250
- Sezession 9, 70, 138–140, 146 f., 150, 152 f., 156, 158
- SFOR (Stabilization Force) 79
- Shkodër 39, 41
- Shkup (alb.) siehe Skopje
- Shtërpçë 133
- Silajdžić, Haris 156
- Sinan-Pascha-Moschee 258
- SJCRKC (Saudi Joint Committee for the Relief of Kosovo and Chechnya) 211
- Skanderbeg 32, 42–44, 49, 233
- Skanderi Dagh 42
- Skenderaj 246, 259
- Skënderbeu, Gjergj Kastrioti (alb.) siehe Skanderbeg
- Skopje 17 f., 28 f., 36, 41, 53, 58, 108, 159 f., 211
- Smederevo 35
- Socijalisticka partija Srbije siehe SPS
- Sokollu Mehmed Pascha 37
- Solana, Javier 150
- Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen siehe SRSG
- Sopi, Mark 210 f.
- Sowjetunion siehe UdSSR
- Special Representative of the Secretary General siehe SRSG
- SPO (Srpski Pokret Obnove/Serbische Erneuerungsbewegung) 251
- SPS (Socijalisticka partija Srbije/Serbische Sozialistische Partei) 250 f.
- Srbica (serb.) siehe Skenderaj
- Srebrenica 68, 240
- Sremski Karlovci 164
- Srpski pokret obnove siehe SPO
- SRS (Srpska radikalna stranka/Serbische Radikale Partei) 244, 250–252, 254
- SRSG (Special Representative of the Secretary General/Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen) 95, 142, 249–251
- SS-Division »Skanderbeg« 58, 238
- Stabilization Force siehe SFOR
- Stambolić, Ivan 173
- Stantërg (serb. Stari Trg)
- Staro Gracko (serb.) siehe Grackë e Vjetër
- Stefan Uroš II. Milutin, Zar 256–258
- Stefan Uroš III. Dečanski, Zar 255, 257
- Stefan Uroš IV. Dušan, Zar 26, 29, 31, 104, 166, 176 f., 233, 255, 257 f.
- Stefan Uroš V. 259
- Steiner, Michael 95, 251
- Štimlje 176
- Štrpce (serb.) siehe Shtërpçë
- Struga 91
- Suharekë 93, 108, 217
- Sunniten 202, 212, 227 f.
- Surroi Veton 252
- Suva Reka (serb.) siehe Suharekë
- Svrčin 176
- Tadić, Boris** 127, 244, 252, 254

- Tamnica-Kloster 256
 Tetovo 86
 Thaçi, Hashim 7, 106,
 124 f., 220 f., 225, 245,
 249, 253
 Therandë siehe Suharekë
 Tirana 44, 48, 58, 69,
 162 f., 187
 Tito, Josip Broz 56, 58 f.,
 66 f., 69, 74, 77, 120,
 124, 137, 172, 239 f.,
 260
 Tivat 53
 TMK (Trupat Mbrojtëse
 të Kosovës/Kosovo Pro-
 tection Corps, KPC)
 105 f., 110, 221, 249
 Topi, Bamir 162
 Trepçë (serb. Trepča) 30,
 32, 256
 Triest 134
 Troika 99, 244, 253
 Trupat Mbrojtëse të
 Kosovës siehe TMK
 Tržić an der Drina 164
 Tudjman, Franjo 81
 Türkenkrieg 235
 Tvrtko I., bosn.
 König 31, 166
- UÇK** (Ushtria Çlirimtare
 e Kosovës/Kosovo-
 Befreiungsarmee) 7,
 9, 72–74, 77 f., 82, 85,
 92 f., 106–108, 110,
 117 f., 122, 124 f., 182,
 190 f., 197 f., 209 f., 216,
 220 f., 241–243, 246 f.,
 248 f., 259
 UÇK Mazedonien
 (Ushtria Çlirimtare
 Kombëtare/Armee zur
 nationalen Befreiung)
 159, 243
 UÇPMB ((Ushtria
 Çlirimtare e Preshevës,
 Medvegjës e Bujanocit/
 Armee zur Befreiung
 von Preševo, Medvedja
 und Bujanovac) 249 f.
- UdSSR (Union der Sozi-
 alistischen Sowjetre-
 publikten) 54, 66, 144,
 238 f.
 Übergangsverwaltungs-
 rat siehe IAC
 UEFA (Union of
 European Football As-
 sociations/Vereinigung
 europäischer Fußball-
 verbände) 127
 Üsküp (türk.) siehe
 Skopje
 Ulcinj (alb. Ulqin) 46
 UN (United Nations/Ver-
 einte Nationen) 16, 76,
 79, 95, 99, 126 f., 130,
 134, 137–139, 141–143,
 145 f., 148, 224, 230,
 242–245, 252 f., 261
 UN-Beobachtermission
 siehe KDMO
 UNCIVPOL (United
 Nations Civilian Police
 in Kosovo/UNMIK-Po-
 lizei) 248
 UNDP (United Nations
 Development Program/
 Entwicklungspro-
 gramm der UN) 220 f.
 UNESCO (United
 Nations Educational,
 Scientific and Cultural
 Organization/Organi-
 sation der UN für Er-
 ziehung, Wissenschaft
 und Kultur) 176
 UNHCR (United Nations
 High Commissioner for
 Refugees/Flüchtlings-
 hilfswerk der Vereinten
 Nationen) 87, 92, 142
 UNICEF (United Nations
 International Children's
 Emergency Fund/Kin-
 derhilfswerk der Ver-
 einten Nationen) 142
 Union of European
 Football Associations
 siehe UEFA
- United Nations siehe UN
 United Nations Civilian
 Police in Kosovo siehe
 UNCIVPOL
 United Nations Develop-
 ment Program siehe
 UNDP
 United Nations Educa-
 tional, Scientific and
 Cultural Organization
 siehe UNESCO
 United Nations High
 Commissioner for Re-
 fugees siehe UNHCR
 United Nations Interim
 Administration Mis-
 sion in Kosovo siehe
 UNMIK
 United Nations Inter-
 national Children's
 Emergency Fund siehe
 UNICEF
 United Nations Office of
 the Special Envoy for
 Kosovo siehe UNOSEK
 United Nations Transi-
 tional Administration
 in Eastern Slavonia,
 Baranja and Wes-
 tern Sirmium siehe
 UNTAES
 United States of Amerika
 siehe USA
 UNMIK (United Nations
 Interim Administration
 Mission in Kosovo/In-
 terimsadministration
 der Vereinten Nationen
 in Kosovo) 8 f., 11,
 84, 94–99, 102 f., 107,
 108–110, 129, 132, 137,
 141–143, 146–148, 150 f.,
 154 f., 160, 188, 210 f.,
 221, 224, 230, 242, 248 f.
 UNMIK-Polizei siehe
 UNCIVPOL
 UNOSEK (United
 Nations Office of the
 Special Envoy for
 Kosovo) 219

- UN-Resolution 1244 90, 95, 99, 130, 132, 134, 137, 141–143, 145–148, 150, 155, 242, 248
- UNTAES (United Nations Transitional Administration in Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium/UN-Übergangsverwaltung für Ostslawonien, die Baranja und Westsyrmien) 134
- UN-Übergangsverwaltung für Ostslawonien, die Baranja und Westsyrmien siehe UNTAES
- Uroš I., Zar 30
- Uroševac (serb.) siehe Ferizaj
- USA (United States of Amerika/Vereinigte Staaten von Amerika) 9, 73, 77–79, 82, 99, 101, 113, 138, 141, 154, 162, 183, 188–191, 194–199, 227, 244–246, 253 f.
- Ushtria Çlirimtare e Kosovës siehe UÇK
- Ushtria Çlirimtare e Preshevës, Medvegjës e Bujanocit siehe UÇPMB
- Ushtria Çlirimtare Kombëtare siehe UÇK (Mazedonien)
- V**asa, Pashko 49
- Vatan siehe VTN
- Veit, Heiliger 170 f., 261
- Velika Hoča (serb.) siehe Hoçë e Madhe
- Velika Kruša (serb.) siehe Krushë e Madhe
- Velimirović, Nikolaj 170
- Vendlindja Thërret («Die Heimat ruft») 197
- Vereinigte Staaten von Amerika siehe USA
- Vereinigung europäischer Fußballverbände siehe UEFA
- Vereinte Nationen siehe UN
- Vežaj, Ali 210
- Vid (serb.) siehe Veit
- Vilayet 36, 41, 47, 258
- Višegrad 59
- Visoki Dečani (Kloster) 176
- VJ (Vojska Jugoslavije/Volksarmee Jugoslawiens) 85, 124, 216 f., 246, 248
- Vojvodina 69, 122, 181, 240
- Volksarmee Jugoslawiens siehe VJ
- Volksbewegung Kosovos siehe LPK
- Volljakë (serb. Volujac) 216
- Vranje 46
- VTN (Vatan/Partei Vaterland) 251
- Vučitër/Vushtrri (serb. Vuçitër) 35 f., 38, 47, 249, 259
- W**ahhabiya (Bewegung des Wahhabismus) 212
- Warschauer Vertrag 69
- Wehl, Achim 53
- Wehrmacht 50, 54, 58, 67
- Wien 39, 66, 151, 164, 183, 245, 252 f., 260
- Wilhelm II., Kaiser 50
- Wirtschaft 50, 61, 152, 218
- Y**eni Pazar (türk.) siehe Novi Pazar
- Z**agreb 66, 186 f.
- Žiča 28
- Živković, Zoran 251
- Zubin Potok 154
- Zvečan (serb. Zvečan) 32, 256

Am 17. Februar 2008 proklamierte das Parlament des UN-Protektorats die staatliche Souveränität des Kosovo. In den folgenden Tagen erkannten Amerika, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und weitere westliche sowie etliche muslimische Länder die Unabhängigkeit an. Knapp 96 Jahre nach der Eroberung der Provinz durch die serbische Armee vom Osmanischen Reich und neun Jahre nach dem Abzug serbischer Truppen im Juni 1999 als Folge des verlorenen Krieges gegen die NATO ist das Kosovo der sechste aus Jugoslawien hervorgegangene Staat. Die kosovarischen Abgeordneten verpflichteten sich in ihrer Proklamation zur Verwirklichung des Plans des UN-Vermittlers Ahtisaari für eine überwachte Unabhängigkeit. Darin ist ein Katalog an Rechten für die serbische Volksgruppe und andere Minderheiten verankert. Abgeordnete der serbischen Minderheit blieben der Sitzung fern.

Die überarbeitete und erweiterte 3. Auflage des »Wegweisers zur Geschichte« behandelt Vergangenheit und Gegenwart des Kosovo. Die abgedeckte Zeitspanne reicht vom mittelalterlichen Serbien über das Osmanische Reich bis zum serbisch dominierten Jugoslawien und den Kriegen des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Das Buch bietet daneben aber auch Ausblicke auf die Zukunft des unabhängigen Kosovo, das auf absehbare Zeit von internationaler Hilfe abhängig sein wird.

Anregungen, Nachfragen und Kritik richten Sie bitte an:

Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA)

Modul Einsatzunterstützung

Dr. Bernhard Chiari

Zeppelinstraße 127/128

14471 Potsdam

Telefon (0331) 9714 400

BwKz (90) 8529 400

Fax (0331) 9714 507

E-Mail mgfapresseingang@bundeswehr.org

www.mgfa.de

Dritte, durchgesehene und erweiterte Auflage






ISBN 13: 978-3-506-75665-7



Eine Publikation des
Militärgeschichtlichen Forschungsamtes
im Verlag Ferdinand Schöningh

Erinnerungsorte


Zeichenerklärung

-  Lager 1998/99
-  Schlachten
-  Historische Städte mit hohem ethnografischen Bezug
-  Brennpunkte des Konfliktes 1998/99
-  Schwerpunkte Märzunruhen 2004



Bekannte Massaker mit > 30 Toten

-  Kosovo-Albaner

Bekannte Massaker/Verbrechen nach Abzug der serb. Truppen (< 30 Tote)

-  Kosovo-Serben, Roma, Ashkali, »Ägypter«

Zentren »ethnischer Säuberung«

-  Kosovo-Albaner
-  Kosovo-Serben

